



# Landtag von Baden-Württemberg

27. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 19. Juni 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 18:33 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	1571	Abg. Göschel SPD . . . . .	1592, 1599
Umbesetzungen im Präsidium . . . . .	1571	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	1594, 1600
Begrüßung des Wirtschaftsministers der Republik Ghana, Dr. Kofi Konadu Apraku . . . . .	1592	Abg. Scheuermann CDU . . . . .	1595
		Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	1596, 1604
		Minister Müller . . . . .	1601
		Beschluss . . . . .	1604
1. Antrag der Fraktion der SPD – <b>Auflösung der Landesstiftung</b> – Drucksache 13/1085		3. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – <b>Gesetz zur Änderung des Lan- desbankgesetzes</b> – Drucksache 13/1068	
– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO . . . . .	1571	b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – <b>Gesetz zur Änderung sparkas- senrechtlicher Vorschriften</b> – Drucksache 13/1062	
Abg. Drexler SPD . . . . .	1571	c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnah- me des Finanzministeriums – <b>Zukunft der Sparkassen und der Landesbanken in Ba- den-Württemberg</b> – Drucksache 13/150 . . . . .	1605
Abg. Oettinger CDU . . . . .	1573	Minister Stratthaus . . . . .	1605
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	1576	Minister Dr. Schäuble . . . . .	1606
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	1579	Abg. Schmid SPD . . . . .	1607
Minister Stratthaus . . . . .	1581	Abg. Dr. Scheffold CDU . . . . .	1609
Abg. Schmid SPD . . . . .	1583	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	1610
Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	1586	Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	1611
Beschluss . . . . .	1588	Abg. Junginger SPD . . . . .	1613
2. a) Aktuelle Debatte – <b>ICE-Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim – Mannheim einbin- den/Bypass verhindern</b> – beantragt von der Fraktion der CDU		Abg. Dr. Glück FDP/DVP . . . . .	1615
b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnah- me des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – <b>Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft ab- hängen</b> – Drucksache 13/974 . . . . .	1588	Beschluss . . . . .	1615
Abg. Reichardt CDU . . . . .	1589		
Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	1590		

<p>4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes</b> – Drucksache 13/1069 ..... 1615</p> <p style="padding-left: 20px;">Präsident Straub ..... 1615</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 1617</p> <p>5. Beschlussempfehlung und Bericht des Präsidiums – <b>Geschäftsordnung des 13. Landtags von Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/1004 ..... 1617</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Hauk CDU ..... 1617</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Birzele SPD ..... 1618</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Kleinmann FDP/DVP ..... 1620</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Kretschmann GRÜNE ..... 1621</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 1622</p> <p>6. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – <b>Landesversicherungsanstalt (LVA) Baden-Württemberg – Selbstverwaltung in der Kritik</b> – Drucksache 13/138 .. 1622</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Brigitte Lösch GRÜNE ..... 1622, 1631</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Alfred Haas CDU ..... 1624</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Ursula Haußmann SPD ..... 1626</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Noll FDP/DVP ..... 1627</p> <p style="padding-left: 20px;">Minister Dr. Replik ..... 1629</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 1631</p>	<p>7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie</b> – Drucksache 13/341 ..... 1632</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Schmiedel SPD ..... 1632</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Inge Gräble CDU ..... 1633</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Beate Fauser FDP/DVP ..... 1635</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Witzel GRÜNE ..... 1637</p> <p style="padding-left: 20px;">Staatssekretär Dr. Mehrländer ..... 1639</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 1640</p> <p>8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Regionalmessekonzept</b> – Drucksache 13/228 ..... 1640</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Witzel GRÜNE ..... 1640</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Dr. Birk CDU ..... 1641</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Rivoir SPD ..... 1642</p> <p style="padding-left: 20px;">Abg. Hofer FDP/DVP ..... 1644</p> <p style="padding-left: 20px;">Minister Dr. Döring ..... 1646</p> <p style="padding-left: 20px;">Beschluss ..... 1649</p> <p>Nächste Sitzung ..... 1649</p> <p>Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzungen im Präsidium ..... 1650</p> <p>Anlage 2 Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen im Präsidium ..... 1650</p>
---	---

## Protokoll

über die 27. Sitzung vom 19. Juni 2002

Beginn: 10:03 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub habe ich für heute erteilt Herrn Abg. Sakellariou und für heute Vormittag Herrn Abg. Hillebrand.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Nagel.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e*. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 21. Mai 2002 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2002 (Januar bis März) – Drucksache 13/996

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 29. Mai 2002 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen – Drucksache 13/1039

Überweisung an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 11. Juni 2002 – Prüfung der Zuschüsse und sonstigen Leistungen an die Fraktionen des Landtags in der 12. Wahlperiode – Drucksache 13/1061

Überweisung an das Präsidium

\*

Ferner liegen Ihnen Vorschläge der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen im Präsidium vor (*Anlagen 1 und 2*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Meine Damen und Herren, nach § 1 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesdisziplinargesetzes (AGBDG) werden die Beamtenbeisitzer des Disziplinarnats beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in gerichtlichen Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz vom Landtag oder durch einen von ihm bestimmten Landtagsausschuss für vier Jahre gewählt.

Mit Schreiben vom 14. Mai 2002 hat das Justizministerium die Wahlvorschläge von den obersten Bundesbehörden und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für den Geschäftsbereich des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt. Ich schlage vor, das Schreiben des Justizministeriums vom 14. Mai 2002 an den Ständigen Ausschuss mit der Ermächtigung zu überweisen, die Wahl der Beamtenbeisitzer durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD – Auflösung der Landesstiftung – Drucksache 13/1085**

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

**Abg. Drexler SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute die letzte Gelegenheit, weiteren Schaden von unserem Land abzuwenden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Oi!)

Dieser Schaden ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern er lässt sich konkret beziffern. Herr Kollege Pfister, auch Sie waren ja vor einigen Monaten der Auffassung, man sollte das machen.

(Lachen des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ich werde Sie nachher noch zitieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es geht aktuell immerhin um eine Summe von 60 Millionen € Steuereinsparung allein beim anstehenden Verkauf der Gasversorgung, wenn die Erlöse im Landeshaushalt verwendet werden sollen, wo sie nach unserer Meinung dringend benötigt werden.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anteile an der Gasversorgung erst dann zu verkaufen, wenn die Landesstiftung aufgelöst worden ist.

Die Errichtung der Landesstiftung, meine sehr verehrten Damen und Herren, war von Anfang an ein Irrweg. Wir haben immer davor gewarnt, diesen falschen und finanzwirtschaftlich fatalen Weg zu gehen. Wir haben im Dezember 1999 an die Landesregierung appelliert, die Stiftung nicht

(Drexler)

einzurichten, weil die bevorstehende Änderung des Steuerrechts die Stiftungslösung unsinnig machen würde. Die Landesregierung und vorneweg Erwin Teufel haben entgegen aller vernünftigen Argumente mit Scheuklappen stur an dem falschen Modell festgehalten. Erwin Teufel wollte für die Landtagswahl möglichst schnell weitere finanzielle Versprechungen machen. Deshalb hat das Land den vernünftigen Weg, den zum Beispiel die Stadt Stuttgart gegangen ist, nicht beschritten.

Stuttgart hat seinen Verkauf der EnBW-Anteile mithilfe eines Optionsvertrags gestaltet und konnte deshalb die gesamten Mittel aus dem Verkauf im Haushalt unterbringen und kann sie jetzt im Haushalt auch ausgeben.

Die Landesregierung hingegen hat die Verkaufserlöse in die Landesstiftung gesteckt, um Steuern zu sparen, die bei einem einigermaßen intelligenten Verhalten überhaupt nicht angefallen wären.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich ist aber ein einigermaßen intelligentes Verhalten schon zu viel verlangt von dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

– Ja! – Ministerpräsident Teufel hat aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen für Zwecke des Wahlkampfes eine vernünftige landespolitische Lösung abgelehnt. Sie haben deshalb, Herr Ministerpräsident, kurzfristige Parteiinteressen der CDU und auch der FDP/DVP über das Wohl des Landes gestellt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh! – Abg. Oettinger CDU: Ziemlich plump, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Wir haben jetzt auf der einen Seite eine Landesstiftung, die 1,4 Milliarden € gebunkert hat, und auf der anderen Seite haben wir einen Landeshaushalt, der die notwendigsten Ausgaben zum Beispiel für die Unterrichtsversorgung, zum Beispiel für die Kinderbetreuung, zum Beispiel für die Sprachförderung nicht bestreiten kann.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben nichts begriffen, Herr Drexler!)

Während das Land seinen Pflichtaufgaben nicht nachkommt, gibt die Stiftung Geld auch für manche ziemlich fragwürdige Projekte aus; ich erinnere an die Diskussion über „Pränatales Singen“

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Pränatales Singen!)

oder die Förderung von Projekten von CDU-Politikern wie Frau Heinisch oder Landtagskollege Haas.

(Abg. Oettinger CDU: Ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit wäre angebracht! Das ist dreist und dumm!)

Der Grundfehler – Herr Kollege Oettinger, das sagen Sie doch selber – liegt darin, dass das Geld wegen des Steuerrechts nicht für die eigentlichen Kernaufgaben des Landes verwandt werden kann.

(Abg. Oettinger CDU: Der liest den Mist wörtlich ab!)

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird alles noch viel schlimmer und die Gelder aus dem GVS-Verkauf und später aus dem Verkauf der BW-Bank-Anteile fließen alle in die Landesstiftung.

Noch etwas zu den Projekten: Diese Projekte können alle weitergehen, weil die entsprechenden Zusagen selbst dann eingehalten werden, wenn wir jetzt die Landesstiftung auflösen würden.

In diesem Zusammenhang noch eine Äußerung von mir zu dem, was der Ministerpräsident immer sagt. Er hat wohl gemeint, die Beteiligung der SPD-Abgeordneten im Aufsichtsgremium der Landesstiftung wäre eine Zustimmung zu dieser katastrophalen Konstruktion. Wir haben uns damals überlegt, ob wir im Aufsichtsrat der Landesstiftung mitmachen oder ob wir boykottieren.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir haben uns für das Mitmachen, für die Mitwirkung entschieden, um vernünftigen Anträgen zum Durchbruch zu verhelfen, Herr Haas, und andererseits den allergrößten Blödsinn zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jetzt noch die Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Erlöse aus dem Verkauf der GVS und später der BW-Bank weitgehend steuerfrei im Landeshaushalt zu verwenden, was, wenn ich richtig höre, ja von allen Fraktionen gewünscht wird. Von allen Fraktionen! Herr Pfister hatte vor einigen Monaten ein Streitgespräch im Rundfunk mit mir, und da hat er noch erklärt: Wir lösen die Gasversorgung aus der Landesstiftung heraus

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

– ich lese Ihnen das nachher vor; dann werden wir sehen – und versteuern sie; das wäre eine gute Möglichkeit. Es geht nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das geht auch nicht! Das ist das Problem! Wenn es ginge, wäre es ja kein Problem!)

Deshalb müssen wir jetzt handeln. Ein Ende mit Schrecken ist bekanntlich immer besser als ein Schrecken ohne Ende. Wir müssen bei der Auflösung der Landesstiftung in den sauren Apfel beißen und die Erlöse nachträglich versteuern. Das ist ärgerlich, trifft aber ausschließlich die Landesregierung, die am Anfang falsch gehandelt hat. Es ist eindeutig die Landesregierung, die dies versaubeutelt hat.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Im Übrigen betreibt ja die Regierung selbst ein bizarres Verwirrspiel. Kaum hatten wir unser Begehren, die Landesstiftung aufzulösen, verkündet, hat der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Döring, in der Presse erklärt: Es wird jetzt geprüft, wie man die GVS verkaufen und das

(Drexler)

Geld trotzdem in den Landeshaushalt einbringen kann. Am gleichen Tag hat der Finanzminister erklärt, die Prüfung sei längst abgeschlossen, es gehe nicht.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Man kann Politik natürlich so machen: Wenn es nicht geht, dann lassen wir es halt. Es ist Aufgabe jeglicher inhaltlicher Politik, zu gestalten, Herr Pfister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt kommen wir doch einmal darauf, Herr Pfister: Die CDU und die FDP/DVP würden doch an sich die Landesstiftung auch gern auflösen.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

– Natürlich würden sie sie gern auflösen. Das pfeifen doch die Spatzen von den Dächern. Es ist doch eindeutig klar: Solange Erwin Teufel im Amt ist, bleibt die Landesstiftung halt bestehen. Das ist der Punkt. Nur, wir sagen: Es ist eine teure Pietät, dass man die Landesstiftung nicht auflöst, weil der Ministerpräsident das nicht will. Es wäre doch vernünftig, jetzt Schulden abzubauen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Streitwert 1 Milliarde €!)

Deswegen fordern wir die sofortige Auflösung. Aber Sie machen ja mit der Stiftung nicht nur falsche Politik, sondern auch eine riesige Bürokratie. Ich nehme nur ein Beispiel: die überbetrieblichen beruflichen Ausbildungsstätten. Sie wissen, dass die in Baden-Württemberg vom Land gefördert werden. Der Bund hat in den letzten vier Jahren die Zuschüsse erhöht. Das Land hat jetzt leider im Haushalt die Zuschüsse von 10 Millionen € auf 7,6 Millionen € reduziert mit der Begründung, es gebe über „Erwin 3“ 15 Millionen € aus der Landesstiftung. Nur müssen jetzt alle überbetrieblichen beruflichen Ausbildungsstätten möglichst schnell die Gemeinnützigkeit erwerben. Das muss man sich einmal vorstellen. Es geht auch gar nicht mehr darum, ob das jetzt notwendig ist, sondern Geld bekommt, wer gemeinnützig ist. Sprechen Sie einmal mit den Handwerkskammern. Es ist ein absoluter Unsinn, dass jetzt ein Heer von Menschen damit beschäftigt wird, dafür zu sorgen, dass alle überbetrieblichen beruflichen Ausbildungsstätten gemeinnützig werden. Sie behaupten, Bürokratie abzubauen. Nein, Sie bauen mit dieser Landesstiftung Bürokratie in diesem Lande auf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Teufel selbst hat einmal in einem der zahllosen Versuche, der Durchwurstelei einen höheren Sinn zu unterlegen, Folgendes gesagt:

Nichts geht schief, als wenn Sie an einer Stelle erkennen, dass Sie falsch liegen, aber trotzdem bei Ihrer Meinung bleiben, weil man nicht merken soll, dass Sie damals falsch entschieden haben.

(Abg. Oettinger CDU: Da muss er Sie gemeint haben!)

Dann beginnt das krampfhaft Begründen, das Immerweiter-Marschieren in eine Sackgasse hinein. Von Tag

zu Tag und mit jedem zusätzlichen Argument wird es noch schwerer, umzukehren. Man muss früh genug sagen: Leute, ich gehe nicht weiter in die Sackgasse.

Erwin Teufel: „Wovon Demokratie lebt“, 1995.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, entsprechend Ihrer Philosophie sollten Sie heute erkennen, in welcher Sackgasse Sie stecken. Fordern Sie die Regierungsfractionen auf, die Auflösung der Landesstiftung zu beschließen. Das wäre ein guter Weg, und Sie wären aus der Sackgasse draußen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Kollege Drexler, in Ihrer Rede kam eines überhaupt nicht vor: Die Neuordnung der Gaswirtschaft ist ein wichtiger Schritt, eine große Weichenstellung für den Energie- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das wird nicht bestritten! – Abg. Schmiedel SPD: Was ist das für eine Ebene? Das hilft der Stiftung auch nicht!)

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass unter Moderation des Finanzministers in diesen Tagen die Neuordnung der Gaswirtschaft, die Bündelung von Strom und Gas in Baden-Württemberg und damit die Stärkung des Energie- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg, die Sicherung von Arbeitsplätzen und das Erzielen eines guten Verkaufserlöses gelingen werden. Unser Respekt! Wir stimmen im Grundsatz dieser Veräußerung, diesem Vertrag, dieser Stärkung ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch froh darüber, Herr Finanzminister, dass die Wahrung der Interessen aller Beteiligten gelingt. Die Interessen des Landes sind gewahrt, aber auch die der kommunalen Stadtwerke, an der Spitze der MVV, und des Vertragspartners, der Energie Baden-Württemberg. Ich glaube, dass dieser Vertrag gerechte und zukunftsweisende Inhalte hat, die Strukturen achtet, einen guten Verkaufserlös erzielt, die Energie Baden-Württemberg, die dies brauchen kann, stärkt und dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg insgesamt hilft. Unser Respekt! Herr Kollege Drexler, auch von Ihnen wäre eine Aussage dazu mit Sicherheit angebracht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Kommt noch!)

Blicken wir zurück: Wir haben ein offenes Verfahren durchgeführt. In der Koalitionsvereinbarung steht:

Angesichts der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte ist für die Gasversorgung Süddeutschland

(Oettinger)

(GVS) eine strategische Neuausrichtung erforderlich. Die Landesbeteiligung . . . an der GVS steht dafür zur Verfügung. Wir treten in konkrete Verhandlungen mit den anderen Gesellschaftern und potenziellen . . . Partnern ein.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wissen Sie, wie der Vertrag lautet? – Abg. Bebbler SPD: Sie sitzen im falschen Flieger!)

Angekündigt, Wort gehalten, die Regierungsarbeit ist im Plan, und der Verkauf der Gaswirtschaft ist heute aktuell und entscheidungsreif.

(Beifall bei der CDU)

Nur, Kollege Schmiedel, Sie haben im April starke Töne gespuckt. Schmiedel im April:

Die GVS wird jeden Tag weniger wert.

(Abg. Schmiedel SPD: Das stimmt!)

Die Regierung macht Verzögerungstaktik und schadet der GVS.

(Abg. Bebbler SPD: Sie sitzen im falschen Flieger!)

Wir stellen heute fest, dass durch kluges Verhandeln, intensiv und ohne Eilbedarf, der Gaswirtschaft nicht geschadet, sondern genutzt wurde und ein überraschend hoher Verkaufspreis erzielbar war. Ich halte Ihre Kritik im Nachhinein für falsch.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Druck hat doch gewirkt!)

Aber eines kommt hinzu. Wenn Sie, Kollege Schmiedel, sagen, jede Woche, die die Regierung zuwarte, schade den Interessen Baden-Württembergs, muss ich entgegnen: Wenn man Ihren Antrag annimmt und über eine Veränderung der Landesstiftung nachdenkt, wird ein Vertragsabschluss in diesen Tagen nicht möglich sein.

(Abg. Drexler SPD: Das ist in einem Tag geschehen! An einem Tag lösen wir die Stiftung auf!)

Bei der SPD weiß die erste Reihe nicht, was die dritte will und umgekehrt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Schnell handeln! Zu schnellem Handeln unfähig!)

Lieber Kollege Drexler, wenn man schon in Vertragsangelegenheiten argumentiert: Sie schlagen die Auflösung der Landesstiftung vor.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Haben Sie dies schon einmal durchdekliniert? Auflösung heißt erstens, dass der Landtag mit Dreiviertelmehrheit entscheiden muss. Darauf zielt Ihr Antrag noch nicht ab. Auflösung heißt aber auch, dass – das steht in § 15 des Gesellschaftsvertrags der Stiftung; ich rate Ihnen, einmal in den Vertrag hineinzuschauen und ihn zu lesen – bei Auflösung der Stiftung das Vermögen dem Land zuzuführen und nur für gemeinnützige Zwecke zu verwenden ist. Sie haben im

Grund Ihr Thema verfehlt. Die Auflösung ist der denkbar falscheste Weg. Ihr Antrag beinhaltet genau das nicht, was in Ihrer Begründung steht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Schulden sind gemeinnützig!)

Nein, Kollege Drexler, Schulden sind eben nicht gemeinnützig.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt?)

Sie haben mit der Auflösung genau den falschen Weg beantragt.

(Abg. Birzele SPD: Ach was!)

Wenn Sie den Weg, den Sie in der Begründung nennen, gehen wollten, müssten Sie die Gemeinnützigkeit streichen lassen und aus der gemeinnützigen GmbH eine normale GmbH machen. Das wäre der Weg, wie man Schulden tilgen kann. Im Grunde genommen haben Sie Ihre Hausaufgaben zur Vorbereitung eines Antrags für das Parlament denkbar schlecht und unsauber gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Etwas gründlicher gehen die Grünen bei dem Thema vor. Deswegen gleich einmal Respekt, Kollege Kretschmann. Man soll sicherlich prüfen, ob man die Mittel, zum Beispiel aus der Veräußerung der GVS oder aus künftigen Veräußerungen, steuerfrei, ohne Steuerbelastung und Gemeinnützigkeitsverstrickung in den Haushalt führen kann. Deswegen: Dass Sie ein Gutachten vergeben haben, ist in Ordnung; kein Problem. Damit haben wir uns auseinander gesetzt. Auch die Fraktion und die Regierung haben geprüft, was der beste Weg dafür ist, dass das Geld dem Land möglichst umfassend zugute kommt.

Nur: Ihr Gutachter Jahndorf geht in seinem Gutachten, zu dem der Auftrag noch von Ihrem Kollegen Salomon ergangen ist, von einer entscheidenden falschen Annahme aus. Seine Annahme war, dass damals, zum Zeitpunkt der Gründung der Landesholding, der Rechtsvorgängerin der Stiftungs-GmbH, diese Aktien – BW-Bank, Südwestsalz und heute GVS – als Geschenk eingelegt worden seien. Genau dies ist nicht der Fall. Damals hat man diese Aktien verkauft; das Land Baden-Württemberg hat sie an die Landesholding GmbH verkauft. Lassen Sie sich steuerrechtlich nochmals beraten. Wenn Jahndorf dies gewusst hätte, hätte er dieses Gutachten nicht erstellt. Es beruht also auf einer falschen Grundlage. Trotzdem: Der Versuch ist aller Ehren wert.

Nicht aller Ehren wert dagegen ist Ihr Start als Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Kretschmann. Diese Attacke diene mit Sicherheit primär dazu, dass Ihre neun Kollegen sich hinter Sie stellen, und nicht dazu, sich gegen uns zu stellen.

Uns trifft Ihre Attacke wenig, aber sie war auch nicht sachgerecht. Zu sagen, die Arbeitsergebnisse seien äußerst dürftig, und zu behaupten, der größte Fehler von Erwin Teufel sei die Stiftung gewesen, ist meines Erachtens ein Maßstab, der Ihnen selbst nicht ganz gerecht wird. Ein Profil zu suchen ist in Ordnung. Das sollte aber nicht – das ist mein Rat – auf diesem Weg geschehen.

(Oettinger)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Jetzt noch einmal zur Geschichte. Wie kam denn die Landesstiftung in Gang, Kollege Drexler? Wie kam es denn zur gemeinnützigen GmbH?

(Abg. Drexler SPD: Wir haben gesagt: nicht machen!)

Im November des Jahres 1999 hat der Landtag über dieses Thema debattiert. Man hat in einem Grundsatzbeschluss entschieden, dass die Anteile an der Energie Baden-Württemberg zu verkaufen sind und die Landesstiftung GmbH zu gründen ist – November 1999.

Die eigentliche Ursache dafür, dass wir die Anteile verkaufen wollten, war nicht der Verkaufserlös. Die Ursache waren die Liberalisierung des Strommarkts,

(Zurufe von der SPD)

des Energiemarkts und der Umstand, dass uns klar war: Die Energie Baden-Württemberg ist allein schwer überlebensfähig.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Wir haben mit der Veräußerung einen strategischen Partner auf Dauer für eine überlebensfähige Energiewirtschaft in Baden-Württemberg gesucht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel  
SPD)

Dabei standen wir unter Zeitdruck. Denn parallel lief der Zug ab: Fusion von Veba und Viag zu Eon, REW und VEW, HEW AG und Bewag. Deswegen waren wir bereit, der Geschäftsführung zu folgen und einen strategischen Partner zu suchen.

Nun gebe ich offen zu – das ist kein Geheimnis –:

(Abg. Bebber SPD: Wie war das mit „Hausaufgaben machen“?)

Ich habe eine Veräußerung an die EdF eher nicht gewollt. Ich war eher von einer süddeutschen Lösung überzeugt. Aber als Demokrat respektiere ich Mehrheiten in Regierung und Regierungskoalition. Deswegen: Wir haben einen Partner gebraucht, und die EdF als Partner zu haben war besser, als keinen Partner zu haben. In Zukunft wird sich zeigen, dass dadurch Wertschöpfung, der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Beteiligung am europäischen Energiemarkt für Baden-Württemberg möglich bleiben.

(Abg. Drexler SPD: Bestreiten wir! Es geht ums Geld!)

Deswegen, Kollege Drexler: Die EdF hätte bei der Suche nach einem strategischen Partner nicht bis 2002 gewartet,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

auch nicht mit Call- oder mit Put-Optionen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Die Stadt Stuttgart war Nutznießer, dass das Land Baden-Württemberg den Anker gebildet hat. Sie konnte ihren Anteil von 9 % zu einem späteren Zeitpunkt verkaufen. Aber der Anker, die Partnerschaft – unverbrüchlich – musste im Jahr 2000 gebildet werden. Deswegen haben wir für den Energiestandort Baden-Württemberg die Entscheidung gesucht.

Zum damaligen Zeitpunkt hätten wir mit einer steuerschädlichen Veräußerung dem Steuerzahler und dem Land Baden-Württemberg einen Schaden – einen Schaden, wie Sie ihn heute noch immer wollen – von 900 Millionen € zugefügt.

(Beifall bei der CDU und des Abg Pfister FDP/  
DVP – Abg. Drexler SPD: Das haben wir nicht gewollt!)

Ihr heute vorliegender Antrag will ja keine Auflösung, obwohl es so in Ihrem Antrag steht, sondern eine Umwidmung in eine normale GmbH. Kollege Fischer, mit Respekt: Lesen Sie es nach; das tut Ihnen gut – § 15; ich wiederhole mich.

(Zurufe von der SPD)

Wer aber in eine GmbH umwidmet, hat einen Betrag von 1 Milliarde € an Steuern zu bezahlen. Davon kommt maximal ein Zehntel an den Fiskus Baden-Württemberg zurück.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ihr Antrag würde einen Schaden von 900 Millionen € verursachen. Genau für diesen Weg gibt es mit uns keine Mehrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Mit den 900 Millionen €, die wir behalten, fallen jährlich 40 bis 50 Millionen € an Zinsen für gemeinnützige Projekte in Baden-Württemberg ab. Diese Projekte sind für das Land richtig und gut:

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

die adulte Stammzellenforschung, die Resistenzforschung, die Allergieforschung, die Verbundforschung, das Baden-Württemberg-Stipendium,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

„start und klick!“. 60 000 Baden-Württembergern und Baden-Württembergern wurden die Kosten für einen PC- und Internetgrundkurs vom Land zur Hälfte vergütet. Die betriebliche Ausbildung, die beruflichen Schulen, der Sozialbereich, Kultur, Entwicklungshilfe: Ich glaube, dass die Projekte der Landesstiftung GmbH für die Bevölkerung und die Struktur unseres Landes richtig sind. Deswegen rate ich Ihnen: Gestatten Sie, dass Moser weiter mitmacht. Er arbeitet im Aufsichtsrat entlang diesen Interessen und entlang den Interessen Baden-Württembergs hervorragend mit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Drexler SPD: Er verhindert den größten Blödsinn, den Sie machen wollen! – Abg. Knapp SPD: Guter Mann, der Moser! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Oettinger)

Jetzt ein letzter Gedanke, der mir wichtig ist. Wenn die Auflösung von Stiftungen aus Haushaltsgründen richtig wäre, müsste doch die von Ihnen geführte Bundesregierung in den ihr noch verbleibenden 60 Arbeitstagen bis zur Bundestagswahl zwei Stiftungen auflösen, die beim Bund angesiedelt sind. Ich erinnere daran:

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es gibt seit vielen Jahren eine VW-Stiftung. Sie wurde aus Bundesvermögen gebildet, indem der Bund damals, im Jahr 1959, 60 % seiner VW-Aktien veräußert hat. Es heißt wörtlich: „Im Falle der Beendigung der Stiftung . . .“ – –

(Abg. Schmiedel SPD: Das war noch zu Adenauers Zeiten!)

– Wer hat denn derzeit die Mehrheit im Bundestag? Sie könnten die Stiftung doch auflösen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch den Fehler gemacht vor zwei Jahren! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Drexler, cool bleiben! Vielleicht sind Sie bereit, meinem Grundgedanken zu folgen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Adenauer!)

Wenn die Auflösung von Stiftungen als Haushaltspolitik richtig wäre – Eichel hat Geld nötiger als wir –, dann wäre doch jetzt die Auflösung der VW-Stiftung durch die rot-grüne Mehrheit im Bundestag angezeigt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber Ihre Genossen im Deutschen Bundestag gehen genau diesen Weg nicht.

Ich zitiere wörtlich aus der Satzung der VW-Stiftung:

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt die VW-Stiftung! Wir sollen einen Beschluss fassen!)

Im Falle der Beendigung der Stiftung

– der VW-Stiftung –

fällt ihr Vermögen zu gleichen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen

– auch SPD-geführt –

zu,

(Abg. Drexler SPD: Wollen Sie das hier beschließen?)

die das Vermögen entsprechend dem Stiftungszweck verwenden sollen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich frage mich: Wenn Ihr Patentrezept – löse Stiftungen auf! – richtig ist, damit sich die Haushaltslage verbessert,

warum dann nicht im Bund bei der mit dem Erlös aus der Privatisierung der Salzgitter AG gebildeten Umweltstiftung?

(Zurufe von der SPD)

Das ist genau der gleiche Fall. Der Bund hält aus guten Gründen an seinen beiden Stiftungen fest und fördert sinnvolle Projekte. Dies werden wir in Baden-Württemberg auch tun.

Ihr Antrag ist nicht begründet. Er ist in der Sache falsch, er ist dümmlich. Wir lehnen ihn ab.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt ein neuer Eier-tanz! – Unruhe)

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zum ersten Mal stellt die SPD-Fraktion den Antrag auf Auflösung der Landesstiftung.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Das erste Mal! – Zurufe von der CDU)

Sie tut es heute erneut. Ich sage Ihnen: Ich halte diesen Vorschlag für abwegig. Die Konstruktion der Landesstiftung ist nicht, wie Sie, Herr Drexler, behaupten, ein Irrweg von Anfang an. Diese Landesstiftung ist vielmehr der einzige Weg, sicherzustellen, dass Veräußerungserlöse in vollem Umfang – ich wiederhole: in vollem Umfang – für zukunfts wichtige Projekte für das Land Baden-Württemberg gerettet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich sage Ihnen weiter: Die Konstruktion der Landesstiftung ist auch die einzige Möglichkeit, nach dem Prinzip „Vermögen gegen Vermögen“ zu verfahren.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte nicht, dass Landesvermögen, das an einer Stelle frei wird, gewissermaßen als Tafelsilber verscherbelt wird. Ich möchte nicht, dass Landesvermögen in der aktuellen Tagespolitik irgendwo im großen Topf verrinnt. Vielmehr möchte ich, dass die Mittel aus dieser Stiftung als Möglichkeit verstanden werden, die wirklich zu Innovation führt. Denn Innovation ist das, was Baden-Württemberg in besonderer Weise braucht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb gilt von der Sachlage her unverändert: Es gibt keinen Weg – das ist die klare Auskunft der Finanzverwaltung –, steuerunschädlich aus dieser Stiftung auszusteigen. Die Alternative, die die SPD bietet – die Auflösung der Landesstiftung –, würde bedeuten, dass eine Steuernachzahlung in der Größenordnung von 1 Milliarde € anfiel.

(Abg. Drexler SPD: 900 Millionen!)



(Pfister)

Meine Damen und Herren, wer dies ernsthaft fordert, wer ernsthaft fordert, eine Steuernachforderung von 1 Milliarde € zu begleichen, der nützt nicht den Interessen, sondern der schadet den Interessen des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die damit verbundenen Auswirkungen wären fatal. Das gilt für das, was wir in der Zukunftsoffensive III machen, die ja in vollem Umfang über den Haushalt abgewickelt wird und fast 50 % des Gesamtvolumens ausmacht, das gilt aber auch für die Projekte der Landesstiftung.

Sie, Herr Drexler, reden davon, die Stiftung gebe Geld für fragwürdige Projekte aus. Sie reden davon, es werde Unsinn produziert. Sie reden davon, es werde eine Kür gefördert.

(Abg. Drexler SPD: Alle Ausbildungsstätten müssen gemeinnützig werden!)

Ich halte dies für eine bössartige Unterstellung.

(Abg. Drexler SPD: Schwätzen Sie doch einmal mit der Handwerkskammer!)

Denn sämtliche Maßnahmen aus der Zukunftsoffensive sind in den Haushalt eingestellt, und Sie haben bei den letzten Haushaltsberatungen auch all diesen Maßnahmen zugestimmt. Wenn Sie sagen, 99 % der Projekte, die wir über die Stiftung fördern und die im Aufsichtsrat beschlossen wurden, hielten Sie für vernünftig, aber vielleicht 1 % nicht, ist es geradezu lächerlich,

(Abg. Drexler SPD: Darum gehts doch gar nicht!)

wenn Sie Ihre Kritik daran aufbauen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich frage Sie ernsthaft: Halten Sie es eigentlich für falsch und nachrangig, wenn wir in Baden-Württemberg in die Universitäten, in die Fachhochschulen und in die Berufsakademien investieren? Halten Sie es eigentlich für falsch, wenn wir in Multimediaprojekte investieren? Halten Sie es eigentlich für falsch, wenn wir anwendungsorientierte Technologien fördern, zum Beispiel die Lebenswissenschaften, zum Beispiel die Informations- und Kommunikationstechnologien und vieles andere mehr?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Davon verstehen die doch nichts! – Glocke des Präsidenten)

Das, meine Damen und Herren, ist doch keine Kür.

**Präsident Straub:** Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

**Abg. Pfister** FDP/DVP: Im Augenblick nicht.

Herr Drexler, man kann doch nicht sagen,

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie keine Zwischenfrage zulassen, brauchen Sie nicht mit mir zu reden!)

dass diese Maßnahmen, die ich Ihnen vorgetragen habe, Kürmaßnahmen seien. Das sind vielmehr alles Maßnahmen, die für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg und auch für die Innovationsfähigkeit dieses Landes wichtig sind. Sie haben im Grunde ja auch all diesen Maßnahmen zugestimmt.

(Abg. Drexler SPD: Alle betrieblichen Ausbildungsstätten müssen jetzt gemeinnützig werden!)

Im Übrigen gilt das, was ich gesagt habe, ja nicht nur für die Maßnahmen der Zukunftsoffensive, sondern genauso für die Projekte der Stiftung. Was ist denn daran falsch, wenn wir über die Stiftung im Grunde genommen das anstoßen und finanzieren, was im Berger-Gutachten zu Beginn dieser Legislaturperiode für uns alle als zukunftsweisend dargestellt wurde?

(Abg. Bebbler SPD: Der verleugnet beharrlich seine Kompetenz!)

Was haben Sie dagegen, beispielsweise ein Photonikzentrum in Baden-Württemberg zu errichten? Was haben Sie dagegen, die Nanotechnologie zu fördern?

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Was haben Sie dagegen, strategische Forschung zu fördern? All dieses wird ja gemacht. Was haben Sie denn dagegen?

Jetzt will ich Ihnen einmal ein anderes Beispiel sagen. Zu Recht beklagen wir in diesem Lande, wir hätten in Baden-Württemberg ein sehr kümmerliches Stipendiatentum. Jetzt wird mit dieser Stiftung endlich der Versuch gemacht, dieses Stipendiatentum in Baden-Württemberg zu verbessern –

(Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie auch über den Landeshaushalt machen können!)

übrigens nicht nur für Studierende, sondern genauso für Meister,

(Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie auch über den Haushalt machen können!)

genauso für Technischüler und Schüler. Wir haben jetzt endlich einmal die Möglichkeit, das Stipendiatenwesen in Baden-Württemberg zu verbessern. Ich kann überhaupt nicht verstehen, was Sie gegen eine solche Maßnahme haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Der redet am Thema vorbei! Wie immer!)

Auch das Projekt Opferschutz, meine Damen und Herren, hätte es ohne diese Stiftung nicht gegeben –

(Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie im Landeshaushalt machen können!)

das wissen Sie –, ebenso Projekte für eine verbesserte Sozialintegration von Ausländern und Aussiedlern. Dagegen kann man doch nichts haben. Deshalb sage ich noch ein-

(Pfister)

mal: Nichts ist falsch, alles ist richtig, alles ist auch mit Ihrer Zustimmung im Aufsichtsrat beschlossen worden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Alles ist beschlossen worden!)

– Fast alles.

(Abg. Alfred Haas CDU: Alles!)

Ich will noch auf einen Punkt eingehen, weil ich glaube, Herr Kollege Drexler, dass hinter dem SPD-Antrag auch eine schiefe, falsche Finanzpolitik steht.

(Zurufe von der SPD: Ha, ha! – Das sagt der Richtige!)

Sie sagen, Sie wollten Veräußerungen nutzen, um auf diese Art und Weise Verschuldung abzubauen und Zinsen zu sparen.

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Bis hierher kann ich Ihrer Argumentation noch folgen. Aber die neuen Spielräume, die Sie durch geringere Zinsausgaben gewinnen, wollen Sie ja nicht zum Abbau von Finanzierungsdefiziten nutzen, sondern zur Finanzierung von Mehrausgaben im Haushalt. Das heißt, Sie wollen die geringeren Ausgaben bei den Zinsbelastungen nutzen, um bei den Haushaltsberatungen Ihre Zusatzwünsche zu decken.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Bildung, ja!)

Genau das ist aber nicht in Ordnung.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie geben das Geld doch jetzt auch aus!)

Meine Damen und Herren, das Vermögen des Landes muss neues Vermögen bilden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb dürfen Maßnahmen wie zum Beispiel die Verbesserung der Unterrichtsversorgung nicht von einer Stiftung, sondern müssen in der Tat aus dem Haushalt finanziert werden.

(Abg. Bebbler SPD: Mit Zinszahlungen zu Vermögen! Das müssen Sie einmal erklären!)

Jetzt will ich Ihnen einmal eines sagen: Wenn Sie auch immer daran herummachen, man sollte die Stiftung auflösen, um beispielsweise Mittel für Lehrerstellen zu erhalten:

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen: Das Land Baden-Württemberg braucht sich mit 5 500 neuen Lehrerstellen nicht zu verstecken. Wenn Sie das mir nicht glauben, fragen Sie einmal die Vorsitzende der GEW, Frau Stange,

(Abg. Drexler SPD: Oh!)

die Ihnen sagt, dass das Land Baden-Württemberg in der Vergangenheit mindestens 10 % mehr getan hat als alle anderen Länder, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Die GEW ist jetzt plötzlich Ihr Lieblingspartner! Die haben Sie doch immer bekämpft!)

PISA hin, PISA her, wir werden nach dem 27. Juni auf diese Frage noch einmal zurückkommen. Aber wenn Sie dieses Thema schon ansprechen

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das angesprochen?)

und Ihren Antrag immer wieder damit begründen: Wer die nationale Bildungsqualität in Deutschland – ich sage: in Deutschland – verbessern will, der sollte nicht in erster Linie nach Stuttgart schauen, sondern der muss nach Düsseldorf, Bremen oder Hannover schauen. Dort gibt es Ansatzpunkte dafür, die nationale Bildungsqualität zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Machen Sie wieder Ihr Vorurteil!)

Meine Damen und Herren, wären wir dem SPD-Konzept gefolgt, hätten wir erstens mit Veräußerungserlösen die Kassen von Bund und anderen Ländern gefüllt.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht! Optionsvertrag Stuttgart!)

Wir hätten zweitens die innovativen Handlungsmöglichkeiten der Zukunftsoffensive und der Projektförderung der Stiftung aus der Hand gegeben. Vor allem hätten wir nicht nach dem Prinzip „Vermögen gegen Vermögen“ handeln können.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt gar nicht! – Abg. Birzele SPD: Herr Pfister, Sie wollten doch selbst das Geld im Landeshaushalt haben!)

Deshalb ist dieser Antrag der SPD eine Luftnummer,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

deshalb ist dieser Antrag von Propaganda gekennzeichnet: die Landesstiftung würde unnötiges Zeug produzieren. Dies ist erwiesenermaßen unsinnig. Sie wissen das, weil Sie in vielen Bereichen auch zugestimmt haben.

(Abg. Bebbler SPD: Die einzige Luftnummer sind Sie! Mein Gott, das ist ja schrecklich! – Abg. Fischer SPD: Warum haben Sie das selbst gewollt? – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Im Augenblick nicht.

Ihr Antrag, Herr Kollege Drexler, versucht, dieses Instrument der Politik des Landes kaputtzumachen,

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Lassen Sie mich doch eine Frage stellen! So ein Geschwätz, das glauben Sie ja selbst nicht!)

das Vermögen des Landes einer Bestimmung zuzuführen, die für die Zukunft den höchsten Ertrag verspricht: Bildung und Wissenschaft, Forschung und neue Technologien,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

(Pfister)

Innovation und Zukunftssicherung. Es gibt keine bessere Investition, als in die Köpfe der jungen Generation zu investieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Zuruf: Aber jetzt! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Haas, Sie sind doch befangen! Natürlich! Für Ihr schwach-sinniges Projekt! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Wenn das ein schwach-sinniges Projekt ist, müssen Sie in die Irrenanstalt!)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Oettinger, für Ratschläge altgedienter Fraktionsvorsitzender bin ich natürlich dankbar. Die Wahrscheinlichkeit allerdings, dass Sie einem Fraktionsvorsitzenden einer Oppositionspartei die richtigen Vorschläge machen, wie er den Regierungschef angreifen soll, ist doch ziemlich gering.

(Beifall bei den Grünen)

Darum würde ich sagen: Trinken wir lieber einmal ein Viertele. Das ist, glaube ich, die bessere Ebene für Ratschläge, für die ich dann wirklich auch dankbar bin.

Worum geht es heute eigentlich?

(Abg. Alfred Haas CDU: Das weiß kein Mensch! – Große Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Herr Haas hat wieder für sich gesprochen! – Abg. Drexler SPD: Haas spricht dauernd für sich! – Abg. Birzele SPD: Und verwechselt das mit der Allgemeinheit!)

Es geht heute um eine sehr wichtige Frage, nämlich darum, ob es gerechtfertigt ist, dass man sich tagespolitische Vorteile auf Kosten der politischen Substanz und der politischen Nachhaltigkeit erwirtschaftet. Haargenau darum geht es.

(Beifall bei den Grünen)

Ich möchte dazu aus der Europarede zitieren, die Herr Ministerpräsident Teufel anlässlich der 25. Plenarsitzung in Karlsruhe gehalten hat. Er sagte:

Warum hat denn der Bundesrat so viele Einspruchsmöglichkeiten bei Bundesgesetzen? Er hat sie deshalb, weil der dritte Teil „konkurrierende Gesetzgebung“ im Grundgesetz – grundsätzliche Zuständigkeit der Länder und im Ausnahmefall und bei Begründung Zuständigkeit des Bundes – im Laufe von 50 Jahren ausnahmslos, sprich zu hundert Prozent, zum Bund gegangen ist. Leidtragende waren die Landesparlamente. Sie haben die Gesetzgebungskompetenz verloren. Die Landesregierungen sind dafür durch Beteiligung im Bundesrat entschädigt worden. Aber das ist nicht der Föderalismus, den wir uns vorstellen. Wir wollen keinen Beteiligungsföderalismus in Deutschland, sondern einen Gestaltungsföderalismus.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Das Protokoll vermerkt: „Beifall bei allen Fraktionen“.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist auch richtig!)

Weiter führte er aus:

Es muss eine Diskussion beginnen über eine Korrektur der fatalen Entwicklung, die seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland einseitig zulasten der Länder – die nach unserer Verfassung Staaten sind, Staatscharakter haben, nicht irgendwelche Regionen sind – und vor allem zulasten der Länderparlamente erfolgt ist. Darum müssen wir uns gemeinsam innerstaatlich bemühen.

Das Protokoll vermerkt: „Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE“.

Was Sie mit der Landesstiftung machen, ist genau das: das Landesparlament schwächen.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Das ist der erste wichtige Vorwurf, den ich Ihnen bei dieser Konstruktion mache. Das Parlament bekommt sein Budgetrecht im Kern entzogen – bei einer gewaltigen Summe, nicht nur bei irgendeiner kleinen Summe, sondern bei einer Summe, die weit höher ist als die so genannte freie Spitze, über die hier bei Haushaltsberatungen verhandelt wird. Das so genannte Königsrecht, nach dem wir entscheiden, was mit den Mitteln des Landes geschieht, wird in einem ganz relevanten Bereich diesem Parlament entzogen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau darum geht es!)

Das ist die erste grundsätzliche Kritik an Ihrer Konstruktion.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweitens: Haushaltspolitik unterliegt strengen Normen und Regeln, zum Beispiel denen der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit, Herr Kollege Oettinger. Ein ganz entscheidendes Element dabei ist, dass wir Haushaltsberatungen im Lichte der Öffentlichkeit durchführen. Auf diese Weise können die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land nachvollziehen, ob wir die Verpflichtung der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit einhalten und ob wir in ihren Augen eine richtige Politik machen oder nicht. Das ist eine ganz entscheidende Grundlage des Demokratieprinzips.

Wenn die Mittel, die diese Stiftung vergibt und die damit diesem öffentlichen Vorgang entzogen sind, weit höher sind als die freien Mittel, über die wir hier verfügen, dann schwächen Sie das Landesparlament nachhaltig. Ihre Kritik, die Sie in Ihrer Europarede geäußert haben – dass alles auf den Bund übergegangen sei –, hat keine Glaubwürdigkeit, wenn Sie in Ihrem eigenen Land durch eine solche Konstruktion Ihr eigenes Parlament schwächen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Drittens: Schon diese formalen Gesichtspunkte sind ein schwerwiegender Einwand gegen Ihre Lösung. Was aber besagt das Haushaltsrecht eigentlich materiell? Materiell

(Kretschmann)

bedeutet Haushaltsrecht, dass dieses Parlament bei knappen Mitteln – die Mittel sind immer knapp; derzeit sind sie so knapp wie noch nie – die Möglichkeit hat, Prioritäten zu setzen. Es ist der Sinn der Haushaltsberatungen, dass wir darüber beraten, wofür wir Geld ausgeben und wofür nicht, und dass wir dies in freier Entscheidung und unter Berücksichtigung dessen tun, was die Erfordernisse des Landes uns aufgeben.

Auch dies wird durch jene Konstruktion in ganz fataler Weise unterlaufen. Das Parlament kann ja nur noch global den Vorgaben dieser Stiftung zustimmen – und nur nach deren Kriterien: steuerbegünstigt, neue Projekte, Freiwilligkeit.

(Abg. Drexler SPD: Gemeinnützigkeit!)

Wenn wir nun einmal davon ausgehen, dass es logischerweise nichts Gemeinnützigeres geben kann als ein Parlament, das die Steuermittel der Bürgerinnen und Bürger verwaltet, dann sind dies alles Projekte, die jedenfalls nicht zum Kernbestand der Landespolitik gehören. Sonst würden sie nämlich im Haushalt stehen.

Wissen Sie, auch ich hätte Hunderte von tollen Ideen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was? – Abg. Alfred Haas CDU: Bringen Sie doch mal welche! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber die meisten davon erblicken aus zwei Gründen nicht das Licht der Öffentlichkeit: entweder weil sie in der Praxis leider nicht funktionieren oder weil das Geld dazu fehlt. Das ist das Entscheidende. Deswegen sind auch Ihre einzelnen Projekte im Großen und Ganzen nicht zu kritisieren. Entscheidend ist, ob Sie bei der Haushaltslage, die wir heute haben – Sie wollen die Nettonullverschuldung bis zum Jahr 2006 erreichen –, in der Lage sind, dieses hohe Ziel zu erreichen, wenn diese Mittel statt zur Schuldentilgung für Projekte ausgegeben werden, die man dann umsetzt, wenn man Geld übrig hat, aber nicht, wenn es an allen Ecken und Enden klemmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn die Wiese nicht in Ordnung ist, hat es keinen Sinn, Orchideen säen zu wollen. Das ist ein ganz falscher Ansatz der Haushaltspolitik.

Dazu kommt, dass die Stiftung logischerweise immer nur Projekte beschließen kann. Diese Projekte, zum Beispiel im Hochschulbereich, verursachen, wenn sie auslaufen, natürlich Folgekosten. Entweder muss man dann dauernd neue Projekte auflegen – das wollen Sie offensichtlich, wenn Sie dauernd neue Erlöse in die Stiftung einbringen –, oder es schlägt irgendwann doch auf den Haushalt zurück, und dann machen wir hier alle große Augen und wissen nicht, wie wir die Probleme bewältigen sollen.

Schließlich haben wir Ihnen mit einem Gutachten vorgegeben, dass die Überführung in eine nicht gemeinnützige Stiftung genau der Weg ist, um die Landesstiftung steuerunschädlich aufzulösen.

(Abg. Drexler SPD: Oder das Land muss es übernehmen!)

Wenn das Finanzministerium das prüft und sich dann logischerweise für die Stiftung ausspricht, würde ich darauf nicht so viel geben. Das muss man schon objektiv prüfen. Selbst wenn es aber nicht so wäre, wäre es immer noch besser, die Steuern zu zahlen, damit die Mittel ordentlich in den Haushalt eingestellt werden, als diese fürchterliche Konstruktion weiterzuverfolgen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Schließlich darf ich Sie, Herr Ministerpräsident, daran erinnern: Sie betreiben unabhängig davon, was vom Bund kommt, Obstruktionspolitik. Es gibt kein Gesetz der rot-grünen Bundesregierung, das Sie nicht abgelehnt haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: War ja alles Schrott!)

Selbst das Waffengesetz haben Sie abgelehnt. Erst die fürchterlichen Ereignisse von Erfurt haben Sie zum Einlenken gebracht. Sie lehnen radikal alles ab, was aus Berlin kommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich stimmt es.

(Abg. Fleischer CDU: Das Waffenrecht war das falsche Beispiel, Herr Kretschmann! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wenn man eine Auffassung von der Bundesrepublik Deutschland hat, als sei es Feindesland, wenn dort jemand regiert, der nicht die eigene politische Farbe hat, als falle, wenn man denen Steuern zahle, alles in ein riesiges schwarzes Loch, dann frage ich mich: Was ist denn das für eine Auffassung von der Bundesrepublik Deutschland?

Wenn man sich nicht wie ein Staat verhält – wie Sie es in Ihrer Europarede gesagt haben –, sondern so tut, als sei Baden-Württemberg ein x-beliebiges Unternehmen, das sich gerade einmal ein paar Steuertricks ausdenken kann, kann das nicht das Verhalten eines Landes gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürger sein, die – wenn auch nicht gern – Steuern zahlen. Wenn man aber schon selbst Steuertricks anwendet, braucht man sich natürlich nicht darüber zu wundern, dass die Steuermoral sinkt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sind doch keine Tricks! Wer spricht denn da von Tricks? – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teufel?

(Heiterkeit – Abg. Bebbler SPD: Peinlich, peinlich! – Unruhe)

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Bitte, Herr Abg. Teufel.

**Präsident Straub:** Bitte schön.

**Abg. Teufel** CDU: Herr Abg. Kretschmann, ist Ihnen klar, dass Sie soeben zur Beratung des Waffengesetzes auf Bundesebene die Unwahrheit gesagt haben?

(Abg. Bebbler SPD: Das sagt der Richtige!)

Da ich Sie kenne, unterstelle ich Ihnen nicht, dass Sie das bewusst getan haben.

Der Sachverhalt war so, dass die rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag

(Abg. Birzele SPD: Das ist doch keine Frage! – Unruhe)

ein Waffengesetz verabschiedet hat und dass wir im Bundesrat auf Bitten der Bundesregierung

(Abg. Birzele SPD: Herr Teufel hat doch die Möglichkeit, hinterher zu sprechen, und dann können die Fraktionsvorsitzenden antworten!)

nach den Vorgängen von Erfurt mit unserer Mehrheit den Vermittlungsausschuss angerufen haben, damit das von Rot-Grün im Bundestag verabschiedete Gesetz verschärft werden konnte. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

**Abg. Kretschmann** GRÜNE: Das, was Sie jetzt gesagt haben, ist völlig richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Aha!)

Aber im Vorfeld,

(Abg. Drexler SPD: Der Verabschiedung!)

vor der Verabschiedung, haben Sie im Bundesrat die Verschärfungen abgelehnt. Das ist es, was ich sagen wollte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Natürlich, so war es! Genau so war es! – Abg. Fleischer CDU: Das ist eine Lüge!)

Ich komme zum Schluss. Im Kern geht es um Folgendes: Ist es richtig, dass wir zum Beispiel bei 1 000 fehlenden Berufsschullehrern dort langfristig und nachhaltig die Mittel einsetzen? Denn dabei geht es nun wirklich um die Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Ich nenne das als Beispiel. 1 000 Lehrer fehlen an den Berufsschulen. Das heißt, strukturell wird dort Pflichtunterricht gar nicht angeboten.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ist das der richtige Weg? Oder sollen wir die Mittel in die Kinderbetreuung stecken, für die das Land gerade einmal 16 Millionen € ausgibt? Oder in die Ganztagsbetreuung? Sind das die vorrangigen Aufgaben? Dann müssen wir die Mittel der Stiftung in den Landeshaushalt zurückführen. Oder halten wir an einer Konstruktion fest, für die schon die Landratsämter irgendwelche Beamte abstellen, die sich irgendwelche Projekte ausdenken,

(Abg. Drexler SPD: Gemeinnützigkeit!)

für die man die Mittel bei der Stiftung abholen kann? Ist das der richtige Weg? Die Frage, finde ich, beantwortet sich von selber.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

**Finanzminister Stratthaus:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wirklich ein hartes Los, in Baden-Württemberg in der Opposition zu sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir stehen bei der Arbeitslosigkeit am besten da, wir haben die wenigsten Sozialhilfeempfänger, wir liegen bei den Bildungsausgaben gut,

(Abg. Birzele SPD: Wir haben einen begnadeten Finanzminister!)

und das Wohlfühl ist in unserem Land am besten.

(Zuruf von den Grünen: Die alte Leier!)

Die Opposition hat vor der letzten Landtagswahl erzählt, Baden-Württemberg sei bildungspolitisch ein Notstandsland.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben doch 8,3 % zugelegt!)

Wir haben nun bestimmte Erfahrungen gemacht. Es ist einiges von PISA durchgesickert. Auch das stimmt nicht. Sie sind in einer schlechten Situation.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind überhaupt nicht in einer schlechten Situation!)

Das erklärt, glaube ich, auch, warum Sie solche Themen hochziehen, warum Sie sie mit falschen Argumenten hochziehen, warum Sie falsche Zahlen nennen und warum Sie mit Ausnahme von Herrn Kretschmann praktisch keine ernst zu nehmenden Argumente bringen.

(Abg. Fischer SPD: Warten Sie mal ab!)

Herr Kretschmann hat einige Argumente gebracht, mit denen man sich auseinander setzen muss. Aber die SPD hat doch polemisiert, wie es ihre Art ist. Besser können Sie es nicht. Deshalb haben Sie es halt so gemacht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Vorteile dieser Stiftung, meine Damen und Herren, liegen auf der Hand.

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts liegt auf der Hand!)

Wir haben Vermögen verkauft, und wir erhalten Vermögen. Es kann doch nicht richtig sein, Vermögen, das über Jahrzehnte und Jahrhunderte gewachsen ist, in einem oder in zwei Jahren zur Stopfung von Haushaltslöchern zu verwenden.

(Minister Stratthaus)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Drexler SPD: Wer sagt denn das?  
Kein Mensch sagt das!)

Das ist doch völlig unmöglich. Deswegen sind wir dagegen.

Ein Haushalt, meine Damen und Herren, muss konsolidiert werden. Wir müssen unseren Haushalt konsolidieren mit laufenden Einnahmen und dürfen das nicht über den Verkauf von Landesvermögen tun.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Erträge bleiben dauerhaft in der Stiftung. Wir konnten die Zukunftsoffensive III, die auch zum allergrößten Teil im Einzelfall die Zustimmung der Opposition gefunden hat, durchführen. Wir können vieles andere mit dieser Stiftung machen.

Jetzt müssen wir uns aber wirklich einmal über die steuerlichen Konsequenzen unterhalten, wenn dem gefolgt würde, was die Opposition gefordert hat. Meine Damen und Herren, wir müssten, wenn wir die Gemeinnützigkeit aufheben würden, ungefähr 1 Milliarde € an Steuern nachzahlen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Da sind schon einige Möglichkeiten vorgeschlagen worden. Es nützt alles nichts. Es gibt keinen anderen Weg. Wir müssten, wenn wir die Gemeinnützigkeit aufheben würden, 1 Milliarde € nachzahlen.

Wir hätten dann letztlich in der Stiftung noch 455 Millionen €. Das heißt, die Stiftung würde sehr stark zusammenschrumpfen. Wenn wir das machen, was Sie fordern, dann hätten wir bald kein Geld mehr. Dann wäre das Doppelte von dem, was wir noch übrig haben, an Steuern zu zahlen und ginge damit an den Bund und an die anderen Länder. Das muss man einfach akzeptieren. So ist es und nicht anders.

Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob wir die GVS herausnehmen können. Herr Oettinger hat dazu das Notwendige schon gesagt. Wenn wir die Gemeinnützigkeit aufheben – darum geht es letzten Endes –, dann müssen wir rückwirkend die stillen Reserven versteuern. Daran ist nichts zu ändern.

Es wird immer wieder behauptet, die Stadt Stuttgart habe sich hier viel klüger verhalten. Die Situation war doch eine ganz andere. Wir mussten – das hat Herr Oettinger auch ganz deutlich ausgeführt – strategisch vorgehen. Wir wollten den Energiemarkt neu ordnen. Wir konnten nicht warten, bis es gelaufen ist. Deswegen mussten wir unserem Partner, der EdF, Sicherheit verschaffen. Das war nur dadurch möglich, dass wir möglichst schnell unsere EnBW-Anteile verkauft haben.

Nun wird manchmal gesagt, damals sei das Gesetz bereits in Bearbeitung gewesen, nach dem ab dem 1. Januar 2002, also jetzt erst, in diesen Fällen Steuerfreiheit gewährt wird. Dazu Folgendes: Wir hatten keine zwei Jahre Zeit. Ich kann mich erinnern, dass Sie damals gesagt haben, wir seien zu langsam. Jetzt sagen Sie wieder, wir seien zu schnell gewesen. Im Übrigen, meine Damen und Herren: Wer konnte sich ein Jahr, bevor das Gesetz verabschiedet wor-

den ist, vorstellen, dass Sozialdemokraten ein Gesetz machen, bei dem die Veräußerung von Milliardenvermögen steuerfrei bleibt?

(Abg. Alfred Haas CDU: Unglaublich! – Abg. Drexler SPD: 10 %!)

Das konnte man sich einfach nicht vorstellen. Die Tatsache, dass unsere Körperschaftsteuereinnahmen total zusammengebrochen sind, beweist doch, dass sich das auch Herr Eichel nicht vorstellen konnte; denn ich kann mir nicht vorstellen, dass er das wollte. Das müssen wir einfach auch einmal feststellen. Man hat es damals nicht geglaubt.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Meine Damen und Herren, nun einiges zu dem, was Herr Kretschmann gesagt hat. Herr Kretschmann, erstens hat der Landtag der Stiftung zugestimmt. Sie können also nicht sagen, die Regierung hätte „entzogen“. Der Landtag hat – wahrscheinlich gegen Ihre Stimmen – der Stiftung zugestimmt. Das ist keine Frage. Weiterhin müssen Sie bedenken, dass, wenn wir das Geld in den Haushalt eingebracht hätten, wir halt nur die Hälfte von dem gehabt hätten, was wir im anderen Fall hatten.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr! So hat man es doch in Stuttgart gemacht!)

– Das ist absolut wahr. Das habe ich Ihnen vorhin erklärt. Aber im Zusammenhang mit der GVS haben Sie bewiesen, dass Sie überhaupt nichts verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das hätten wir doch genauso machen können! – Abg. Fischer SPD: Hören Sie doch mit der Arroganz auf!)

Es wäre nur die Hälfte in den Haushalt gekommen.

Im Übrigen sind doch im Aufsichtsrat der Stiftung alle Fraktionen vertreten und arbeiten dort mit. Sie haben doch dort eher mehr Möglichkeiten, die einzelnen Projekte zu beeinflussen, als das über den Landeshaushalt möglich ist. Beim Landeshaushalt hat die Opposition lediglich die Möglichkeit, abzulehnen – was Sie bisher immer gemacht haben –, wenn der Haushalt verabschiedet wird, während Sie im Aufsichtsrat ähnlich wie ein Gemeinderat über das einzelne Projekt diskutieren können und dem einzelnen Projekt zustimmen können.

(Abg. Drexler SPD: Und auch unterliegen können!)

was Sie ja Gott sei Dank in 97 % der Fälle auch gemacht haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das glauben Sie ja selber nicht, was Sie da sagen!)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal einiges zur Stiftung. Ich muss jetzt doch einmal einige Punkte aufzählen und muss die Opposition fragen, ob sie wirklich dagegen ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

(Minister Stratthaus)

Wofür geben wir das Geld aus? Wir geben den bundesweit einmaligen Betrag von 7,5 Millionen € für die adulte Stammzellenforschung aus.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hätten Sie doch auch direkt machen können!)

Ist da die Opposition dagegen?

(Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie im Landeshaushalt auch machen können! Dazu braucht man keine Stiftung!)

Wir engagieren uns bei der Resistenz- und Allergieforschung. Ist da die Opposition dagegen?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das können Sie auch im Haushalt machen! – Abg. Drexler SPD: Das kann man alles im Haushalt machen!)

Die strategischen Grundlagen- und Verbundforschungen werden von der Landesstiftung gefördert. Sie haben zugestimmt. Sind Sie dagegen?

Ich nenne die Bildung. Es gibt das Baden-Württemberg-Stipendium, das es Baden-Württembergern und Ausländern ermöglicht, im Ausland und in Baden-Württemberg zu studieren.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Auch eine Haushaltsaufgabe!)

Sind Sie dagegen?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nein!)

Die Stiftung tut einiges für die betriebliche Ausbildung. Sie werden doch im Ernst nicht dagegen sein.

(Abg. Drexler SPD: Alle müssen gemeinnützig werden!)

Wir haben das europaweit größte Einsteigerprogramm für PC. Das hat unter anderem auch die Wirkung gehabt, dass die Nutzung des Internets in Baden-Württemberg größer ist als in allen anderen Bundesländern. Ist da die Opposition dagegen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Auch das ist eine Haushaltsaufgabe! – Abg. Drexler SPD: Das ist eine Haushaltsaufgabe!)

Als Weiteres nenne ich den sozialen Bereich, meine Damen und Herren: Integration, Suchtprävention, Familienbildung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist Aufgabe des Haushalts!)

Ist da die Opposition dagegen?

(Abg. Bebber SPD: Sie sollten sich jetzt nicht dumm stellen!)

Wenn ich zum Beispiel die Pressereaktionen betrachte, dann stelle ich da eine ganz interessante zweigeteilte Mei-

nung fest. Wenn Sie von der Opposition hier alle paar Monate den gleichen Antrag bringen,

(Abg. Drexler SPD: Das ist der erste!)

dann haben Sie natürlich in dem Augenblick die Aufmerksamkeit der Landespresse, die hier im Saal vertreten ist. Wenn aber im Land die einzelnen Projekte vorgestellt werden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Dann ist alles bei der Einweihung dabei!)

dann sind diese zu hundert Prozent positiv beurteilt. Monatlich gibt es 300 bis 400 Presseberichte über die Landesstiftung, und fast alle sind positiv. Wir wollen das einmal ganz eindeutig festhalten. Deswegen, glaube ich, ist dies ein weiterer Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Meine Damen und Herren, ich habe noch zehn, zwölf Punkte, aus denen hervorgeht, dass diese Stiftung gerade Projekte finanziert, die von der Opposition besonders gefordert und gefördert werden. Das ist ja in Ordnung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum machen Sie das?)

– Gnädige Frau, ich darf es Ihnen noch einmal erzählen: Weil wir im Haushalt nur das halbe Geld hätten,

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

da die andere Hälfte weggefallen wäre.

Noch einmal: Wir führen sehr viele gute Projekte durch, die vor allem von der Opposition gefordert werden. Diese werden in der Stiftung fast immer mit Zustimmung der Oppositionsvertreter verabschiedet. Ich bin diesen Vertretern wirklich dafür dankbar, dass sie dort konstruktiv arbeiten. Sie können dort die einzelnen Projekte beeinflussen. Deswegen haben sie in der Stiftung wesentlich mehr Einfluss, als sie im Landtag hätten.

Meine Damen und Herren, alles in allem glaube ich, dass klar ist: Es war richtig, das Geld nicht zur Stopfung von Haushaltslöchern zu verwenden, sondern in die Stiftung einzubringen. Meine Damen und Herren, ich bin von einem überzeugt: Diese Stiftung ist eine segensreiche Einrichtung. Wenn in 50 Jahren das 100-jährige Bestehen unseres Landes gefeiert wird, wird die Stiftung eine der größten Errungenschaften der 12. Wahlperiode sein. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die reden alle so, weil sie sie auflösen müssen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was uns die CDU im Tandem mit der FDP/DVP vorgespielt hat, war der Versuch, die wahren Fragen, die wahren Herausforderungen und die wahren Probleme der Landesstiftung zu verschleiern. Sie sprechen nicht da-

(Schmid)

rüber, was die Probleme sind, sondern sie sprechen nur darüber, was sie angeblich Tolles gemacht haben. Sie gehen gar nicht darauf ein, welche tief sitzenden staatspolitischen und finanzpolitischen Schwierigkeiten die Konstruktion der Landesstiftung aufwirft und wie kritikwürdig diese Konstruktion als solche ist. Sie werfen Nebelkerzen.

Fangen wir beim Stichwort GVS-Verkauf an. Herr Oettinger, wir haben schon lange gefordert, dass sich das Land

(Abg. Oettinger CDU: Eine Nebelkerze!)

von seinen Anteilen an der GVS trennt. Wir haben auch schon lange darauf hingewiesen, dass der Prozess, wie Sie ihn angelegt haben, viel zu lange gedauert hat und dass deshalb die reale Gefahr bestanden hat,

(Abg. Oettinger CDU: Das Ergebnis stimmt, Herr Kollege!)

dass sich die strategische Position der GVS am liberalisierten Gasmarkt verschlechtert.

(Abg. Oettinger CDU: Das Ergebnis straft Sie Lügen!)

Die Fachleute auf unserer Seite wissen: Wenn das die Geschäftsführer auf ihrer Pressekonferenz öffentlich erklären, dann muss diese Aussage doch einen wahren Kern haben, Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD – Abg. Oettinger CDU: Das Ergebnis belehrt Sie eines Besseren!)

Also: In der Sache GVS-Verkauf sind wir uns im Grundsatz einig. Wir hätten das schon längst getan, wenn wir die Regierungsverantwortung hätten.

Ein weiterer Punkt: Sie haben am Wortlaut unseres Antrags herumgekrittelt. Herr Oettinger, es geht nicht darum,

(Abg. Oettinger CDU: Am Inhalt, Herr Kollege!)

als Winkeladvokat rabulistische Reden zu halten,

(Beifall bei der SPD – Abg. Oettinger CDU: Zentrale Frage!)

sondern darum, zur Sache zu reden. Die Sache ist: Wir fordern die Auflösung der gGmbH. Rechtstechnisch ist dies in der Tat eine Überführung in eine normale GmbH, bedeutet also die Streichung der Gemeinnützigkeit. Ich halte es aber für völlig schwach, sich jetzt am Wortlaut aufzuhängen, aber nicht zur Sache zu sprechen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Göschel SPD: So ist es, jawohl!)

Genauso schwach ist Ihr Versuch,

(Abg. Oettinger CDU: Birzele ist anderer Meinung, eindeutig!)

mit dem Hinweis auf die VW-Stiftung zu operieren. Das war der größte Brüller, Herr Oettinger. Wenn Sie sich schon mit der VW-Stiftung auseinandersetzen, sollten Sie auch wissen, warum diese Stiftung gegründet worden ist.

In der Nachkriegszeit bestand Unklarheit darüber, wem VW gehört. Es gab einen Streit darüber, wem die Anteile zustehen. Um den Rechtsstreit nicht vor Gericht auszufechten, hat man als politischen Kompromiss eine VW-Stiftung eingerichtet.

(Abg. Oettinger CDU: Und man behält sie aus gutem Grund!)

Das hat aber mit der Frage der Landesstiftung als gemeinnützige GmbH überhaupt nichts zu tun. Die jetzige Bundesregierung hat nämlich bei der Verwendung von Privatisierungserlösen und von zusätzlichen Einnahmen einen ganz anderen Weg beschritten.

(Zuruf von der CDU: Sie haben die Argumentation nicht verstanden!)

Sie hat die UMTS-Erlöse nicht etwa in eine gemeinnützige Stiftung gesteckt, sondern Schulden abgebaut. Genau diesen Weg schlagen wir Ihnen seit Jahren vor.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir jetzt darauf eingehen, weshalb dieser Antrag so dringlich ist, Herr Oettinger, dann deshalb, weil bei einem Verbleib der GVS in der Landesstiftung in der Tat noch mehr Steuernachzahlungen fällig würden, wenn die Landesstiftung später aufgelöst würde. Das heißt, wir würden die fette Gans noch fetter machen und hätten immer noch die Probleme mit der Bindung an die Gemeinnützigkeit. Diese Konstruktion wirft zwei große Fragen auf: Die eine ist eine staatspolitische Frage, die andere eine finanzpolitische Frage.

Ich fasse zusammen: Sie stecken Geld in einen Nebenhaushalt, der nicht der direkten Kontrolle des Parlaments unterliegt. Damit hebeln Sie die reguläre Mitwirkung des Parlaments bei der Haushaltsgestaltung, bei der Gesamtbestimmung der Ausgaben des Landes aus. Wir sind nämlich überhaupt nicht in der Lage, Änderungsanträge zum Komplex Zukunftsoffensive III zu stellen. Als Parlamentsfraktion können wir überhaupt nicht die Gemeinnützigkeit von Änderungsanträgen abprüfen.

(Beifall des Abg. Zeller SPD)

Das heißt, Sie hebeln für große Teile des Landesvermögens die politische Debatte aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Verweis auf die Mitwirkung von drei SPD-Vertretern in einem Aufsichtsrat, der von Regierungsvertretern dominiert ist, und der Vergleich mit einem Gemeinderat, Herr Finanzminister – es tut mir Leid –, sind nur lächerlich. Sie als ehemaliger Oberbürgermeister wissen ganz genau, was der Unterschied zwischen einer Gemeinderatssitzung, parlamentarischen Gremien und quasi-parlamentarischen Aufsichtsräten ist. Unsere Abgeordnetenvertreter in diesem Aufsichtsrat nehmen ihre staatspolitische Verantwortung wahr, indem sie das, was sie dort vorfinden, kontrollieren, bewerten und vor allem das, was dort an Schaden angerichtet wird, nach außen tragen; denn die Sitzungen sind, anders als Parlamentssitzungen, nichtöffentlich.



(Schmid)

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Fleischer CDU: Sie beachten nicht den Gestaltungsspielraum, der da eröffnet ist!)

Deshalb gilt unseren drei Vertretern in diesem Aufsichtsrat, Günter Fischer, Herbert Moser, und Birgit Kipfer, der ausdrückliche Dank der SPD-Fraktion für ihre gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Sie sollten mit dem ständigen Hinweis auf die Mitwirkung von drei SPD-Vertretern im Aufsichtsrat nicht die Grundsatzzdebatte vernebeln. Die Grundsatzzdebatte beinhaltet: Wir können durch diesen Nebenhaushalt nicht politische Prioritäten setzen. Ich nenne ein Beispiel dafür, in welche Sackgassen Sie uns mit der Zukunftsoffensive und der Konstruktion der Landesstiftung gebracht haben: Für überbetriebliche Ausbildungsstätten wurden 15 Millionen € bereitgestellt. Nach unseren Informationen sind bisher 13,5 Millionen € nicht abgeflossen, da eben die überbetrieblichen Ausbildungsstätten nicht von vornherein das Kriterium der Gemeinnützigkeit erfüllen. Jetzt wird mit großem bürokratischem Aufwand an jedem Standort eine gemeinnützige GmbH gegründet. Das kann doch nicht Sinn parlamentarischer Diskussionen sein.

Ein weiteres Beispiel, in dem wiederum nicht die Sachpolitik die endgültige Festlegung gerechtfertigt hat, sondern nur die Konstruktion der Landesstiftung: Kulturpolitik und Literaturförderung des Landes. Auf der einen Seite wird im regulären Haushalt die Förderung von Literaturzeitschriften in Baden-Württemberg eingestellt; auf der anderen Seite veranstaltet man über die Landesstiftung Lesungen und andere Projekte, Stichwort Literatursommer. Meine Damen und Herren, der arme Herr Sieber muss dann auch noch begründen, dass dies eine strategische Neuausrichtung sei, weg von der Förderung von Literaturzeitschriften hin zur Förderung von Einzelprojekten. Jeder Kulturpolitiker würde Ihnen sagen, dass eine einmalige Lesereihe mit etablierten Größen wie Domin, Muschg und Ortheil sicher ein Gewinn für das kulturelle Leben ist, aber für die baden-württembergische Literaturlandschaft überhaupt nichts bringt. Kulturpolitische Entscheidungen wurden allein nach dem Kriterium der Gemeinnützigkeit getroffen, nicht etwa danach, was sachpolitisch richtig ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Haben Sie sich am Wochenende Zeit genommen?)

Ein letztes Beispiel dafür, dass wir uns einmal mehr im Labyrinth der Gemeinnützigkeit verheddert haben: Vor allem im Rahmen der Zukunftsoffensive III wurden Baumaßnahmen vorgesehen. Das Ende vom Lied: Über 100 Millionen € können nicht aus Mitteln der Zukunftsoffensive bereitgestellt werden, weil das Kriterium der Gemeinnützigkeit nicht erfüllt ist. Das heißt, dass wir sie über den normalen Haushalt abwickeln müssen. Alle paar Monate schwenkt das Ruder um: Einmal ist ein Vorhaben gemeinnützig, einmal nicht. Wir müssen im Finanzausschuss dauernd nachbessern. Dies ist keine klare, verlässliche, transparente und auch für den Bürger nachvollziehbare Haushaltspolitik, Herr Finanzminister. Deshalb weist die Landesstiftung schwerwiegende Demokratiedefizite auf.

Wenn ich mir jetzt die Gesichter der CDU- und der FDP/DVP-Abgeordneten ansehe und wenn ich mir vergegenwärtige,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Die sehen nicht so aus wie Sie!)

wie betrübt Sie bei den Ausführungen von Herrn Drexler zu Boden geblickt haben,

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

dann muss ich sagen: Sie wissen in Ihrem Herzen ganz genau, dass ich mit meiner Kritik Recht habe und dass Sie wider besseres Wissen an dieser Fehlkonstruktion festhalten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Da wart ihr doch alle ruhig!)

Der zweite Kritikpunkt ist ein finanzpolitischer, meine Damen und Herren. Wir haben gesagt: Es ist angesichts der knappen Mittel des Landes völlig blödsinnig, Privatisierungserlöse in eine Landesstiftung zu stecken, die an die Gemeinnützigkeit gebunden ist. Unser Weg war immer: Privatisierungserlöse werden wir zum Abbau von Schulden verwenden, und das ist Tausch von positivem Vermögen gegen Abbau von negativem Vermögen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Verkauf von Tafelsilber!)

Das heißt, wir verscherbeln kein Tafelsilber, sondern wir investieren es nachhaltig, indem wir die Schulden des Landes abtragen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Verkauf von Tafelsilber!)

Das ist ein Weg, den Sie sich durch die Einrichtung der Landesstiftung selbst verbaut haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Nachdem Herr Pfister etwas wirr versucht hat, unser finanzpolitisches Konzept irgendwie nachzuvollziehen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wirr!)

darf ich noch einmal erläutern,

(Abg. Drexler SPD: Zitier ihn doch!)

dass der Schuldenabbau natürlich dazu führt, dass die Zinslasten des Landes nachhaltig zurückgehen und dies wiederum Spielräume für Zukunftsinvestitionen im regulären Haushalt bei den Pflichtaufgaben des Landes im Bereich von Kinderbetreuung und Unterrichtsversorgung eröffnet.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Also die wollen hohe Schulden, damit keine Neuverschuldung stattfindet! Das ist doch völliger Blödsinn!)

Das ist ein solider Weg. Es hätte Ihnen gut angestanden, diesem Weg zu folgen.

Jetzt komme ich zur Rolle des Wirtschaftsministeriums, das geflüchtet ist, und der FDP/DVP, insbesondere von

(Schmid)

Herrn Pfister. Es gab immer wieder Äußerungen und Versuche, dass man sich ja vielleicht um diese Landesstiftung und die Gemeinnützigkeit herumogeln könnte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Als ich neuer finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion wurde, habe ich das im Sommer 2001 auch geprüft. Wir hätten ja sogar bei der Klausurtagung fast einen entsprechenden Beschluss gefasst. Aber wir haben bald gemerkt, dass es da kein Mogeln gibt. Es gibt nur den harten Weg: entweder raus aus der Landesstiftung

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aber du hast doch etwas anderes gesagt!)

oder weiter ins Unglück. Aber was sagt Herr Pfister?  
(Unruhe)

Herr Pfister sagt in einer SWR-Sendung vom 20. Dezember 2001 –

(Abg. Bebber SPD: Pfister O-Ton!)

da geht es um die erste Diskussion und die ersten Gerüchte darüber, die Landesregierung plane den Ausstieg aus der Landesstiftung –:

Deshalb kann ich mir vorstellen, dass dann, wenn das Thema „Veräußerung der GVS“ im nächsten Jahr ansteht – so ist es vereinbart; die Gespräche sind in vollem Gange –, die GVS, die im Augenblick ja in der Landesstiftung drin ist, herausgekauft wird, dann allerdings versteuert wird und das versteuerte Geld dann in den Haushalt eingesetzt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann ich mir vorstellen, aber das geht nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Weiter! Schuldentilgung wolltest du machen, das ist es!)

Das sagten Sie speziell mit dem Ziel, diese Schuldenlasten im Landeshaushalt stückweise abzubauen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber das geht doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist es, was du willst! – Abg. Bebber SPD: Hört doch zu!)

Das Beste ist, Herr Pfister: Der Herr Wirtschaftsminister hat nach unserer Pressekonferenz, als die Sachlage dann wohl endgültig klar war – wenn Sie schon im Dezember 2001 angefangen haben zu prüfen –, noch in die Presse hinausgeblasen, Sie würden noch immer prüfen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das geht ja leider nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das willst du gar nicht!)

Dabei waren die Prüfungen schon längst abgeschlossen und war von Anfang an, schon vor dem Dezember 2001, jedem halbwegs sachverständigen Menschen klar:

(Abg. Oettinger CDU: Die wollten von Möllemann ablenken!)

Es gibt nur den harten Weg der Auflösung und Nachversteuerung oder Weitermarschieren mit der Landesstiftung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es geht nicht, Herr Schmid!)

Jetzt kann ich in der „Heilbronner Stimme“ zum Stichwort Salinen nachlesen, dass der Herr Wirtschaftsminister schon wieder andeutet: Ja, wir haben vielleicht doch einen neuen Trick gefunden, nämlich dass wir die SWS-Anteile tauschen und den SWS-Verkauf dann doch ohne Bindung an die Gemeinnützigkeit tätigen können. Dann ist das die Fortführung. Sie streuen den Leuten dauernd öffentlich Sand in die Augen, obwohl Sie ganz genau wissen: Es gibt nur den einen Weg: ehrlicherweise raus aus der Landesstiftung, Schuldenabbau. Das wollten Sie ja ursprünglich auch. Machen Sie doch mit!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das geht aber nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das geht doch!)

Oder weitermarschieren und stur festhalten an einer falschen Lösung, die Sie im Herzen alle nicht teilen, von der wirklich nur noch Herr Teufel überzeugt ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch einmal: Für Sie als FDP/DVP ist die Situation natürlich fatal, weil das große Ressort, das Sie führen, nämlich das Wirtschaftsministerium, gerade das Ressort ist, das weder Projekte bei der Landesstiftung noch aus der Zukunftsoffensive richtig bedienen kann,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ein Nachteil!  
– Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ein großer Nachteil, da haben Sie Recht!)

weil Ihnen die Gemeinnützigkeit dauernd im Weg ist. Deshalb wäre es aus Ihrer Sicht doch logisch, dass Sie unserem Antrag zustimmen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich verzichte! – Abg. Hauk CDU: Die Rede wird dadurch auch nicht besser! – Abg. Oettinger CDU: Die Rede kommt langsam auf das Niveau vom Drexler!)

und endlich diese Falle der Gemeinnützigkeit, die Falle der Landesstiftung verlassen. Wir werden Ihnen in namentlicher Abstimmung die Gelegenheit dazu geben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist gut! – Abg. Oettinger CDU: Vielen Dank!)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem verehrter Herr Finanzminister!

(Oh-Rufe von allen Fraktionen)

– Auch Höflichkeit hat in diesem Parlament ihren Platz.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das Herz schlägt höher!)

(Heike Dederer)

Herr Finanzminister, Sie haben dargestellt, dass die Stadt Stuttgart angeblich eine andere Strategie gewählt hat als das Land Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Das ist völliger Quatsch!)

Jede politische Strategie hat ja auch ein Ziel. Dieses Ziel ist bei Ihnen natürlich sehr durchsichtig, wenn man weiß, dass vor der Einrichtung der Landesstiftung die Landtagswahl angestanden hat und Sie natürlich durchs Land gerannt sind und schon Versprechungen mit der Finanzierung von Projekten aus Mitteln der Landesstiftung gemacht haben. Sie haben mit dieser Landesstiftung Wahlkampf betrieben und haben aus diesem Grund mit dem Verkauf der EnBW-Aktien nicht gewartet, sondern Sie haben diese Konstruktion aus rein politischem Kalkül gewählt, um sich diese Projekte bei der Landtagswahl vor Ort zunutze zu machen.

So viel zum Thema Strategie. Denn schon damals war klar, dass es eine Gesetzesänderung von Berlin geben wird. Sie war angekündigt. Es hätte Sie nichts gekostet, hier noch zu warten, ganz im Gegenteil. Es wurde hier auch schon gesagt: Wir hätten die Gelder direkt in den Landeshaushalt einlegen können und hätten dabei wenig Steuern zahlen müssen.

Ein zweiter Punkt, Herr Minister, den Sie immer wieder anführen, sind die Projekte an sich. Ich weiß nicht, wie oft wir das hier schon betont haben: Es geht nicht darum, ob die Projekte in der Landesstiftung gut sind oder ob sie schlecht sind, ob wir sie für sinnvoll halten oder ob wir sie für nicht sinnvoll halten. Es geht einzig und allein um die Konstruktion und darum, wer über die Vergabe dieser Projekte entscheidet.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und auch um die Finanzierung! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das hätten wir doch verkaufen können, ohne Steuern zu zahlen! Hör doch mit dem Unsinn auf!)

Das sollte dieses Parlament hier tun.

(Beifall bei den Grünen – Lebhaftes Zu- und Gegenrufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Drexler SPD)

Die steuerrechtliche Beurteilung einer Auflösung der Landesstiftung – Herr Pfister, ich gehe davon aus, dass Sie unser Gutachten gelesen haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Selbstverständlich! – Abg. Drexler SPD: Nein, der liest gar nichts!)

Wir vertreten hier eine Rechtsauffassung, die besagt: Wenn wir die Landesstiftung auflösen, fallen keine Steuernachzahlungen an. Ich weiß, das Finanzministerium hat hierzu eine andere Rechtsauffassung. Wir lassen diese zwei Auffassungen einfach nebeneinander stehen. Wir können es im Moment auch nicht ändern, dass es diese beiden Rechtsauffassungen gibt.

(Abg. Oettinger CDU: Sie haben die falsche Grundannahme, Frau Kollegin!)

Für uns gibt es aber, wenn sich die Rechtsauffassung des Ministeriums durchsetzt, auch einen zweitbesten Weg. Das

ist der Weg, den die SPD vorgeschlagen hat, nämlich die Nachzahlung von Steuern in Kauf zu nehmen, um tatsächlich einen großen Teil der Gelder

(Abg. Drexler SPD: Steuern muss jeder zahlen! Jeder Bürger muss Steuern zahlen!)

wieder in den Landeshaushalt einzulegen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das tun wir nicht!)

Die Nachteile sind hier auch schon angesprochen worden: Sie liegen vor allem in der Gemeinnützigkeitsverstrickung. Herr Pfister, genau das betrifft auch die Frage der Finanzierung und die Frage, wer letztendlich über die Vergabe entscheidet. Wir haben jetzt das Problem der Gemeinnützigkeitsverstrickung. Bei jedem Projekt muss sehr genau hingeschaut werden, ob es tatsächlich neu ist und ob es gemeinnützig ist. Die Probleme, die wir mit diesen Projekten bekommen, zeichnen sich doch schon ab.

Heute wurde schon die Zukunftsoffensive III erwähnt. Sie ist doch das beste Beispiel dafür, was für Folgen das für unseren Landeshaushalt haben wird. Denn Projekte in einem Gesamtvolumen von 130 Millionen €, die zugesagt sind, erfüllen eben nicht das Kriterium der Gemeinnützigkeit. Diese Projekte müssen wir jetzt aus unserem Landeshaushalt finanzieren. Das ist nur ein Beispiel dafür, was mit dieser Anforderung der Gemeinnützigkeit auch schief laufen kann.

Gar nicht erwähnen möchte ich auch die Folgekosten, die durch viele Projekte entstehen, bei denen zusätzliche Stellen im Hochschulbereich geschaffen werden. Hier werden irgendwann auch Folgekosten auf unseren Landeshaushalt zukommen.

Wir möchten daher noch einmal betonen, dass diese Landesstiftung aufzulösen ist. Das wäre auch für das Land die beste Lösung.

Die Landesregierung betreibt hier systematisch die Entmachtung des Parlaments. Herr Minister Stratthaus, Sie haben hier wirklich noch einmal deutlich gemacht, was Sie darunter verstehen. Sie haben dieses Parlament mit einem Gemeinderat verglichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mit einem Aufsichtsrat!)

Ich denke, jeder, der hier drin sitzt, weiß es besser: Der Gemeinderat ist ein Verwaltungsorgan. Wir, der Landtag, sind aber ein Gesetzgebungsorgan. Diesen Anspruch sollten wir auch formulieren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben Sie falsch verstanden!)

Das heißt nämlich, dass wir alle als Parlamentarier hier über die Vergabe solcher Summen – sie übersteigen die freie Spitze im Haushalt – entscheiden, und zwar jede einzelne Abgeordnete und jeder einzelne Abgeordnete. Denn schließlich sind wir alle hier für die Steuergelder verantwortlich.

Danke.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Dederer, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Stratthaus?

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Stratthaus.

**Abg. Stratthaus** CDU: Verehrte Frau Dederer, ist Ihnen entgangen, dass ich den Aufsichtsrat der Landesstiftung und keineswegs den Landtag mit einem Gemeinderat verglichen habe?

(Abg. Drexler SPD: Aber das stimmt auch nicht!)

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Das ändert nichts an meiner Argumentation, Herr Minister.

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Beifall des Abg. Drexler SPD)

Wenn Sie mir jetzt am Schluss noch zugehört haben, stellen Sie fest: Mir geht es nicht darum, dass die Macht dieses Parlaments, das ja das Etatrecht hat, an Vertreter delegiert wird, die dann über größere Summen als die freie Spitze im Haushalt entscheiden. Hier geht es vielmehr um das Etatrecht, das wir alle als Abgeordnete wahrzunehmen haben. Ich finde, es ist unser gutes Recht, darauf zu bestehen. Auch Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, würde es gut anstehen, hier auch Ihre Kontrollrechte als Abgeordnete wahrzunehmen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1085.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben namentliche Abstimmung beantragt! – Abg. Fischer SPD: Wir hatten das schon angedeutet!)

– Es ist bisher keine namentliche Abstimmung beantragt.

(Abg. Drexler SPD: Doch, durch Herrn Schmid! Aber ich beantrage es noch einmal: namentliche Abstimmung!)

Findet der Antrag die entsprechende Unterstützung? – Das ist der Fall. Es findet also eine namentliche Abstimmung statt.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/1085 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der möge mit „Enthaltung“ antworten. In jedem Fall bitte ich alle Anwesenden, während des Namensaufrufs Ruhe zu bewahren, da ansonsten die Antworten hier vorne nicht verstanden werden.

Ich bitte nun Herrn Schriftführer Klunzinger um den Namensaufruf. Dieser beginnt mit dem Buchstaben P.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 116 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 64 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1085, abgelehnt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Bebbler, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Moser, Oelmayer, Boris Palmer, Dr. Puchta, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräbke, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klensk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kübler, Kurz, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Wieser, Winckler, Zimmermann.

\*

Gleichzeitig ist damit Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte**

**a) ICE-Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim – Mannheim einbinden/Bypass verhindern – beantragt von der Fraktion der CDU**

**b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen – Drucksache 13/974**

Mit aufgerufen ist der gemeinsame Entschließungsantrag aller Fraktionen, Drucksache 13/1089.

(Präsident Straub)

Redezeit wurden nicht festgelegt. Das Präsidium hat entschieden, dass je Fraktion bis zu zwei Redner sprechen können.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reichardt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Freie Rede!)

**Abg. Reichardt** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal meine ich zu diesem in der landespolitischen Diskussion hinreichend bekannten Thema, dass es hervorragend ist, dass wir landespolitisch einen Konsens aller Fraktionen des Hauses haben, den Sie dem gemeinsamen Antrag entnehmen können, und einen Konsens der Landesregierung von der ersten Minute an, als die Planungsabsichten der Deutschen Bahn AG vor etwas mehr als zwei Jahren öffentlich wurden.

Ich finde es auch bemerkenswert und halte es für ein hervorragendes Zeichen, dass Land und Stadt Hand in Hand gehen. Ich freue mich, dass der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Herr Gerhard Widder, heute bei uns im Haus ist und der Debatte folgt.

Sehr oft, meine Damen und Herren, muss Politik sich vorhalten lassen, sie handle irrational und die Wirtschaft handle rational. Die heutige Diskussion dreht sich um ein Fallbeispiel, bei dem genau das Gegenteil richtig ist. Denn hier geht es um einen Wirtschaftsführer – in diesem Fall um den Konzernvorsitzenden der Deutschen Bahn AG –, der einem Modell der Verkehrsorganisation anhängt, nämlich der Idee, Deutschland im Bahnfernverkehr über ein Netz von Waben zwischen einigen wenigen Städten so zu organisieren, dass seine Bahn schneller fahren kann, als die schnellsten Vögel – die von Lufthansa oder British Airways – fliegen.

Der Konzernvorsitzende hat sein Modell, wenn Sie so wollen, abgeschrieben, nämlich von eben dieser Lufthansa, die ihre Strecken in Deutschland nach dem gleichen Muster plant. Er will damit eine Idee aus seiner Zeit als Wirtschaftsführer in der Flugzeugindustrie verwirklichen, der Größte und Schnellste zu sein, und das auch noch mit dem vergleichsweise langsamen Medium Fernzug.

Um diesen Traum zu verwirklichen, müssen große Regionen zurückstehen und rationale Gedanken weichen. Denn es zählen die Wabe und der Traum vom Fliegen. Hartmut Mehdorn als der moderne Ikarus der Deutschen Bahn AG, der Ikarus der Schiene, will losfliegen, und dies um jeden Preis, selbst wenn es mit seiner Bahn ist.

Meine Damen und Herren, diese Geschichte spielt nicht bei Märklin oder Fleischmann, nicht auf der Spur 0 oder im Kinderzimmer, und die Häuschen dabei sind auch nicht von Faller produziert. Es ist eine Geschichte und es ist ein Märchen, das einen Albtraum in sich birgt, das seit mehr als zwei Jahren zulasten der wirtschaftlich zweitstärksten Region unseres Bundeslandes abläuft, eine Geschichte, die im Kern ungläublich ist.

Da wurde vor wenigen Monaten der Hauptbahnhof in Mannheim neu eröffnet – Investitionskosten aus Bundesmitteln ca. 50 Millionen € –, und trotz alledem soll eine Trasse neu gebaut werden, um diesen umfahren oder fast

umfliegen zu können, und als Haltepunkt soll auf der grünen Wiese ein Bahnhof entstehen. Etwas Vergleichbares habe ich in Montabaur gesehen, in der Nähe des Wahlkreises von Herrn Scharping, dem ja auch nicht unbedingt alles gelingt, und Montabaur Haltebahnhof ist eine vergleichbare Fehlplanung.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, da sammelt eine regionale Zeitung, der „Mannheimer Morgen“, mehr als 150 000 Unterschriften gegen diesen Trassenneubau, und trotz alledem wird fast unbefangen, munter und ohne Rücksicht auf das, was die Menschen wollen, weiter von Umfahrungen und Bypassen fantasiert und gesprochen.

Was würde passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eines Tages das Gespinnst von der Wabe abgelöst würde, etwa durch die Idee, durch konsequente Vermeidung chronischer Verspätungen Wettbewerbsfähigkeit im Fernzugverkehr herzustellen? Oder durch die Idee, Zufahrtszeiten zu den großen Flughäfen in Deutschland dadurch einzusparen, dass man den Bahnverkehr an mehr Zentren anbindet, als dies die Fluggesellschaften je vermögen? Dann wären alle Pläne von Waben schnell wieder in der tiefen Schublade, fast wie alte Filme mit Biene Maja.

Allerdings, meine Damen und Herren: Der Schaden ist angerichtet. Wer heute im Rhein-Neckar-Raum eine größere Wirtschaftsansiedlung erwägt, der weiß nicht, von welcher Fernzugver- und -anbindung er ausgehen kann. Seit mehr als zwei Jahren überzieht Herr Mehdorn seine frühere Wohnregion mit seinem Wabentraum und blockiert damit wirtschaftliche Entwicklungen im zweitgrößten Raum unseres Bundeslandes.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Als Abgeordneter der Stadt Mannheim, aber auch in landespolitischer Gesamtsicht bin ich den Fraktionen im Haus und der Landesregierung dankbar, dass wir gegen dieses Blockadekonzept klar und eindeutig Position beziehen.

Zugleich möchte ich einen aktuellen Hinweis geben: Nach dem Fernsehinterview mit dem erneut halsstarrigen Herrn Mehdorn am letzten Wochenende im regionalen „Rhein-Neckar-Fernsehen“ kann in der momentanen Situation meines Erachtens nur noch eine Person wirkungsvoll mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG sprechen:

(Abg. Alfred Haas CDU: Stoiber!)

der Mann nämlich, der ihn rief, fast wie der Zauberlehrling seinen Geist, der Mann, der die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbieren – –

(Abg. Fischer SPD: Herr Reichardt, was hat denn das mit der Sache zu tun?)

– Herr Fischer, Sie sind jetzt schon aufgeregt, bevor ich gesagt habe: der kolorierte Haare in graue Haare verwandeln kann und umgekehrt.

(Abg. Fischer SPD: Ach, hören Sie doch auf!)

(Reichardt)

Der Sanierer von Holzmann muss auch zum Sanierer des ICE-Bahnhofs Mannheim werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Gott sei Dank sind bald Sommerferien! – Weitere Zurufe)

Er hat nur noch wenige Wochen Zeit, Herr Kollege Pfisterer. Es wird zwar bestritten, ob er es je kann, aber wir wollen versuchen, es ihm von hier aus zuzurufen.

(Zurufe)

Wir werden in der Region unsere Beiträge zu leisten haben – in der Tat auch in den nächsten Wochen, Herr Kollege Fischer –, weil das eine existenzielle Frage der Rhein-Neckar-Region ist,

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch unbezweifelt!)

und wir werden ihn auch daran messen, ob der Bund seine Verantwortung ähnlich wahrnimmt, wie er sie nach den Einbrüchen bei der EXPO-Finanzierung wahrgenommen hat. Bisher hören wir aus dem Bundeskanzleramt nur Hinweise auf die unternehmerische Eigenverantwortung der Deutschen Bahn AG. Lieber Herr Fischer, ich weise Sie darauf hin, dass die Investitionen des Bundes in die Schienenausbaumaßnahmen, getragen und durchgeführt über die Bahn, ausschließlich auf der Basis von Mitteln aus dem Bundeshaushalt erfolgen.

Das heißt also: Es geht nicht um privat verfügbare Gelder, sondern es geht um öffentliche Gelder und damit um staatspolitische und strukturpolitische Verantwortung ebenso wie um unternehmerische Einsicht.

(Beifall bei der CDU)

Der Bund investiert jedes Jahr zwischen 4 Milliarden € und 5 Milliarden € in die Schieneninfrastruktur – nicht Privatgeld, sondern Bundesgeld. Deshalb ist es hanebüchen, wenn sich der Bundeskanzler in Person seit rund zwei Jahren – ich sage das als Mannheimer und Baden-Württemberger – um eine Aussage in dieser Frage herumdrückt. Das kann nicht hingenommen werden. Es ist eine Frage dessen, was die Deutsche Bahn AG in einer Ausgewogenheit von unternehmerischer Verantwortung und gesamtstaatlicher Verantwortung zu tun, zu lassen und zu leisten hat.

Ich weise darauf hin, dass die Deutsche Bahn AG zu 100 % bundeseigen ist. Deshalb meine Bitte an die SPD-Fraktion, weil wir alle heute von hier aus die Dinge anpacken und tun wollen, die notwendig sind: Versuchen Sie, sehr rasch in Berlin einen Termin zu planen und möglicherweise auch mithilfe von Herrn Widder, der unserer Partei, der CDU, nicht angehört, etwas zu bewegen, und zwar möglichst in den nächsten Wochen. Es duldet keinen Aufschub mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Der September kommt bald!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe dieses Thema, das für viele Kolleginnen und Kollegen, die nicht aus Mannheim und nicht aus der Rhein-Neckar-Region sind, in den Details möglicherweise weder von Bekanntheit noch von großem Interesse ist, auf den politischen Kern gebracht.

Ich wage eine Prognose, weil ich optimistisch bin und weil ich auch der Deutschen Bahn AG zurufen will: Schätzen Sie die Lage in der Region richtig ein! Da formieren sich Bürgerinitiativen. Ich gehöre selbst zwei Bürgerinitiativen an. Der Kollege Seltenreich arbeitet hier ebenfalls mit. Herr Mehdorn wird als Rentner erleben müssen, dass es mit seiner Idee von der Wabe, die schneller fliegen kann als der Schall, nichts wird. Jeder, der die Stimmung in meiner Heimatregion anders einschätzt, fährt nicht gegen eine Milchkanne, sondern gegen eine politische Wand. Deshalb mein Appell von hier aus: Drehen Sie um, Herr Mehdorn! Drehen Sie, liebe Freunde von der SPD, Herrn Schröder um; dann wird sich alles zum Besten entwickeln. Hoffen wir, dass wir in den nächsten Wochen eine Entscheidung bekommen, die Baden-Württemberg, der Rhein-Neckar-Region und der Stadt Mannheim endlich nützt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, ich möchte gern den bereits erwähnten Herrn Oberbürgermeister Gerhard Widder aus Mannheim zu diesem Tagesordnungspunkt als Zuhörer begrüßen.

Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muss Herrn Mehdorn schon fast dankbar sein für seine Vorliebe für zugespitzte Formulierungen, so zum Beispiel, als er über die Anbindung Mannheims vor einigen Monaten gesagt hat, man könne ja nicht jede Milchkanne mitnehmen. Das war der Moment, als die letzten gutwilligen Menschen aufgewacht sind und klar wurde: Die Herren von der Chefetage der Bahn halten gegen jegliches Sachargument und um jeden Preis – im wahrsten Sinne des Wortes – daran fest, an den Menschen der Region vorbei diesen Bypass zu bauen. Von daher ist es ein gutes Zeichen, dass wir heute ein eindeutiges Signal aus dem Landtag von Baden-Württemberg schicken, dass wir nicht zulassen werden, dass der Schienenverkehr der Zukunft mit hoher Geschwindigkeit an den Menschen vorbeifährt und die Leute an der Seite stehen lässt.

Wenn die Herren von der Bahn nicht als Provokateure aktiv sind, beweisen sie sich in dieser Debatte gern auch als Märchenonkel. So haben sie in diesen Tagen die Märchengeschichte in einer schönen Hochglanzbroschüre vorgestellt. Die Broschüre heißt: Baden-Württemberg und die Bahn. Da kann man wunderbare Geschichten nachlesen, die sehr schön klingen, an denen aber in der Substanz wenig dran ist. Ich möchte von diesen Märchenmotiven heute drei herausgreifen und kurz kommentieren.

Das erste Motiv ist das Märchen vom Goldesel. Das lautet so: Die Bahn ist bereit, über Baden-Württemberg den Geldsegen auszugießen und das Land mit vielen schönen Bahninvestitionsprojekten zu bedienen. Allein der Lückenschluss, die Neubaustrecke zwischen Frankfurt und Stuttgart, soll 1,6 Milliarden € nach Baden-Württemberg bringen. Das ist alles schön und gut. Die Bahn verschweigt in dem Zusammenhang, dass es erstens nicht um ihren Geldsäckel geht, sondern um öffentliche Steuergelder, die die

(Theresia Bauer)

Bahn investieren will, und sie verschweigt zweitens auch, dass die Neubaustrecke sehr viel billiger und besser zu haben wäre, wenn sie Mannheim direkt anbinden und nicht an der Stadt vorbeifahren würde. Das käme uns um 350 Millionen € billiger.

(Beifall bei den Grünen sowie der CDU und der FDP/DVP)

Das zweite gern bediente Märchenmotiv ist das Märchen vom Aschenputtel, und zwar in dieser Form: Die Region Rhein-Neckar ist das Aschenputtel. Es wird sehr gerne und mit bedauerndem Unterton darauf zurückgegriffen, dass das Problem lediglich ein Anliegen der Lokalpatrioten im Rhein-Neckar-Kreis und besonders von Mannheim sei. Das Thema sei geeignet, Emotionen und Ängste zu schüren, und letztendlich sei die ganze Angelegenheit Ausdruck einer Region mit einem schwach entwickelten Selbstbewusstsein. Die Bahn will uns gerne zur Seite stehen und unseren Mut und unser Selbstbewusstsein stärken.

Wahrlich, der Bahn mangelt es nicht an Selbstbewusstsein. Aber ich glaube, es mangelt ihr deutlich mehr an der Fähigkeit zum Hinschauen und zum Zuhören, denn sonst hätte sie schon lange gemerkt, dass die Problematik weit über die regionalen Interessen der Region hinausgeht. Natürlich ist eine wichtige Region betroffen. Es geht um den siebtgrößten Ballungsraum in Deutschland. Hier leben über zwei Millionen Menschen und haben hier ihre Arbeitsplätze. Aber die Betroffenheit geht weit über die regionalen Interessen hinaus. Nicht umsonst meldet sich in diesem Zusammenhang der Landtag von Rheinland-Pfalz zu Wort. Nicht umsonst kommen Proteste aus dem Saarland. Sie kommen von Verkehrsexperten. Sie kommen von Industrie- und Handelskammern, kürzlich auch von der Industrie- und Handelskammer in Südbaden. Es ist kaum zu übersehen, dass es hier nicht bloß um einen wichtigen Bahnhof in einer großen Stadt geht, sondern um den zweitgrößten Bahnknoten Deutschlands und um die wichtigste Drehscheibe des Bahnverkehrs im Südwesten. In Mannheim steigen täglich 70 000 Menschen zu oder um. Von daher kann man dieses Thema beim besten Willen nicht zu einer Frage des Lokalkolorits von Mannheim machen.

Das dritte Märchenmotiv ist das Märchen vom Luftschloss oder von dem Turmbahnhof auf der grünen Wiese. Im Mai wurde während der schon angelaufenen Vorbereitungen zum Raumordnungsverfahren plötzlich eine neue Variante wie ein Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Sie lautet: Wir können ja an dem Bypass zusätzlich einen neuen Bahnhof bauen. Damit soll der Region offensichtlich der Bypass, der so schwer verdaulich ist, schmackhafter gemacht werden. Bemerkenswerterweise hat die Bahn gar nicht vor, ihre Luftnummeridee in konkrete Planungen zu gießen und in das Raumordnungsverfahren einzuspeisen. Sie hat auf Nachfragen jetzt auch zugegeben, dass sie keine Planungsunterlagen nachreichen wird. Das soll eine Vision für das Jahr 2015 sein. Wir wissen ja von der Landesregierung, was wir von den Visionen in diesem Zeitraum zu halten haben.

Ein Bahnhof auf der grünen Wiese wäre sowohl ein verkehrspolitischer Humbug als auch ein massiver Nachteil

für die schon existierenden und funktionierenden Bahnhöfe in Mannheim und in Heidelberg. Er würde nicht zu einer Verbesserung für die Kunden führen, sondern es käme zu einer weiteren Verschlechterung durch Fahrzeitverlängerungen und zusätzliches Umsteigen – einmal ganz zu schweigen von dem Flächenverbrauch, der damit zusätzlich verbunden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD sowie der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Von daher möchte ich noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Reichardt, machen: Wo liegt jetzt eigentlich der Schlüssel des Handelns? Schauen wir jetzt auf Herrn Schröder und nach Berlin, wo natürlich eine politische Verantwortung besteht? Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Es geht hier um öffentliche Steuergelder. Deswegen werden wir auch unsere Fähigkeit zum wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit diesen Steuergeldern durchsetzen. Aber zunächst einmal liegt der Schlüssel des Handelns hier im Land,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

beim Regierungspräsidium Karlsruhe, wo das Raumordnungsverfahren losgehen wird. Hier werden die Planungsunterlagen zu prüfen sein, hier wird die Stichhaltigkeit der zugrunde gelegten Annahmen zu prüfen sein, hier werden die Alternativen in ausreichender Tiefe zu bewerten sein. Hier wird es nicht nur darum gehen, betriebswirtschaftliche Kalkulationen zu überprüfen. Vielmehr müssen auch die Auswirkungen struktureller, ökonomischer und ökologischer Art bewertet werden.

Zu den ökologischen Auswirkungen noch eine Anmerkung. Der Bypass würde nicht nur in finanzieller Hinsicht teuer zu stehen kommen, sondern er würde auch den größtmöglichen ökologischen Schaden anrichten. Dieser 14 Kilometer lange Streckenabschnitt, der von niemandem – außer dem Hause Mehdorn – gewünscht wird, verlief durch drei Landschaftsschutzgebiete. Zwei davon sind mit dem hohen Schutzstatus eines FFH-Gebiets, also mit europäischem Schutz, versehen. Dieser Streckenabschnitt würde die drei Naturschutzgebiete beeinträchtigen. Dies hätte auch zur Konsequenz, dass derjenige, der einen schnellen Lückenschluss zwischen Frankfurt und Stuttgart will, nicht darauf setzen kann, dass wir uns ein jahrelanges juristisches Tauziehen um die ökologischen Belange in dieser Region erlauben können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zum Schluss eine Empfehlung an die Herren von der Bahn: Wenn Sie Prestigezugobjekte, die mit Hochgeschwindigkeit ihre Kreise drehen, so gern haben, dann stellen Sie sich das doch als Modelleisenbahn in Ihre Spielzimmer, und lassen Sie uns in der Realität an einer Bahn der Zukunft arbeiten, die die Menschen mitnimmt und sie nicht im Regen stehen lässt.

Besten Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Wirtschaftsminister der Republik Ghana, Herrn Dr. Kofi Konadu Apraku.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Minister Dr. Apraku hält sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung bis morgen zu einem Informationsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf.

Herr Minister, ich darf Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich begrüßen und Ihnen weiterhin einen angenehmen und vor allem informativen Aufenthalt in unserem Land wünschen.

Das Wort erteile ich dann Herrn Abg. Göschel.

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heute vorliegende Entschließungsantrag, der gemeinsam von allen vier Fraktionen dieses Hauses eingebracht wird, dient dem Schulterchluss im Land Baden-Württemberg und dem Schulterchluss mit den ebenfalls betroffenen Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen. Insofern bedauere ich etwas, Herr Kollege Reichardt, dass Sie der Versuchung nicht haben widerstehen können,

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

mit billiger Polemik Wahlkampf zu betreiben, obwohl heute genau das Gegenteil notwendig ist, nämlich ein Zusammenrücken im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reichardt CDU: Wo die Verantwortung sitzt, das ist wichtig! – Abg. Hauk CDU: Das ist doch ganz wichtig! Es gibt eine Bahn, und es gibt einen Bund!)

– Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass wir ganz bewusst auch Ziffer 5 in die Entschließung aufgenommen haben. Ziffer 5 enthält einen Appell an die Bundesregierung und an den Deutschen Bundestag, keine Finanzmittel bereitzustellen, die den Interessen des Landes Baden-Württemberg, der Region und der Stadt Mannheim zuwiderlaufen.

(Abg. Hauk CDU: Das ehrt Sie!)

Das ist im Bewusstsein dessen aufgenommen worden, welche Bedeutung Mannheim als Eisenbahnverkehrsknoten für uns alle im Land Baden-Württemberg hat. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch in der nächsten Woche, wenn unsere Fraktion in Berlin sein wird, in einem Gespräch der Verkehrspolitiker im BMVBW in aller Deutlichkeit unsere Position vertreten werden. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Hauk CDU: Das ehrt Sie auch, dass Sie das so sehen! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ich mache auch darauf aufmerksam: Die SPD-Abgeordneten der Region Rhein-Neckar haben bereits am 28. März 2000 die Mannheimer Erklärung herausgegeben. Darin ist in dem heute angesprochenen Sinn auch sehr deutlich Stellung

bezogen worden. Auch da haben wir keinerlei Nachholbedarf und haben keine Ratschläge von Ihnen, Herr Kollege Reichardt, nötig. Wir sind ganz allein darauf gekommen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Herr Reichardt hat Ihnen doch gar keine Ratschläge gegeben!)

In den letzten zwei Jahren haben wir die Hände nicht in den Schoß gelegt. Vielmehr haben wir im Rahmen unserer ständigen Kontakte mit unseren Kollegen aus Rheinland-Pfalz und Hessen besprochen, dass wir in dieser Sache auch gemeinsam vorgehen wollen. Diese Gemeinsamkeit sollte nun wirklich nicht durch Polemik beeinträchtigt werden.

Zu Beginn will ich für die SPD-Fraktion noch einmal deutlich festhalten: Wir wollen auch, dass die Schnellbahntrasse Frankfurt–Mannheim so schnell wie möglich gebaut wird. Die Riedbahntrasse muss entlastet werden. Das dient der Stadt Mannheim, der Region und dem ganzen Land Baden-Württemberg. Denn damit wird ein wichtiger Lückenschluss zwischen der Schnellbahntrasse Köln–Frankfurt und der Schnellbahntrasse Mannheim–Stuttgart hergestellt. Darüber hinaus soll über Stuttgart 21 die Strecke Stuttgart–Ulm bis München so modernisiert werden, dass sie den zukünftigen Eisenbahnerfordernissen gerecht wird und die moderne Bahn darstellen kann. Insofern dient dies dem ganzen Land. Denn diese Eisenbahnmagistrale geht durchs ganze Land und ist wichtig. Dazu ist es auch wichtig, dass der Knoten Mannheim so wie bisher bestehen bleibt.

Bezüglich Ziffer 1 des Entschließungsantrags, was die Notwendigkeit einer Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Frankfurt anbelangt, besteht nicht nur in diesem Haus, sondern auch mit Mehdorn und seinen Leuten großes Einvernehmen. Ein Dissens allerdings besteht hinsichtlich der Einbindung des Knotens Mannheim. Wir bestehen auf eine Volleinbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs. Denn der Mannheimer Hauptbahnhof ist nicht nur ein Haltepunkt für ein paar Geschäftsleute, die in Mannheim zu- oder aussteigen. Die Kollegin Bauer hat darauf hingewiesen: 70 000 täglich. Wenn man das einmal hochrechnet, so ergibt sich ein Mehrfaches der Zahl der Ein- und Ausstiege am Flughafen Stuttgart. Dort hat man im Zuge von Stuttgart 21 sinnvollerweise einen Fernbahnhof geplant. „Sinnvollerweise“ sage ich; wir unterstützen das. Aber es wäre der falsche Weg, den Hauptbahnhof Mannheim im modernen Fernverkehr zu einem Haltepunkt zweiter Ordnung herunterzustilisieren. Aus diesem Grund ist es umso mehr von hoher Bedeutung, dass Mannheim voll in diese Eisenbahnmagistrale eingebunden wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auf die Bedeutung des Rhein-Neckar-Raums, des Rhein-Neckar-Dreiecks ist schon hingewiesen worden. Ich betone, dass sich der Einzugsbereich des Mannheimer Hauptbahnhofs bis in den Heilbronner Raum, den südhessischen Raum, ins Saarland und in die gesamte pfälzische Region erstreckt. Darüber hinaus erfasst er große Teile von Rheinland-Pfalz. Insofern wären nicht nur die knapp zwei Millio-



*(Göschel)*

nen Menschen im Rhein-Neckar-Raum betroffen, sondern sehr viel mehr. Auch das unterstreicht die Bedeutung. Das zeigt sich auch an den entsprechenden Zugverbindungen, die derzeit bestehen, und an der Zahl derjenigen, die den Bahnhof Mannheim zum Ein- und Ausstieg im Fernverkehr benutzen.

An Mannheim darf – das ist die Überzeugung der gesamten SPD-Landtagsfraktion – in Sachen Bahn auch in Zukunft kein Weg vorbeiführen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

In der Diskussion wird jetzt manchmal so getan, als handle es sich nur um einen Umsteigepunkt und würde es genügen, auf der grünen Wiese eine Umsteigemöglichkeit zwischen der Strecke Heidelberg–Mannheim – wo die S-Bahn Rhein–Neckar künftig gebündelt durchfährt – und der künftigen Schnellbahntrasse herzustellen. Die Planer der Deutschen Bahn AG verkennen dabei aber, dass Mannheim mehr ist als nur ein Umsteigepunkt zwischen S-Bahn und einer Fernverkehrslinie. In Mannheim kreuzen sich zwei sehr bedeutende ICE-Strecken, die derzeit teilweise auch noch mit ICs und ECs bedient werden, aber künftig in jeder Hinsicht ICE-Strecken sein werden, nämlich die Eisenbahnmagistrale Hamburg–Basel und die Eisenbahnmagistrale Rhein-Ruhr-Gebiet–Köln–München und darüber hinaus. Diese Strecken kreuzen sich derzeit und auch künftig nur in Mannheim. Nur dort gibt es Umsteigemöglichkeiten zwischen diesen beiden Fernverkehrsverbindungen. Das ist mit einem Auf-der-grünen-Wiese-Bahnhof überhaupt nicht darzustellen, es sei denn, man würde auf der grünen Wiese ein riesiges Neubauprojekt mit Kosten in Milliardenhöhe errichten. Aber warum sollte man das sinnvollerweise machen, wenn es den Knoten Mannheim schon gibt?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann müsste man den Hauptbahnhof schließen!)

Darüber hinaus ist Mannheim auch die Verknüpfung mit anderen Fernverkehren, insbesondere auch in den Raum Saarbrücken und nach Frankreich. Der künftige TGV-Est soll im Nordost ja auch über Mannheim eingebunden werden. Wenn die Einbindung in Mannheim nicht klappt, könnte er nur über die Riedbahn und nicht über die Neubaustrecke weitergeführt werden. Auch daher ist das dringend notwendig.

Am Hauptbahnhof Mannheim findet auch mehr statt als nur der Umstieg zwischen künftiger S-Bahn und dem Fernverkehr. Zahlreiche Regionalbahnen und Regionalexpresszüge in alle möglichen Richtungen sind in Mannheim am Hauptbahnhof auf den Fernverkehr abgestellt und werden dort mit diesem verknüpft. Auch die Straßenbahnen, zwei NE-Bahnen, die OEG und die Rhein–Hardt-Bahn, die Busse, alle sind auf den Hauptbahnhof Mannheim ausgerichtet. Man kann nicht – weil diese Verkehrslinien ja auch noch andere Bedeutungen haben – den gesamten ÖPNV auf einen neu gegründeten Auf-der-grünen-Wiese-Bahnhof umstellen. Dies wäre nicht nur mit unverantwortlich hohen Kosten verbunden, sondern in der Sache auch völlig unsinnig und verfehlt.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen, die im Zusammenhang mit der Diskussion ganz wichtig sind. Die Bahn hat ja zwei entscheidende Systemvorteile, die sie nutzen und nicht leichtfertig aus der Hand geben sollte. In Konkurrenz zum Individualverkehr, zum Autoverkehr hat die Bahn den Vorteil, dass sie die großen Entfernungen wesentlich schneller und staufrei zurücklegen kann. Dieser Systemvorteil kann aber nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn die Beförderungskette insgesamt funktioniert. Diese Beförderungskette würde jedoch mit einer Bypass-Lösung – mit oder ohne Halt an dieser Stelle – leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Dies funktioniert nur einwandfrei am Hauptbahnhof Mannheim. Wenn ich erst einmal ins Auto steigen muss, dann fahre ich nicht zum Auf-der-grünen-Wiese-Bahnhof, um dort mein Auto abzustellen und mit dem Zug weiter nach Frankfurt zu fahren, sondern dann bleibe ich gleich im Auto sitzen und fahre direkt nach Frankfurt. Das ist nur ein Beispiel für viele andere auch.

Das heißt: Durch die Verlagerung aus Mannheim würden für die Bahn mehr Fahrgäste im Fernverkehr verloren gehen, als neue Gäste durch einen vermeintlichen Zeitvorteil von vier bis fünf Minuten gewonnen werden können, zumal dieser geringe Zeitvorteil ja wiederum dann aufs Spiel gesetzt würde, wenn es einen Bypass-Bahnhof auf der grünen Wiese geben sollte. Deswegen glaube ich eigentlich gar nicht daran, dass das mit dem Bypass-Bahnhof ganz ernst gemeint ist. Die haben vielmehr nur einen Stein ins Wasser geworfen, um zu sehen, wie die Region darauf reagiert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vielleicht führt das zur Beruhigung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So machen die das immer!)

Vor allem ist dabei etwas ganz Perfides mit im Spiel: Da ist die Überlegung mit im Spiel, dass man vielleicht die Region und insbesondere Heidelberg und Mannheim in dieser Frage auseinander dividieren kann, indem man den Heidelbergern verspricht, den neuen Fernbahnhof näher an Heidelberg heranzurücken. Aber alle, die diesen Plan vernünftig durchdenken, wissen, dass es auch ein Schaden für Heidelberg wäre, wenn der Hauptbahnhof Mannheim als der Fernverkehrsknoten in Südwestdeutschland aufgegeben würde. Denn der Zeitgewinn Richtung Mannheim würde maximal im Fünfminutenbereich liegen, aber Heidelberg drohte dann die völlige Abkoppelung vom eigenen Fernverkehr. Die Main–Neckar-Bahn, die entlang der Bergstraße südlich von Heidelberg über Bruchsal nach Karlsruhe geführt wird, ist derzeit ja mit Fernverkehr belegt. Der Fernverkehr auf dieser Strecke könnte dann völlig zum Erliegen kommen, sodass Heidelberg keinen Vorteil, sondern nur einen entscheidenden Nachteil hätte. Die, die in Heidelberg darüber nachgedacht haben, haben das alle erkannt.

Dieser Versuch, die Region auseinander zu dividieren, ist fehlgeschlagen. Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass auch im Landtag von Baden-Württemberg keine Spaltung erfolgt und kein Auseinanderdividieren in dieser Frage möglich ist, sondern dass wir heute gemeinsam einen Entschließungsantrag vorlegen, der die Position, die für Mannheim, für das Rhein-Neckar-Dreieck und für das Land von

(Göschel)

Vorteil ist, unterstützt, nämlich Mannheim als Fernverkehrsknotenpunkt in vollem Umfang zu erhalten und die Bypass-Lösung abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, des Abg. Reichardt CDU sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon angesprochen worden: Die Trassenpläne der Deutschen Bahn AG werden heiß diskutiert, mindestens so heiß, wie das Wetter gerade ist. Deshalb hatte ich mich zunächst darüber gefreut, als ich vor einigen Tagen eine Einladung von Professor Frankenberg – auch im Namen von Herrn Mehdorn und Herrn Widder – erhielt, man solle sich in Mannheim zu einer Schienenkonferenz zusammensetzen. Ich dachte, jetzt könne man endlich einmal in Ruhe Argumente austauschen. Ich habe beinahe bedauert, dass für heute diese Aktuelle Debatte angesetzt war, weil ich dachte, es wäre gut, zuerst einmal sachlich miteinander zu reden. Dieses Bedauern ist seit gestern sehr gering geworden; denn da erhielten wir einen Brief von der Deutschen Bahn mit dem vorhin schon gezeigten Konzept, in dem ganz schön festgezurr ist, was die Bahn will.

Herr Göschel, wenn Sie meinen, das sei nicht ganz ernst gemeint, halte ich dem entgegen: Solch tolle Bilder, wie sie darin enthalten sind, macht niemand, der etwas nicht ernst meint. Im Gegenteil, dies zeigt mir, dass Herr Mehdorn in seiner Meinung gefestigt ist und wohl nicht vorhat, nur einen Deut davon abzurücken. Deshalb ist es wichtig, heute diese Aktuelle Debatte zu führen.

Das Tollste: In dem Anschreiben, mit dem diese Broschüre verschickt wurde, schreibt er – ich darf zitieren –, „dass, wie zum Teil geschehen, Emotionen und Ängste geschürt werden“. Dagegen möchte ich mich gewaltig verwahren. Jeder, der diese Diskussion hier verfolgt, hat sehr wohl wahrgenommen, dass es um gerechtfertigte sachliche Argumente und nicht um Emotionen und Ängste geht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Reichardt CDU)

Auch wir, Herr Mehdorn, sind an einer sachlichen Diskussion interessiert. Deswegen tauschen wir hier unsere Argumente aus.

In dieser Broschüre wird mit schönen Animationen ein „auto Bahnhof“ auf der grünen Wiese vorgestellt. Interessanterweise ist „Auto“ in diesem doppelt geschriebenen Wort kleingeschrieben, „Bahnhof“ dann aber groß.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: PISA!)

Wir brauchen in Mannheim einen Bahn-Bahnhof. Wer mit dem Auto zur Deutschen Bahn will, dem kann die Deutsche Bahn, wenn sie ihn unterstützen will, sicherlich an irgendeiner S-Bahn-Linie ein komfortables Parkhaus bauen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Wer aus der Region anreist, der nimmt auch ein kurzfristiges Umsteigen in die S-Bahn in Kauf, selbst wenn er nach Frankfurt will. Aber er nimmt nicht in Kauf, zunächst einmal auf die grüne Wiese fahren zu müssen, wo er wiederum keine in die Region weiterführenden Anschlüsse hat.

Man muss doch wirklich sehen: Das Verkehrszentrum, von dem in dieser Broschüre auch gesprochen wird – ganz großzügig wird ja auf Seite 30 der Rhein-Neckar-Raum mit den Räumen Hamburg, München, Frankfurt und Halle/Leipzig verglichen – und von dem es heißt, man wolle ebenso den Rhein-Neckar-Raum besser anschließen, sehe ich als eine scheinheilige Argumentation an. Die Deutsche Bahn muss uns erst einmal darlegen, dass es in diesen Städten tatsächlich einen Halt erster und zweiter Güte gibt, und dass dort der Halt erster Güte dann auf der freien Fläche und nicht da liegt, wo S-Bahnen und alle anderen Bahnen der Region zusammenführen,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Reichardt CDU)

wo es eben nicht nur im innerdeutschen Verkehr, nach Saarbrücken und Kaiserslautern, in die Pfalz, oder nach Basel in die Schweiz und an die Linien nach Köln und Frankfurt Umsteigemöglichkeiten gibt, sondern wo es auch etliche wichtige inner-baden-württembergische Umsteigemöglichkeiten gibt, sei es nun nach Heidelberg, nach Karlsruhe oder nach Freiburg. Wir brauchen diese Umsteigemöglichkeiten auch künftig dringend für alle Relationen. Deswegen lassen wir solche fadenscheinigen Vergleiche nicht gelten.

Dann wird in dieser Broschüre der Vergleich mit dem Flugzeug angestellt. Das ist ein Traum von Herrn Mehdorn. Er hat ja Recht, wenn er den träumt, aber er soll es doch bitte richtig anpacken. Natürlich kann die Bahn mit der Qualität, die sie bietet, durchaus Kunden vom Flugzeug abziehen. Dabei geht es aber nicht darum, nun Flugzeiten mit Bahnfahrzeiten zu vergleichen, denn jeder Flugreisende weiß, dass eben nicht nur die reine Flugzeit zählt, sondern dass er vorher schon rechtzeitig zum Einchecken kommen muss und anschließend noch eine ganze Weile braucht, bis er aus dem Flughafen wieder herauskommt. Vor allem braucht er eine ganze Zeit, um vom Flughafen, der in der Regel außerhalb der Stadt liegt, ins Zentrum zu kommen.

Nun macht Mehdorn genau den Fehler, dass er die Schwäche, die das Verkehrsmittel Flugzeug hat – dass nämlich der Flughafen weit draußen liegt –, nun auch für den Mannheimer Bahnhof etablieren will. Genauso macht er den Fehler, die Verpflegungsqualität – wie im Flugzeug – gewaltig nach unten zu fahren. Ähnliches macht die Bahn jetzt auch: Sie schafft die guten Restaurants ab und schickt uns alle ins Bistro. Dort will keiner hinein, der ein einigermaßen seriöser Geschäftsreisender ist und nebenher vielleicht sogar noch etwas arbeiten will. Das ist ein Riesenvorteil, den die Deutsche Bahn bisher bietet.

Dann vergleicht die Bahn diese beiden Zeiten miteinander und sagt, sie müsse an Mannheim vorbeifahren, weil sie damit wenige Minuten gewönne.

Ich denke, es ist einer der größten Fehler im Zukunftskonzept der Deutschen Bahn, nach wie vor zu glauben, man

(Heiderose Berroth)

könne mit dieser engen Vertaktung, mit Zwei-Minuten-Anschlüssen fahren. Man sollte doch daraus, dass 30 % der Anschlüsse zurzeit verspätet sind – das liegt an genau dieser engen Vertaktung – lernen: Leute, lasst doch ein bisschen mehr Luft drin! Wenn ein Geschäftsreisender einmal in der Bahn sitzt, ist es ihm piepegal, ob er nun zehn Minuten länger an seiner Arbeit sitzen bleiben kann, wenn er dafür pünktlich ankommt. Da muss man wirklich zukunftsorientiert richtig planen.

Dieselbe Bahn, die meint, man könne Mannheim rechts liegen lassen, schafft es übrigens, durch Offenburg viergleisig zu fahren, obwohl dort die wenigsten Züge halten. Dafür werden Häuser eingerissen und wird alles mögliche andere gemacht. Für Offenburg würde ich einen Bypass für sehr sinnvoll halten, aber nicht für Mannheim. Wenn man in Mannheim einen Bypass schaffen will – es kann ja eine Überlegung sein, zu sagen: Man entlastet den Bahnhof Mannheim, um die schnellen Züge dort lassen zu können –, dann könnte man vielleicht eine ganze Reihe von Güterzügen, die nicht in Mannheim halten müssen, außen vorbeifahren lassen. Das würde ich jederzeit unterstützen.

Man will an Mannheim vorbeifahren, baut aber gleichzeitig in Montabaur, das ich bisher wegen seiner Autobahnraststätte geschätzt habe, und in Limburg, das einen schönen Dom hat,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wunderschön!)

aber beileibe kein großes Potenzial an Fahrgästen. Auch das ist so eine Ungereimtheit, die uns keiner erklären kann.

Insofern stehen auch wir voll hinter dem gemeinsamen Antrag, der hier vorgelegt worden ist. Wir stehen auch dahinter, als Landtag noch einmal ganz explizit zu sagen, dass wir den Fernverkehrshalt auf der grünen Wiese unisono, alle miteinander ablehnen.

Herr Mehdorn, uns ist klar, dass Sie keine Molkerei betreiben. Das erwartet auch niemand von Ihnen. Wir erwarten aber, dass Sie sehr zielgerichtet betriebswirtschaftlich denken, und zwar nicht nur auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet, sondern so, dass unsere Bahn mittel- und langfristig gesehen eine betriebswirtschaftliche Chance hat. Die hat sie nur, wenn es ein vernünftiges Konzept gibt, das auch die Wünsche der Kunden respektiert und das die Wirtschaftskraft in Baden-Württemberg nicht schwächt, sondern stärkt.

Mannheim als zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg muss direkt am Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn angebunden bleiben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem Thema, das wir jetzt besprechen, habe ich einen zweifachen persönlichen Bezug. Den einen kennen wahrscheinlich gar nicht alle: Ich bin gebürtiger Mann-

heimer. Deswegen ist mir das Schicksal meiner Vaterstadt nicht gleichgültig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Zweitens: Wenn ich nach Stuttgart fahre, benutze ich immer einen Bahnhof auf der grünen Wiese. Daher jetzt einmal meine Meinung zu Bahnhöfen auf der grünen Wiese: Bei der Wahl zwischen einem Bahnhof auf der grünen Wiese und überhaupt keinem Bahnhof – wie es in Vaihingen/Enz diskutiert wurde – ist der Bahnhof auf der grünen Wiese immer noch besser als gar nichts. Wenn die Alternative aber ein gerade erst neu hergerichteter Hauptbahnhof im Zentrum von Mannheim ist, ist natürlich ganz klar, zu wessen Gunsten die Entscheidung ausfällt, nämlich zugunsten des bestehenden Bahnhofs.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Grünen)

Herr Göschel, ich darf noch einmal betonen, dass wir, genauso wie Sie, voll und ganz, mit vollem Herzen hinter diesem gemeinsamen Antrag stehen. Nur braucht die Gemeinsamkeit, glaube ich, nicht bis zur Aufgabe der persönlichen Identität zu reichen. Legen Sie deshalb die paar Worte meines Kollegen Reichardt, die Ihnen nicht gefallen haben, nicht auf die Goldwaage.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch ein Stänkerer! Der muss doch hier nicht herumstänkern! – Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von mir aus kann man den gemeinsamen Antrag auch noch um einen Punkt ergänzen: Wir sind gegen einen Bahnhof auf der grünen Wiese zwischen Heidelberg und Mannheim.

Wenn ich mir so anschau, was die Bahn bisher zu dieser Verbindungsneubaustrecke zwischen dem Rhein-Main- und dem Rhein-Neckar-Gebiet gesagt hat, dann erkenne ich darin eine gewisse Entwicklung. Als Erstes wurde eine Bypass-Lösung vertreten, dann – nach dem Protest – das Angebot, es könne auch eine Verbindung zum Hauptbahnhof Mannheim hergestellt werden, wobei die Bahn selbst entscheiden wollte, mit welchen Zügen über diese Verbindung gefahren würde. Anschließend kam das Angebot eines Bahnhofs auf der grünen Wiese.

Mich erinnert dies alles an die Vordiskussionen zum Bahnhof Stuttgart 21. Ursprünglich wollte man auch an Stuttgart vorbeifahren. Dann hat man über einen ICE-Bahnhof im Rosensteinpark nachgedacht, und unser ehemaliger Verkehrsminister Schaufler hatte schon die tollsten Entwicklungen dargetan, wie man dann vom Rosensteinpark zum jetzigen Hauptbahnhof gelangen könnte. Letztlich ist die Bahn zur Besinnung gekommen und baut Stuttgart 21 nun an der Stelle, wo der heutige Stuttgarter Hauptbahnhof liegt, nämlich mitten in der Stadt.

Deswegen habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Bahn auch beim Mannheimer Projekt zur Besinnung kommt und sich für den Mannheimer Hauptbahnhof – fast inmitten der Stadt Mannheim – entscheidet.

(Scheuermann)

Der schienengebundene Verkehr hat viele Vorteile, aber ein ganz wichtiger ist doch, dass die Bahn in den allermeisten Fällen mitten in das Herz unserer Städte fahren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich verstehe überhaupt nicht, wie man diesen Vorteil aufgeben kann.

Ich gebe Frau Bauer völlig Recht: Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat bei der raumordnerischen Bewertung der verschiedenen Alternativen sicher ein entscheidendes Wort darüber mitzureden, wie die Entwicklung des Hauptbahnhofs Mannheim in Zukunft weitergehen soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wehre mich auch gegen die Handhabung der Bahn, ihre Kunden in verschiedene Kategorien einzuteilen. Da gibt es die besonders guten Kunden, die in einem der von der Bahn als solche kategorisierten Ballungsräume wohnen – ich nenne einmal Hamburg, Berlin, Frankfurt und München –: Die haben alle Vorteile der Bahn.

Dann gibt es Kunden zweiter oder dritter Kategorie. Sie werden zwar ebenfalls bedient, aber müssen halt sehen, wie sie auf die Hauptmagistrallinien kommen, um dann Kunden wie die Einwohner von Hamburg, Berlin oder weiß Gott wo zu sein.

Wenn die Bahn wirklich eine Politik aus Sicht des Kunden machen will, dann muss der Kunde unteilbar sein und darf nicht in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Dann muss der Mannheimer genauso viel wert sein wie der Stuttgarter, der Stuttgarter genauso viel wie der Frankfurter oder Münchener. Überall fährt die Bahn in die Stadt hinein – dann bitte gefälligst auch in Mannheim!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch zwei Argumente. Das eine wird der Opposition jetzt nicht so gefallen: Wir in Baden-Württemberg fühlen uns beim Straßenverkehr seit Jahren erheblich benachteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Bei Wissmann, ja! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ein Gefühl, aber das falsche! – Unruhe bei der SPD)

Ich will daraus nur die Forderung ableiten: Tun wir alles, damit wir nicht auch beim Schienenverkehr benachteiligt werden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Schauen Sie sich nur einmal den Leitartikel zum Thema Verkehr an, der dieser Tage in den „Stuttgarter Nachrichten“ erschienen ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, natürlich! Der Wissmann hat nichts gemacht!)

– Herr Schmiedel, daran sind Sie doch beteiligt. Schauen Sie sich doch einmal die Verlautbarungen des Regionalverbands Stuttgart an.

(Abg. Schmiedel SPD: Das gefällt Ihnen vielleicht nicht, aber der Wissmann hat nichts gemacht!)

– Ich habe doch ausdrücklich gesagt, diese Äußerung werde Ihnen nicht gefallen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber vielleicht gefällt Ihnen meine Folgerung: Schauen wir und achten wir darauf, dass wir nicht auch beim Bahnverkehr ins Hintertreffen kommen. Wer an Mannheim vorbeifahren möchte, bringt einen wesentlichen und wichtigen Teil unseres Landes ins Hintertreffen.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Letzte Bemerkung, meine sehr verehrten Damen und Herren: Immer wieder flackert die Diskussion „Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn“ auf. Ich stelle jetzt einmal die Frage: Hätten wir die gleiche Diskussion, wenn wir eine völlige Trennung von Netz und Betrieb hätten?

(Abg. Schmiedel SPD: Das war doch auch der Herr Wissmann!)

Ich vermute: Wenn jemand allein für das Netz verantwortlich wäre, käme er nie auf die Idee, an Mannheim vorbeizufahren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der muss ja wirtschaftlich denken!)

Auf die Idee, an Mannheim vorbeizufahren, kommt nur derjenige, der Vorstellungen hat, die nur bei einem Zusammenschluss von Netz und Betrieb überhaupt verwirklicht werden können. Diese Vorstellungen heißen: Es gibt in Deutschland Kunden und Bevölkerungen erster und zweiter Klasse; ich sage es noch einmal. Wir müssen uns auch in Zukunft mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen wehren, dass die Menschen des Ballungsraumes Rhein-Neckar bei der Bahn Menschen zweiter Klasse werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wohltuend, dass der Kollege Scheuermann etwas dafür getan hat, dass wieder Lebendigkeit im Parlament herrscht. Ich bemühe mich, daran anzuschließen. Ich werde auch noch einige Streitpunkte benennen.

Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich mit dem Verfahren in zwei Punkten nicht ganz einverstanden bin. Das eine ist der Punkt des ritualisierten Streits. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass unser Antrag zum Thema „Bahnknoten Mannheim“ wesentlich älter ist als der jetzt

(Boris Palmer)

diskutierte interfraktionelle Antrag, dass er eigentlich der Aktuellen Debatte nach den Regeln des Parlaments hätte entgegenstehen müssen und dass das Verfahren einzig und allein der Regel folgt, dass man Oppositionsanträge grundsätzlich ablehnen muss,

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr, Herr Palmer!)

auch wenn sie gut sind, da Sie nicht bereit waren, dem einfach einmal zuzustimmen. Es wäre Ihnen kein Zacken aus der Krone gefallen, Herr Kollege, wenn Sie auch einmal einem Antrag der Grünen zugestimmt hätten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Hätten Sie uns den Antrag einmal zur Kenntnis gegeben, als er im Präsidium vorlag!)

– Ich diskutiere jetzt nicht über Präsidiumssitzungen; ich diskutiere über Ihre Neigung, Anträge der Grünen a priori abzulehnen.

(Abg. Hauk CDU: Von einem Antrag war doch überhaupt nicht die Rede!)

Nun auch noch ein Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Man muss auch springen, wenn man Anlauf genommen hat. Sie haben am 29. Januar in einer Pressemitteilung verkündet, dass Sie selbst eine Parlamentsinitiative zum Thema Mannheim ergreifen würden.

(Abg. Reichardt CDU: Kurzer Sprung!)

Wenn ich nicht falsch recherchiert habe, gibt es diese Initiative im Gegensatz zu unserem Antrag bis heute nicht. Sie haben damals in der Presse die Lorbeeren schon eingeharbt. Es wäre richtig gewesen, dann auch einen Antrag zu schreiben, was etwas mehr Mühe macht als eine Pressemitteilung.

Jetzt zum eigentlichen Thema. Wir reden doch im Grunde genommen über die Frage „Bypass oder nicht?“. Ich denke, dieser Begriff des Bypasses ist eigentlich schon verräterisch, denn ein Bypass führt natürlich am Herz vorbei, am Herz der Region Rhein-Neckar in diesem Fall,

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

am Bahnhof Mannheim. Schon allein deswegen kommt das nicht infrage. Einer Operation am offenen Herzen in der Region Mannheim werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Hier geht es aber nicht um Lokalegoismus. Dieser Bypass schadet auch dem System Bahn als Ganzem. Ich will das kurz begründen.

Es gibt keinen Bedarf für diesen Bypass, aber er verursacht hohe Kosten in der Größenordnung von 350 Millionen €. Die Bahn argumentiert im Kern mit zwei Punkten, nämlich zum einen der Kapazität und zum anderen der Nachfrage. Das sind die Argumente der Bahn für diesen Bypass, und beide sind unzutreffend.

Zum Punkt der Kapazität: Der Mannheimer Hauptbahnhof ist uneingeschränkt leistungsfähig. Er kann das komplette Betriebsprogramm, das die Bahn vorsieht, abwickeln. Gegenteilige Behauptungen, die Herr Mehdorn auch in der jetzt vorgelegten Broschüre wieder vorträgt, sind schlicht und ergreifend falsch. Das kann man leicht daran erkennen, dass es bahnhinterne Berechnungen gibt, Simulationen einer Unterbrechung des Bypasses. In der Situation, in der der Bypass gebaut wird, wird geprüft: Können die Züge über den Mannheimer Hauptbahnhof fahren, falls der Bypass unterbrochen ist, zum Beispiel aufgrund eines Personenschadens? Das Ergebnis dieser Simulation ist eindeutig: Alle Züge könnten durch den Mannheimer Hauptbahnhof fahren. Das Kapazitätsargument ist nicht zutreffend. Es ist einzig und allein vorgeschoben.

Beim zweiten Punkt, der Nachfrage, verhält es sich ganz ähnlich. Die Bahn argumentiert: Der Zeitgewinn von acht Minuten führt zu einer zusätzlichen Fahrgastnachfrage von etwa sechs Millionen jährlich, entsprechend 24 Zugpaaren täglich. Dieser Zuwachs wird eintreten. Wir machen Politik für mehr Bahnverkehr. Aber er hat nichts oder fast nichts mit dem Zeitgewinn durch den Bypass zu tun, sondern er entsteht durch den enormen Zeitgewinn von über einer Stunde: nur noch eine Stunde von Köln bis Frankfurt. Durch diesen Zeitgewinn entsteht die zusätzliche Nachfrage, die auf der Strecke nach Süden abgewickelt werden muss. Mit dem Bypass hat das nur ganz am Rande zu tun.

Man kann auch dies leicht durch einen Vergleich nachvollziehen. Die Neubaustrecke Stuttgart–Mannheim, die einen Zeitgewinn in der Größenordnung von 40 Minuten gebracht hat, hat lediglich vier zusätzliche Zugpaare und 3,5 Millionen zusätzliche Fahrgäste im Jahr zur Folge gehabt. Es ist also völlig ausgeschlossen, dass ein Zeitgewinn von maximal zehn, eher sechs Minuten sechs Millionen Fahrgäste und 24 Zugpaare an zusätzlicher Nachfrage erzeugen wird.

Beide Argumente sind falsch. Dieser Bypass ist volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und für das System Bahn nur von Nachteil. Deswegen müssen wir ihn ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Scheuermann CDU)

Jetzt ist natürlich die Frage, Herr Scheuermann: Wie kommt die Bahn auf solche Gedanken? Ich glaube, es ist ganz ähnlich – da sind wir uns nicht einig – wie bei Stuttgart 21, nicht aus den Gründen, die Sie vorgetragen haben, sondern weil es hier um eine übergeordnete fixe Idee, um ein Prestigeprojekt geht, bei dem die konkreten wirtschaftlichen Sachverhalte völlig außer Acht gelassen werden. So, wie Stuttgart 21 ein Versenken von Millionen in Tunnelbahnhöfen ist, so ist dieser Bypass eine völlige Fehlinvestition.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Darüber müssen wir heute nicht diskutieren!)

Beides hat nur eine Ursache: Es gibt Herren, die damit ihr Prestige verknüpfen. Im einen Fall heißt er Teufel, im anderen Fall heißt er Mehdorn.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

(Boris Palmer)

– Ich hatte doch gehofft, dass ich noch negative Rückmeldungen von Ihnen bekomme.

(Abg. Reichardt CDU: Sie wollen immer gehauen werden!)

Ich bin allerdings auch nicht ganz einverstanden damit, wie Herr Bodewig mit dem Thema umgeht. Denn Herr Bodewig schließt sich den Argumenten von Herrn Mehdorn viel zu häufig an. Zum Beispiel schließt sich Herr Bodewig in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“ der Argumentation an: „Mannheim bleibt im bisherigen Maße ein bedeutender Verkehrsknoten im Bahnnetz.“ Das bestreitet niemand, bezogen auf die Zahl der Züge, die jetzt dort halten. Aber Mannheim wird abgekoppelt vom Zuwachs um mindestens diese 24 Züge, die für den Bypass prognostiziert sind. So viele werden dort auf jeden Fall vorbeifahren. Deswegen ist diese Aussage nur Augenwischerei. Wir wollen, dass jeder Zug, der durch diese Region fährt, auch Leute einsteigen und aussteigen lässt und nicht hindurchrauscht. Das sollte Herr Bodewig meiner Ansicht nach deutlicher sagen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Scheuermann CDU)

Ebenso finde ich es ärgerlich, dass Herr Bodewig sich der Argumentation anschließt, dass der Bypass aus Kapazitätsgründen gebraucht wird. Ich würde Sie von der SPD bitten, ihm zu überbringen, dass diese Argumentation der Bahn unzutreffend ist. Mich irritiert auch sehr, dass Herr Bodewig sich der Argumentation angeschlossen hat, dieser Bypass sei nötig, um Gefahrgüter auf einer Umgehungsstrasse um Mannheim herum zu transportieren. Das ist technisch völliger Quatsch, weil der Bypass keinen Anschluss an den Güterbahnhof Mannheim haben wird. Es ist auch intuitiv völlig unsinnig. Denn wer kommt auf die Idee, eine Strecke für Tempo 300 auszulegen und dann dort Güterzüge fahren zu lassen? Das sind alles Vorstellungen, die man wirklich nicht teilen kann, die in der Broschüre von Herrn Mehdorn wieder vorgetragen werden und die letztlich nur dazu dienen, Verwirrung zu stiften. Das sollten wir nicht zulassen.

Meine herzliche Bitte an die SPD: Reden Sie noch einmal mit dem Verkehrsminister. Wir brauchen hier deutlichere und richtigere Stellungnahmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Selber reden!)

– Auf mich hört Herr Bodewig nicht so sehr wie auf Sie; ich vermute das jedenfalls.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch gut so!)

– Das mag auch gut so sein. Richtig ist jedenfalls: Man darf die SPD bei der Bahnpolitik nicht ganz allein lassen. Man muss da schon noch den grünen Partner hinzunehmen, damit es gut wird.

Aber bei der CDU ist es ja noch viel schlimmer. Herr Scheuermann, Sie haben vorgetragen, dass das Land beim Straßenbau benachteiligt werde. Ich darf nur noch einmal Herrn Minister Müller zitieren. Der hat neulich gesagt, man fühle sich beim Antistauprogramm gut bedient.

(Abg. Reichardt CDU: Dort punktuell! – Abg. Hauk CDU: Dort!)

– Herr Hauk, darf ich das so interpretieren, dass Sie auch der Meinung sind, dass das Land Baden-Württemberg im Antistauprogramm gut bedient wird?

(Abg. Scheuermann CDU: Das hat doch keine Zukunft!)

Das heißt, Sie sind auch dieser Auffassung; Sie schließen sich ausdrücklich der Auffassung von Herrn Müller an.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch alles in ein paar Jahren, nicht heute! Das Problem besteht doch heute!)

Meine Herren von der CDU, Sie schließen sich der Auffassung an, dass Sie im Antistauprogramm gut bedient werden? – Herr Scheuermann nickt.

(Abg. Hauk CDU: Das bringt doch gar nichts!)

Beim Rest werden Sie ganz schlecht bedient, aber im Antistauprogramm werden Sie gut bedient.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reichardt?

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Jederzeit.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt CDU:** Herr Kollege Palmer, bitte hören Sie unsere Zurufe differenziert. Angesichts dessen, was in der momentanen Planungsphase punktuell angekündigt ist, fühlen wir uns durchgängig ordentlich bedient. Stimmen Sie mir aber zu, dass die Stau-Problematik auf den Bundesautobahnen unter der rot-grünen Bundesregierung exponentiell angestiegen ist?

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Kollege Reichardt, als Mathematiker darf ich eine Gegenfrage stellen: Sind Sie mit mir einig, dass Sie – das zeigt Ihre Frage – offenbar keine Ahnung von Exponentialrechnung haben?

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich festhalten: Beim Antistauprogramm – auch das konnte ich diesem differenzierten Beitrag entnehmen – fühlen Sie sich gut bedient. Welchen Grund hat das? Beim Antistauprogramm werden auf Bundesebene 50 % der Mittel in Autobahnen und 50 % in die Schiene und in Wasserstraßen investiert. Nur für Baden-Württemberg haben wir, weil Sie immer nach Straßen schreien, die Regelung getroffen, dass 80 % der Mittel in den Straßenverkehr und 20 % in den Schienenverkehr fließen. Damit fühlen Sie sich gut bedient. Damit haben Sie offen gelegt, was Ihnen wirklich am Herzen liegt. Die Diskussion um Mannheim ist vielleicht gut, um zu punkten; wenn es dann aber zum Schwur kommt, sind Sie immer für die Straße und selten für die Schiene.

(Boris Palmer)

(Zuruf von der FDP/DVP: Das ist doch nicht wahr! Was soll denn das?)

Nicht umsonst prügeln Sie uns immer dafür, dass wir verhindert haben, dass für die Bahn bereitgestellte Mittel in den Straßenbau umgeschichtet wurden.

Kurz gesagt: Die Diskussion über die Neubaustrecke vom Rhein-Main-Gebiet nach Mannheim hätten wir gar nicht, wenn nicht Rot-Grün Gelder für solche Bauten zur Verfügung stellen würde. Bei Ihnen gäbe es das Geld gar nicht, wie man an der Regierung Kohl in ihrer Endphase gesehen hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Stelly. Präsident Birzele:** Herr Palmer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, eine Frage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Hauk fragt mich auch jedes Mal. Er darf selbstverständlich.

**Stelly. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Hauk.

**Abg. Hauk CDU:** Herr Kollege Palmer, wie erklären Sie sich denn, dass wir in Baden-Württemberg im Landeshaushalt seit Jahr und Tag weitaus mehr Geld für den Schienenverkehr und für den Schienenpersonennahverkehr als für die Straße ausgeben?

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Kollege Hauk, ich hatte vermutet, dass Sie wieder eine Frage stellen, die auf Ihre mangelnde Sachkenntnis in Verkehrsfragen hindeutet. Ich kann Ihnen das selbstverständlich ganz einfach erklären: weil der Bund die Mittel für den Schienenverkehr stetig erhöht und Sie diese Regionalisierungsmittel nur weiterreichen. In Wahrheit haben Sie die eigenen Landesmittel für den öffentlichen Verkehr seit 1996 von 148 Millionen € auf 90 Millionen € zurückgefahren. 40 % Kürzungen beim öffentlichen Verkehr – das ist Ihre Regierungsbilanz. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme, was wegen des Mittagessens sicher gewünscht wird, zum Schluss. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, einen Passus aus unserem Antrag Drucksache 13/974, den ich eingangs zitiert habe, jetzt nach interfraktioneller Abstimmung in den Änderungsantrag Drucksache 13/1092 aufzunehmen, nämlich:

Der Landtag lehnt einen neuen Fernverkehrshalt auf der grünen Wiese ab, da ein solcher Standort die Erreichbarkeit des Fernverkehrs mit Nahverkehrszügen, der S-Bahn und dem ÖPNV radikal verschlechtern würde und den raumordnerischen Interessen vollständig zuwiderläuft.

Ich danke Ihnen für die Übernahme dieses Passus aus unserem Antrag Drucksache 13/974 und erkläre hiermit auch für die Fraktion, dass dieser Antrag nach dieser Übernahme als erledigt betrachtet werden kann.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Nicht so viel schwätzen!)

**Stelly. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

(Abg. Alfred Haas CDU: Geht nach Berlin und handelt, und schwätzt nicht so viel!)

**Abg. Göschel SPD:** Herr Kollege Haas, auch davon haben Sie keine Ahnung; halten Sie sich zurück.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Scheuermann hat vorhin gesagt, er müsste etwas sagen, was der Opposition möglicherweise wehtut. Vielleicht tut es den Grünen weh – mir hat es gefallen. Sie sagten, Baden-Württemberg sei beim Fernstraßenbau benachteiligt, und wenn man über einen längeren Zeitraum zurückblickt, stellt man fest, dass für Baden-Württemberg in der Tat ein objektiver Nachteil entstanden ist. Unter anderem haben die IHKS in Baden-Württemberg nachgewiesen, dass Baden-Württemberg gemessen an der Einwohnerzahl, an der Pkw-Dichte, an der Produktivität und allen möglichen Parametern weniger Autobahnkilometer als alle anderen Flächenländer unter den westlichen Bundesländern hat. Diese Situation ist aber nicht erst am 28. September 1998 entstanden, sondern diese Versäumnisse sind in der Tat über Jahrzehnte gewachsen.

Die neue Berliner Bundesregierung hat erkannt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist demnächst die alte!)

dass in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern überproportional etwas getan werden muss, und deshalb, weil über viele Jahre hinweg ein Nachholbedarf entstanden war, ist Baden-Württemberg am Antistauprogramm und am Ortsumgehungsprogramm des Bundes, einem Sonderprogramm, überproportional beteiligt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Steter Tropfen höhlt den Stein!)

– Gut, wenn wir in dieser Sache Einvernehmen feststellen, packen wir sie gemeinsam an, damit dieser Nachholbedarf befriedigt wird. Dies gilt im Übrigen auch für den Landesstraßenbau, aber das ist heute nicht das Thema.

Herr Kollege Palmer hat die in der Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 29. Januar angekündigte SPD-Initiative zu diesem Thema angemahnt. Ich kann dazu nur sagen: Die Initiative, heute eine gemeinsame Entschließung zu fassen, kam von uns; Herr Kollege Scheuermann kann das bestätigen. Wir wollten einen gemeinsamen Antrag des gesamten Landtags, um den Schulterchluss in Baden-Württemberg nach außen, gegenüber Berlin, deutlich zu machen. Für Alleingänge, Herr Kollege Palmer, sind Sie allein zuständig.

Frau Berroth hat mich vorhin missverstanden; ich will das klarstellen. Dass Herr Mehdorn das Vorhaben, einen Bypass zu bauen, ernst meint, ist klar. Deswegen haben wir schon von Anfang an mit allem Nachdruck reagiert und tun dies weiterhin. Ich habe nur gesagt, dass das mit dem „Bypass-Bahnhöfle“ nicht ganz ernst gemeint war, sondern in erster Linie der Beruhigung diene. Denn der Zeitvorteil, der durch einen Bypass entstünde, würde aufgezehrt, wenn

(Göschel)

der Zug auf diesem Grüne-Wiese-Bahnhof halten müsste und die drei bis fünf Minuten Fahrzeitverkürzung, die durch die Streckenverkürzung erreicht würden, wieder aufbrauchen würde. Insofern halte ich die Aussage von Herrn Mehdorn mit dem „Beruhigungsbahnhof auf der grünen Wiese“ für nicht ernst gemeint.

Was den Güterzugverkehr anbelangt, gibt es derzeit schon einen Bypass in Mannheim, nämlich die östliche Riedbahn. Sie sorgt dafür, dass Güterzüge nicht durch den Hauptbahnhof Mannheim fahren müssen, sondern daran vorbei direkt in den Güterbahnhof geleitet werden können. Wenn das Konzept des schnellen Güterverkehrs einmal so weit vorangeschritten ist – dazu fehlen aber noch die erforderlichen Fahrzeuge –, dass Güterzüge auch auf den Schnellbahntrassen fahren könnten, wäre es ohne Probleme möglich, durch eine Anbindung der östlichen Riedbahn auch den schnellen Güterverkehr auf die Schnellbahnstrecke Mannheim–Stuttgart zu leiten. Ich glaube aber überhaupt noch nicht daran, dass sich der Güterverkehr der Bahn in den nächsten Jahren so weit in diese Richtung entwickeln wird.

Klar ist: Die Techniker der Bahn, die Ingenieure, haben ein großes Interesse daran, die Züge möglichst schnell von Hamburg nach Basel, von Köln nach München durchrasen zu lassen, am besten ohne Halt; am liebsten wäre es ihnen, wenn keine Fahrgäste in den Zügen säßen; denn diese stören den technischen Ablauf ohnehin. Insofern verstehe ich es ein bisschen, wenn solche Leute in ihrer Technikbesoffenheit solche Lösungen ins Auge fassen. Ich vermisse bei der Bahn aber ein wenig die Kaufleute, denen eigentlich bewusst werden müsste, dass ein Abkoppeln des Fahrgastaufkommens aus Mannheim, der Region Mannheim und des weiten Einzugsbereichs des Hauptbahnhofs Mannheim unseren Bestrebungen sehr zum Nachteil gereichen würde; denn dann gäbe es weniger anstatt mehr Fahrgäste im Bahnfernverkehr.

Ich will noch – das habe ich vorhin versäumt – den zweiten Systemvorteil nachtragen, den die Bahn gegenüber dem Flugverkehr hat: Die Bahn hat die Hauptbahnhöfe in der Regel in der Innenstadt oder zumindest innenstadtnah. Beim Flugverkehr hingegen kommen noch die Zeit für die Fahrt von der grünen Wiese, wo der Flughafen zwangsläufig angesiedelt sein muss, in die Innenstädte sowie Wartezeiten beim Durchchecken usw. hinzu, sodass die Bahn hinsichtlich der Gesamtreisezeit, wenn sie Punktlandungen in den Innenstädten schafft, gegenüber dem Flugverkehr und insbesondere dem innerdeutschen Flugverkehr im Vorteil ist. Das Interesse muss sein, die Menschen sowohl aus dem Auto als auch aus dem Kurzstreckenflugverkehr in die Züge, auf die Schiene zu bekommen. Genau dieses Ziel würde aber verspielt werden, wenn Mehdorn sich mit seinem Bypass durchsetzen würde. Auch das muss in aller Deutlichkeit noch einmal betont werden.

Ich glaube, zum Schluss kann ich sagen: Es ist sehr erfreulich, dass wir uns zu diesem gemeinsamen Entschließungsantrag durchgerungen haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Endlich mal!)

Wir praktizieren Solidarität des Landes Baden-Württemberg mit Mannheim und der Region. Wir praktizieren auch

Solidarität der Bundesländer, die betroffen sind. Das ist ganz notwendig, denn es ist auch eine Auseinandersetzung der Ebenen. Dem Bund muss deutlich gemacht werden, dass derjenige, der bezahlt, auch bestimmt, wo es langgeht. Dies wäre zwar bei einer Trennung von Netz und Betrieb einfacher, aber es geht auch so; denn Kostenträger ist nach wie vor der Bund und nicht die Bahn. Deswegen bin ich auch sehr zuversichtlich, dass dies gelingt. Denn wir wollen nicht die kleine, feine Bahn für einige Passagiere de luxe, sondern wir wollen mit den Milliarden, die der Bund dafür aufwendet, eine Eisenbahn für alle, und das kann man nur erreichen, wenn man die entsprechenden Systempunkte dabei beachtet.

Dazu gehört der Erhalt des Hauptbahnhofs in Mannheim als Haltepunkt auch für den Hochgeschwindigkeitsverkehr. Deswegen ist es wichtig, dass wir das heute – davon gehe ich aus – einstimmig so beschließen, um Herrn Mehdorn deutlich zu machen, dass er Chef der Eisenbahner und kein Tiefflieger ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Kollege Göschel, ich bedanke mich, dass Sie noch einmal den Gedanken aufgegriffen haben, den auch Herr Scheuermann und ich schon geäußert haben, dass es nämlich ein Riesenvorteil der Bahn ist, dass sie ins Zentrum der Städte fährt, und dass man diesen Vorteil wirklich nicht leichtfertig verschenken soll. Ich danke auch für die Konkretisierung, dass Sie nur den Bahnhof meinen. Ich habe mir die Broschüre, die wir gestern bekommen haben, extra noch einmal angeschaut. Da ist mit so viel Euphorie von diesem Bahnhof gesprochen worden, dass man leider sehr davon ausgehen muss, dass auch das ernst gemeint ist und dass etliche Träumereien daran hängen.

Ich habe mich vor allem deshalb gemeldet, weil Sie, Herr Palmer, wieder einmal versucht haben, uns das Denken im Kopf und das Wort im Mund herumzudrehen. Das lasse ich mir einfach nicht bieten.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn Sie hier behaupten, wir würden die Straße der Bahn vorziehen, so stimmt das einfach nicht. Vielmehr brauchen wir für die entsprechenden Aufgaben die richtigen Verkehrsmittel und die richtigen Verkehrswege. Deswegen müssen wir das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Wir haben in beiden Bereichen Nachholbedarf, und wir arbeiten daran, dass Baden-Württemberg auch weiterhin so ausgestattet ist, dass unsere Wirtschaft davon profitiert und nicht leidet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält der Minister für Umwelt und Verkehr, Herr Müller.



**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass die CDU-Fraktion diese Debatte beantragt hat. Sie kommt zur richtigen Zeit, weil wir uns in das Raumordnungsverfahren begeben, weil wir bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans sind und weil wir im Vorfeld einer wichtigen Veranstaltung in Mannheim am 1. Juli sind. Die Debatte findet am richtigen Ort statt, im Landtag von Baden-Württemberg, um deutlich zu machen, dass es sich hier um eine Frage von landespolitischer Bedeutung handelt und dass wir einen landespolitischen Konsens haben. Beides ist ein wichtiges politisches Signal.

Deswegen begrüße ich auch den interfraktionellen Antrag. Die Debatte war jetzt, 90 Tage vor der Wahl, schon ein bisschen vom Wahlkampf geprägt.

(Abg. Wacker CDU: Aber nur ein bisschen!)

Konzentrieren wir uns einmal auf den Antrag. Er zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung. Das ist in dieser Frage auch nötig.

Wenn wir im Landtag debattieren, meine Damen und Herren, dann wird das von führenden DB-Vertretern manchmal so dargestellt, als hätten wir erstens von Bahnpolitik keine Ahnung und seien zweitens Kirchturmpolitiker, Provinzpolitiker. Diese Darstellung stimmt nicht. Wir diskutieren hier zunächst einmal gar keine Mannheimer Angelegenheiten oder Angelegenheiten der Region Mannheim, sondern wir diskutieren Grundfragen der Bahnpolitik am Beispiel von Mannheim. Es geht im Prinzip gar nicht um Regional- oder Landespolitik, sondern es geht ganz simpel um die Frage: Welche Bahn wollen wir? Wollen wir ein Hochgeschwindigkeitsangebot mit einem Hochgeschwindigkeitsnetz und einer entsprechenden Bedienung, die an beträchtlichen und bedeutenden Zentren des Bundesgebiets vorbeiführt, die nicht mehr in die Innenstädte geht und die das Bahnsystem als Gesamtnetz nicht integriert, sondern die vom übrigen Bahnverkehr isoliert ist? Das ist die Frage, die eigentlich dahinter steht. Diese Frage kann man an vielen Beispielen durchbuchstabieren. Wir haben sie jetzt eben in Mannheim.

Oder wollen wir eine Bahn, die diese Fehler nicht begeht? Wollen wir eine Bahn, bei der einige Züge immer schneller werden, aber die Gesamtfahrzeiten für die Kunden eher länger werden, weil die Züge nämlich an den falschen Stellen halten? Wollen wir eine Bahn – das ist die Frage, die dahinter steht –, zu der die Menschen kommen müssen, oder wollen wir eine Bahn, die zu den Menschen kommt?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das sehen wir am Beispiel der Kurpfalz.

Wollen wir eine Bahn – das sind die Strukturfragen; deswegen geht es da schon um ganz wesentliche Dinge, wie gesagt: am Beispiel von Mannheim –, die nur betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung trägt, und das auch nur in einem Teil ihres Unternehmens, nämlich eben in diesem Segment Hochgeschwindigkeit, die aber zu gleicher

Zeit ihrer Infrastrukturverantwortung – die sie im Übrigen mit der Politik teilt; darauf komme ich noch zu sprechen – nicht gerecht wird?

Um das einmal ganz genau zu sagen: Für das Netz ist die Politik verantwortlich, für den Betrieb ist die DB verantwortlich. Jetzt hat die Politik die Aufgabe, das Netz so zu gestalten, dass der richtige Betrieb gemacht wird.

Wenn wir das Ventil um Mannheim herum öffnen, dann besteht die konkrete Befürchtung – ich werde sie auch belegen –, dass der falsche Betrieb gemacht wird. Es stört die DB, dass man ihr diesen Bypass, dieses Ventil, das sie zu schaffen beabsichtigt, zu nehmen versucht und sie sozusagen in den Hauptbahnhof hineinzwingt. Aber genau das wollen wir im Ergebnis haben. Das ist eine Aufgabe der Politik.

Meine Damen und Herren, wer Gleise baut, lässt Züge fahren. Wer teure Gleise baut, lässt viele Züge fahren, sonst lohnt sich die ganze Veranstaltung logischerweise nicht. 320 Millionen € betragen die Zusatzkosten für den Bypass. Da braucht man schon eine Legitimation: Wenn ich das erst einmal gemacht habe, dann muss ich anschließend ja entsprechend vorbeifahren. Das ist der Fehler.

Ich will es vonseiten der Landesregierung auch noch einmal ganz kurz und einfach sagen: Wir sind deswegen für die Durchfahrung des Hauptbahnhofs Mannheim, weil es sich um den siebtgrößten Ballungsraum der Bundesrepublik Deutschland handelt. Er hat die Wirtschaftskraft und die Bevölkerungszahl von Schleswig-Holstein – als Beispiel.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ein guter Vergleich!)

Weil wir die zentrale Verknüpfung aller möglichen Verkehrsangebote – Nahverkehr, Fernverkehr, Busverkehr usw. – an einem Punkt haben wollen und weil die Umsteigefunktion des Bahnhofs Mannheim für den gesamten süddeutschen Raum und für das gesamte Land – übrigens speziell auch für den badischen Landesteil insgesamt – von hoher Bedeutung ist, brauchen wir diesen zentralen Verknüpfungspunkt.

Jetzt habe ich gesagt: Die Politik ist gefordert. Sie hat ja auch gesprochen, und zwar in großer Übereinstimmung: die Stadt und die Region, die Raumplaner und die Wirtschaft, vier Bundesländer – eindeutig –, nämlich Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg, und auch die wesentlichen politischen Kräfte, also die vier Fraktionen dieses Hauses und vier von fünf Fraktionen des Deutschen Bundestags. Das ist so weit gut.

Aber nun gibt es schon ein Problem. Jetzt will ich – ohne eine Schärfe hineinzubringen und ohne irgendeine Art von Wahlkampf zu machen – doch darauf verweisen, welche spezifische Verantwortung der Bund, das Bundesverkehrsministerium, die Bundesregierung hat. Ich sage das nicht, um irgendwie Schuld abzuwälzen oder mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern ich muss auf objektive Tatbestände hinweisen. Dieser objektive Tatbestand heißt: Das Bundesverkehrsministerium hat einiges nachzuholen.

*(Minister Müller)*

Ich will das einmal ganz konkret sagen. Wir befinden uns ja jetzt in der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Wenn es so ist – und es ist so –, dass im Bundesverkehrsministerium nur die Variante, die die DB vorgelegt hat, nämlich die Bypass-Variante, überhaupt bewertet wird, dann hat das Bundesverkehrsministerium da wirklich etwas nachzuholen. Wenn wir im Land mit Mühe und Not erreicht haben, dass die DB ergebnisoffen in ein Raumordnungsverfahren geht, nämlich mit der Bypass- und mit der Durchfahrungsvariante, dann hat der Bund auch die Verpflichtung, bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans zumindest diese beiden Varianten zu bewerten. Er bewertet im Moment nur die Variante der DB, nämlich die Bypass-Variante. Das ist ein Fehler. Den kann nur das Bundesverkehrsministerium selbst korrigieren. Da können wir hier beschließen, was wir wollen. Handeln kann nur die Bundesregierung. – Das ist das Erste.

Zum Zweiten geht es ums Geld. Es waren ja neulich auch Haushaltspolitiker im Raum Mannheim. Die haben völlig zu Recht darauf verwiesen, dass der Bund, die Bundespolitik, eines Tages auch in der Verantwortung stehen wird, wenn es um die Frage geht: Wofür geben wir Geld? Ich will jetzt die Schnittstelle zwischen Bundesregierung und Bundestag gar nicht überprüfen und fragen, inwieweit der Bundestag ein einzelnes Projekt befördern kann. Aber der Hinweis auf die Abhängigkeit der DB in Netzfragen vom Bundesverkehrswegeplan und von dem, was im Bundeshaushalt steht, ist berechtigt. Dort ist der Ort, an dem gehandelt werden muss.

Deswegen sage ich ganz einfach: Wer sich – wie gesagt, ohne jede Polemik – wie das Bundesverkehrsministerium in dieser Frage neutral verhält – scheinbar neutral –, der hat bereits Partei ergriffen,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

und zwar für die falsche Seite, der lässt gewähren, und der lässt genau das zu, was außer der DB niemand will.

Ich will das noch einmal an einem Satz deutlich machen, indem ich den Bundesverkehrsminister zitiere. Er hat das nicht im Zusammenhang mit Mannheim gesagt, sondern ganz allgemein. Er sagte:

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft uneingeschränkt ihre Verantwortung für eine Infrastrukturversorgung wahrnehmen,

– Infrastruktur ist das Netz, ist die Schiene –

die sich am Gemeinwohl orientiert.

Genau das ist die Verantwortung des Bundes. Dafür hat er zu sorgen. Übrigens: Der Satz ist nicht sensationell. Das ist derselbe Gedanke, der in Artikel 87 des Grundgesetzes steht. In der Bundespolitik ist also die Entscheidung zu fällen.

Nun muss ich das Ganze noch ein Stück fortführen und sagen: Auch in der Argumentation hat sich das Bundesverkehrsministerium bislang der DB-Spitze angeschlossen, nämlich: Mannheim wird in der Zukunft nicht schlechter gestellt, als es sich bisher schon stellt. Diese Aussage ist

erstens falsch und reicht zweitens nicht aus. Wir wollen nicht nur, dass Mannheim nicht schlechter gestellt wird. Was wollen wir? Wir wollen, dass der Raum Mannheim an dem künftigen Fortschritt teilnimmt. Denn wer in einem bestimmten Prozess stehen bleibt, der fällt, relativ gesehen, zurück. Wir wollen nicht nur, dass es bei einer bestimmten Zahl von Zügen – also eine quantitative Betrachtung – bleibt, sondern wir wollen ein erstklassiges Angebot. Wenn die interessanten, guten, hochwertigen Züge in Zukunft zu einem erheblichen Teil an Mannheim vorbeifahren, dann ist das eine Verschlechterung gegenüber heute, selbst wenn die Zahl der Züge gleich bleibt. Im Übrigen stimmt es noch nicht einmal, dass die Zahl der Züge gleich bleibt.

Mit der Bahn über Zahlen und Fakten zu reden, ist ein Kapitel für sich. Darauf komme ich gleich noch einmal zu sprechen. Ich nehme jetzt einmal die Zahlen, mit denen sie sich zurzeit im Raumordnungsverfahren befindet. Wir müssen uns ja einmal an irgendetwas festhalten. Dann stellen wir Folgendes fest: Wir haben heute im Hauptbahnhof Mannheim – dass wir in Zukunft wenigstens quantitativ dasselbe hätten, stimmt nicht; es ergäbe sich ein Minus – 155 Fernzughalte. Würde nach dem Betriebskonzept, das die DB unterstellt, durch den Hauptbahnhof Mannheim gefahren werden, würden 137 Züge halten, und wir hätten 36 Züge, die ohne Halt durch den Hauptbahnhof Mannheim fahren – ein Minus von 155 auf 137. Dazu wären es noch die etwas weniger interessanten Züge, die in Mannheim halten. Die interessanteren fahren durch. Hätten wir die Bypass-Variante, würden auch 137 Züge am Hauptbahnhof Mannheim halten und 60 würden daran vorbeifahren.

Meine Damen und Herren, daran sehen wir, glaube ich, ganz deutlich: Die These „Wer Gleise baut, lässt Züge fahren“ wird an der Zahl 60 deutlich. Das ist keine Kleinigkeit mehr, bei der man sagen kann: Lassen wir einmal den einen oder anderen an Mannheim vorbeifahren. Herr Mehdorn sagt mir immer wieder: „Wir haben heute schon Sprinterzüge.“ Ja, wissen Sie, wie viele Sprinterzüge wir im nächsten Fahrplan in ganz Deutschland haben? In ganz Deutschland sieben. Wenn, so gesehen, auch in Mannheim einmal ein Zug durchfährt, würde mich das nicht stören. Aber wenn 60 Züge durchfahren, dann stimmt etwas nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der  
Abg. Theresia Bauer und Boris Palmer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, bezüglich Ihrer Ausführungen zum Bundesverkehrswegeplan habe ich eine Frage an Sie: Können Sie mir ein Schienenprojekt nennen, bei dem solche Alternativen umfangreich geprüft wurden? Für eine Neubaustrecke verschiedene Alternativen: Gibt es solche Beispiele?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ich kann Ihnen einmal den Prozess genau schildern, wie das war: Wir haben dieses Projekt für die Fortschreibung des Bundes-

(Minister Müller)

verkehrswegeplans zu einer Zeit angemeldet, als es die Variantendiskussion noch gar nicht gab. Deswegen haben wir einfach gesagt: Frankfurt–Mannheim, fertig. Die DB hat ihrerseits angemeldet. Das kann sie als Vorhabenträger ja machen. Nun hat das Bundesverkehrsministerium nur die DB-Variante, die Bypass-Variante in ihre Bewertung übernommen – übrigens mit einem Ergebnis, das für sich genommen auch problematisch ist. Darauf komme ich gleich zu sprechen.

Wir werden der Bundesregierung jetzt natürlich sagen: Dann prüft, aber bewertet bitte auch die Durchführungsvariante durch den Hauptbahnhof Mannheim. Das ist ein Versäumnis. Natürlich besteht, wenn es zwei unterschiedliche Strategien gibt, die Notwendigkeit, dass man sich beide anschaut. Das Bundesverkehrsministerium kann sich meinetwegen auch nur für eine entscheiden. Aber dann ist sie für diese Entscheidung selbst verantwortlich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war nicht meine Frage! Meine Frage war: Ist bei den Neubauprojekten anderswo so vorgegangen worden, wie Sie es fordern?)

Ich kenne jetzt keine vergleichbare Streitfrage. Ich kann nur sagen: In dieser Frage hat sich das Bundesverkehrsministerium auf die Seite der DB gestellt. Das hätte es nicht tun sollen, ganz einfach. Das ist ein Widerspruch zu dem, was wir heute beschließen.

Deswegen können wir nur sagen: Wenn du schon das, was wir wollen, nicht tust, dann tue es wenigstens in Alternativen, mache es wenigstens zusätzlich! Ich glaube, darauf können wir uns verständigen.

Jetzt muss ich aber noch eine Bemerkung machen, weil ich gerade bestimmte Zahlen vonseiten der DB zitiert habe. Ich will da jetzt auch keine Schärfe gegenüber der DB reinbringen. Aber wenn man sich anschaut, was die Deutsche Bahn in Sachen Mannheim in den letzten 24 Monaten alles gesagt hat, dann muss man sich schon fragen: Welcher der jeweiligen Äußerungen darf man aktuell gerade glauben?

(Abg. Pfisterer CDU: So ist es!)

Das ist schon eine außerordentlich problematische Geschichte. Ich will jetzt nicht alles aufzählen, aber bei dem, was es da an Broschüren, an Echternacher Springprozeduren – mal rein, mal raus; Bypass oder kein Bypass, gleichwertig oder nicht, Außenbahnhof oder kein Außenbahnhof, was für ein Betriebskonzept mache ich? –, an immer wieder neuen Zahlen gibt, muss man sagen: So kann man mit der Öffentlichkeit, so kann man mit Bundesländern, so kann man mit dem Bürger nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Theresia Bauer und Boris Palmer GRÜNE)

Ich würde auch vorschlagen, meine Damen und Herren – das gilt vor allem auch für die Diskussion in der Region –, nicht zu differenziert zu argumentieren, sondern eine grundlegende Alternative in den Vordergrund zu stellen: Geht es durch den Hauptbahnhof – ja oder nein? Bypass – ja oder nein? Alles andere – Außenbahnhof, Käfertaler

Wald, Riedbahn usw. usf. – lenkt von dieser zentralen Frage ab.

(Abg. Reichardt CDU: Sehr gut!)

Dass es im Übrigen natürlich Unsinn ist, einen Bahnhof auf der grünen Wiese zu planen, will ich jetzt nur nebenbei sagen. Ich will mich davon überhaupt nicht distanzieren. Ganz im Gegenteil: Wir stehen natürlich voll hinter der Kritik, dass es ein Unsinn ist, einen Bahnhof an dieser Stelle zu bauen. Aber die Hauptkampflinie, die Hauptentscheidung, die jetzt zu treffen ist, heißt: Bypass – ja oder nein?

(Abg. Pfisterer CDU: Nein!)

Und die Antwort ist auch klar: Nein.

Jetzt will ich aber in diesem Zusammenhang noch auf ein Spezialproblem hinweisen, das von erheblicher Bedeutung ist, nämlich: Bisher sagt man, dass es neben dem Bypass einen Anschluss des Hauptbahnhofs Mannheim an die künftige Neubaustrecke geben soll. Das heißt also, wenn Sie sich das bildlich vorstellen: Da verläuft auf der einen Seite die künftige Riedbahn, diese Hochgeschwindigkeitsstrecke, auf der 300 Stundenkilometer gefahren werden – von Frankfurt runter, jetzt nach der Vorstellung von Mehdorn an Mannheim vorbei. Nichtsdestoweniger soll es aber eine Schleife in den Hauptbahnhof Mannheim geben. Das ist die Nordanbindung an diese Hochgeschwindigkeitsstrecke.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wofür denn eigentlich?)

– Ja.

Jetzt ist die große Frage: Wie ist das eigentlich zu interpretieren? Denn wenn ich beides mache – den Bypass und die Nordanbindung –, dann ist der Bypass auf jeden Fall etwas, was Zusatzkosten auslöst. Ich kann also nicht sagen: Das eine ist billiger als das andere. Vielmehr muss ich sagen: Wenn ich beides machen würde, hätte ich natürlich Zusatzkosten und ein schlechteres Nutzen-Kosten-Verhältnis, weil die Kosten gestiegen sind. Da werden sich DB und Bund noch zu entscheiden haben.

Ein anderer Gesichtspunkt kommt noch dazu: Das ist nämlich der Eingriff in die Natur. Wenn ich beides mache, dann ist ja die Frage: Lassen sich denn die Eingriffe in Landschaft und Natur doppelt rechtfertigen? Wir meinen: Der Eingriff in die Natur durch die Bypass-Lösung ist im Hinblick darauf, dass es eine Alternative gibt, nämlich durch den Hauptbahnhof zu fahren, nicht gerechtfertigt.

Jetzt kommt das ganz Schlimme: Der Bundesgutachter bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans argumentiert genau umgekehrt. Er hat gesagt: Weil es den Bypass gibt, ist die Nordanbindung des Hauptbahnhofs Mannheim nicht gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, jetzt wissen wir, worüber wir reden: Jetzt reden wir wirklich über das Abkoppeln des Bahnhofs Mannheim. Jetzt geht es nicht mehr um den Status quo. Auch da gibt es eine Verantwortung des Bundes. Das muss korrigiert werden.

Ich muss ganz einfach DB und Bund fragen: Bleibt es dabei, dass es die Nordanbindung des Hauptbahnhofs Mann-

(Minister Müller)

heim an die künftige Hochgeschwindigkeitsstrecke gibt, oder setzt man, wenn man den Bypass will, in Zukunft nur noch auf den Bypass, mit der Folge, dass es die Nordanbindung nicht gibt? Diese Frage muss geklärt werden, und zwar sowohl unter finanziellen als auch unter ökologischen Gesichtspunkten.

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren – auch das sage ich ein bisschen in Replik auf viele Gespräche, die ich mit Herrn Mehdorn geführt habe; da wird man immer so ein bisschen dargestellt als derjenige, der von Tuten und Blasen keine Ahnung hat und der die Bahn an einer modernen Entwicklung hindern will und gar nicht merkt, welche Chancen darin liegen, indem ihr Kunden zugeführt werden könnten, die jetzt die Autobahnen benutzen und sich auf Kurzstreckenflüge begeben –: Man braucht diesem Bundesland Baden-Württemberg in Sachen Hochgeschwindigkeitsverkehr keine Lehren zu erteilen. Es gibt kein einziges Bundesland, das für die Bundesaufgabe Fernverkehr so viel Landesgeld in die Hand nimmt wie Baden-Württemberg, nämlich bei der Neubaustrecke nach Ulm 1 Milliarde DM.

Es ist schon interessant, dass die verschiedenen Komponenten des Hochgeschwindigkeitsnetzes nicht alternativ zu betrachten sind, sondern dass sie sich gegenseitig stützen. Das heißt, wenn wir zwischen Stuttgart und Ulm den Verkehr beschleunigen, spielt das für die Frage, wie viel Verkehr von Frankfurt über Mannheim nach Stuttgart und Ulm führt, eine große Rolle. Natürlich bedeutet die Beschleunigung, die wir zwischen Stuttgart und Ulm bekommen – 30 Minuten –, ein erhöhtes Fahrgastpotenzial auch im Raum Mannheim. Deswegen spielen diese Aspekte alle zusammen und können nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir sind in der Frage, was in Mannheim geschieht, voll an der Seite der Region und der Stadt, und wir sind das von der ersten Stunde an gewesen. Wir haben erreicht – mit Zähneknirschen hat das die DB dann zugestanden –, dass wenigstens einmal ergebnisoffen in das Verfahren gegangen wird. Wir haben zusammen mit der Stadt Mannheim die Veranstaltung am 1. Juli konzipiert. Das wird eine politische Manifestation werden, die wichtig ist und, glaube ich, eindeutig sein wird. Wir versuchen auch, auf den Bund einzuwirken, sofern und soweit es nur geht.

Meine Damen und Herren, für uns alle sollte es ein Motto geben: An Mannheim kommt keiner vorbei!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat noch einen neuen Aspekt eingebracht, auf den ich gerne in der zweiten Runde reagiert hätte. Da er es aber vorgezogen hat, zum Schluss zu reden, muss ich es jetzt anbringen. Er hat aus den Unterlagen des Bundesverkehrswegeplans und dort aus der Umweltrisikoeinschätzung zitiert. Er hat sie aber nach meiner Erinnerung nicht völlig korrekt zitiert. Der Gutach-

ter hat nicht festgestellt, dass der Eingriff nicht gerechtfertigt wäre, sondern hat empfohlen, zu prüfen, ob die Nordanbindung notwendig ist. Er hat empfohlen, zu prüfen. Das ist, denke ich, ein terminologisch wichtiger Unterschied.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich diese gutachterliche Stellungnahme politisch für völlig absurd halte, dass aber in dieser Bundesverkehrswegeplanung und in den jetzt zur Verfügung stehenden Rohdaten leider noch so viele Fehler enthalten sind, dass auch hier vermutlich keine Notwendigkeit besteht, eine große Debatte im politischen Raum anzuzetteln. Dieses Problem wird man vielmehr ziemlich schnell und, wie ich hoffe, elegant auf bürokratischem Wege lösen. Schicken Sie ein entsprechendes kleines E-Mailchen an das Bundesverkehrsministerium.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Der Minister hat sich ja leider gerade geweigert, vor der Wahl überhaupt etwas zu unternehmen. Vielleicht macht er hier eine Ausnahme und gibt doch eine Rückmeldung nach Berlin: „Da ist ein Fehler drin.“

Es gibt noch andere Fehler, die ähnlich gravierend sind, beispielsweise die Aufstufung eines Ortes mit 200 Einwohnern zum Mittelzentrum. Solche Fehler müssen aus den Rohdaten beseitigt werden. Wirken Sie bitte daran mit, Herr Minister.

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

Kollege Palmer hat vorhin einen Änderungsantrag angekündigt; er ist zwischenzeitlich als Antrag Drucksache 13/1092 an Sie verteilt worden. Der Änderungsantrag wird von allen Antragstellern des Antrags Drucksache 13/1089 getragen, sodass ich vorschlage, über die Anträge Drucksachen 13/1089 und 13/1092 gemeinsam abzustimmen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Entschließungsantrag Drucksache 13/1089 in der gemäß dem Antrag Drucksache 13/1092 geänderten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Herr Abg. Palmer hat vorhin schon erklärt, dass damit der Antrag Drucksache 13/974 für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Bevor ich die Sitzung nun für die Mittagspause unterbreche, weise ich darauf hin, dass die 3. Sitzung des Gremiums nach Artikel 10 GG jetzt unmittelbar im Josef-Schofer-Saal stattfindet, dass die Sitzung des Finanzausschusses um 13:45 Uhr im Eugen-Bolz-Saal stattfindet und dass ferner die Sitzung der Arbeitsgruppe zur Gestaltung der Gedenktag jetzt unmittelbar im Conrad-Haußmann-Saal stattfindet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:05 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

- a) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 13/1068**
- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/1062**
- c) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Zukunft der Sparkassen und der Landesbanken in Baden-Württemberg – Drucksache 13/150**

Wem darf ich für die Regierung das Wort erteilen? – Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus zur Begründung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesbankgesetzes.

**Finanzminister Stratthaus:** Ja, und dann kommt der Innenminister.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen ist sicher die Diskussion bekannt, die seit einigen Jahren und insbesondere im letzten Jahr sehr intensiv zwischen Deutschland, den einzelnen Bundesländern und der EU-Kommission geführt worden ist. Es ging um die Vereinbarkeit der öffentlich-rechtlichen Banken, sowohl der Landesbanken als auch der Sparkassen, mit dem EU-Recht. Man war von manchen Seiten der EU der Meinung, dass vor allem die Gewährträgerhaftung eine Beihilfe sei, weil sie den Banken besonders günstige Refinanzierungsmöglichkeiten verschafft und sie damit bei den Ratingagenturen in ein besseres Licht stellt, sie besser und leichter zu den Geldquellen kommen lässt.

Der Bund, die Länder und die Landesbanken sowie die Sparkassenverbände haben der EU zunächst entgegeng gehalten, dass die Anstaltslast nach deutschem Recht untrennbar mit der Anstalt des öffentlichen Rechts verbunden sei. Aufgabe der Sparkassen sei auch die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen, was eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge sei. Entsprechendes gelte auch für die Landesbanken, die ja bekanntlich als Zentralbanken der Sparkassen tätig sind.

Die EU beharrte jedoch auf ihrem Standpunkt. Von Bedeutung war in diesem Zusammenhang natürlich auch noch eine Beschwerde der Europäischen Bankenvereinigung vom 21. Dezember 1999, mit der die Unzulässigkeit von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei der Westdeutschen Landesbank, der Westdeutschen Immobilienbank und bei der Stadtparkasse Köln angestrebt wurde. Um einen jahrelangen Rechtsstreit mit all seinen negativen Folgen zu vermeiden, haben sich schließlich alle Beteiligten, insbesondere auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, dafür ausgesprochen, gegen eine entsprechend lange Übergangsregelung auf die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung zu verzichten. Auch die für die Verständigung mit der EU

gebildete länderoffene Arbeitsgruppe hat sich schließlich für die Aufgabe der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung entschieden und ausgesprochen.

Am 17. Juli des letzten Jahres, also 2001, kam es dann zu einer Verständigung mit der EU auf der Basis des so genannten Plattformmodells, das aus folgenden Eckpunkten besteht:

Erstens: Die Gewährträgerhaftung wird ab 19. Juli 2005 abgeschafft.

Zweitens: Die Anstaltslast wird ab 19. Juli 2005 modifiziert. Dies bedeutet, dass sich die finanziellen Beziehungen zwischen den Trägern und den Landesbanken sowie den Sparkassen nicht von normalen marktwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Eigentümern und Unternehmungen unterscheiden dürfen. Die Landesbanken und die Sparkassen sollen künftig auch insolvenzfähig sein.

Drittens: Verbindlichkeiten, die am 18. Juli 2001 bestehen, sind bis zum Ende ihrer Laufzeit von der Gewährträgerhaftung gedeckt. Gleiches gilt für Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli des letzten Jahres bis zum 18. Juli 2005 eingegangen werden, aber nur unter der Bedingung, dass ihre Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Man hat also zwei Arten von Verbindlichkeiten geschaffen: Diejenigen, die vor dem Beschluss der EU eingegangen sind, gelten bis zu ihrem Ablauf, selbst wenn dieser in der Ewigkeit liegt. Sie sind durch die Gewährträgerhaftung gedeckt, während Verbindlichkeiten, die in der Übergangszeit – das ist ganz wichtig – entstehen, also zwischen dem Jahr 2001 und dem Jahr 2005, nur dann von der Gewährträgerhaftung gedeckt werden, wenn sie längstens bis zum Jahr 2015 laufen.

Viertens wurde festgelegt: Die Behörden des Bundes und der Länder haben spätestens zum 31. Dezember 2002 die notwendigen rechtlichen Maßnahmen, also die entsprechenden Gesetze, zu verabschieden. Deswegen haben wir heute die Beratung dieses Gesetzentwurfs.

Insbesondere bei einer Besprechung am 17. Juli 2001 hat mir der EU-Kommissar Monti zugesagt, dass auf der Basis des Plattformmodells zeitlich begrenzte, befristete und betragsmäßig festgelegte Garantien – gegen eine marktgerechte Gebühr – weiterhin zulässig sind und dass eine entsprechende Bestimmung in das Landesbankgesetz aufgenommen werden kann. Wir haben das das Avalmodell des Landes Baden-Württemberg genannt. Das heißt also, wenn eine bestimmte Verbindlichkeit von der Bank eingegangen wird und wenn diese Verbindlichkeit zeitlich befristet sowie dem Betrag nach festgelegt ist, kann das Land gewissermaßen für diese Verbindlichkeit bürgen und dadurch eben das gute Rating erreichen lassen, das bei der Gewährträgerhaftung bestand. Allerdings muss diese Verbindlichkeit, wenn für sie gebürgt wird, so gestaltet sein, dass vom Land eine entsprechende Gebühr verlangt wird. Das Land verlangt dann von der Bank eine entsprechende Gebühr, sodass die Haftung des Landes nicht mehr kostenlos an die Bank abgegeben wird.

Die Verhandlungen mit der EU haben sich in der Folgezeit noch relativ lange hingezogen, weil über eine wichtige Gesetzesformulierung zunächst keine Einigung mit der Europäischen Union zu erzielen war. Die EU wollte zunächst

(Minister Stratthaus)

die so genannte zeitgerechte, also die umgehende Erfüllung und die Gleichbehandlung der Altverbindlichkeiten und der Verbindlichkeiten in der Übergangsfrist nicht zulassen und hat zunächst auch wenig Entgegenkommen gegenüber der deutschen Seite gezeigt. Es ist darum gegangen, ob man, wenn eine Verbindlichkeit notleidend wird, erst den langen Rechtsweg ausschöpfen muss oder ob das Land sofort einzutreten hätte. Das sind sehr technische Diskussionen gewesen, aber wir haben uns in zähen Verhandlungen mit der EU durchgesetzt. Die EU hat schließlich am 28. Februar 2002 nachgegeben.

In den so genannten Schlussfolgerungen vom 28. März 2002 ist dies festgehalten worden. Wir haben das Ergebnis insbesondere in § 4 Abs. 3 des Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesbankgesetzes umgesetzt.

Im Landesbankgesetz haben wir uns auf die für die Umsetzung der Verständigung mit der EU und in den Schlussfolgerungen erforderlichen Regelungen beschränkt. Diese Formulierungen sind unter den Ländern einheitlich so abgestimmt worden. Sie finden diese Formulierungen auch im Gesetzentwurf zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften, über den der Herr Innenminister anschließend noch Näheres ausführen wird.

Darüber hinaus haben wir das Avalmodell des Landes Baden-Württemberg aufgenommen und einige Bestimmungen redaktionell angepasst. Dies war insbesondere aufgrund der Vereinigung der beiden Sparkassenverbände in Baden-Württemberg zum 1. Januar 2001 zum Sparkassenverband Baden-Württemberg erforderlich.

Darüber hinaus sehen wir im Gegensatz zu anderen Landesbanken keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Andere Landesbanken sind wegen der dort angesiedelten Förderaufgaben zusätzlich in die Schusslinie der EU gekommen. Wir haben hier keine Gefahr zu gewärtigen, weil wir unsere Förderbank bereits vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Schaffung der LBBW und der L-Bank und der Fusion der drei Banken ausgegliedert haben. Es hat sich gezeigt, dass die damalige Entscheidung richtig war. Andere Länder müssen diese Entscheidung nun im Prinzip nachvollziehen.

Mancher wird sich vielleicht fragen, was nach dem Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung kommt. Es ist sicher überhaupt keine Frage, dass die Refinanzierung der Landesbank teurer wird. Wir haben aber eine Übergangsregelung von fünf Jahren erreicht, die das Problem zwar nicht endgültig löst, aber immerhin den Banken die Möglichkeit gibt, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Sie stehen dann eben auch bei der Kapitalbeschaffung im Wettbewerb mit allen anderen Banken – so, wie das bisher bereits im Kreditgeschäft der Fall war.

Auch durch das Avalmodell sehen wir eine Möglichkeit, den Übergang zu erleichtern, wengleich man natürlich sagen muss: Dadurch, dass beim Avalmodell das Risiko durch eine Avalprämie abgedeckt und abgegolten wird, wird die Refinanzierung natürlich nicht mehr so billig sein können wie bisher. Zumindest müssen die Avalgebühren den günstigeren Zinsen hinzugerechnet werden, um einen Vergleich herstellen zu können.

Mit der Gründung der Landesbank in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts hat sich das Land ganz eindeutig zum öffentlich-rechtlichen Kreditsektor und zum Sparkassenbereich bekannt. Die EU hat die öffentlich-rechtliche Rechtsform ausdrücklich anerkannt. Mit Errichtung der Landesbank hat sich das Land zur Stärkung des Bankenplatzes Baden-Württemberg für eine eigenständige Landesbank entschieden, durch die qualifizierte Arbeitsplätze im Bankensektor erhalten und geschaffen werden sollen.

Die Landesbank hat sich nach der Fusion im Verhältnis zu allen anderen Landesbanken sehr gut entwickelt. Was sie jetzt braucht, ist eine gewisse Stetigkeit. Deswegen sollten wir nicht laufend Privatisierungsdiskussionen führen. Das würde zu nichts führen. Die Landesbank braucht jetzt vor allem Ruhe für die richtige Weiterentwicklung.

Die Landesbank wird, wie auch alle anderen Banken, in den nächsten Jahren mit gewissen Strukturproblemen zu kämpfen haben. Das ist aber nicht durch den Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung, sondern durch voraussichtliche Änderungen im Bankensektor überhaupt verursacht. Sie erleben ja fast täglich in den Wirtschaftsnachrichten, welche Probleme auch unsere großen privaten Banken haben.

Dies zeichnet sich in mehr formaler Hinsicht auch durch Basel II und durch Veränderungen im Markt mit mehr Konkurrenz zwischen den Banken ab. Diese strukturellen Umschichtungen wird die Landesbank ohne größeren Schaden überstehen können, wenn auch das Land, wie bisher, hinter seiner Bank steht. Ein Verkauf oder eine Reduzierung des Landesanteils wäre insbesondere auch gegenüber den Ratingunternehmen das falsche Signal. Wir sollten deswegen weiterhin zu dieser Bank stehen.

Im Übrigen bin ich davon überzeugt, dass die Landesbank in den nächsten Jahren auch das Ihre tun wird. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Nach uns vorliegenden Zahlen nimmt die Landesbank vom Betriebsergebnis her eine Spitzenstellung unter den deutschen Landesbanken ein. Ich bin davon überzeugt, dass die Landesbank ihren Weg in diesem positiven Sinn weitergehen wird.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen deswegen sehr dankbar, wenn Sie dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes zustimmen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble zur Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige ergänzende Anmerkungen im Anschluss an den Beitrag des Herrn Kollegen Finanzministers.

Bei der Umsetzung des Brüsseler Kompromisses mit Blick auf die Sparkassen haben wir uns bei der Erarbeitung unse-

(Minister Dr. Schäuble)

res Gesetzentwurfs bemüht, die Sparkassen so weit wie möglich in die Lage zu versetzen, ihrem öffentlichen Auftrag weiterhin nachzukommen. Das ist sozusagen ein Motiv, das bei diesem Gesetzentwurf vor der Klammer steht. Wir halten diesen öffentlichen Auftrag und die Wahrnehmung dieses öffentlichen Auftrags für die Interessen unseres Landes, unserer Bürgerinnen und Bürger und gerade auch des Mittelstands für unerlässlich. Das Innenministerium und auch meine Wenigkeit haben in öffentlichen Erklärungen und Diskussionen immer wieder betont: Sosehr wir uns auch politisch aus Überzeugung dem Wettbewerb stellen und deshalb auch entsprechende Initiativen der Kommission begrüßen: Im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge – das hat ja auch etwas mit der Sparkassenlandschaft zu tun – muss aber der öffentliche Auftrag immer mit in die Überlegungen einbezogen werden. Ich hoffe, dass diese Vorgabe, die wir uns bei der Umsetzung des Brüsseler Kompromisses selbst gestellt haben, auch gelungen ist.

Ich will auf ein Zweites hinweisen. Wir haben in den Gesetzentwurf – und zwar schon während der Anhörung – auch die Möglichkeit aufgenommen, dass der Sparkassenverband als Verband selbst Gewährträger bzw. ab 2005 Träger von Sparkassen sein kann und sein darf. Dies soll möglich sein, indem eine oder mehrere Kommunen ihre Gewährträgerschaft auf den Verband übertragen, oder als Neuerrichtung zur Ausfüllung eines – wenn man das so sagen darf – sparkassenfrei gewordenen Raums.

Bei der Ausgestaltung dieser Möglichkeit haben wir darauf geachtet, dass sich solche Sparkassen, die künftig in der Trägerschaft des Verbands sind, so wenig wie möglich von den Sparkassen in der Trägerschaft von Gemeinden, Landkreisen oder Stadtkreisen unterscheiden. Es handelt sich also nicht um eine Erweiterung des Sparkassensystems, sondern um eine Erweiterung innerhalb des Systems kommunaler Sparkassen.

Ich will in einem dritten Punkt noch ansprechen, was die Sparkassenverantwortlichen, glaube ich, auch besonders bewegt. Sosehr die Abschaffung der Gewährträgerhaftung und die Modifizierung der Anstaltslast Fragen nach den Auswirkungen aufwerfen, dürfen wir aber nicht übersehen, dass es noch eine Fülle von anderen Einflüssen aus unterschiedlichsten Richtungen gibt, auf die unsere Sparkassen jetzt reagieren müssen oder schon reagieren. Die Entwicklung des Marktes, die Einflüsse der Globalisierung, die Anforderungen von Basel II – der Herr Finanzminister hat auch davon gesprochen – und zahlreiche die innere Ordnung der Kreditinstitute betreffende Vorgaben wie Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften oder neuerdings im Bereich der Kreditgewährung und -abwicklung wirken nach unserer Überzeugung in der Summe weit stärker auf die Sparkassen ein als die Umsetzung des Brüsseler Kompromisses und erfordern rasche und flexible Reaktionen.

(Abg. Moser SPD: Da haben Sie Recht!)

Seit 1991 hat die Zahl der Sparkassen kontinuierlich abgenommen. Auch dies ist ein Zeichen dafür, dass ohnehin Bewegung in die Sparkassenlandschaft gekommen ist. Aber wir sagen auch: Fusionen dürfen nicht einfach als

Maßstabsvergrößerung gewertet werden. Fusionen müssen vielmehr auch dazu führen, dass die neuen Herausforderungen angenommen werden. Jede Fusion ist immer Anlass zu tief greifenden strukturellen Veränderungen innerhalb der an der Fusion beteiligten Sparkassen.

Der Sparkassenverband veröffentlicht und kommentiert regelmäßig die Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sparkassen in Baden-Württemberg. Darin wird übrigens auch deutlich, dass die Sparkassen, wie alle Kreditinstitute, in beachtlichem Maß von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt werden, auf die sie nur einen geringen Einfluss haben. Sie müssen sich wie alle anderen Kreditinstitute auch im Markt behaupten. Das heißt, sie müssen nach innen wie nach außen ein hohes Maß an Flexibilität und Reaktionsvermögen aufweisen.

Wer die Entwicklung der Bankenlandschaft insgesamt betrachtet, dem wird deutlich, dass die drei Säulen des deutschen Kreditgewerbes nicht nur formale Unterscheidungskriterien nach der Rechtsform bilden, sondern auch ein unterschiedliches Selbstverständnis ausdrücken. Es ist eben kein Zufall – ich habe vorhin von der Mittelstandsbedeutung der Sparkassen gesprochen –, dass die Sparkassen einen so hohen Anteil an Kunden aus Mittelstand und Handwerk aufweisen und sich die privaten Banken, wie wir wissen, nachweisbar zunehmend aus diesem Sektor zurückziehen. Hier wird die Orientierung am öffentlichen Auftrag auf der einen Seite und die Orientierung am Shareholdervalue auf der anderen Seite in besonderer Weise sichtbar.

Es wird aber auch deutlich, dass das vergleichsweise höhere Risiko, das beispielsweise bei der Kreditierung von eigenkapitalschwachen kleinen und mittleren Unternehmen oder Handwerksbetrieben von den Sparkassen getragen wird, deswegen vertretbar ist, weil das Regionalprinzip, das wir ja unbedingt erhalten wollen und auch erhalten werden, unsere Sparkassen dazu zwingt, den räumlich umschriebenen Bereich des Geschäftsgebiets so weit wie möglich zu durchdringen und auszuschöpfen. Die hierdurch bedingte gute Kenntnis der örtlichen Kunden und ihres Umfelds ermöglicht im Übrigen auch eine realistischere Risikoeinschätzung.

Zusammengefasst, verehrte Kolleginnen und Kollegen, darf ich wiederholen: Wir haben uns bemüht, die Vorgaben des Kompromisses so umzusetzen, dass die Sparkassen auch weiterhin ihrem öffentlichen Auftrag genügen können. Aber machen wir uns keine Illusionen: Auch hier – unabhängig von Brüssel und unabhängig vom Brüsseler Kompromiss – werden die Herausforderungen an die Sparkassen nicht kleiner, sondern größer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat schon vor geraumer Zeit, im vergangenen Jahr, die Rahmenbedingungen abgefragt, unter denen sich Landesbank wie Sparkassen aufgrund der Brüsseler Verständigung bewegen wer-

(Schmid)

den. Wir haben vom Finanzministerium auch eine sehr ausführliche Auskunft darauf bekommen, und wir zehren bis heute von dieser Auskunft, weil in der Tat die Zukunft der Landesbank und der Sparkassen für unsere Wirtschaft besonders wichtig ist.

Für die SPD-Fraktion werde ich zunächst auf den Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbankgesetzes eingehen, und Kollege Junginger wird auf den Gesetzentwurf zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften und vor allem auf die Bedeutung der Sparkassen für die mittelständische Wirtschaft eingehen.

Zur Landesbank ist Folgendes zu sagen: Die SPD-Fraktion begrüßt den Gesetzentwurf natürlich insoweit, als er die Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung umsetzt. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine bundeseinheitliche Vorgehensweise handelt. Insofern haben wir in der Sache keinerlei Einwendungen dagegen.

Wir haben allerdings bei dem bundesweiten Sonderweg, den Baden-Württemberg mit der Avallösung einschlägt, einige kritische Anmerkungen anzubringen, ohne das in der Sache von vornherein fundamental abzulehnen. Wir sind außerdem der Meinung, dass die vorgesehene Änderung des Landesbankgesetzes nicht weit genug geht. Andere Bundesländer nutzen die Chance der Novellierung ihres Landesbankgesetzes für eine Öffnung der Landesbank für private Dritte.

Ich beginne mit den kritischen Anmerkungen zum Avalmodell. Es gibt in Bankenkreisen unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sinnvoll und wie praktikabel dieses Modell ist. Tatsache ist, dass es eine Möglichkeit ist, seitens des Landes mit EU-Beihilferecht zu vereinbarende Unterstützungen zu geben. Insofern ist es kein Schaden, dies aufzunehmen. Wie gesagt, wir zweifeln daran, dass dies dann in die Tat umgesetzt wird.

Wir haben allerdings an einem Punkt Bedenken, und zwar sowohl fiskalpolitische als auch wettbewerbsrechtliche Bedenken. Das ist der Punkt, wenn eine Avalgebühr mit der Gewinnausschüttung der Landesbank verrechnet wird. Dies könnte fiskalpolitisch bedeuten, dass für den Landeshaushalt eine geringere Ausschüttung übrig bleibt – das ist der eine Punkt –, also ein Verlust für den Landeshaushalt entsteht.

Problematischer ist: Eine aufgrund der Avalgebühr zu geringe Ausschüttung könnte dann doch wiederum die Frage aufwerfen, ob es sich nicht um eine verdeckte Beihilfe handelt. Das betrifft nicht das Avalmodell als solches, sondern das Zusammenspiel einer Verrechnung mit der Gewinnausschüttung. Das heißt im Klartext: Es gibt eine Avalgebühr, aber gleichzeitig setzt die Landesbank die Ausschüttung an das Land herab. Es stellt sich die Frage, ob dies nicht als eine verdeckte Beihilfe angesehen werden kann.

Ich bin auch gespannt darauf, was die FDP/DVP zu diesem Punkt sagt, weil genau diese Problematik in dem Möschel-Gutachten zur Teilprivatisierung der Landesbank aufgeführt worden ist. Ich darf zitieren:

Würde zum Beispiel die LBBW die Avalgebühr, die sie an die drei Gewährträger zu zahlen hätte, mit einer

Gewinnausschüttung verrechnen, ginge das Ganze wie das Hornberger Schießen aus. Eine denkmögliche Kontrolle zu geringer Ausschüttungen auf einen verdeckten Beihilfetatbestand hin sollte man besser vermeiden. Die Rechtsanwendung begäbe sich sehenden Auges in einen juristischen Sumpf.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt aber!)

Das Wirtschaftsministerium und die FDP/DVP sollten ein Auge darauf haben. Wenn man nämlich schon solch teure Gutachten in Auftrag gibt, müsste man zumindest diese Fragen klären. Wir werden sehen, was die FDP/DVP dazu zu sagen hat.

Letzter Punkt – und das ist der zentrale Unterschied, wo wir wiederum die FDP/DVP auf unserer Seite haben; aber sie wagt es ja nicht –: Wir wollen, wie es auch in anderen Bundesländern geschieht, die Überarbeitung des Landesbankgesetzes dazu nutzen, die rechtlichen Möglichkeiten für eine Öffnung des Kapitals zu privatrechtlichen Dritten zu schaffen. Zum Beispiel Bayern, aber auch Schleswig-Holstein und schließlich auch NRW – dieses Land muss aber zugleich noch das Fördergeschäft ausgliedern – haben Gesetzentwürfe in der Diskussion, die genau dies vorsehen, die also ihre Landesbank fit machen für die veränderten Wettbewerbsbedingungen und gleichzeitig für das Land die Möglichkeit schaffen, auch auf dieser Ebene Mehreinnahmen für den Haushalt zu erzielen.

Wir schlagen vor – und das werden wir bei den Ausschussberatungen präzise in Anträge fassen –, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine juristische Person des Privatrechts mit der Trägerschaft für die Landesbank Baden-Württemberg beliehen werden kann. Dieses Modell zur Neustrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg würde vorsehen, dass eine neu zu gründende Holding AG, die nicht Bank ist, die Beleihung der Trägerschaft erhält und diese Holding dann im Eigentum der jetzigen Träger – also des Landes Baden-Württemberg, des Sparkassenverbands Baden-Württemberg und der Stadt – stehen würde. Anteilseigner dieser AG wären also die drei aktuellen Gewährträger. Diese könnten dann Anteile – in diesem Fall Aktienanteile – an andere abgeben, gegebenenfalls untereinander, falls daran Interesse besteht, und hätten auch die Möglichkeit, in begrenztem Rahmen – wir schlagen ja schon seit langem vor, dass das Land auf eine Sperrminorität von 25 % heruntergeht – an private Dritte zu übergeben.

Dieses Modell würde es ermöglichen, einerseits die Landesbank Baden-Württemberg in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt operativ tätig sein zu lassen, auf der anderen Seite aber von der Kapitalseite her eine Öffnung vorzunehmen, die übrigens auch deshalb wichtig ist, weil zu Recht darauf hingewiesen worden ist, dass die Eigenkapitaldecke der Landesbank im verschärften Wettbewerb sicher gestärkt werden sollte. Auch in diesem Zusammenhang wäre es sicher sinnvoll, eine Öffnung über die Rechtsform der AG hin zum Kapitalmarkt zu schaffen, um damit auch eventuelle Finanzierungsverpflichtungen des Landes etwas zu erleichtern.

Deshalb unser Appell: Nutzen Sie die Chance der Änderung des Landesbankgesetzes dafür, auch mutige Änderun-



(Schmid)

gen bei der Rechtsform vorzunehmen und die Landesbank damit auch im Wettbewerb zu positionieren, auch im Wettbewerb mit den anderen Landesbanken im Bundesgebiet!

Ich fordere weiter die FDP/DVP auf: Schließen Sie sich uns an! Sie haben schon lange hin und her überlegt, welche Möglichkeiten einer Privatisierung bestehen. Jetzt haben Sie einen konkreten Vorschlag auf dem Tisch. Sie können Ihren Reformwillen zeigen. Ich lade Sie ein und fordere Sie auf, mitzumachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Abg. Schmiedel SPD: Der hat schon einmal gar keinen Mut!)

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir noch einmal ein paar alte Zeitungsausschnitte

(Zuruf von der SPD: Adenauer!)

aus dem Jahr 2001 hervorgekratmt. Damals stand in der „Financial Times Deutschland“ am 18. Juli: „Privilegien für Sparkassen fallen“. An anderer Stelle spricht der Leitartikel vom „Ende der öffentlichen Banken“. In einem weiteren Artikel heißt es: „Ende der Behaglichkeit“.

Ich glaube, wir können gemeinsam feststellen, nachdem die Verhandlungen mit der EU-Kommission jetzt erfolgreich abgeschlossen worden sind, dass diese Zeitungsnachrichten über das Ziel hinausschossen und dass wir auf einem guten Weg sind, das öffentliche Bankenwesen in Baden-Württemberg, aber auch in Deutschland zu erhalten.

Es gibt schon lange Kritik am öffentlichen Bankenwesen. Sie besteht im Grunde schon seit 40, 50 Jahren. Aber sie ist erst in den letzten Jahren deutlicher und kräftiger geworden. Sie wurde insbesondere natürlich von den Privatbanken vorangetrieben. Ich will einfach einmal die Bilanzsummen nennen. Danach wird auch deutlich, warum diese Kritik in den letzten Jahren so vorangetrieben worden ist. Die Bilanzsummen der Landesbanken und Sparkassen insgesamt liegen nämlich deutlich höher als die der Kreditbanken, als die der öffentlichen Banken. Daher war es nahe liegend und verständlich, dass sich die Privatbanken dieses Wettbewerbers mit allen Mitteln zu erwehren versucht haben.

Der öffentlich-rechtliche Finanzsektor ist insbesondere für den Mittelstand, für die kleinen Leute, für finanzschwache Privatleute da. Es handelt sich um alles andere als um Peanuts, wenn man die Bilanzsumme von 2 181 Milliarden € sieht, die die Landesbanken und die Sparkassen insgesamt zusammenbringen.

Es gibt gute Argumente für ein öffentliches Bankenwesen; sie wurden in der öffentlichen Diskussion vielfach genannt: Das sind die Förderfunktion – das heißt, den Spar- und Vermögensbildungswillen bei der Bevölkerung anzuregen – und die Gewährleistungsfunktion, um eine ausreichende

und flächendeckende Versorgung namentlich in den strukturschwachen Gebieten sicherzustellen. Ferner ist es die Reservefunktion: dort einzutreten, wo sich die Privatbanken zurückziehen, gerade auch in den ländlichen und strukturschwachen Gebieten. Es ist aber vor allem auch die Wettbewerbssicherungsfunktion. Sie beruht seit vielen Jahren auf dem Dreisäulenkonzept: einerseits öffentliche Banken, zweitens private Banken und drittens Genossenschaftsbanken.

Wie wertvoll dieses Dreisäulenkonzept ist und welche Bedeutung es für uns hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt ein Blick in andere Länder. Ich nenne vorrangig einmal England, wo sich zwischenzeitlich 80 % auf vier große Geschäftsbanken verteilen: die HSBC, die Barclays Bank, die Lloyds Bank und National Westminster. In England gibt es den Wettbewerb, den wir in Deutschland haben, nicht mehr. Dort müssen die Privatleute, Handwerker und Mittelstand deutlich höhere Gebühren bezahlen. Unsere Banken müssen mit wesentlich niedrigeren Margen rechnen. Dies deutet darauf hin, dass wir in Deutschland einen deutlich stärkeren Wettbewerb haben, als er in anderen Ländern besteht. Dieser deutlich stärkere Wettbewerb ist auf das öffentliche Bankenwesen zurückzuführen.

Nicht zuletzt erinnere ich an eine Äußerung des früheren Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, der immer darauf hingewiesen hat, dass die Aktienkurse der Privatbanken in Deutschland deswegen hinter den Kursen von Privatbanken anderer Länder zurückbleiben müssten, weil wir diesen engen und scharfen Wettbewerb mit den öffentlichen Banken in Deutschland haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles sind Gründe, weshalb wir von der CDU-Fraktion uns für das öffentliche Bankenwesen einsetzen. Wir wollen, dass sich die Veränderung der Bankenlandschaft in Baden-Württemberg so auswirkt, dass wir weiterhin öffentliche Banken haben, dass wir starke öffentliche Banken haben, dass wir die strukturschwachen Gebiete versorgen können und dass der Mittelstand dadurch versorgt ist. Vor allem wollen wir die Bankenlandschaft dadurch stützen und unterstützen, dass wir uns nicht aus der Landesbank zurückziehen und nicht an Privatisierung denken. Vielmehr wollen wir sie fördern, indem wir die notwendige Gesetzesgrundlage dafür schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zuge der EU-Veränderungen wurden notwendige Anpassungsprozesse erforderlich. Diese Gesetzesprozesse sind nach vielfältigen Beratungen umgesetzt worden. Die Gewährträgerhaftung entfällt. Dazu gibt es entsprechende Paragraphen im Landesbankgesetz und im Sparkassengesetz. Die Anstaltslast ist so ausgestaltet, dass sie sich von der eines privaten Kreditinstituts nicht mehr unterscheidet, sodass sich der Träger so verhalten muss, wie sich auch ein privates Institut verhalten müsste. Damit sind die Grundlagen geschaffen, dass das öffentliche Bankwesen bei uns unter Berücksichtigung der Anforderungen der EU rechtskonform aufrechterhalten werden kann.

Ich bewerte namens der CDU-Fraktion diese Verständigung mit der EU-Kommission positiv. Wir haben damit erstens – ich habe es gerade erwähnt – Rechtssicherheit hergestellt. Das öffentlich-rechtliche Bankwesen steht da-

(Dr. Scheffold)

mit im Einklang mit EU-Recht. Das öffentlich-rechtliche Bankwesen in Baden-Württemberg kann so, wie es jetzt ausgestaltet ist, fortbestehen, und das ist – ich habe es eingangs dargelegt – gut so.

Die Grundsätze sind damit in die Gesetzesvorhaben eingearbeitet. Deswegen unterstützen wir von der CDU-Fraktion diese Gesetzestexte und Gesetzesvorhaben zum Landesbankgesetz und zum Sparkassengesetz so, wie sie jetzt von der Regierung ausgestaltet worden sind.

Ein dritter Punkt erscheint mir wesentlich: Die Einheit zwischen Landesbank und Sparkassen bleibt durch diese Gesetzesänderungen gesichert. Wir haben damit weiterhin die Vorteile einer auch am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Bankenlandschaft. Wir haben weiterhin die Partnerschaft zwischen Kommune und Land. Wir haben flächendeckende Präsenz. Nebenbei bemerkt, gibt es 25 000 Geschäftsstellen des öffentlich-rechtlichen Bankensektors. Privatbanken hingegen befinden sich nur noch an jedem zwanzigsten Ort mit einer Einwohnerzahl von bis zu 2 500 Einwohnern. Deshalb ist dies ein ganz wichtiger und wesentlicher Beitrag, der für breite Bevölkerungsschichten geleistet wird: die breite Präsenz in der Fläche.

Auch die Arbeitsplätze sind damit nicht nur in den Ballungsräumen gewährleistet, sondern auch in der Fläche. Die Regionalstruktur, wonach das, was in der Region erarbeitet wird, auch dort „erspart“ bleibt und in Form von Krediten wieder zur Verfügung gestellt wird, wird durch das Sparkassenwesen ebenfalls aufrechterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich in die Zukunft blicke, möchte ich aufgrund der vorgelegten Gesetzesvorhaben sagen, dass die Sparkassen durch die EU-Regelung insgesamt weniger berührt waren. Die Refinanzierung, die im Bereich der Landesbanken eine wesentliche Rolle spielt, spielt bei den Sparkassen keine große Rolle. Die Sparkassen refinanzieren sich eben nicht über den internationalen Finanzmarkt, sondern sie refinanzieren sich über die Einlagen der Kunden. Die Refinanzierung findet auch nicht über die Landesbanken oder über die LBBW statt, sodass die Sparkassen von den EU-Regelungen und von der Verständigung mit der EU weit weniger berührt waren als die Landesbank.

Die Landesbank war berührt. Die Haftungsstruktur musste geändert werden. Das hat sicherlich Auswirkungen auf die Refinanzierung. Aber ich meine, durch die vereinbarten Übergangsfristen, die weit hinausreichen, ist eine Anpassung unserer Landesbank Baden-Württemberg möglich.

Die Landesbank Baden-Württemberg ist im Übrigen mit der besten Ertragslage aller Landesbanken ausgestattet. Sie ist damit durch die Veränderungen auf EU-Ebene am wenigsten berührt gewesen. Gesellschaftsrechtliche Veränderungen waren bei der Landesbank nicht notwendig, da wir – anders als Nordrhein-Westfalen und die dortige Landesbank – das Förder- und Marktgeschäft bereits früher voneinander getrennt hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies spricht nach unserer Auffassung dafür, diesem Gesetzesvorhaben zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst in Erinnerung rufen, dass wir uns in einem historischen Moment befinden.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Bebbler SPD: Schon wieder? – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Zuruf von der CDU)

Die Aufgabe der Gewährträgerhaftung und die Modifizierung der Anstaltslast verändern eine entscheidende Säule des öffentlichen Bankwesens und verändern damit etwas, das in eine Zeit zurückreicht, in der die Spareinlagen von Waisen und Witwen nicht mündelsicher gewährleistet waren. Die Anfänge dieses Instituts reichen in den Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Insofern glaube ich schon, dass man die Gesetzesänderungen, die jetzt anstehen, in einen Gesamtzusammenhang der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Entwicklung der Kapitalmärkte, einbetten muss.

Die Veränderungen, die jetzt anstehen, wurden gerade nicht durch Rechtsänderungen ausgelöst, sondern es handelt sich tatsächlich um tief greifende wirtschaftliche Veränderungen. Die Triebkräfte hierfür sind Veränderungen des Weltmarkts. Hierbei ist der Kapitalmarkt international mit Sicherheit einer der Märkte, die am stärksten integriert sind. Der Wettbewerb ist intensiver geworden. Dies hängt ganz wesentlich auch mit den neuen informationstechnischen Gegebenheiten zusammen, die dazu führen, dass weltweit in Minutenschnelle Milliardenwerte gehandelt werden.

Als Liberaler nenne ich ausdrücklich die ordnungspolitische Komponente genau dieses Bereiches. Märkte müssen organisiert werden. Dazu steht die FDP. Insbesondere müssen die Funktionsfähigkeit des Marktes und die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs durch Regulierung sichergestellt werden.

Für Finanzmärkte gilt dies in ganz besonderer Weise, denn gerade hier ist menschliches Fehlverhalten und sind Übertreibungen und Krisen sehr schnell bei der Hand, weil die Nichtstofflichkeit des gehandelten Gutes, der Bankleistung, eben dazu neigt. Außerdem hängen Finanzmärkte sehr stark vom Vertrauen der Kunden ab. Insofern ist die Regulierung von Finanzmärkten erforderlich. Ich sage dies auch im Hinblick auf die vielfach geäußerte Kritik an den Regelungen zu Basel II. Wer sich vor Augen hält, welche wirtschaftlichen Krisen durch den Zusammenbruch der Sparkassen in den Vereinigten Staaten, durch die Bankenkrise in Japan oder durch die Krise der Barings Bank ausgelöst worden sind, der kann sich schnell verdeutlichen, dass eine solche Bankenkrise in unserem Land oder in der Europäischen Union unter allen Umständen verhindert werden muss.

Dass Gewährträgerhaftung und Anstaltslast keine Garantie gegen Missmanagement sind, haben wir in der Bundesrepublik Deutschland selbst erleben müssen, wobei ich hier

(Theurer)

nicht näher auf die Berliner Bankgesellschaft eingehen möchte. Missmanagement gibt es im Privatbankenbereich genauso wie im öffentlichen Bankenbereich. Aber wir haben gesehen, dass es für den Gewährträger und für den Anstaltsträger nicht immer positiv ist, wenn er dann einspringen muss.

Meine Damen und Herren, bei Basel II waren wir uns einig, dass Verbesserungen für die Mittelstandsfinanzierung erforderlich sind. Ich verweise hier nur auf die Bundesratsinitiative des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, die ja zu Erfolgen bei den langfristigen Krediten geführt hat. Das interne Rating wurde zugelassen, und – was mir persönlich ganz besonders wichtig ist – bei der Kreditfinanzierung werden Existenzgründer nicht benachteiligt. Ich glaube, es ist von deutscher Seite aus gemeinsam gelungen, durch die Spreizung der Risikogewichte und durch die Vereinbarung von Kreditkonditionen nach Bonität Verbesserungen bei Basel II herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich im Folgenden vor allen Dingen auf die Änderung des Landesbankgesetzes konzentrieren. Diese Änderung schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen privaten und öffentlichen Banken. Insofern begrüßen wir diese Änderung. Auch die Privatbanken, die auf europäischer Ebene auf diese Änderung hingewirkt haben, anerkennen, dass der Brüsseler Kompromiss nun diese Wettbewerbsgleichheit herbeiführt. Sie kritisieren lediglich die langen Übergangsfristen.

Meine Damen und Herren, die Zukunft der Landesbank, aber auch der Sparkassen wird durch diese Gesetzesänderungen sichergestellt. Ob sie sich tatsächlich in Zukunft am Markt bewähren können, wird allerdings am Markt entschieden. Deshalb ist in der Tat, sehr geehrter Herr Kollege Schmid, die Frage erlaubt, inwiefern Regelungen getroffen werden, dass Sparkassen und auch die Landesbank privates Kapital aufnehmen.

(Abg. Schmid SPD: Machen Sie mit!)

Allerdings stellt sich hier die ordnungspolitische Frage, Herr Schmid, ob es sinnvoll ist, privates Kapital in eine öffentlich-rechtliche Bank aufzunehmen, möglicherweise dann den Kapitalanteil der Privaten zu beschränken und damit Zwitterlösungen zu schaffen, die aus meiner Sicht höchst problematisch sind. Ich meine, wir sollten die Frage der zukünftigen Entwicklung der Landesbank sehr genau im Auge behalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Beobachtungsposten! Das ist doch keine Politik! – Abg. Schmid SPD: Also machen Sie nichts! – Zuruf von der SPD: Da sind Sie doch sonst nicht so zögerlich!)

Wir müssen dabei sehr genau überlegen, ob wir zusätzliches Kapital zulassen. Aber ich warne an dieser Stelle davor, in einem Schnellschuss Zwitterlösungen zuzulassen, die dann weder Fisch noch Fleisch sind. Hier – das verhehle ich nicht – ist meine persönliche Meinung die, dass man dann, wenn man das für privates Kapital öffnet, die Privatisierung insgesamt in den Raum stellen muss. Allerdings ist diese Diskussion – das sage ich offen – innerhalb der FDP/DVP-Fraktion noch nicht abgeschlossen.

(Abg. Schmid SPD: Nichts! Keine Meinung! –  
Abg. Schmiedel SPD: Beobachten, nichts tun!)

Deshalb stelle ich zu diesem Punkt fest: Wir wollen den Brüsseler Kompromiss umsetzen. Wir wollen damit das öffentlich-rechtliche Bankensystem in Baden-Württemberg als Beitrag zum Wettbewerb sichern. Wir wollen damit aber gleichzeitig erreichen – wir begrüßen deshalb diese Neuregelung –, dass es gleiche Wettbewerbsbedingungen für private und für öffentlich-rechtliche Banken gibt.

Deshalb werden wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmid SPD: Und beobachten!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man kann, denke ich, heute die Beratungen mit dem Satz zusammenfassen: Man hat das Beste daraus gemacht. Das ist zumindest unsere Einschätzung.

Wenn man sich einmal die Ausgangssituation für die öffentlich-rechtlichen Banken anschaut mit der Modifizierung der Anstaltslast, mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung und auch mit Basel II – Punkte, die ja wirklich Einschnitte markieren –, so muss man sagen, dass das nicht ganz einfach war. Die EU-Kommission hat entschieden: Gewährträgerhaftung und Anstaltslast sind nicht zulässige Beihilfen. Basel II wird mit der Stabilität des Finanzsystems begründet. Wir müssen nun die Konsequenzen tragen und heute entsprechende Regelungen hier beschließen.

Die Banken sollen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Risiken aus den Bankgeschäften bewegt werden. Der Ansatz ist sicher nicht falsch, dass Kredite entsprechend ihrer Risikoeinstufung bepreist werden. Allerdings geht Basel II von internationalen Standards aus, und es ist doch sehr fraglich, ob diese Standards auch auf unsere regionalen Institute wie beispielsweise die Sparkassen übertragbar sind.

Für Deutschland ist vor allem wichtig, dass bei den Neuregelungen unsere gewachsenen Finanzstrukturen – das dreigliedrige System wurde schon erwähnt – berücksichtigt werden und dass eine Benachteiligung vor allem der mittelständischen Wirtschaft vermieden wird. Das bedeutet, dass auch hier weiterhin ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten für den Mittelstand vorhanden sein müssen, und zwar auch zu angemessenen Konditionen. Daher ist es natürlich in unser aller Interesse, die Sparkassen und Landesbanken als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute zu erhalten. Die Bankenstruktur, die wir haben, hat Vorteile. Die Sparkassen und die Landesbanken arbeiten ja nicht nur nach dem Gewinnmaximierungsprinzip, sondern unterliegen dem Gemeinwohlprinzip, auch wenn hier schon bisher und künftig vielleicht noch verstärkt ein Ausgleich hergestellt wird.

Für uns ist in den jetzt vorgelegten Gesetzentwürfen der wichtigste Punkt, dass an dem bewährten System der öf-

(Heike Dederer)

fentlich-rechtlichen Banken mit dem öffentlichen Auftrag festgehalten wird; denn wir legen großen Wert auf den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Banken. Ich möchte einen Blick werfen auf die positiven wirtschaftlichen und sozialen Aspekte unserer Sparkassen und der Landesbank. Aufgrund des Regionalprinzips – Herr Minister Schäuble hat es vorhin schon erwähnt – erfüllen die Sparkassen wesentliche Teile des öffentlichen Auftrags, beispielsweise die Sicherstellung der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung in der Fläche. Das bedeutet vor allem die Versorgung des Mittelstandes in der Fläche mit Krediten, aber auch die Versorgung von wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen. Ich gebe nur zu bedenken, dass 80 % aller Sozialhilfeempfänger ein Konto bei einer der Sparkassen haben. Ob dies auch noch so garantiert werden könnte, wenn es keine öffentlich-rechtlichen Banken mehr gäbe, bezweifle ich. Ein Negativbeispiel ist Großbritannien, wo es drei bis vier Millionen Menschen ohne Girokonto gibt – mit allen negativen Auswirkungen, die das heute mit sich bringt.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich!)

In einigen Bundesländern gibt es auch die Mitfinanzierung der Schuldnerberatung durch die öffentlich-rechtlichen Banken. Auch dies ist natürlich ein interessanter Aspekt.

Bei uns im Land ist zu bemerken, dass die Sparkassen und die Landesbank eine sehr hohe Ausbildungsquote haben. Ungefähr 50 % aller Auszubildenden im Kreditsektor werden in den öffentlich-rechtlichen Banken ausgebildet. Ich brauche Ihnen nicht zu verdeutlichen, dass dies einen positiven Effekt auf die Beschäftigungssituation bei uns im Land und natürlich auch in den jeweiligen Regionen hat.

Wichtig ist auch die Situation der Existenzgründer. Diese werden natürlich bevorzugt von Sparkassen in den jeweiligen Regionen mit Krediten bedient. Auch hier ist Großbritannien ein Negativbeispiel. Dort haben viele Existenzgründer heute keine Möglichkeit mehr, Kredite zu erhalten. Bei uns ist das Gott sei Dank noch anders.

Herr Minister Schäuble hat schon erwähnt, dass regional verwurzelte Kreditinstitute natürlich sehr viel näher an ihren Kunden sind, die Leistungsfähigkeit sehr viel besser beurteilen können und auch den Strukturwandel bei einzelnen Kunden, beispielsweise in der Landwirtschaft, eher und vielleicht auch mutiger begleiten, als das private Banken tun, die einfach stärker darauf bedacht sind, ihr Risiko zu minimieren.

Nicht zuletzt sind Sparkassen auch wichtige Gewerbesteuerzahler, die eine vergleichsweise hohe Steuerbelastung haben, weil sie im Gegensatz zu anderen Unternehmen ihre Gewinne eben nicht einfach ins Ausland verlagern können.

Als weiterer Punkt ist sicher auch die Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft zu nennen. Allein 400 Stiftungen werden derzeit von Sparkassen unterhalten.

Zur Änderung des Gesetzes: Ich habe vorhin schon angedeutet, dass man das Beste daraus gemacht hat. Für uns ist dies ein Kompromiss, mit dem man leben kann. Wichtig ist, dass die kommunale Trägerschaft erhalten bleibt. Auch bei der LBBW bleibt der Einfluss des Landes erhalten. Es hat keinen direkten Einfluss auf die Kommunen, die das

Haftungsrisiko schon bisher nicht bilanzieren mussten. In Zukunft wird es eine freiwillige Entscheidung einer Kommune sein, ob sie einer Sparkasse Geld zuschießt oder nicht. Auch künftig werden die Sparkassen, so wie wir sie auch stützen, Partner des Mittelstandes sein. Bei der LBBW können die Träger künftig gegen marktgerechte Gebühren Garantien oder auch eine Haftung übernehmen; Kollege Schmid hat es angesprochen. Ich gehe schon davon aus, dass dies im Einklang mit den europäischen Beihilferegulungen geschieht. So ist dies auch im Gesetzentwurf der Regierung vorgesehen, und wir haben Vertrauen, dass dies auch so gehandhabt wird.

Es gibt – das war auch immer ein Anliegen der Vertreter der Sparkassen – keine Änderung in der Organisationsstruktur, das heißt, die Struktur kann in der bisher vorhandenen Form erhalten bleiben. Eine interessante Lösung wurde auch für die Träger der Sparkassen gefunden. Künftig darf auch der Verband Träger einer Sparkasse sein. Dies ist sicher auch ein Ergebnis aus der Erfahrung mit der Sparkasse in Mannheim. Wenn der Verband Träger sein kann, hat er natürlich mehr Einfluss darauf, wie solche kritischen Situationen gemeistert werden können.

Ein wichtiger Punkt, der auch von Minister Stratthaus angesprochen wurde, sind die Übergangsfristen. Beispielsweise ist es bei den Übergangsfristen für die Schuldverschreibungen so, dass die Gewährträgerhaftung noch bis zum Jahre 2015 besteht. Dies gibt natürlich Rechtssicherheit für die Sparkassen und für die Träger.

Basel II – das wurde in diesem Raum schon angesprochen – bewegt sich jetzt, wenn man die Diskussionen von Anfang an verfolgt hat, in eine gute, in eine richtige Richtung, nachdem die bankinternen Rating-Verfahren anerkannt werden. Das ist vor allem für kleinere Unternehmen sehr wichtig. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen, der mittelständischen Betriebe in Deutschland hätte keine Möglichkeit, ein externes Rating vornehmen zu lassen; dies wäre viel zu teuer und würde in keinem Verhältnis zum angestrebten Kredit stehen. Daher ist es sinnvoll, dass jetzt auch ein bankinternes Rating gilt.

Dennoch glaube ich, dass sich Handwerk und Mittelstand künftig sicher auch mit anderen Finanzierungsmodellen werden beschäftigen müssen. Eine Möglichkeit ist ja die atypisch stille Beteiligung, bei der die Entscheidungsbefugnis weiterhin beim Eigentümer bleibt. Ich möchte aber betonen, dass der Bankkredit sicher in Zukunft die Hauptfinanzierungsquelle für mittelständische Unternehmen sein wird.

Ich möchte an dieser Stelle noch ein paar kritische Anmerkungen machen bzw. Herausforderungen benennen. Der Antrag der SPD-Fraktion macht sehr deutlich: Im Badischen gibt es sehr viel kleinere Sparkassen als im Württembergischen;

(Abg. Dr. Caroli SPD: Richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

die Bilanzsumme der badischen Sparkassen beträgt nur ungefähr ein Drittel der Bilanzsumme der württembergischen Sparkassen. Ich gehe davon aus, dass weitere Fusionen

(Heike Dederer)

stattfinden werden. Ich denke, dass man dies kaum verhindern können wird, zumal die Bilanzsumme ja auch weit unter dem Bundesdurchschnitt der Sparkassen liegt. Eine Möglichkeit, dem vorzubeugen, ist eine stärkere Kooperation der Sparkassen. Dies wird sicher notwendig sein, birgt aber auch große Potenziale. Sicher wird es auch Rationalisierungsmaßnahmen geben, vor allem im Backoffice-Bereich. Dafür gibt es schon Beispiele: Die Sparkassenrechenzentren wurden zusammengelegt, und LBBW und Sparkassen haben ein gemeinsames Wertpapierabwicklungssystem entwickelt.

Basel II bringt natürlich auch für uns einige Wermutstropfen mit sich, vor allen Dingen aufgrund unserer Wirtschaftsstruktur mit vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen. So werden Lebensversicherungen nicht als Sicherheiten anerkannt. Vor allem für Personengesellschaften ist dies ein ganz wichtiger Aspekt. Auch Sicherungsübereignungen, beispielsweise bei einem Betriebsmittelkredit oder einem Investitionskredit, werden nicht anerkannt. Die Behandlung langfristiger Kredite, wie sie ja gerade bei uns bei der Finanzierung üblich sind, wird zu deutlichen Aufschlägen bei der Eigenkapitalunterlegung führen. Es gibt Berechnungen der Deutschen Bundesbank, die davon ausgehen, dass sich für Mittelständler der Zinssatz im Schnitt um 0,24 bis 0,65 % erhöhen wird. Wir werden uns damit abfinden müssen, dass es zu einer gewissen Verteuerung kommt.

Ich denke, es ist wichtig, dass sich auch die LBBW daranmacht, die Übergangsfrist zu nutzen, um der sich abzeichnenden – Herr Minister Stratthaus hat es auch erwähnt – Verteuerung der Refinanzierungskosten entgegenzusteuern und sich neue Ertragsquellen zu erschließen. Da man dort auch wirtschaftlich denkt, gehe ich aber davon aus, dass dies schon geschieht. Ein positives Zeichen ist sicher, dass auch die LBBW den technischen Wandel mitmacht und für die Kunden neue Angebote wie M-Commerce oder Asset-Management bereitstellt, also im Bereich der Vermögensverwaltung verstärkt tätig wird.

In Nordrhein-Westfalen wurde in das Sparkassengesetz ein Kontrahierungszwang aufgenommen, das heißt ein Zwang, dass die Sparkassen für Kunden, die es wünschen, Konten eröffnen müssen. Ich halte das nicht für den richtigen Weg. Wir setzen auf eine Selbstverpflichtung. Die Zahlen, die ich vorhin erwähnt habe, auch die hohe Zahl der Sozialhilfeempfänger, die Konten bei unseren Sparkassen haben, zeigen ja, dass dies bisher sehr gut funktioniert.

Meine Damen und Herren, mit den jetzt vorgelegten Gesetzentwürfen, mit den vorgeschlagenen Änderungen und auch mit den entsprechenden Übergangsfristen wurde unseres Erachtens für die Sparkassen und für die Landesbank ein gangbarer Weg beschritten. Wir werden diesen Gesetzentwürfen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion spreche ich zum Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften. Wir unterstützen diesen Gesetzentwurf ausdrücklich,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Also!)

zumal ja Spielraum bei der Ausgestaltung der wesentlichen Regelungspunkte deshalb nicht gegeben ist, weil der Brüsseler Kompromiss mit Verständigung und Schlussfolgerung die wesentlichen Fakten, modifizierte Anstaltshaftung und Gewährträgerhaftung, vorgibt und obendrein ein zeitlich knapper Rahmen gegeben ist, weil in der Schlussfolgerung auch die verbindliche Absprache getroffen worden ist, dass die gesetzlichen Regelungen bis 31. Dezember 2002 in Kraft getreten sein sollen.

Hinzu kommt, dass ja alle 16 Bundesländer, der Bund und der Sparkassen- und Giroverband diese Regelungen erarbeitet haben, sodass in der Diskussion in einzelnen Bundesländern nicht etwa Dinge infrage gestellt werden können, die in Brüssel als Opfer gebracht werden mussten. Ich bezeichne das ausdrücklich als Opfer, weil dort unser bewährtes Sparkassensystem auf eine Kritik gestoßen ist, die von uns aus der historischen Entwicklung heraus nicht als gerechtfertigt empfunden werden kann, weil die Wahrnehmung eines öffentlich-rechtlichen Auftrags etwas anderes ist als im Rest Europas die Abwicklung von Bankgeschäften im Wettbewerb.

Trotz dieses knappen Zeitrahmens habe ich noch darauf hinzuweisen, dass auch die ergänzende Regelung der Verbandssparkasse unsere Billigung findet, weil auf diese Weise die Möglichkeit gegeben wird, dass der Verband selber in sparkassenfreien Räumen Sparkassenangebote garantieren kann. Das ist sehr wichtig, auch wenn man sieht, welche Veränderungen im Bereich der Sparkassenlandschaft vollzogen werden. Dabei kann der Verband auch als Gewährträger eintreten, sich also beteiligen oder selbstständige Angebote machen. Diese Möglichkeit begrüßen wir.

Es wäre uns allerdings angenehm gewesen, wenn bei dieser Gelegenheit auch noch weitere Regelungen in das Sparkassengesetz hätten aufgenommen werden können. Wegen des knappen Zeitrahmens verzichten wir darauf, Änderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen. Ich möchte aber für unsere Fraktion doch einige Stichworte benennen, die wir im Zuge der weiteren Behandlung des Sparkassengesetzes für erwägenswert und umsetzenswert halten. Es sind insgesamt sieben Punkte.

Punkt 1 ist die Verbesserung der Mitbestimmung, nämlich der Ausbau der Drittelparität.

Punkt 2 ist der gesetzliche Kontrahierungszwang, um allen Bürgern das Eröffnen eines Girokontos zu ermöglichen. Denn gerade der öffentlich-rechtliche Auftrag, Frau Kollegin Dederer, führt dazu, dass ein Rechtsanspruch dafür gegeben werden sollte und nicht nur eine Selbstbindung im Sinne einer freiwilligen Erklärung bestehen sollte. Dies ist nichts, auf das sich dann ein Anspruch unmittelbar stützen kann.

Der dritte Punkt ist die Mitwirkung der Personalräte eingegliedelter Institute in der Umgestaltungsphase der fusio-

(Junginger)

nierten Einrichtungen. Es hat sich jetzt als sehr problematisch herausgestellt, wenn Einrichtungen übernommen und neue, größere Strukturen gefunden worden sind, dass die Mitverantwortung und Mitgestaltung von denen, die bisher für das kleinere Institut Verantwortung getragen haben, nicht sichergestellt war. Das gilt ausdrücklich nur für die Umgestaltungsphase.

Der vierte Punkt ist die Mitgliedschaft bei den kommunalen Arbeitgeberverbänden. Es ist zwar angesprochen worden, dass die Regierung das für nicht sinnvoll hält. Wir meinen aber, darüber müsste noch einmal vertieft diskutiert werden.

Der fünfte Punkt ist die Verbesserung des Wahlverfahrens. Das deute ich nur an.

Der sechste Punkt ist die gesetzliche Einbindung der Sparkassen in die Schuldnerberatung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das hielte ich auch in diesem Lande für sehr wichtig, obwohl die Sparkassen im Vergleich die wenigsten Problemfälle mit sich führen. Trotzdem entspricht es auch der Verantwortung eines öffentlich-rechtlichen Instituts, unmittelbar in die Bewältigung finanzieller Probleme von Bürgerinnen und Bürgern eingebunden zu sein und sich auch mit namhaften Geldbeträgen zu beteiligen.

Der letzte Punkt ist die Einbeziehung besonderer Sicherungsfonds zur Verbesserung der künftigen Refinanzierungskosten. Denn da wird sich einiges ergeben. Wenn mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung auch die Refinanzierungsbewertung kritischer wird, ist es erforderlich, größere Vorkehrungen zu treffen. Die jüngste Landesgeschichte zeigt, dass es dabei um überraschend hohe Beträge gehen kann, die aus den bisherigen Sicherungsfonds nicht abgedeckt werden können.

Diesbezüglich erwarten wir, dass das zuständige Ministerium sowohl die Arbeiten, die in dieser Richtung schon einmal aufgenommen worden sind, weiterführt als auch die Stichworte, die wir genannt haben, in die weitere Bearbeitung aufnimmt, damit wir in absehbarer Zeit einmal im Rahmen einer Novellierung des bisherigen Gesetzes einige dieser von uns für wichtig gehaltenen Punkte diskutieren. Wenn in absehbarer Zeit nichts geschieht, behalten wir uns vor, entsprechend initiativ zu werden, weil wir mehrere dieser Punkte für außerordentlich wichtig zur Bewältigung der Zukunft halten. Insoweit – das darf ich auch sagen – unterstützen wir die Argumentation der Gewerkschaft ver.di, die schon seit Monaten einige dieser Punkte immer wieder auch den Fraktionen gegenüber angesprochen hat.

Diese heutige Aussprache gibt uns Gelegenheit, das dreigliedrige Banksystem mit seinen Vorzügen noch einmal ausdrücklich zu würdigen, weil unser öffentlich-rechtliches System als eine Säule der flächendeckenden Versorgung außerordentlich wichtig ist. Die Sparkassen spielen allen Zahlen und statistischen Erfahrungen zufolge tatsächlich eine besondere Rolle, weil sie in europaweit einmaliger Weise einen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfolgreich wahrnehmen. Ihre Geschäftstätigkeit verwirklicht eine

wichtige Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge, also nicht irgendetwas, was beliebig als Aufgabe definiert werden kann, sondern etwas, was unmittelbar zu einem funktionierenden Gemeinwesen gehört. Deswegen ist das ursprünglich, im letzten Jahrhundert, eine eigene Abteilung der städtischen kommunalen Verwaltung gewesen, bis dann im Jahre 1931 aufgrund der veränderten Politik eine Ausgliederung in selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten erfolgen musste.

Aber Zahlen sprechen dafür, dass dort eine sehr wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe wahrgenommen werden kann. Denn in der Bundesrepublik Deutschland werden 50 % des Mittelstands, soweit es sich um Betriebe und Einheiten mit bis zu 20 Mitarbeitern handelt, von den Sparkassen betreut und versorgt. In den letzten sieben Jahren haben die Sparkassen ihren Marktanteil im Lande Baden-Württemberg von 36 % auf 40 % ausgeweitet. Das ist die Aufgabe, die auch deshalb zunehmend und verantwortungsbewusst wahrgenommen werden muss, weil sich die Geschäfts- und Privatbanken aus der Kreditierung des Mittelstands weitgehend zurückgezogen haben und weil die Sparkassen nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung oder der Förderung der Eigentumsrechte der Anleger verpflichtet sind, sondern ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag in großer Verantwortung wahrnehmen.

Deswegen spielt dort auch bei einer Versorgung in der Fläche die Aufwands-Ertrags-Relation betriebswirtschaftlich nicht die Rolle, wie es bei jedem sonstigen privatwirtschaftlich strukturierten Bankinstitut der Fall ist. Deswegen erwarten wir auch, dass es unter Verzicht auf Gewinne oder auf hohe Gewinne auch weiterhin das oberste Ziel ist, die Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge mit den positiven Folgen für die Gemeinschaft weiterzuführen.

Dabei sind wir uns sicher, dass kein Weg an weiteren Fusionen vorbeiführt und dass auch in der Frage der Kosten-Nutzen-Relation und der Frage, welche Gewinnmargen oder Erfolgsmargen erzielt werden können, die Zeiten noch schlechter werden, als sie in den letzten Jahren waren.

Das ändert aber nichts daran, dass in dem größeren Verbund die Marktnähe und die flächendeckende Versorgung auch weiterhin gute Chancen liefern, dem Auftrag, den wir gemeinsam erteilt haben, gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich, dass in den nächsten Jahren 8 000 zusätzliche Berater im Lande eingesetzt werden sollen und dass man das durch den Abbau von 11 000 Stellen im Bereich der Abwicklung auffangen will. Da sind ja Rationalisierungseffekte und Systemeffekte leicht zu erzielen, während gerade die Beratung des Mittelstands eine ganz ungewöhnliche Bedeutung bekommt, weil auch unter Beachtung der Rating-Vorgaben und der Vorgaben von Basel II die Betreuung, die Beratung und das Gespräch von besonderer Bedeutung sein werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Überzeugung, dass das Opfer, das gebracht werden muss, dann einen Sinn hat, wenn wir das System so aktivieren können, dass in der gemeinsamen Wahrnehmung gerade dem Mittelstand die Möglichkeit gegeben

(Junginger)

wird, erfolgreich zu arbeiten. Dazu ist es erforderlich, dass Risiken zutreffend eingeordnet werden. Ich bin der Überzeugung, dass es auch notwendig ist, die weitere Entwicklung im Auge zu behalten und notfalls auch gesetzgeberisch einzugreifen, wenn sich herausstellen sollte, dass der Mittelstand nicht mehr die Betreuung und die Möglichkeit der Kreditfinanzierung findet, die er braucht, um in der harten Wettbewerbssituation überleben zu können.

Es ist uns wichtig, die verdienstvolle Tätigkeit der Sparkassen bisher und im neueren Verbund mit all den Fusionsfolgen ausdrücklich zu würdigen und vor Augen zu führen, dass dort indirekt Mittelstandspolitik gemacht wird, indem dort Beratungs- und Kreditangebote sichergestellt werden müssen, die nicht danach bestimmt werden, was der Bank an Zins und Gewinn aus derartigen Kreditvergaben erwächst.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Da wir in diesem Punkt einig sind, ist es außerordentlich erfreulich, dass wir alle miteinander weitere Hoffnungen in das öffentlich-rechtliche System setzen und trotz Brüssel erwarten, dass wir in dem Dreisäulensystem eine gute Kredit- und Kreditversorgungspolitik in Baden-Württemberg fortführen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne die Vorgabe durch die EU hätte keine Notwendigkeit für eine gesetzgeberische Initiative bezüglich der Sparkassen bestanden. Dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf haben die Verbände grundsätzlich zugestimmt. Die Fakten sind bekannt. Beide Minister haben Fakten vorgetragen, auch einige Vorredner. Ich will mir das jetzt sparen.

Ich will lieber noch auf zwei mehr randständige Themen zu sprechen kommen. Das eine – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden – ist die Frage, ob die Sparkassen ein Konto auf Guthabenbasis führen müssen oder nicht. Ver.di hat sich hier auch eingeschaltet. Sicherlich spricht einiges dafür. Allerdings: Die Selbstverpflichtung der Sparkassen, das ohnehin zu tun, hat sowohl im Bund als auch im Land überzeugt. Für mich als Liberalen ist es ohnehin keine Frage: Wenn die Selbstverpflichtung da ist und wenn sie funktioniert, dann wollen wir das nicht gesetzlich regeln.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Der zweite Punkt ist die regionale Begrenzung. Wir wollen natürlich die regionale Tätigkeit. Die Sparkassen sind sehr wichtig zur Geldbeschaffung, speziell für unsere mittelständischen und kleineren Betriebe. Das ist umso wichtiger, als die Eigenkapitalquote der mittelständischen Betriebe in unserem Land bedeutend geringer ist als in anderen Ländern. Da müsste man auch einmal ganz grundsätzlich darüber nachdenken, wie das durch eine Änderung der Steuerpolitik verbessert werden könnte.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Theurer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich teile auch die Meinung des Herrn Innenministers, dass das regional agierende Institut in der Risikoeinschätzung bei der Kapitalgewährung viel besser ist. Ich denke, das sind gute Gründe für den regionalen Erhalt.

Allerdings wäre durchaus darüber zu reden gewesen, ob man da nicht das Wort „vorrangig“, so, wie es auch diskutiert wurde, mit einbringen sollte: dass die Sparkassen also vorrangig in den Regionen tätig sein sollten. Denn es gibt doch die Beispiele: Da ist ein Kundenverhältnis aufgebaut. Der Kunde zieht weg, und die Sparkasse müsste dann aufhören, für ihn tätig zu sein. In aller Regel wäre es sicherlich sinnvoller, sie würde ihn weiterhin als Kunden betreuen.

(Abg. Schneider CDU nickt mit dem Kopf.)

– Herr Schneider, ich habe Ihr Kopfnicken natürlich gesehen. – Deshalb der Begriff „vorrangig“. Dann wäre das auch besser abgestimmt gewesen.

Insgesamt ist es ein hervorragend abgestimmter Vorschlag, der uns vorliegt. Wir wollen dem zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbankgesetzes an den Finanzausschuss und den Gesetzentwurf zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften an den Innenausschuss zu überweisen. Stimmen Sie dem zu? – Ich sehe keinen Widerspruch. Die Überweisung ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der SPD – Zukunft der Sparkassen und der Landesbanken in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/150. Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag durch die Aussprache erledigt ist? – Vielen Dank. Es ist so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 13/1069**

Das Wort erteile ich Herrn Landtagspräsidenten Straub.

**Präsident Straub:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Abgeordnetengesetz hat der Präsident jährlich zum 1. Mai einen Bericht über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung vorzulegen. Im Hinblick auf die laufenden Tarifverhandlungen habe ich mit den Fraktionen vereinbart, dass dieser Bericht etwas später, also jetzt, Anfang Juni, vorgelegt wird.

Nach Auswertung der Zahlen des Statistischen Landesamts und unter Berücksichtigung der in der Tarifrunde 2002 be-

(Präsident Straub)

reits gefundenen Abschlüsse habe ich mich entschlossen, Ihnen eine Erhöhung der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung um 2,8 %, das sind 124 €, vorzuschlagen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich weiß, dass damit nicht den Erwartungen aller Kolleginnen und Kollegen entsprochen wird. Manche von Ihnen hätten unter Hinweis auf die bereits erzielten Tarifabschlüsse gern eine Drei vor dem Komma gesehen.

Ich räume ein, dass man bei Bewertung aller tariflichen Erhöhungen auch auf eine Anhebung um 3,2 % hätte kommen können, dass sie gerechtfertigt gewesen wäre. Ich bin mit meinem Vorschlag, den ich mit dem Präsidium abgestimmt habe, bewusst darunter geblieben. Angesichts der Vorbildfunktion, die das Parlament und seine Mitglieder in der Öffentlichkeit haben, ist eine gewisse Zurückhaltung durchaus angezeigt.

Auch war zu bedenken, dass die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, die im Spätherbst beginnen, noch ausstehen. Es wäre vom Landtag unklug, jetzt durch eine sehr deutliche Erhöhung der Diäten den Tarifpartnern im öffentlichen Dienst ein Signal zu geben, das missverstanden werden könnte.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Richtig!)

Die vier Fraktionen sehen dies auch so und haben sich meinem Vorschlag in dem vorliegenden Gesetzentwurf angeschlossen.

Wir haben dafür Lob von einer Seite bekommen, die sich in der Regel gegenüber der Politik mit Anerkennung zurückhält. Ich meine den Steuerzahlerbund. Aber auch mehrere Pressestimmen haben die beabsichtigte Erhöhung der steuerpflichtigen Diäten als maßvoll und ausgewogen beurteilt.

Im Unterschied dazu ist mein Vorschlag zur Anpassung der steuerfreien Pauschalen bei der Aufwandsentschädigung beim Steuerzahlerbund und in Teilen der Öffentlichkeit nicht so gut angekommen. Dies veranlasst mich, auch hier und in aller Deutlichkeit festzustellen, dass die Aufwandsentschädigung kein Einkommen ist und deshalb nicht zu der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung addiert werden darf. Denn die steuerfreie Aufwandsentschädigung dient dazu, den Abgeordneten die mandatsbedingten Kosten auszugleichen. Die Daten des Statistischen Landesamts belegen eindeutig, dass wir seit meinem letzten Bericht vor zwei Jahren eine deutliche Steigerung in den Kostenbereichen zu verzeichnen haben, die bei der Entwicklung der mandatsbedingten Kosten zu berücksichtigen sind.

Dabei darf auch nicht übersehen werden, dass im Unterschied zu den steuerpflichtigen Diäten, die zuletzt am 1. August 2001 erhöht wurden, die steuerfreien Aufwandspauschalen das letzte Mal vor bereits zwei Jahren angehoben wurden. Es wurde also diesbezüglich im letzten Jahr eine Nullrunde eingelegt. Es ist aus meiner Sicht einsichtig – dies muss auch für eine kritische Öffentlichkeit nachvollziehbar sein –, dass die Abgeordneten nicht ein weiteres Jahr auf die Erhöhung der steuerfreien Pauschalen verzichten können. Denn werden die nachgewiesenen Kostenan-

hebungen nicht ausgeglichen, schlagen sie auf die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung und damit auf das Berufseinkommen der Abgeordneten durch. Damit würde ein Verzicht auf eine Anpassung der steuerfreien Aufwandsentschädigung die empfohlene Erhöhung der steuerpflichtigen Diäten zumindest teilweise wieder aufzehren. Dies kann und dies darf nicht sein. In einer Leistungsgesellschaft haben die Abgeordneten wie alle anderen Einkommensgruppen Anspruch darauf, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben. Anderenfalls büßt das Abgeordnetenmandat weiter an Attraktivität ein.

Ferner war es dem Präsidium und auch den antragstellenden Fraktionen ein Anliegen, Kostennachteile, die die Abgeordneten aus den ländlichen Flächenkreisen haben, abzumildern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Flächenzuschläge und Flächenabzüge, die bei übermäßiger Abweichung von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße vorgenommen werden, sollen deshalb maßvoll angehoben werden.

Wir haben seit 1984 einen Betrag, der von der Tagegeldpauschale abgezogen wird, wenn ein Abgeordneter einer präsenzpflichtigen Sitzung fernbleibt. Seit 1984 gab es hier keine Anpassung mehr. Wir haben uns im Präsidium entschlossen, diesen Betrag – er betrug früher 70 DM, jetzt beträgt er 36 € – auf 40 € anzuheben.

Wir nehmen ebenfalls eine Anhebung des Betrages vor, der einem Abgeordneten von der Tagegeldpauschale abgezogen wird, wenn er an einer namentlichen Abstimmung oder an einer Wahl mit Namensaufruf nicht teilnimmt. Hier war der bisherige Betrag 40 DM oder 20 €. Dieser Abzugsbetrag wird nun auf 25 € erhöht.

Das sind die Veränderungen nach dem Abgeordnetengesetz.

Noch ein Wort zu dem, was nicht in diesem Gesetzentwurf steht. Viele werden sich fragen, warum dieser Gesetzentwurf die Umsetzung der mit den Fraktionsvorsitzenden abgesprochenen Funktionszulagen an die Inhaber von Fraktionsämtern nicht regelt. Dies hat einen einfachen Grund: Es haben sich noch nicht alle Fraktionen der Vereinbarung der vier Vorsitzenden anschließen können. Es besteht aber unter diesen und mit mir Konsens, dass zunächst eine einvernehmliche Regelung, der alle Fraktionen zustimmen können, gesucht wird, und ich bin zuversichtlich, dass es noch vor der Beratung im Ständigen Ausschuss gelingt, eine gemeinsame Lösung zu finden, wobei ich in eine bestimmte Richtung schaue.

(Heiterkeit des Abg. Fischer SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE schaut sich demonstrativ um.)

In diesem Fall wird über einen interfraktionellen Änderungsantrag die Regelung über die Funktionszulagen in die Ausschussberatungen eingespeist und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zusammengeführt.

Dies halte ich angesichts der schon einige Zeit anhaltenden Diskussionen über die Funktionszulagen für eine angemessene Verfahrensweise.



(Präsident Straub)

Selbstverständlich werde ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und die Öffentlichkeit über die weiteren Schritte insoweit auf dem Laufenden halten.

Wie auch immer man es anstellt: In den Augen vieler kommen Diätenerhöhungen immer zum falschen Zeitpunkt und passen nie in die politische Landschaft. Diese Sichtweise ist so populär wie falsch. Ich habe Ihnen dargelegt, warum die jetzt vorgesehene Anpassung der steuerpflichtigen Entschädigung und der steuerfreien Aufwandsentschädigungen notwendig und in der Höhe angemessen ist.

Ich möchte Sie deshalb darum bitten, dem von allen Fraktionen vorgelegten Gesetzentwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 13/1069, an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Präsidiums – Geschäftsordnung des 13. Landtags von Baden-Württemberg – Drucksache 13/1004**

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die vorgelegte Beschlussempfehlung zur Änderung der Geschäftsordnung des 13. Landtags, die wir bisher nur vorläufig aus der 12. Legislaturperiode übernommen haben, sieht einige wenige Veränderungen vor.

Die erste ist die Frage der Anhörungsrechte der kommunalen Landesverbände, die zurückgeht auf das Urteil des Staatsgerichtshofs, die wir aber bisher auch ohne Geschäftsordnungsvorschrift so gehandhabt haben. Ich denke, diese Lösung hat sich bewährt, und wir werden sie deshalb in die Geschäftsordnung aufnehmen.

Zum Zweiten geht es um Veränderungen in der Debattenstruktur bei Aktuellen Debatten und vorgezogenen Initiativen. Auch dort hat sich die bisherige Probepraxis, anstelle einer Aktuellen Debatte eine vorgezogene Initiative, einen Antrag, eine Regierungsvorlage etc. zur Beratung heranziehen zu können, bewährt, und deshalb auch der Vorschlag, dies in die Geschäftsordnung des Landtags aufzunehmen.

Das Dritte, meine sehr verehrten Damen und Herren, erleben wir heute, haben wir in den vergangenen beiden Plenarwochen erlebt und werden es in abgewandelter Form auch in den nächsten Plenarsitzungen erleben: Es geht um die Frage der Verbesserung der Debattenstruktur insbesondere in Bezug auf die Redezeiten und die Redestruktur. Bei den Redezeiten haben wir zwischenzeitlich den dritten Pro-

belauf mit unbegrenzten Redezeiten, der sich, denke ich, im Großen und Ganzen in den beiden vergangenen Plenarwochen mehr oder minder bewährt hat. Aber ich glaube, es zeichnet sich auch ab, dass man wahrscheinlich differenzierte Lösungen anstreben muss.

Ich will einer endgültigen Bewertung nicht vorgreifen, weil dazu ja noch weitere Probeläufe erforderlich sein werden. Ich denke daran, dass ein weiterer Probelauf auch hinsichtlich so genannter fraktionsbudgetierter Redezeiten stattfinden kann. Erst nach Abschluss dieser Probeläufe werden wir endgültig darüber befinden können, wie wir letztendlich verfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschäftsordnungskommission hat sich sehr ausgiebig über die Frage der Debattenstruktur und damit auch ein Stück weit des Erscheinungsbilds und der Lebendigkeit der Debatten, auch des Landtags und seiner Wirkung nach außen, nicht nur auf die hier im Saal sitzenden Zuhörer, sondern auch auf die, die Debatten zum Teil am Fernsehschirm verfolgen können, beschäftigt. Es gab eine ganze Reihe von Vorschlägen, die sich mit der Intensität der Debatten beschäftigt haben, und zwar immer unter dem Aspekt: Wie können Debatten lebendiger gestaltet werden? Ich gestehe als Mitglied der Geschäftsordnungskommission unumwunden zu, dass ich mir die eine oder andere neue Regelung hätte vorstellen können.

Aber kehren wir zu der Grundfrage zurück, wie Landtagsdebatten aktueller und lebendiger gestaltet werden. Ich denke, das ist weniger – es ist vielleicht auch ein Teil, aber nur ein kleiner Teil – eine Frage der Form, sondern vielmehr eine Frage der politischen Inhalte und auch der politischen Präsentation.

Da muss man ein Stück weit Selbstkritik mitbringen, was die eigene Fraktion angeht, aber ein Stück weit auch die Opposition herausfordern. Wir beklagen häufig, dass in diesem Haus bundespolitische Themen eine eher zu große Rolle spielen – gerade in den Aktuellen Debatten –, verkennen aber, dass der Landtag, wie heute früh auch zu Recht gesagt wurde, durch die Zunahme der konkurrierenden Gesetzgebung und die Zunahme des Ländereinflusses im Bundesrat auf die Bundesgesetze formal an Kompetenzen eher etwas verloren hat, während die Länderregierungen – aber nicht als Einzelne, sondern nur in der Summe – formal an Kompetenzen im Bundesrat gewonnen haben.

Ich bin schon der Meinung, dass der Landtag an dieser Kompetenzverlagerung im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung teilhaben muss. Unsere Aufgabe muss es allerdings sein, nicht einfach das, was auf bundespolitischer Ebene passiert, nachzubeten, sondern die aktuellen Bezüge und Auswirkungen auf unser Bundesland Baden-Württemberg stärker als in der Vergangenheit darzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir machen uns überhaupt nichts vor: Wenn wir einmal an die Debatten der vergangenen Wochen und Monate denken, stellen wir fest, dass man zum Teil in festgestrickten Ritualen verharrt. Insbesondere – meine Damen und Herren von der Opposition, das kann ich Ihnen nicht ersparen – wenn Sie alles, was in Berlin von Rot-Grün beschlossen wird, unkritisch und weitestgehend unkommentiert übernehmen,

(Hauk)

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Beifall des Abg. Fleischer CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir sind sehr kritisch!)

dann tragen Sie eben gerade nicht dazu bei, den Föderalismus zu stärken und die Landesinteressen in den Mittelpunkt zu rücken, sondern dann tragen Sie eher

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir kritisch! – Abg. Drexler SPD: Ist das eine Geschäftsordnungsdebatte?)

– Herr Kollege Drexler, Sie haben den Zusammenhang offensichtlich immer noch nicht verstanden – dazu bei, dass sich das Selbstbild dieses Parlaments im Niveau ein Stück weit senkt, wenn man nämlich nur noch die Debatten, die in Berlin geführt werden, nachahmt.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Vor allem, dass Sie die Hände in der Hosentasche haben!)

Machen wir uns auch nichts vor, Herr Kollege Drexler:

(Abg. Drexler SPD: Jetzt! Okay! So ist es gut!)

Ihre Rede heute früh war ein erneuter Beweis dafür: Sie sind von der Meinungsführerschaft der Regierung und Regierungsfractionen in diesem Parlament regelrecht umzingelt, und alle Ausbruchsversuche daraus sind bisher bei Ihnen gescheitert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was ist denn das für eine Kriegssprache?)

Sie, Herr Drexler, haben heute früh zu Recht aus der Karlsruher Rede des Ministerpräsidenten zitiert, als er sagte

(Abg. Drexler SPD: Nein, nicht ich! Das war der Kollege Kretschmann!)

– der Kollege Kretschmann hat es gemacht; Sie haben Recht –:

(Abg. Drexler SPD: Sie hören nicht einmal zu!)

Wir wollen keinen Beteiligungsföderalismus . . . , sondern wir wollen einen Gestaltungsföderalismus.

Ich werfe Ihnen vor: Sie beteiligen sich zum Teil nicht einmal an diesen Debatten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb – lassen Sie mich das zum Fazit machen –: Wenn wir einerseits heute die Änderung der Geschäftsordnung beraten und uns andererseits in der Geschäftsordnungskommission über Inhalte, die Debattenstruktur und auch das Erscheinungsbild, die Debattenkultur und die Wirkungsweise dieses Parlaments nach außen, aber zum Teil auch nach innen beschäftigen, dann liegt es vor allem auch an uns, die Inhalte entsprechend darzustellen und zu vertreten. Da, glaube ich, haben wir noch einiges an Nachholbedarf. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, können einiges dazu beitragen, dass manches in diesem Parlament spannender wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

**Abg. Birzele** SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vor einem Jahr die Geschäftsordnung des 12. Landtags vorläufig für den 13. Landtag übernommen und kommen erst jetzt dazu, einige wenige Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung im Landtag zu debattieren. Ich halte diesen Verfahrensablauf für nicht erfreulich.

Wir haben in der Geschäftsordnungskommission eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um die parlamentarischen Debatten, die parlamentarischen Abläufe effektiver und lebendiger zu gestalten. Leider waren die Fraktionen der CDU und auch der FDP/DVP nicht bereit, den Großteil dieser Vorschläge zu übernehmen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha, siehst du!)

Als eine Schwierigkeit dabei hat sich insbesondere erwiesen, dass in der Koalition auch Geschäftsordnungsfragen, also Parlamentsfragen, als Koalitionsfragen angesehen werden, so wie auch beim Abgeordnetengesetz,

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

anstatt Parlaments- und Abgeordnetenstatusfragen als das zu behandeln, was sie sind, nämlich Aufgabe des gesamten Parlaments ohne Vorfestlegungen in Regierungskoalitionen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb kommt es dazu, dass einige Fragen, bei denen für eine andere Regelung eine Mehrheit im Parlament besteht, in der Geschäftsordnung nicht so geregelt werden konnten, wie die Mehrheit es gern gehabt hätte. Ein Beispiel: Wir haben bei den Beratungen in der Geschäftsordnungskommission vorgeschlagen – das können Sie dem Bericht auf Seite 14 der Drucksache unter Ziffer 2 entnehmen –, das Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer bei Besetzungen innerhalb des Parlaments zugrunde zu legen. Darüber besteht eine Übereinstimmung von SPD, Grünen und FDP/DVP. Die CDU ist nicht bereit, auf den Vorteil, den ihr das Höchstzahlverfahren gewährt, zu verzichten, obwohl andere Parlamente nun das Verfahren Hare/Niemeyer haben. Weil leider beide Koalitionspartner dies als eine Koalitionsfrage ansehen, wird das, was die Mehrheit des Parlaments will, nicht realisiert.

(Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Birzele, wie war es in der großen Koalition?)

– Herr Kollege Hauk, es ist eine sehr gute Frage, wie das in der großen Koalition war.

(Abg. Hauk CDU: Sie waren damals Innenminister! Sie wissen doch, wie es damals war!)

Wir haben damals dadurch, dass wir es zur Koalitionsfrage gemacht haben, einige wesentliche Besserstellungen für die kleinen Fraktionen erreichen können,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber nicht Hare/Niemeyer!)

(Birzele)

und der Herr Kollege Pfister und damals der Herr Kollege Kuhn bzw. der Herr Kollege Döring haben dies sehr dankbar anerkannt. Dies war also die Stärkung von Minderheitenrechten, die dadurch möglich war und die vorher von Ihnen, der CDU, allein bei absoluter Mehrheit leider überhaupt nie realisiert worden ist. Deshalb ist mein Appell an das ganze Haus, Parlaments- und Abgeordnetenstatusfragen nicht als Fragen von Koalitionen, sondern als Fragen zu behandeln, die das ganze Haus betreffen und bei denen alle Abgeordneten nach ihrer persönlichen Überzeugung entscheiden sollten.

Wir haben in den dargestellten Punkten der heutigen Vorlage Einigkeit erzielt. Ich brauche darauf nicht weiter einzugehen.

Wir haben aber zum Beispiel über ein Rederecht im Parlament für den Datenschutzbeauftragten des Landes und für den Präsidenten des Rechnungshofs keine Einigung erzielt. Wir haben leider auch über die Einführung einer geschlechtsneutralen Formulierung keine Einigung erzielt. Es ist pikant, die Begründung zu lesen, die hier steht:

Der vom Kommissionsmitglied der Grünen unterstützte SPD-Vorschlag wurde vom Präsidenten und vom Abgeordneten der CDU aus Gründen der sprachlichen Klarheit und Lesbarkeit abgelehnt.

So verfährt man mit dem Anspruch auf geschlechtsneutrale Formulierungen!

Meine Damen und Herren, wir haben in der Geschäftsordnungskommission – der Herr Kollege Hauk hat es angedeutet – auch bei zwei Punkten Übereinstimmung erzielt: zunächst bei einem Modell, mit dem man im Bundestag sehr gute Erfahrungen gemacht hat, nämlich bei der Kurzintervention. Die hat die Geschäftsordnungskommission in den Vorschlag an das Präsidium aufgenommen. Ferner hat die Geschäftsordnungskommission den Vorschlag aufgenommen, wonach bei Aktuellen Debatten die Mitglieder der Regierung schon nach der ersten Runde reden sollten, damit sich eine wirkliche Debatte innerhalb des Parlaments, aber auch zwischen Parlament und Regierung entwickelt. Leider sind diese Vorschläge dann im Präsidium seitens der CDU-Fraktion nicht akzeptiert worden, weshalb sie jetzt nicht in dem gemeinsamen Antrag des Präsidiums enthalten sind.

Positiv zu bewerten ist, ausgelöst durch die Diskussion in der Geschäftsordnungskommission, dass wir uns im Präsidium darauf verständigt haben, versuchsweise für einige parlamentarische Sitzungen von der Festlegung begrenzter Redezeiten abzusehen. Wir haben, finde ich, mit dieser Einführung gute Erfahrungen gemacht, obwohl es einige Ausreißer gab. Ich will aber jetzt nicht auf die Ausreißer eingehen, sondern in diesem Zusammenhang nur sagen: Man muss nicht immer dann, wenn man einer Meinung ist, doppelt so lange reden.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn Sie den heutigen Geschäftsablauf sehen, wissen Sie, worauf ich anspiele. Aber bei nicht begrenzten Redezeiten haben wir eine neue Möglichkeit, parlamentarische Debatten lebhafter zu gestalten, weil dann die Chance besteht, auf Vorredner oder Mitglieder der Regierung einzugehen.

Ich möchte nun noch etwas aufgreifen, Herr Kollege Hauk, was Sie gesagt haben, was die bundespolitischen Themen betrifft. Für die Opposition und die SPD-Fraktion stelle ich jedenfalls fest: Wir greifen solche bundespolitischen Themen im Landtag nur dann auf, wenn wir die Haltung der Landesregierung bei der Abstimmung im Bundesrat beeinflussen wollen. Wir machen hier keine Schaubebatten, die zu nichts führen. Ich wäre froh, Sie hätten eine ähnliche Konzeption bei der Beantragung solcher Debatten und bei der Wahl solcher Themen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Oh!)

– Herr Kollege Fleischer, ich bin bereit, Ihnen fünf Themen Ihrer Fraktion zu benennen, bei denen genau diese Zielsetzung nicht gegeben war, sondern bei denen Sie hier allgemeine bundespolitische Themen abgehandelt haben,

(Abg. Fleischer CDU: Da bin ich bereit, Ihnen zehn Themen zu benennen!)

ohne dass dies eine ganz konkrete Konsequenz für das Land Baden-Württemberg hatte.

Insgesamt, was die Bedeutung des Landtags betrifft, sollten sich gerade die Koalitionsparteien über eines im Klaren sein: Die Lebendigkeit und der Einfluss eines Parlaments dokumentieren sich dadurch, dass Vorlagen der Regierung auch dann abgeändert werden, wenn die Regierung damit nicht einverstanden ist. Ich sage Ihnen: Ich habe das bei Ihnen überhaupt noch nie erlebt.

(Abg. Drexler SPD: Das gibt es gar nicht!)

Herr Kollege Pfister, wenn Sie sogar Vorschläge aus der Opposition für richtig erklären, aber dann sagen: „Wir warten ab, bis die Regierung ihrerseits irgendwann einmal einen Vorschlag einbringt“, ist das das Gegenteil eines selbstbewussten Parlaments.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Darum geht es.

(Abg. Hauk CDU: Das sind die seltensten Fälle, die Sie jetzt vorbringen!)

– Herr Kollege Hauk, unkritisch verfährt nicht die Opposition, sondern unkritisch verfahren die Regierungsparteien. Was die Oppositionsvorschläge betrifft, werden diese leider schon einmal prinzipiell in diesem Haus immer abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Landesstiftung! – Abg. Fleischer CDU: Sie müssen halt besser werden!)

Sie würden einen Beitrag zur Effektivität parlamentarischer Abläufe leisten, wenn Sie sofort, wenn die Opposition etwas vorlegt und Sie es für gut halten, dies dann beschließen und nicht erst ablehnen und in einem Jahr dann selber wieder einbringen würden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist auch schon vorgekommen! – Abg. Fleischer CDU: Da müssen Sie selber lachen!)

(Birzele)

Abschließend insgesamt zum Thema Geschäftsordnung: Wir stimmen selbstverständlich diesen Anträgen zu. Wir haben sie ja im Präsidium mitgetragen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann  
GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Kritikpunkte, Herr Kollege Birzele, gegenüber CDU und FDP/DVP kann ich deshalb nicht eingehen, weil ich der Geschäftsordnungskommission nicht angehörte.

(Abg. Drexler SPD: Dann sind Sie auch der falsche Redner! – Heiterkeit)

– Derjenige, der dieser Kommission angehörte, Herr Fraktionsvorsitzender, ist nun nicht mehr Geschäftsführer und bat mich deshalb, diese Aufgabe zu übernehmen.

(Abg. Drexler SPD: Er darf trotzdem reden!)

Ich habe ihm selbstverständlich – so liberal, wie ich bin –, Herr Kollege, gesagt, er könne das gerne machen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Nicht sehr liberal!)

Ich möchte allerdings auf einen Punkt eingehen. Wenn Sie hier sagen, dass das Parlament in keinster Weise direkt beteiligt wird, muss ich Ihnen sagen, Herr Birzele: Was die Privatschulfinanzierung betrifft – ein ganz anderes Thema, das mit der Geschäftsordnung nichts zu tun hat –, sieht die Sache anders aus. Sie haben vielleicht die Vorlage noch in Erinnerung, in die das Ministerium hineinschrieb, eine Änderung bzw. Novellierung des Privatschulgesetzes halte man im Moment nicht für notwendig. Dennoch arbeitet eine Arbeitsgruppe aus CDU und FDP/DVP sowie Vertretern der Privatschulen an der Novellierung weiter. Sie wird dies auch wohl bis Mitte nächsten Jahres zu Ende bringen. Wir setzen uns da nicht unter Zeitdruck. Aber das ist Ausdruck eines selbstständigen –

(Abg. Birzele SPD: Sie haben 1996 erst einmal zurückgedreht!)

– Jetzt sind wir aber im Jahr 2002. Man lernt mit der Zeit auch. Jedenfalls sehen Sie daran, dass wir uns von der Regierung nicht nur gängeln lassen, sondern auch selbstständige Wege gehen.

(Zurufe von der SPD: Na, na, na!)

– Sie hören es ungern, aber Sie sind ja mit uns der Meinung, dass man das Privatschulgesetz ändern sollte.

(Abg. Drexler SPD: Wir wollen Herrn Drautz zu der Sache hören!)

– Ihn dürfen Sie demnächst wieder hören. Schon morgen steht, glaube ich, ein sehr wichtiges Thema auf der Tagesordnung.

(Abg. Drexler SPD: Nein, zu diesem Thema!)

Die Änderung der Geschäftsordnung des 13. Landtags von Baden-Württemberg war durch die Verkleinerung des Landtags von 155 auf 128 Abgeordnete notwendig geworden, meine Damen und Herren. Wie Sie wissen, kehrte die Republikaner-Fraktion nicht mehr in den Landtag zurück. Ich füge hinzu: Gott sei Dank.

(Abg. Dr. Caroli und Abg. Schmiedel SPD: Etwas ganz Neues!)

Dadurch wurden die Fraktionen kleiner, dadurch gab es weniger Überhangmandate.

Die Konsequenz daraus war klar: effektivere Gestaltung der Ausschussarbeit und damit eine Reduzierung von 21 auf 18 Mitglieder. Das gilt in gleicher Weise für das Präsidium. Der Petitionsausschuss hingegen hat 25 Mitglieder, früher waren es 26. Auch für den Finanzausschuss gilt die angesprochene Reduzierung nicht, weil wir gesagt haben: Die kleinen Fraktionen sollen hier mit zwei Abgeordneten vertreten sein. Der Finanzausschuss hat also nach wie vor 21 Mitglieder.

Neu, meine Damen und Herren – das ist vorhin schon angeklungen –, wenn auch bisher so gehandhabt, spricht praktiziert, jedoch noch nicht in der Geschäftsordnung festgehalten, ist § 50 a Abs. 6, wonach Vertreter der Zusammenschlüsse der Gemeinden und Gemeindeverbände bei Gesetzesberatungen in wesentlichen Fragen der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen Zutritt zu den nichtöffentlichen Sitzungen haben und gehört werden müssen. Das ist eine, wie ich meine, sinnvolle Ergänzung der Geschäftsordnung, die Ausdruck des schon bisher guten Verhältnisses zwischen dem Land und den Kommunen ist.

Auch die Möglichkeit, die Redezeit der Fraktionen bei Aktuellen Debatten durch den Präsidenten bzw. die Präsidentin verlängern zu lassen, wenn die Regierungsvertreter die festgelegte Fraktionsredezeit erheblich überschreiten, ist zu begrüßen. Wenn wir das schon nicht in der Geschäftsordnung durchsetzen, so praktizieren wir das wenigstens.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

– Aufpassen, guter Mann, nicht schlafen.

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie alles ablesen, schläft man halt ein!)

– Wir sind nicht in einer Aktuellen Debatte, Herr Drexler, falls Sie das vergessen haben sollten.

(Abg. Drexler SPD: Ist doch egal!)

Ich zitiere gerade. Wenn Sie Zitate immer im Kopf haben, ist es ja gut, dann bewundere ich Ihren Kopf; hoffentlich versprechen Sie sich nicht.

(Abg. Drexler SPD: Herr Drautz hat das besser im Kopf gehabt! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Durch diese Möglichkeit der Redezeitverlängerung wird die Legislative gegenüber der Exekutive gestärkt.

Ich finde überhaupt, dass durch die Änderung der Geschäftsordnung das Parlament insgesamt gestärkt wird. Deshalb wird die FDP/DVP der neuen Geschäftsordnung selbstverständlich zustimmen.

(Kleinmann)

Die Redezeit ist gegenwärtig nicht begrenzt. Die parlamentarischen Geschäftsführer hatten vorhin gerade eine Besprechung und haben dieses Verfahren ausdrücklich begrüßt. Sie wollen diesen Versuch auch weiterführen mit der Überlegung, eventuell auch einmal eine Gesamtbudgetierung vorzunehmen und zu sagen: An diesem Tag endet die Sitzung um 19:00 Uhr, an Redezeit steht insgesamt soviel Zeit zur Verfügung. Wenn die Fraktionen dann der Meinung sind, bei einem bestimmten Punkt müsse man länger reden, kann man dies tun. Dafür muss sich dann der nächste oder übernächste Redner etwas kürzer fassen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir sollten bei aller Schärfe, die in diese Debatte gekommen ist – Kollege Kretschmann spricht ja jetzt noch als Letzter –, eines bedenken: Das, was wir gemeinsam beraten haben und nun auch gemeinsam beschließen, sollte man nicht einfach zerreden und durch irgendwelche scharfen Formulierungen in ein schiefes Licht bringen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Neben wichtigen Einzelbestimmungen stand im Vordergrund der Überlegungen zur Änderung der Geschäftsordnung, erstens die Debatten hier lebendiger zu gestalten und zweitens das Parlament gegenüber der Regierung zu stärken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich denke, dass zwei wichtige Einzelbestimmungen geändert werden sollen. Zum einen sollen die Vertreter der Gemeinde- und des Städtetags in den Ausschüssen Rederecht haben. Zum anderen haben wir zwar nicht durchsetzen können, dass die Ausschüsse ein Selbstbefassungsrecht erhalten, aber sie sollen selbst Debatten führen können, aus denen nicht direkt Beschlüsse folgen. Zum Beispiel soll ein Ausschuss bei aktuellen Vorkommnissen den zuständigen Minister einladen können, um mit ihm über ein bestimmtes Problem zu diskutieren. Das ist zwar auch schon bisher gemacht worden, war aber eigentlich nicht geschäftsordnungskonform. Ich glaube, dass man in Zukunft durchaus auch zu einem Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse kommen sollte.

Bei dem Ziel, die Debatten lebendiger zu machen, steht zunächst einmal im Vordergrund, das Parlament gegenüber der Regierung zu stärken. Die Regierung hat aufgrund der Verfassungslage ja das Recht, hier jederzeit zu reden. Das hat zu einer massiven Schiefelage geführt: Einerseits beschränken wir uns bei den Redezeiten strikt selbst, während andererseits die Regierungsmitglieder unbeschränkt reden können. Damit haben sie in Debatten immer das letzte Wort, worauf wir nicht mehr reagieren können. Ich glaube, dass das zu Verzerrungen der ganzen Redestruktur geführt hat. Schließlich ist es völlig widersinnig, dass wir uns selbst beschränken und damit den eigentlichen Part, der da-

rin besteht, über die Angelegenheiten des Landes zu debattieren, im Wesentlichen der Regierung überlassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Forderung. Man muss allerdings auch sehen, dass wir in der Geschäftsordnungskommission wollten, dass dies auch in der Geschäftsordnung festgeschrieben wird. Das ist leider nicht erfolgt, obwohl wir uns in der Geschäftsordnungskommission darin einig waren. Das spielt natürlich so lange keine Rolle, wie wir keine Redezeitbeschränkung haben. Aber wenn zum Beispiel die Regierungsfaktionen der Ansicht sind, das sei jetzt eigentlich genug, weil vielleicht die Opposition davon zu viel profitiere, dann steht das nicht mehr in der Geschäftsordnung, und wir haben den alten Zustand. Das heißt, dass Sie von der CDU-Fraktion Ihren Vertreter da praktisch zurückgepiffen haben, sodass wir die Zwischenintervention nicht mehr drin haben.

Auch dass der Vorschlag der Geschäftsordnungskommission, dass die Regierungsmitglieder nach der ersten Runde reden sollen, nicht zum Tragen kommen soll, finde ich schon etwas schade. Ich darf noch einmal an alle Fraktionsführungen appellieren – was meine Person betrifft, hat ein gewisser Wechsel stattgefunden; aber damals war ich noch in der Geschäftsordnungskommission –: Wenn man Leute in Verhandlungen schickt, dann sollte man sie später nicht einfach zurückpfeifen. Wir haben uns in der Kommission stundenlang den Kopf zerbrochen und heißgeredet und wirklich etwas für das Parlament getan. Das sollte man ein bisschen mehr würdigen.

Ich glaube, dass sich diese Debattenkultur bisher bewährt hat. Wir müssen den Umgang damit alle noch mehr lernen. Wir haben ja jetzt zum Teil 20-, 25-jährige Erfahrungen mit einer anderen Regelung. Aber wenn sich das richtig eingespielt hat, dann wird sich das, glaube ich – vielleicht vom einen oder anderen Ausreißer abgesehen –, weiter bewähren.

Allerdings möchte ich schon noch einmal auf das eingehen, was Sie zu der Frage von Bundesdebatten, die wir hier führten, gesagt haben. Das Entscheidende ist, dass wir hier zu viele Debatten führen, aus denen nichts folgt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es geht nicht in erster Linie um die Frage: Führen wir auch Bundesdebatten, ja oder nein? Eine solche Debatte haben wir heute Morgen beim Thema Bahnpolitik geführt. Das ist eine Bundesangelegenheit. Aber wir sind darin involviert, und wir haben eine Debatte geführt, aus der etwas gefolgt ist, nämlich ein Antrag dazu, der sich an die Bundesregierung richtet oder, wie es Kollege Birzele gesagt hat, der versucht, auf ein bestimmtes Abstimmungsverhalten der Regierung im Bundesrat Einfluss zu nehmen. Es geht darum, dass wir hier Debatten unterlassen, aus denen absolut nichts folgt und mit denen nur Debatten wiederholt werden, die eine Woche zuvor im Bundestag stattgefunden haben. Damit entwerten wir dieses Parlament.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Kretschmann)

Ein Parlament, das dauernd Debatten führt, aus denen nichts folgt, zeigt, dass es zu wenig zu sagen hat. Das ist der Fall. Wir brauchen wieder mehr Kompetenzen.

(Glocke der Präsidentin)

Aber es ist auch eine Frage unserer Selbstdisziplin, dass wir uns da sehr beschränken und immer fragen: Folgt aus dieser Debatte etwas?

Zum Schluss darf ich noch einmal an alle appellieren: Mehr Redezeit, die wir effektiv haben, hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn man nicht seine noch längeren Reden abliest. Vielmehr ist es schon erforderlich, dass man dann auch den Mut hat, hier anhand von Notizen frei zu sprechen und nicht nur ins Reine zu reden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Aber wenn das dazu führt, dass wir nur noch länger ablesen, anstatt frei zu reden, dann wird sich das sehr schnell erübrigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Beschlussempfehlung des Präsidiums.

Kann ich davon ausgehen, dass alle vier Fraktionen der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das ist der Fall. Dann ist der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Sozialministeriums – Landesversicherungsanstalt (LVA) Baden-Württemberg – Selbstverwaltung in der Kritik – Drucksache 13/138**

Zum Antrag Drucksache 13/138 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE vor, der Antrag Drucksache 13/1088, der mit aufgerufen ist.

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Frau Abg. Lösch, bitte schön.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vor fast einem Jahr haben wir unseren Antrag zur LVA gestellt, die Vorwürfe von Filz, Misswirtschaft, Selbstbedienungsmentalität und Mobbing in der LVA aufzuklären. Passiert ist lange Zeit gar nichts. An diesem Punkt setzt auch meine Kritik an.

Meine Kritik geht in zwei Richtungen. Zum einen geht die Kritik an den Vorstand der LVA, der lange Zeit unwillig und unfähig war, die öffentliche Dimension dieses Falles zu sehen. Die LVA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt,

bei der jeder Dritte versichert ist. Es geht also um viel Geld von Leuten, die ihre Versicherungsbeiträge an die LVA bezahlen. Die LVA hat ein Haushaltsvolumen von 20,3 Milliarden €. Das ist nach dem Landeshaushalt der zweitgrößte Haushalt hier in Baden-Württemberg.

Zum anderen richtet sich meine Kritik an das Sozialministerium und betrifft dessen Schläfrigkeit. Das Sozialministerium ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, war bis 1. Januar 2001 Rechts- und Dienstaufsichtsbehörde und hat überhaupt nichts getan. Eine Prüfung, wie sie jetzt erfolgt, hätte schon viel früher erfolgen müssen.

Wenn man sich einmal die Vorkommnisse chronologisch betrachtet, stellt man fest: Die Geschichte über Filz und Korruption beginnt nicht erst in diesem Jahr, auch nicht erst im letzten Jahr, sondern eigentlich mit der Vorlage des Sieber-Gutachtens. Das Sieber-Gutachten ist 1998 erstellt worden. Professor Ulrich Sieber ist ein anerkannter Strafrechtler aus Würzburg, der die Entlassung seines Bruders Gerhard Sieber zum Anlass nahm, über den Führungsstil des Geschäftsführers zu berichten, dessen Macht als grenzenlos dargestellt wurde.

(Minister Dr. Repnik betritt den Plenarsaal. – Zuruf von der SPD: Gerade haben wir ihn herbeizitierten wollen!)

Darüber hinaus enthielt es auch massive Vorwürfe der Vorteilsnahme gegen den ersten Geschäftsführer, Herrn Jürgen Schneider, die eigentlich jede Aufsichtsbehörde hätten in Alarmstimmung versetzen müssen.

Da gibt es den Vorwurf – das hat man jetzt auch in den Medien gelesen –, Herr Schneider habe sich persönliche Vorteile verschafft durch Geschenke bzw. Geschenkverlangen, die die Geringfügigkeitsgrenze weit überschreiten. Von teuren Modelleisenbahnen ist die Rede, von Rotweinkisten mit Weinen der Sorte Edelmarke,

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Alfred Haas und Scheuermann)

von begehren Weinkühlschränken, Kollege Haas, die er insbesondere von der Moorheilbad GmbH in Bad Buchau am Federsee entgegennahm.

(Abg. Fleischer CDU: Uralte Kamellen sind das!)

Das Sieber-Gutachten berichtet ferner, dass Herr Schneider in dieser Klinik, die wohl seine Lieblingsklinik war, regelmäßig Gast war, sich dort auch sehr fürstlich bewirten ließ und dort auch schon einmal Familienfeste feierte.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist schon längst ausgestanden gewesen!)

– Wenn das schon längst ausgestanden wäre, dann würde die Staatsanwaltschaft jetzt nicht ermitteln. Das nur als Zwischenruf.

(Abg. Fleischer CDU: Vor vier Jahren haben wir darüber diskutiert!)

Das wäre nicht so schlimm, wenn Jürgen Schneider in seiner Lieblingsklinik zu den Konditionen gegessen hätte, die

(Brigitte Lösch)

auch für Otto Normalverbraucher gelten. Der muss nämlich im Normalfall ohne ein dickes Geschäftsführergehalt auskommen.

(Abg. Hauk CDU: Kein Sozialneid!)

Dem war aber nicht so. Und der Vorwurf ist, dass er mit einem erheblichen Preisnachlass rechnen konnte. Ich sage Ihnen, auch dies lief unter dem Motto: Man kennt sich und tut sich Gutes.

Mit Mitarbeiterinnen bei der LVA, die nicht kooperieren wollten oder sich nicht kooperativ gezeigt haben, ist – so steht es auch im Sieber-Gutachten –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist gar kein Gutachten!)

man nicht gerade sehr zimperlich umgegangen. Insbesondere das ärztliche Personal musste öffentlich darum kämpfen, dass der sozialmedizinische Aspekt von den Juristen nicht einfach eingesackt wurde. Der Fall Sieber selbst ist ein Beispiel dafür.

Herr Schneider beherrscht – so lautet der Vorwurf, den man hört, wie man liest –

(Abg. Fleischer CDU: Wer ist „man“?)

eine große Bandbreite von Einschüchterungsmaßnahmen. Und er hat sich nicht gescheut, sich sehr schnell von Leuten zu trennen, die nicht bereit waren, zu kooperieren. So ging es Dr. Sieber. Er gehört zu den Ärzten, die die LVA loshaben wollte und die in ganz kurzer Zeit Kündigungsschreiben erhalten haben. Im Fall des Herrn Dr. Sieber war jedoch das Recht nicht auf der Seite der LVA; denn Herr Dr. Sieber gewann den von ihm angestregten Arbeitsgerichtsprozess mit Glanz und Gloria inklusive des Berufungsverfahrens, das von der LVA draufgesetzt wurde.

Spätestens nach diesem Ereignis hätte in dem System der Selbstverwaltung, in dem sich ja viele Leute mit vielen Unterschriften kontrollieren, etwas auffallen müssen, zum Beispiel auch der Aufsichtsbehörde, dem Sozialministerium. Da stellt sich für mich natürlich die Frage: Wo war die Aufsichtsbehörde?

(Abg. Schmiedel SPD: Wo war der Minister?)

Zu dieser Zeit hat das Sozialministerium, wie ich vorhin schon sagte, noch die Dienst- und Rechtsaufsicht gehabt. Erst seit dem 1. Januar 2001 wurde die Dienstaufsicht auf den LVA-Vorstand übertragen. Das Sozialministerium als Rechtsaufsicht hat sich offensichtlich darauf eingerichtet, anstatt zu prüfen oder auch einmal das, was an Begründungen von der LVA vorgelegt wurde, kritisch zu hinterfragen, das einfach zu ignorieren oder einfach abzunicken. So hat das Sozialministerium im November 2000 überhaupt zum ersten Mal erfahren, dass das Sieber-Gutachten dem LVA-Vorstand vorliegt. Unmittelbar darauf hat das Sozialministerium – und jetzt zitiere ich aus der Stellungnahme zu unserem Antrag – um Übersendung dieses Gutachtens gebeten. Es heißt dann weiter:

Mit Schreiben vom 28. November 2000 teilten die alternierenden Vorstandsvorsitzenden mit, das Gutachten

könne dem Sozialministerium nicht übersandt werden, da es ihnen von den Betroffenen mit der Bitte um Vertraulichkeit und eine auf den Vorstand bezogene Verwendungsbeschränkung übergeben worden sei. Außerdem sei nach jetzigem Stand davon auszugehen, dass sich kein vorwerfbares Verhalten ergeben werde.

Meine Frage ist: Warum lässt sich eine Aufsichtsbehörde, die sowohl die Dienst- als auch die Rechtsaufsicht hat, mit einer solchen Antwort abpeisen? Diese Frage muss sich wirklich jedem stellen.

Erst als Dr. Sieber das Gutachten am 10. Januar 2001, nachdem die LVA auch mit dem Berufungsverfahren abgeblitzt war, selbst dem Sozialministerium zugeleitet hat, wurde das Sozialministerium als oberste Rechtsaufsicht langsam aktiv. Aber auch da galt noch die Devise: „Nichts überstürzen!“ Man ließ erst einmal die Landtagswahl vorbeiziehen, wartete die Wahl von Jürgen Schneider im Juni 2001 ab. Dann ist der Druck so groß geworden, dass gehandelt werden musste. Inzwischen waren nämlich wachsame Journalisten auf den Plan getreten, die nicht locker ließen

(Abg. Fleischer CDU: Ui!)

und mit ihren Recherchen der Aufsichtsbehörde auf die Sprünge halfen. Es gab einen Personalwechsel im Sozialministerium und eine Aussage von Sozialminister Dr. Repnik, dass er die Angelegenheit sehr ernst nehme und das Prüfungsamt für die Sozialversicherung mit einer Sonderprüfung beauftragt habe. Das war im August 2001.

Heute wissen wir auch – das haben wir im letzten Jahr, als wir den Antrag gestellt haben, noch gar nicht gewusst –, dass die dicken Brocken, die wir jetzt über die Medien erfahren, erst jetzt langsam ans Tageslicht kommen. Bekannt war der Vorwurf der rechtswidrigen Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung im Amt. Dazu kommt jetzt noch die unzulässige Verwendung von Haushaltsmitteln, die Verschiebung von Haushaltsmitteln in die Versorgungsrücklage. 8,6 Millionen DM eingesparte Verwaltungsverfahrenskosten sind gesetzeswidrig in den Pensionsrückstellungsfonds überführt worden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist der Vorwurf!)

– Das ist nicht nur ein Vorwurf, Kollege Noll. Wenn Sie heute die Zeitung gelesen haben, wissen Sie, dass die LVA daraus die Konsequenzen gezogen hat und 4 Millionen € aus der Versorgungsrücklage in den bundesweiten Ausgleichstopf der Rentenversicherer zurückbezahlen wird. Das ist doch ein Schuldeingeständnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der dritte dicke Brocken sind die aus dem Nachtragshaushalt 1999 finanzierten Zuwendungen an Rehabilitationseinrichtungen. Dazu ist festzustellen, dass sich in der Gesamtbetrachtung ergibt, dass die LVA, gemessen an den Bewertungsmaßstäben, die sich aus der Landeshaushaltsordnung ergeben, bei der Gewährung der Zuwendungen nicht entsprechend dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verfahren ist. Daraus resultieren Vermögensschäden in Form von Zinsverlusten aufgrund verfrüht ausge-

(Brigitte Lösch)

zahlter Zuwendungen bzw. nicht notwendiger oder zu hoher Zuwendungen angesichts der bei den Zuwendungsempfängern vorhandenen Finanzlage. Auch hier gilt wieder: Man kennt sich und tut sich Gutes – auf Kosten der Allgemeinheit und der Leute, die Versicherungsbeiträge in die LVA einbezahlen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer? Wer sind die, die sich kennen und Gutes tun? – Abg. Scheuermann CDU: Wer tut wem Gutes? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nennen Sie doch einfach mal drei Namen!)

– Das sind die Leute, die im Vorstand der LVA bzw. in den Kliniken sitzen. Jetzt frage ich Sie: Wer hat die Aufsicht über die LVA? Ist das nicht das Sozialministerium? Also, bitte schön!

(Abg. Schmiedel SPD: Der Minister persönlich!)

Der Prüfbericht liegt dem Sozialministerium nun vor. Man weiß, dass sich wesentliche Teile der Vorwürfe bestätigt haben. Das sieht man auch an der Rückzahlung. Indiz dafür ist natürlich auch, dass sich auch die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt.

Wir erleben derzeit auch, dass der LVA-Vorstand damit anfängt, sich – aus unserer Sicht noch viel zu wenig – von seinem Geschäftsführer zu distanzieren.

Wir denken, die geschilderten Vorgänge in der LVA sind von großem öffentlichem Interesse und sollten auch dem Landtag – ich möchte es einengen: den Mitgliedern des Sozialausschusses – zur Kenntnis gebracht werden, zumindest die Teile, die nicht Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind. Deshalb haben wir einen Ergänzungsantrag gestellt, zu dem ich um Ihre Zustimmung bitte. Die Mitglieder des Sozialausschusses sollten bei der nächsten Sozialausschusssitzung, wenn der LVA-Prüfbericht auf der Tagesordnung steht, diesen Prüfbericht bekommen.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Worte zu dem am Montag gefällten Vorstandsbeschluss der LVA sagen. Wir haben schon der Presse gegenüber gesagt, dass wir enttäuscht sind. Wir haben uns einen Neubeginn anders vorgestellt. Ein Neubeginn kann nur ohne Herrn Schneider funktionieren. Wir hätten eine völlige Freistellung Jürgen Schneiders von seinen Geschäften nach § 78 des Landesbeamtengesetzes – der ein Verbot der Führung von Dienstgeschäften verlangt, wenn zwingende Gründe vorliegen – erwartet. Das wäre auch die einzig saubere Lösung gewesen.

Stattdessen gibt es jetzt eine weiche Freistellung. Ich finde, mit dieser weichen Freistellung von Jürgen Schneider, der sich jetzt damit beschäftigen soll, die Vorwürfe aus dem Prüfbericht aufzuarbeiten, soweit sie ihn nicht betreffen, wurde der Bock zum Gärtner gemacht.

(Abg. Fleischer CDU: Haben Sie nie etwas von rechtlichem Gehör gehört?)

Gerade wenn man die Bewertung des Prüfberichts kennt, wie es bei den Leuten vom Vorstand – diese Worte richten sich sowohl an Herrn Haible als auch Herrn Bliesener – und vom Sozialministerium der Fall ist, frage ich mich, wie man einen solchen weichgespülten Beschluss fassen kann.

Ich fordere das Sozialministerium auf, seine Möglichkeiten als Rechtsaufsichtsbehörde schonungslos auszunutzen und – wie Sie es in der Presse angekündigt haben, Herr Sozialminister Dr. Repnik – zu überprüfen, ob mit dieser weichen Freistellung nicht tatsächlich ein Rechtsverstoß vorliegt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Oh je!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haas.

(Abg. Hauk CDU: Alfred, jetzt rück die Dinge mal gerade!)

**Abg. Alfred Haas** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Lösch hat aus meiner Sicht den Beleg dafür geliefert, dass die Grünen mit der Rechtsstaatlichkeit in unserer Demokratie noch nicht umgehen können.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Noch nie was von rechtlichem Gehör gehört!)

Zum einen empfehle ich Ihnen, Frau Lösch, einmal nachzulesen, wie Selbstverwaltung bei uns funktioniert, wie Sozialversicherungswahlen aussehen, wie Vertreterversammlungen zustande kommen, wie Vorstände gewählt werden und wie die Verantwortlichkeiten sind. Das haben Sie völlig missverstanden, wenn Sie heute hier sagen, das Sozialministerium sollte sich um alles kümmern. Dann können wir die Selbstverwaltung abschaffen.

(Widerspruch der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Das haben Sie nicht gesagt, aber Ihrem Antrag ist das annäherungsweise zu entnehmen. – Sie kritisieren die Selbstverwaltung, haben aber überhaupt nicht aufgezeigt, wo die Verantwortlichkeiten liegen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es gibt eine Kontrollfunktion! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was macht die Aufsichtsbehörde? Welche Funktion hat dann die Aufsichtsbehörde?)

– Die Aufsichtsbehörde hat Aufsichtsfunktion. Sie können aus der Stellungnahme des Sozialministeriums eindeutig entnehmen, wo die Aufsichtspflichten liegen. Meines Erachtens ist es unzutreffend, dass das Sozialministerium – wie Sie behauptet haben – irgendetwas zurückgestellt oder verheimlicht hätte. Es hat eben so lange gedauert, bis die Ergebnisse so, wie Sie Ihnen über die Presse vorliegen, zutage getreten sind.

Ich finde es auch unrichtig, Frau Kollegin Lösch, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, es gäbe ein Sieber-Gutachten. Es gibt eine gutachterliche Stellungnahme des Bruders jenes Arztes, der 1988 einen Arbeitsgerichtsprozess angestrengt hat.

Ihre Einlassung, es hätten Filz, Misswirtschaft und Selbstbedienungsmentalität vorgeherrscht, ist durch nichts belegt. Sie betreiben eine Vorverurteilung. Deshalb komme ich zu



(Alfred Haas)

dem Ergebnis, dass Sie mit den rechtsstaatlichen Prinzipien nicht umgehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wir weigern uns, hier ein Urteil zu fällen.

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft eingeschaltet ist. Jetzt gilt es, nachhaltig und uneingeschränkt aufzuklären, ob die behaupteten Vorwürfe zutreffend sind. Sie stellen sich aber hier hin und kommen bereits jetzt zu einem endgültigen Ergebnis. Das finde ich unglaublich – insbesondere auch gegenüber den 5 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LVA Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Hinzu kommt, dass einige der Vorwürfe, die auch Herr Sieber abgeschrieben hat, aus anonymen Briefen stammen, bei denen man sehr einfach feststellen kann, dass Neid und Missgunst dahinter stehen und dass man sich insbesondere, Frau Lösch, gegen die Fusion der beiden Landesversicherungsanstalten richtet. In der Tat richtet sich eine ganze Reihe der anonymen Briefe gegen die Fusion. Das kommt Ihnen natürlich zupass, um dieses Spielchen weitertreiben und am Ende so tun zu können, als hätten wir mit der Fusion eine Fehlentscheidung getroffen. Sie nutzen das und wollen am Ende einen politischen Erfolg herauschlagen. Das weisen wir in aller Deutlichkeit zurück.

Völlig unstrittig ist, dass, wenn man sich durch eine Fusion Vorteile und Synergien erarbeiten will, auch Nachteile entstehen. Dass es bei einer Fusion ebenso Gewinner wie Verlierer gibt, ist eine völlige Selbstverständlichkeit – auch dass es Reibungsverluste gibt. Auch dass eine überfällige Organisationsreform nicht ohne Wunden bleiben kann – auch in den Führungsetagen –, war doch völlig klar. Sie aber nutzen die Zeit, um jetzt in diese Kerbe zu schlagen, und auch das weisen wir mit aller Deutlichkeit zurück.

Die Frage nach den Prüfungs- und Kontrollinstrumenten wurde natürlich zu Recht aufgeworfen. Hier aber nun die Verantwortlichkeit für jedes Detail dem Sozialministerium, dem Parlament oder der Landesregierung zuzuschieben – wie Sie es getan haben – ist natürlich weit gefehlt. Die Frage der Prüfungstiefe wird in diesem Zusammenhang sicherlich von allen, die mit den Prüfungen zu tun haben, überdacht werden müssen. Das Sozialministerium als Aufsichtsbehörde ist ständig am Prüfen und Kontrollieren, angefangen mit dem Haushaltsplan und dem Stellenplan; das wissen Sie. Der Bundesrechnungshof ist bei den Prüfungen eingeschaltet; der Landesrechnungshof und das Prüfungsamt für Sozialversicherungen sind eingeschaltet. Es gibt einen Abgleich mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Es gibt LVA-interne Prüfungsinstanzen. Zu einer bestimmten Zeit gab es auch einen Korruptionsbeauftragten.

Ich will Ihnen auch einmal sagen, Frau Lösch: Die LVA hat einen starken Personalrat, der gerade über den Führungsbereich durchaus Kenntnisse hat und sehr genau weiß, was sich dort abspielt.

Natürlich wird auch die Frage aufzuwerfen sein, wie es mit den einzelnen handelnden Personen aussieht. Ich denke aber jetzt nicht nur an die Vorwürfe gegen Herrn Schneider, sondern auch an die Aufsichtsgremien insgesamt. Ich habe manchmal den Eindruck, einzelne Personen und gerade Gewerkschaftsvertreter sitzen in viel zu vielen Gremien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Das trifft für alle zu! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das gilt auch für die CDU! Fangen Sie mal in Ihrer Landesregierung an! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Frau Haußmann, wir werden uns in der nächsten Sozialausschusssitzung mit der aus meiner Sicht abstrusen Entscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Thoraxklinik-Heidelberg gGmbH zu beschäftigen haben. Da ist eben die gleiche Person im Spiel. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Ich habe den Eindruck, dass dort leider Gottes bestimmte Personen völlig überlastet sind und nicht mehr den Überblick über die einzelnen Vorgänge haben.

Frau Lösch, wir lassen uns nicht den Erfolg dieser Fusion zerreden. Es wird ein Erfolgsmodell werden; davon bin ich fest überzeugt. Sie als Opposition wollen das nicht; das ist mir völlig klar. Sie benutzen den Fall Schneider als Fortsetzung dessen, was Sie im Parlament schon begonnen haben, nämlich an allem herumzumäkeln, was mit dieser Fusion zu tun hat. Sie wollen verunsicherte Mitarbeiter, Sie wollen unzufriedene Mitarbeiter, damit Sie, wie schon gesagt, am Ende sagen können: Die Fusionsentscheidung von CDU und FDP/DVP war eine Fehlentscheidung. Dieses Rezept ist durchsichtig, und das machen wir schlicht und einfach nicht mit. Wir stehen uneingeschränkt zu dieser Fusionsentscheidung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Die Fusion ist überhaupt nicht infrage gestellt!)

Es sind einige neue Konzepte in der Entwicklung und in der Umsetzung. Wir stehen insbesondere hinter den Mitarbeitern und wollen sie ausdrücklich ermuntern, den beschrittenen Weg fortzusetzen. Wir werden am Ende – davon bin ich fest überzeugt – ein Zukunftsmodell für einen regional präsenten, leistungsfähigen und vor allem wirtschaftlich arbeitenden Rentenversicherungsträger und Rehabilitationsträger haben.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Umsetzung des Regionalisierungskonzepts ist schon vor der Fusion begonnen worden. Natürlich ist es unglaublich schwierig, eine Organisationsreform für zwei Landesverbände und zusätzlich auch noch ein Regionalisierungskonzept, das kurz vor der Fusion auch in der Anfangsphase stand, umzusetzen, aber dennoch kann man sagen: Nach einem Jahr ist die Organisationsreform auf einem guten Weg. Nicht wegen der Führungsfrage, sondern wegen der Inhalte sorgt die LVA Baden-Württemberg bundesweit für Aufmerksamkeit, weil wir die LVA auf den Weg zu einem kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen gebracht haben. Die LVA ist Vorreiter bei den Rehabilitationskonzepten und in der Rehabilitationslandschaft

(Alfred Haas)

insgesamt. Mitunter hat auch das Kur- und Bäderland Baden-Württemberg von den LVA-Leistungen profitiert und ist maßgeblich gestärkt worden. Daran hat auch – das muss man sagen – der Erste Direktor Schneider seine Verdienste. Ich denke, das ist unbestritten, wenn man die Entwicklung sachlich betrachtet.

Wir könnten im Übrigen froh sein, wenn wir auch bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ähnlich flexible und moderne Strukturen hätten

(Abg. Döpfer CDU: Das ist dort eine Katastrophe!)

und wenn dort die Versicherten in gleicher Weise auf ein so flexibles Instrument zurückgreifen könnten.

(Abg. Döpfer CDU: Genau!)

Schreiben Sie einmal an die BfA in Berlin. Sie werden erstaunt sein, was Sie da für Antworten bekommen. Da muss ich sagen: Wir sind mit unserer LVA auf einem vorbildlichen Weg.

Wir setzen – das will ich zum Abschluss sagen – auf die Selbstverwaltung, die Sie kritisiert haben. Wir weisen die undifferenzierte Kritik zurück und stehen hinter den Mitarbeitern – das ist uns das Wichtigste –,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich stehe auch hinter den Mitarbeitern!)

die nach wie vor eine engagierte Arbeit machen. Das muss im Vordergrund stehen und nicht Ihre undifferenzierte und vorverurteilende Kritik.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Haußmann.

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegen den Ersten Direktor der Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg werden in der Öffentlichkeit schwere Vorwürfe erhoben, die das Vertrauen der Versicherten – das muss man hier ganz klar sagen – in die Arbeit des Rentenversicherungsträgers infrage stellen

(Abg. Alfred Haas CDU: Das behaupten Sie! Nennen Sie mal einen, der das so sieht! Das gibt es überhaupt nicht!)

und die das Ansehen der LVA schwer belasten. – Herr Haas, hören Sie zu!

In der Sache handelt es sich dabei um eine ganze Reihe von unterschiedlich gelagerten Vorwürfen. Unter anderem wurde die Amts- und Personalführung des Ersten Direktors kritisiert. Es wurde der Vorwurf der Bestechlichkeit erhoben. So soll die LVA 1999 Geld von Versicherten in Höhe von 4 Millionen € zweckentfremdet haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na, na! Das ist ja unglaublich!)

Sie wurden statt in die so genannte Schwankungsreserve des Bundes in den Haushalt der LVA Baden-Württemberg eingestellt. Und schließlich wurde der Vorwurf erhoben, dass bei der Prüfung und der Genehmigung von Anträgen auf medizinische Vorschriften die entsprechende so genannte Reha-Quote zugrunde gelegt worden sei.

Für die SPD steht fest: Diese Vorwürfe müssen rückhaltlos aufgeklärt werden, Rechtsverstöße müssen geahndet werden, und bei der LVA Baden-Württemberg müssen auch personelle Konsequenzen gezogen werden. Die Bürgerinnen und Bürger und die Versicherten der LVA haben Anspruch darauf, dass die LVA mit Versichertengeldern korrekt umgeht und dass bei der Prüfung von Leistungsansprüchen nach Recht und Gesetz verfahren wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Aufklärung und Aufarbeitung dieser Vorwürfe ist, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, für die der Staatsanwalt zuständig ist, zunächst die Selbstverwaltung gefordert. Das ist das Prinzip. Die SPD bedauert, dass es dabei offenkundig zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite in der Selbstverwaltung in der Vergangenheit gelegentlich unterschiedliche Auffassungen über das Vorgehen in dieser Sache gegeben hat. Zumindest hat die öffentliche Berichterstattung diesen Eindruck erweckt. Das ist die Quelle, aus der wir bisher unsere Informationen haben. Wir hoffen im Interesse einer funktionierenden Selbstverwaltung, dass diese Meinungsverschiedenheiten nunmehr der Vergangenheit angehören. Die Beispiele, die wir in den letzten Tagen in der Presse gelesen haben, bestärken uns in der Auffassung, dass hier doch ein guter Weg gegangen wird.

Einige der Vorwürfe berühren allerdings auch die Aufsichtstätigkeit des Sozialministeriums in der Vergangenheit. Es stellt sich für uns zum Beispiel die Frage, warum die Nichtabführung von Mitteln der Schwankungsreserve vom Sozialministerium bei der Rechnungsprüfung überhaupt nicht beanstandet worden ist. Das würde ich schon gern vom Herrn Sozialminister erfahren. Hier sind im Hinblick auf die Prüftätigkeit des Sozialministeriums noch Fragen offen, die nach Auffassung meiner Fraktion aufgeklärt werden müssen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist aus Sicht der SPD nicht nur die Aufgabe der Selbstverwaltung, sondern auch die Aufgabe des Sozialministeriums als zuständiger Aufsichtsbehörde, allen Vorwürfen nachzugehen. Wir haben uns als SPD im letzten Jahr, kurz nachdem die Vorwürfe bekannt wurden, an das Sozialministerium gewandt. Wir haben es für richtig erachtet, dass das Sozialministerium als zuständige Prüfbehörde diese Vorwürfe durch das Prüfungsamt für die Sozialversicherung im Rahmen einer Sonderprüfung überprüfen lässt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Im Sommer letzten Jahres hat die SPD-Fraktion den Sozialminister gebeten, dem zuständigen Sozialausschuss, sobald aussagekräftige Ergebnisse dieser Sonderprüfung der LVA vorliegen, darüber Bericht zu erstatten. Aus Sicht der SPD haben die gegen die Geschäftsführung der LVA erhobenen Vorwürfe eine solche Tragweite, dass das Sozialministerium das Parlament über die Prüfungsergebnisse infor-

(Ursula Haußmann)

mieren muss. Der Minister hat zugesagt – diese Zusage haben wir schriftlich –, dies im Sozialausschuss zu tun.

Der Prüfbericht des Prüfungsamts für die Sozialversicherung liegt nunmehr vor. Allerdings haben die Fraktionen von diesem Bericht noch keine Kenntnis erhalten. Es ist deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr schwierig, Herr Haas, an dieser Stelle endgültige Aussagen über die erforderlichen Konsequenzen zu machen. Ob die von der Selbstverwaltung am Montag als erste Konsequenz beschlossene Freistellung des Ersten Direktors ausreicht, muss aus Sicht der SPD allerdings bezweifelt werden. Hier sind entschlossener und konsequenter Schritte erforderlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU:  
Fragen Sie mal den Parteifreund Bliesener!)

– Mit dem Wort „Parteifreund“ wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, lieber Kollege Haas.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die zugesagte Unterrichtung des Sozialausschusses, nachdem der Bericht nun vorliegt, zeitnah erfolgt. Wir haben diesen Punkt ja auch auf der Tagesordnung der nächsten Sozialausschusssitzung am 4. Juli, und in diesem Gremium werden wir über den Bericht beraten. Damit kein Missverständnis aufkommt: Es ist richtig und es entspricht dem Verständnis der SPD vom Vorrang der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, dass die Ergebnisse dieses Prüfberichts des Sozialministeriums natürlich zunächst den Gremien der LVA Baden-Württemberg zugeleitet und dort beraten werden.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das ist für uns unstrittig und völlig klar. Wir erwarten jedoch, nachdem eine Beratung in der Selbstverwaltung erfolgt ist, dass der Sozialminister dem Sozialausschuss des Landtags in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses entsprechend der Zusage Bericht erstattet. Das ist für uns der richtige Weg.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das steht doch schon auf der Tagesordnung!)

– Genau. Dafür habe ich gesorgt, Herr Haas. Sie wollten die Sitzung aus guten Gründen ausfallen lassen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Hören Sie auf!

Erst vor diesem Hintergrund einer Information des Parlaments – ich sage das ganz ausdrücklich – über die Ergebnisse der Sonderprüfung ist aus Sicht der SPD eine abschließende Bewertung möglich.

So, Herr Haas, jetzt dürfen Sie Ihre Frage stellen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Haußmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Ja, gerne.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Haas, bitte.

**Abg. Alfred Haas CDU:** Frau Kollegin Haußmann, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich davon, dass die Sozialausschusssitzung am 4. Juli ausfallen soll, heute schriftlich erfahren habe?

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Ganz ruhig, Herr Haas.

**Abg. Alfred Haas CDU:** Ich habe weder Einfluss genommen noch Rückfrage gehalten.

**Abg. Ursula Haußmann SPD:** Ich konnte mir schon immer vorstellen, wie schlecht die Zusammenarbeit in der CDU-Fraktion ist. Mich wundert nicht, dass Sie das selber so sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Dr. La-sotta CDU: So eine Giftnudel! Was soll denn das, Frau Haußmann? – Abg. Alfred Haas CDU: Noch ist der Sozialausschuss ein Instrument des Landtags und nicht einzelner Fraktionen! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Der Behandlung dieses Themas dient dieses emotionale Hochschaukeln meiner Meinung nach überhaupt nicht. Ich möchte beim Thema anknüpfen, welche Aufgabe das Parlament hat und welche Konsequenzen Debatten haben. Vorhin hat Kollege Kretschmann sehr deutlich dazu gesprochen. Ich sage eines vorweg, Frau Kollegin Lösch: Wir haben nicht die Aufgabe der Judikative; wir haben nicht Staatsanwalt und Richter, aber auch nicht Verteidiger zu spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das ist keine Frage. Es wäre verheerend, wenn sich hier Fronten bildeten: Hier sind die einen, die anklagen; dort sind die anderen, die verteidigen. Das kann nicht Sinn dieser Debatte sein.

Lassen Sie mich auch noch einmal ganz klar sagen, Frau Kollegin Lösch: Wenn Behauptungen im Raum stehen, dann hat jeder, über den etwas behauptet wird, das Recht, sich zu rechtfertigen und die Behauptungen aufzuklären. Ich finde es schon unangenehm, im Detail aufzuführen, was noch nicht bewiesen ist: die Weinflaschen und alles Drum und Dran. Möglicherweise halten Sie es für bewiesen; im Verfahren ist es jedenfalls noch nicht bewiesen. Ich finde es unangenehm, das einfach in die Debatte zu werfen, obwohl der Betroffene noch gar keine Gelegenheit hatte, es zu widerlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU)

(Dr. Noll)

Noch einmal: Ich will mich hier nicht als Verteidiger aufspielen. Die Verteidigung erfolgt vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft ist dabei, zu prüfen.

Die Frage ist, welche Rolle das Sozialministerium zu spielen hat. Es ist ganz klar gesagt worden – übrigens nicht nur bei der LVA, sondern auch bei anderen Bereichen, zum Beispiel den Krankenkassen –: Es hat nicht die Dienstaufsicht, sondern die Rechtsaufsicht. Man kann nun darüber streiten, wo die Dienstaufsicht anfängt und wo die Rechtsaufsicht aufhört und ab welchem Punkt es allein um Dienstaufsicht geht. Frau Kollegin Lösch, ich würde mir wünschen, dass man nicht nur solche publicityträchtigen Fälle auf die Tagesordnung setzt,

(Widerspruch bei der SPD)

in denen es um einen spektakulären, hoch dotierten Posten geht, sondern auch Fälle, in denen es um Krankenkassenangestellte geht. Hierzu liegen schon zwei Urteile eines Gerichts zu Fällen vor, in denen Menschen gemobbt worden sind und in denen Menschen beruflich und gesundheitlich ruiniert worden sind. Diesen Fällen bin ich nämlich sehr viel mehr hinterher. Auch da muss ich mich damit zufrieden geben – und ich gebe mich damit zufrieden –, dass das Sozialministerium sagt: Wir greifen nicht in ein laufendes Verfahren ein. Meiner Meinung nach ist es das richtige Vorgehen, die Sache erst einmal gerichtlich abklären zu lassen und dann die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Jetzt kommt der nächste Punkt: Welche politischen Konsequenzen haben wir zu ziehen? Ich sage Ihnen: Ich bin ein großer Verfechter der Selbstverwaltung in allen Bereichen, auch bei den Kammern oder im Sozialversicherungswesen. Wenn da etwas schief läuft, schmerzt mich das auch. Ich möchte deswegen aber nicht wie Sie die Selbstverwaltung entmachten, indem ich sie in Staatsaufsicht nehme, sondern ich möchte sie ein Stück weit reformieren, verbessern, damit solche Fehler nicht mehr passieren. Wir müssen uns schon einmal prinzipiell überlegen, wie es damit aussieht.

Kollege Haas hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass es Vertreter gibt, die in Sozialwahlen gewählt werden. Wir müssen Folgendes überlegen: Wer kennt denn überhaupt die Menschen, die da gewählt werden? Wer kennt überhaupt die Funktion der Sozialwahlen? Das ist meiner Meinung nach eines der großen Probleme, bei dem wir uns alle einmal überlegen sollten – das wäre des Schweißes der Edlen wert –, wer in diese Gremien gewählt wird, wie dies transparent gemacht wird und was wir alle selbst dazu beitragen können. Bei Sozialwahlen ist die Beteiligung sehr gering. Kein Mensch weiß, was das ist. Da müssen wir Aufklärungsarbeit leisten.

(Zuruf von der SPD)

– Dies nützt natürlich etwas.

Jetzt kommt die nächste Frage: Ist die Stellung der Selbstverwaltung mit denen, die dort hineingewählt worden sind, im Vergleich zur professionellen Geschäftsführung überhaupt gleichwertig? Wenn dort Leute sitzen – Namen sind schon genannt worden –, die an vielen Stellen Funktionen ausüben, stellt sich die Frage: Können diese dem Ge-

schäftsführer Paroli bieten, der einen ganzen Stab hinter sich hat? Dies alles sind Dinge, die jetzt wirklich auf den Prüfstand müssen, aber nicht nach dem Motto „Selbstverwaltung schwächen und abschaffen“, sondern im Gegenteil nach dem Motto „Selbstverwaltung stärken“. Wir alle können daran mitarbeiten, dass wir solche Dinge in Zukunft ausschließen.

Ich nenne noch einen zweiten politischen Gesichtspunkt; dann will ich schon zum Ende kommen: Das ist das Thema der Verflechtung mit dem Moorheilbad Bad Buchau. Dies sollte uns allen als Gesundheitspolitikern ein bisschen zu denken geben. Es geht um eine ganz prinzipielle Frage. Auch dort steht der Vorwurf im Raum – das ist auch noch nicht bewiesen –, dass dort nicht nach medizinischen Kriterien, nicht nach den Bedürfnissen der Patienten, die dort eingewiesen worden sind, und auch nicht nach den Wünschen der Patienten – Wünsche sollen bei einer Rehabilitation auch abgefragt werden – entschieden worden sei, sondern dass dort nach sachfremden Kriterien abgewogen worden sei.

Was sagt uns das? Es ist vom Übel, wenn Kostenträger und Leistungserbringer in einer Hand sind. Dies spricht doch sehr stark für das, was wir immer zum gesamten Gesundheitswesen sagen, nämlich dass wir das strikt trennen müssen. Kostenträger sagen zwar: „Wir sind Anwälte des Patienten“, aber sie schauen zuerst einmal auf die Kosten, auf die Belegung ihrer Betten. Wenn wir also im Interesse der Versicherten handeln wollen, müssen wir darauf achten, dass die Verzahnung nicht zu eng wird, und eher in die umgekehrte Richtung marschieren. Ich habe ein Problem, wenn man überall dort, wo Private medizinische Dienstleistungen erbringen, sagt: Das ist furchtbar, das ist der Untergang einer guten Versorgungsqualität. Genau das Gegenteil zeigt sich an einem solchen Fall.

Abschließendes Fazit: Hüten wir uns davor, Vorverurteilungen auszusprechen. Auch ein Herr Schneider hat das Recht, gehört zu werden und sich zu rechtfertigen. Wenn man sich überlegt, dass die beiden alternierenden Vorstände den Prüfbericht zwei Jahre lang gekannt und trotzdem immer gesagt haben: „Nach Prüfung der Personalabteilung in unserem Haus stehen wir dazu; diese Vorwürfe sind nicht berechtigt“, dann habe ich ein Problem damit, wenn man allein auf öffentlichen Druck plötzlich einen Schwenk macht und sagt: Nein, jetzt war alles falsch. Ich frage mich, ob in dem Dreierverhältnis, das an der Spitze geherrscht hat, wirklich alles nur sachlich begründet war oder ob nicht, wie der Kollege Haas gesagt hat, vielleicht doch an der einen oder anderen Stelle mit einer kleinen Retourkutsche auf das Agieren in der Fusionsdiskussion reagiert werden sollte.

Noch einmal zurück zu den Folgerungen, die wir politisch ziehen sollten: Stärkung der Selbstverwaltung, Interesse an Aufklärung, wenn Selbstverwaltung irgendwo nicht oder fehlerhaft funktioniert. Ich glaube, dazu können wir alle das Sozialministerium aufrufen. Ich habe nicht den Eindruck, dass das Sozialministerium nicht bereit wäre, uns die Fakten in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses auf den Tisch zu legen. Dann können wir uns weiter darüber unterhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stelly. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Replik.

**Sozialminister Dr. Replik:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag, den wir heute beraten, ist fast ein Jahr alt, aber überaus aktuell. Die Ihnen vorliegende Stellungnahme des Sozialministeriums vom August letzten Jahres konnte naturgemäß nur den aktuellen Stand aus dem letzten Jahr angeben. Ich habe bereits zu jenem Zeitpunkt im Landtag gesagt: Aus meiner Sicht waren die Eigenermittlungen der früheren Landesversicherungsanstalt Württemberg zu den gegen die Geschäftsführung erhobenen Vorwürfen nicht ausreichend. Deshalb habe ich weitere aufsichtsrechtliche Maßnahmen angekündigt. Insbesondere kamen wir nach der Auswertung einer gutachterlichen Stellungnahme, dem so genannten Sieber-Gutachten, zu dem Ergebnis: Viele Fragen bedürfen einer näheren Überprüfung vor Ort. Aus diesem Grund habe ich das Prüfungsamt für die Sozialversicherung damit beauftragt, eine Sonderprüfung durchzuführen. Das Prüfungsamt nimmt seine Aufgaben unabhängig und weisungsfrei wahr. Diese Prüfung hat im August 2001 begonnen und ist seit kurzem abgeschlossen.

Der umfangreiche Prüfbericht liegt mir seit wenigen Tagen vor. Ich werde dafür Sorge tragen, Frau Lösch, Frau Haußmann und auch Kollegen von der CDU, dass er nach datenschutzrechtlicher Abklärung so bald wie möglich den Mitgliedern des Sozialausschusses zugeleitet werden kann, damit wir am 4. Juli über etwas sprechen können, was auf dem Tisch liegt.

Die Dauer der Prüfung ist wiederholt in der Öffentlichkeit und in der Presse kritisiert worden nach dem Motto „Die verschleppen irgendwas.“ Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bei einem solchen umfangreichen Verfahren, meine ich, geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Hillebrand CDU: Sehr gut!)

– Danke schön.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Stichelberger SPD: Der ist mit ganz wenig zufrieden!)

Mir war daran gelegen, die Vorwürfe umfassend aufzuklären. – Ja, aber einer hat zugehört, wie ich merke, und zwar auch bei diesem Wetter.

(Heiterkeit – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war eher ein Reflex!)

Mir war daran gelegen, dass die Vorwürfe umfassend aufgeklärt werden. Denn zukünftig soll für alle Beteiligten die Klarheit herrschen, ob die Vorwürfe begründet sind oder nicht. Führen Sie sich einmal vor Augen, dass zu diesem Zweck allein in Bad Buchau über 150 000 Belege geprüft werden mussten. Es gab immer auch nachgeschobene Beschuldigungen. Dann musste man, als man bereits gedacht hatte, man sei fertig, noch einmal prüfen. Daran sehen Sie: Das Prüfungsamt hat hier mit der gebotenen Sorgfalt gearbeitet. Das hat leider einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Vorfeld ist in manchen Medien viel über die Ergebnisse der Prüfung und über Konsequenzen für die Beteiligten spekuliert worden. Ich habe mich daran bewusst nie beteiligt, sondern ich halte mich jetzt an Fakten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! Das ist immer richtig!)

Fakt ist: Es gibt Bereiche, in denen das Prüfungsamt festgestellt hat: Durch das Verhalten der Beteiligten wurde gegen Rechtsvorschriften verstoßen. Dazu gehört zum Beispiel auch die in dem Antrag angesprochene Verschaffung von Vorteilen durch die Annahme von Geschenken, durch verbilligte Freizeitaufenthalte in einer Rehabilitationsklinik sowie beim Erwerb von Einrichtungsgegenständen für private Zwecke zu deutlich verminderten Preisen. Das hat das Prüfungsamt festgestellt.

Dazu gehört auch, dass bei der Umsetzung eines Nachtragshaushalts haushaltsrechtliche Vorschriften nicht beachtet wurden. Wir sprechen von diesen 5 Millionen DM an die Kliniken, die für uns nicht so ersichtlich waren, weil sie mit strukturpolitischen Maßnahmen begründet worden sind.

Weiter wurde festgestellt, dass die frühere LVA Württemberg jahrelang signifikant überhöhte Zuführungen in das Sondervermögen zur Sicherstellung künftig entstehender Versorgungsleistungen getätigt hat. Die Mittel, die den gesetzlich notwendigen Zuführungsbedarf überstiegen, hätten jedoch für den Finanzausgleich zwischen den Trägern der Landesversicherungen bereitgestellt werden müssen. Auch das ist ein Verstoß gegen zwingende Rechtsvorschriften. Da haben wir natürlich schon rechtzeitig remonstriert: Es gab mindestens drei Schreiben und mehrere Gespräche:

Am 4. Dezember 2001 gab es ein Aufsichtsschreiben des Sozialministeriums an die LVA mit diesem Hinweis.

Am 7. Dezember 2001 kam es sogar zu einem Eklat bei der Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt, weil unser Abteilungsleiter Zach deutlich darauf hingewiesen hat. Es gab einen Eklat. Es hat hinterher auch eine Gesprächsrunde gegeben. Er hat darauf hingewiesen.

Am 11. Januar 2001 gab es wiederum vom Ministerium ein Schreiben an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt, er solle zur Ausgestaltung der Versorgungsrücklage Stellung nehmen. Die Äußerung wurde noch einmal bekräftigt.

Am 21. Januar 2002 hat der Vorstandsvorsitzende mich angeschrieben und gemeint, er könne eine andere gutachterliche Stellungnahme gegen die Rechtsauffassung des Hauses abgeben.

Am 15. Februar 2002 habe ich den Herrn Vorstandsvorsitzenden noch einmal angeschrieben und habe gesagt, wir lägen richtig, sie würden falsch handeln, sie sollten das endlich bereinigen.

Am 28. Februar 2002 ist dieses Thema im Ministerium erneut angesprochen worden. Inzwischen wird das Geld zurücküberwiesen.

Wir haben darauf hingewiesen, und zwar rechtzeitig und auch deutlich.

(Minister Dr. Repnik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, entgegen den Darstellungen der Landesversicherungsanstalt gab es für ein solches Vorgehen – den Verstoß gegen die Rechtsvorschriften – keine Rückendeckung und keine Genehmigung des Sozialministeriums. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe jetzt gerade darauf hingewiesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

Die Untersuchungen des Prüfungsamts haben aber auch zu Entlastungen geführt, um einmal etwas Positives zu sagen. So wurde unter anderem wiederholt behauptet, die Zuweisung von Rehabilitanten zu den Rehakliniken der früheren LVA Württemberg erfolge rein willkürlich, nach Gutsherrenart.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sagen die immer wieder!)

So werde von der Geschäftsführung ohne Heranziehung ärztlicher Kompetenz nach sachfremden Erwägungen entschieden. Hierzu hat das Prüfungsamt festgestellt: Die Belegungssteuerung ist nicht ausschließlich über die Geschäftsführung erfolgt, sondern unter Mitwirkung von Ärzten und der zuständigen Fachabteilung. Allerdings muss ich hierbei sagen: Da hätte natürlich eine viel weiter gehende Prüfung erfolgen müssen, um das endgültig abzuschließen. Aber gezielte Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Kliniken waren in dieser Prüfung nicht erkennbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Antrag der Grünen ist auch die Frage gestellt worden, ob die Aufsicht – also wir – ihrer Rolle und ihren Aufgaben gerecht geworden sei. Dies kann ich auch aus heutiger Sicht nochmals mit einem klaren Ja beantworten. Wir haben stets diejenigen Maßnahmen und Schritte ergriffen, die – natürlich nach dem verfügbaren Kenntnisstand – auch geboten waren. Der Vorwurf, die Aufsicht wäre zu lange untätig gewesen und hätte dem Treiben der LVA nur zugesehen oder geschlafen, ist daher aus der Luft gegriffen. Sie entbehrt jeder Grundlage.

Das Sozialministerium hat seit dem Jahre 2001 die Rechtsaufsicht über die Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg und auch über die frühere LVA Württemberg. Es hat in diesem Rahmen darauf zu achten, dass vom Versicherungsträger das Gesetz und sonstiges Recht eingehalten werden. Ansonsten ist das eine Aufgabe der Selbstverwaltung. Aber um festzustellen, ob Rechtsverstöße stattgefunden haben, war das Sozialministerium nach Bekanntwerden der Vorwürfe gehalten, eine umfassende Sachverhaltsaufklärung durchzuführen. Zunächst sollte dies die LVA vornehmen. Weil uns das nicht genügt hat, ist im Wege einer Sonderprüfung durch das Prüfungsamt inzwischen eine Sachverhaltsaufklärung erfolgt.

Der nächste Schritt liegt für das Ministerium jetzt darin, den Bericht des Prüfungsamts – so wie Sie auch – sorgfältig auszuwerten. Aus dem Blickwinkel der Aufsicht sind dann die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Wesentliche Maßnahmen haben wir bereits eingeleitet.

So haben wir es als unsere Pflicht als Aufsichtsbehörde angesehen, die Staatsanwaltschaft über Rechtsverstöße zu in-

formieren, und zwar über solche Verstöße, die von einer gewissen Erheblichkeit sind und deren strafrechtliche Relevanz deshalb nicht ausgeschlossen werden kann. Der Staatsanwaltschaft wird deshalb auch der Prüfbericht übergeben. Die Staatsanwaltschaft hat zwischenzeitlich Ermittlungen aufgenommen. Das Verfahren wird jetzt also den gesetzlich vorgesehenen Verlauf nehmen. Dies ist für mich im Augenblick vorrangig.

Im Hinblick auf diese laufenden Ermittlungen werde ich mich deshalb zu den Feststellungen im Prüfbericht derzeit nicht abschließend äußern. Dasselbe gilt hinsichtlich einer Bewertung aus der Sicht der Aufsichtsbehörde.

Was die Forderung der Grünen nach Vorlage des Prüfberichts anbelangt, habe ich schon gesagt: Nach Prüfung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen werde ich diesen Bericht in den nächsten Tagen auch dem Sozialausschuss zukommen lassen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

**Sozialminister Dr. Repnik:** Bitte, gern.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Entschuldigung, Herr Minister, ich habe Sie akustisch nicht richtig verstanden. Ist der Antrag der Kollegin Lösch nach Ihrer mündlichen Zusage angenommen oder nicht?

**Sozialminister Dr. Repnik:** Sie können darüber abstimmen oder nicht. Ich werde auf jeden Fall – egal, wie die Abstimmung ausgeht – dem Sozialausschuss den Prüfbericht übergeben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Danke! – Abg. Capezzuto SPD: Das ist ein feiner Zug!)

– Ja, sicher. Wenn das überall schon in der Öffentlichkeit diskutiert wird, dann haben die Abgeordneten das Recht, zumindest auch diesen Bericht zu haben. Das meine ich zumindest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Danke schön! – Zurufe der Abg. Alfred Haas CDU und Capezzuto SPD – Abg. Zimmermann CDU: Jetzt erst recht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich betone an dieser Stelle noch einmal deutlich: Die Aufarbeitung der gegen einzelne Personen erhobenen Vorwürfe und die Festlegung der notwendigen Konsequenzen – –

(Abg. Alfred Haas CDU zu Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was steht denn drin in dem Bericht? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Weitere Zu- und Gegenrufe der Abg. Alfred Haas CDU und Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf von der SPD: Kein Respekt, der Haas!)

– Wenn ihr so weit seid, kann ich weiterreden.

(Minister Dr. Repnik)

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt hat er den Minister beleidigt! Den eigenen Minister! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Nein.

Die Aufarbeitung der gegen einzelne Personen erhobenen Vorwürfe und die Festlegung der notwendigen Konsequenzen ist in erster Linie natürlich Aufgabe der LVA Baden-Württemberg und ihrer Selbstverwaltung. Seit dem 1. Januar 2001 ist mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Errichtung der LVA Baden-Württemberg die Dienstaufsicht des Sozialministeriums über die LVA entfallen. Sie liegt nunmehr hinsichtlich der Geschäftsführung beim Vorsitzenden des Vorstands. Die dort Zuständigen müssen handeln. Aus diesem Grund hat die LVA nach Auswertung des Prüfberichts eigenständig über etwaige Konsequenzen und geeignete Schritte zu befinden. So weit ist das auch klar.

Am Montag dieser Woche hat der Vorstand beschlossen, dem Antrag des Ersten Direktors auf Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen sich selbst stattzugeben. Dieses wird natürlich ausgesetzt, weil im Augenblick ja die Staatsanwaltschaft ermittelt. Des Weiteren wird der Erste Direktor von seinen Dienstgeschäften freigestellt mit der Maßgabe, dass er sich ausschließlich der Aufarbeitung der im Prüfbericht erhobenen Vorwürfe so weit widmen soll, wie sie sich nicht mit ihm selbst beschäftigen. Die Geschäftsführung haben ab sofort die beiden Stellvertreter. Der Erste Direktor erhält rechtliches Gehör und Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 31. August 2000

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: 2002!)

– 2002; Herr Haas, danke schön – unter Einbeziehung der Frage des von ihm beabsichtigten Ausscheidens aus dem Dienst bis zum 30. Januar 2003.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir – das Sozialministerium – werden uns nach dieser Stellungnahme am 31. August 2002 entscheiden, ob diese – Sie sagten: „weiche“ – Maßnahme die richtige ist oder ob wir nicht nach dem SGB IV dann – je nachdem, wie sich die Vorwürfe bekräftigen – von einer Amtsentbindung Gebrauch machen sollten. Wir werden dies dann gemeinsam besprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend sollte man aber doch wirklich das Positive sagen – nicht zu diesem Bericht und nicht zu dieser Affäre, sondern das Positive über die LVA. Die LVA Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell. Die Feststellungen des Prüfungsamts sind unerfreulich und besorgniserregend, und sie sind im Augenblick leider auch störend bei der weiteren Fortentwicklung der LVA Baden-Württemberg. Es wird Zeit, dass dieses Kapitel abgeschlossen wird und dass die LVA Baden-Württemberg in der Tat wieder in ein ruhiges Fahrwasser kommt, damit sie sich in Ruhe weiterentwickeln kann. Um die LVA Baden-Württemberg werden wir von sehr, sehr vielen Bundesländern beneidet. Das soll auch so bleiben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Sozialminister Repnik sehr dankbar für die Worte, die er gesprochen hat. Er hat nämlich tatsächlich aufgezeigt, was bisher in der Prüfung alles herausgekommen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Ich möchte meinem Kollegen Haas und meinem Kollegen Noll doch noch einmal in drei Worten zu erklären versuchen, dass ich die Selbstverwaltung nicht abschaffen will, sondern dass es mir darum ging,

(Abg. Döpper CDU: Wir nehmen die Entschuldigung an!)

zu schauen, wie man ein Kontrollsystem, wie man eine Aufsichtspflicht hinkriegt, die solche Geschehnisse, die es gab, im Vorfeld aufklären könnte. Das ist das einzige Ziel, nicht die Abschaffung der Selbstverwaltung. Aber man sieht doch, dass die Kontrollfunktion so nicht ausgeübt werden konnte, weil es sonst nicht so weit hätte kommen können, wie es jetzt ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie weit ist es denn?)

– Herr Haas, wenn Sie bei dem, was der Sozialminister Repnik ausgeführt hat, zugehört hätten,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben wieder einen falschen Satz gesagt!)

dann müssten Sie jetzt diese Frage nicht stellen.

Mir geht es darum, zu überlegen, wie das Sozialministerium zukünftig als Aufsichtsbehörde seine Kontrollfunktion besser wahrnehmen kann. Das ist der einzige Punkt der Diskussion.

Zum Zweiten kann ich jetzt, nachdem Herr Repnik zugesichert hat, dass der Prüfbericht am 4. Juli im Sozialausschuss vorliegt – so habe ich das verstanden –, unseren Antrag zurückziehen, weil somit dieser Antrag erledigt ist.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau! Prima!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1088, ist zurückgezogen.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 13/138. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag durch die Aussprache erledigt ist. –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Sie stimmen dem zu. Vielen Dank. Das ist so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie – Drucksache 13/341**

Wem darf ich das Wort geben? – Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag wird ausgeführt, dass Baden-Württemberg im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie eine Spitzenstellung hat. Wir teilen diese Einschätzung. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit.

(Abg. Fischer SPD: Aber?)

Die Frage, die wir aufwerfen, ist, ob die Politik der Landesregierung dieser guten Grundlage in der Informations- und Kommunikationstechnologie im Land Baden-Württemberg gerecht wird. Das ist die Frage.

Der Herr Staatssekretär bzw. der Minister wehren sich in der Stellungnahme, indem sie sagen, sie könnten überhaupt nicht nachvollziehen, wie man der Landesregierung in diesem Bereich „Schlafmützigkeit“ vorwerfen könne. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Den Vorwurf haben nicht wir als Erste erhoben, sondern den Vorwurf hat die Wirtschaft selbst erhoben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wer denn?)

Sie erinnern sich an den „Weckruf“ an die Landesregierung: „Die Wirtschaft fürchtet, dass die Landesregierung den Ausbau des Medienstandorts Baden-Württemberg verschläft“.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

„Stellenwert des IT-Standorts nicht erkannt“, „Führende Computer- und Multimediafirmen in Baden-Württemberg vermissen stärkeres Engagement der CDU-FDP-Landesregierung für die Informationstechnologiebranche“. Kein Geringerer als Menno Harms hat diesen „nachhaltigen Weckruf“ im letzten September öffentlich kundgetan. Dann ist ja auch etwas passiert. Nachdem man zunächst erschrocken ist, wurde im Rahmen der IT- und Medienoffensive ein spezielles Impulsprogramm für Unternehmenssoftware aufgelegt, unterlegt mit 15 Millionen €.

Herr Staatssekretär, wir wollen schon gern – wenn es heute nicht möglich ist, dann bei der Behandlung des Antrags im Ausschuss – detailliert erfahren, was denn nun mit diesem Geld umgesetzt wurde, weil wir aus anderen Bereichen der Wirtschaftsförderung wissen, wie schwierig es ist, die erforderliche Gemeinnützigkeit darzustellen. Also das Programm ist aufgelegt; das ist okay. Aber jetzt wollen wir sehen, welche Ergebnisse Sie erzielt haben.

(Abg. Birzele SPD: Ob Sie überhaupt Geld ausgegeben haben!)

Ich möchte auch ausdrücklich die Investitionen in die Infrastruktur der Universitäten würdigen. Das lässt sich im nationalen Vergleich durchaus sehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aha! – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Was wir kritisch betrachten – das möchten wir dann im Ausschuss vertieft diskutieren –, ist die Frage, ob die Landesregierung politisch in diesem Bereich schlagkräftig aufgestellt ist. Wir haben ein Beratungsforum beim Staatsministerium, genannt BITS. Dieses Beratungsforum wird wieder durch eine Lenkungsgruppe gesteuert. Daneben gibt es eine Task-Force speziell für den Bereich der Unternehmenssoftware. Dann haben wir ein Exekutivkomitee mit acht Leuten. Daneben gibt es „Baden-Württemberg: Connected“, die dann auch wieder mitmischen. Das sind ja nur mal die Aktivitäten, die an Ihnen vorbeigehen, die das Staatsministerium steuert. Daneben gibt es ja noch all das, was durch das Wirtschaftsministerium – Sie werden ja nicht sagen, dass Sie gar nichts mehr machen in dem Bereich –

(Heiterkeit des Abg. Fischer SPD)

gesteuert wird.

Die Wirtschaft selbst hat ja beispielhaft vorgeführt, wie man es auch machen könnte, nämlich wie die Bayern durch eine Agentur „Bayern im IT“ als Schaltstelle für die gesamte Medien-, Informations- und Kommunikationstechnologie, die als ein Ansprechpartner und ein Umsetzungsinstrument agiert. Genausowiesem Nordrhein-Westfalen mit der NRW-Medien GmbH, die speziell für Medien, Software und elektronischen Handel gegründet wurde und die Aktivitäten bündelt. Ähnliche Einrichtungen, beklagt die Wirtschaft, sind in Baden-Württemberg nicht in Sicht. Wir möchten schon gern mit Ihnen diskutieren, warum nicht, warum hier alles so kompliziert ablaufen muss, wie es jetzt organisiert ist.

Einen weiteren Konzentrationsbedarf sehen wir im Bereich der Netze und der Plattformen. Wir haben ein Landessystemkonzept, das Privatfirmen mit öffentlichen Verwaltungen des Bundes und der Kommunen mit anderen Ländern und der EU vernetzt. Es ist eine Informations-, Service- und Kontaktplattform „E-Business-Community“ für die kleinen und mittelständischen Unternehmen mit ihren Verbänden und Wirtschaftsorganisationen im Aufbau. Daneben gibt es das Landesverwaltungsnetz, und das Innenministerium ist mit dem Aufbau der elektronischen Bürgerdienste, „E-Bürgerdienste“, als Internetplattform für die gesamte öffentliche Verwaltung in Baden-Württemberg beschäftigt.

Damit es kein Missverständnis gibt, meine Damen und Herren: Wir stehen voll hinter dem beschleunigten Aufbau der elektronischen Bürgerdienste. Aber wir wissen natürlich auch, dass es – und, wie wir vermuten, unabhängig von den Aktivitäten der Landesregierung – beispielsweise in Esslingen mit Unterstützung der EU schon weit gediehene Konzepte und Entwicklungen gibt. Wir wissen, dass Weinstadt an diesem Thema arbeitet. Auf Seite 6 Ihrer Stellungnahme führen Sie eine große Zahl von Plattformen im Land Baden-Württemberg auf – zum Teil Branchen-



(Schmiedel)

plattformen, zum Teil aber auch regionale Marktplätze wie der Marktplatz der Region Karlsruhe, der Marktplatz der Region Stuttgart –, und wir befürchten, dass sich, weil eine Führungsrolle der Landesregierung nicht erkennbar ist, ein ganz komplexes Gefüge entwickelt, das am Ende überhaupt nicht mehr handhabbar ist.

Deshalb reklamieren wir eine Führungsrolle der Landesregierung und einen Kooperationsansatz, der das System beherrschbar macht und nicht hinterher Hunderte von Programmierern erfordert, die die einzelnen Aktivitäten mühsam wieder integrieren.

Meine Damen und Herren, gefragt ist also eine Führungsrolle des Landes. Wir vermuten, dazu braucht man auch eine geeignete Struktur, die die Aktivitäten der Landesregierung bündelt: eine Bürgerkarte für E-Business, die das Problem der elektronischen Signatur löst, nicht eine für Weinstadt, nicht eine für Esslingen, ja, ich sage: nicht einmal eine für Baden-Württemberg. Vielmehr bräuchten wir eigentlich eine Bürgerkarte für die Bundesrepublik Deutschland.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Europa!)

Wer, meine Damen und Herren, soll denn in diesem Bereich die Führungsrolle übernehmen, wenn nicht Baden-Württemberg, wer, wenn nicht wir?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die besten Voraussetzungen dafür, aber dafür muss man sich in diesem Leitprojekt auch mit einer Führungsrolle engagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Führungsrolle der Landesregierung ist auch im Bereich der Telekommunikation angesagt. Es gibt zwei Bundesländer, die in dieser Branche gute Voraussetzungen haben: Das ist Bayern mit Siemens als starkem Partner, und das ist Baden-Württemberg, wobei wir durchaus sagen können, dass wir breiter als Bayern aufgestellt sind.

Wir wissen aber nicht nur durch den starken Kurseinbruch bei der T-Aktie, dass die Branche der Telekommunikation in einem schwierigen Fahrwasser ist. Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Belegschaften von Alcatel und Marconi um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Spätestens jetzt, Herr Staatssekretär, wäre es an der Zeit, dass die Landesregierung nicht nur zuschaut, wie sich die Dinge entwickeln, sondern dass Sie eine Führungsrolle übernehmen und die Rahmenbedingungen für die Telekommunikationsbranche verbessern, dass Sie Impulse setzen, beispielsweise durch den Auf- und Ausbau von multimedialen Anwendungen in der Telemedizin oder im Bereich der Verkehrstelematik, der durch das europäische Projekt GALILEO noch einmal einen neuen Impuls bekommt, oder im Zusammenhang mit E-Government nicht nur die elektronische Seite entwickeln, sondern auch mobile Dienste berücksichtigen.

Es geht uns also nicht um Beihilfen für die Branche, sondern es geht uns um Impulse, um Leitprojekte, die die Branche stimulieren sollen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Denn bei aller Schwäche, die die Telekommunikation momentan zeigt, wissen wir: Es ist eine Querschnittstechnologie, und Wissenschaftler vergleichen den derzeitigen Stand der Telekommunikation etwa mit dem Entwicklungsstand des Automobils um 1920. Daraus ersehen wir, was in diesem Bereich noch alles möglich ist und möglich sein wird. Wir wissen auch, dass wir in Baden-Württemberg gute Voraussetzungen haben, an dieser Entwicklung ganz besonders gut teilzuhaben. Deshalb, Herr Staatssekretär: Geben Sie Ihre Beobachtungsposition auf! Wir müssen in diesem Bereich Impulse setzen, wir müssen stimulieren, Leitprojekte formulieren, eine Führungsrolle übernehmen und dürfen nicht zuschauen, wie ein ganzer Industriezweig womöglich den Bach hinuntergeht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Geben Sie keine Regierungserklärung ab, Herr Schmiedel!)

Das ist unser Appell.

Über einzelne Punkte unseres Antrags würden wir gern im Ausschuss vertieft weiter diskutieren; dazu ist das Forum des Plenums nicht geeignet. Wir suchen auch nicht unbedingt die Konfrontation, sondern wir suchen die Kooperation mit Ihnen, um die Möglichkeiten des Landes in Zukunft besser zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute – das ist mal sicher – ist nicht der Tag der SPD: Heute Morgen schwach angefangen und dann stark nachgelassen und jetzt ziemlich am unteren Ende der Skala.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Boris Palmer  
GRÜNE: Und jetzt kommen Sie!)

Es ist nicht mehr zu unterbieten.

(Abg. Birzele SPD: Und Sie sind der Gipfel!)

Früher hat man in diesem Raum debattiert, weil man anderer Meinung war und sich über die Dinge inhaltlich auseinander setzen wollte.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt kommen Sie mal zum Thema, Frau Kollegin!)

Jetzt zu sagen, eigentlich hätten wir noch auf der dritten oder vierten Stelle hinter dem Komma etwas anzumerken, ist, finde ich, mit Verlaub, ziemlich kleinlich.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt! Zum Thema!)

Das, was da relativ aggressiv abgefragt und in der Begründung mit entsprechend aufgeblasenen Backen geäußert wurde, ist jetzt wie ein Kartenhaus zusammengefallen, wie eine Seifenblase geplatzt.

Sie haben gesehen, dass diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen nicht nur wach sind und den „Weckruf“ nicht brauchen, auch nicht von „Baden-Württemberg: Connected“, sondern schon längst hellwach auf dem Gebiet

(Dr. Inge Gräßle)

sind. Das haben Sie gesehen. Das kann ich auch nur bestätigen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die Landesregierung hat sich des Bereichs der Informations- und Kommunikationstechnologie mit einer tiefgehenden und zukunftsweisenden Analyse und einer beispielhaften Gründlichkeit angenommen, und sie hat im Bewusstsein der Schlüsselbedeutung dieser Technologien für unser Land zahlreiche aufeinander abgestimmte, einander ergänzende und gegenseitig bereichernde Initiativen unternommen, die bereits erste gute Erfolge zeitigen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie kommen die Unternehmen dann auf ihre Kritik, wenn das so grundlos ist?)

– Die Kritik halten die Unternehmen inzwischen auch nicht mehr für so angemessen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, da sind zwei Züge einfach aneinander vorbeigefahren, ohne so gut informiert zu sein, wie es hätte sein sollen.

Ich muss auch sagen: Ich bin unserem Ministerpräsidenten Erwin Teufel sehr dankbar dafür; denn er ist der zentrale Impulsgeber für die Stärkung des Technologiestandorts Baden-Württemberg,

(Zurufe der Abg. Schmiedel SPD und Boris Palmer GRÜNE)

für die baden-württembergische Informations- und Kommunikationsindustrie.

(Unruhe bei der SPD)

– Also, außer Zwischenrufen habt ihr hier wirklich nichts zu sagen; das ist bedauerlich.

(Widerspruch bei der SPD)

Denn manchmal könnte ja auch eine Opposition zu etwas gut sein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Liebe Freunde von der SPD, der Ministerpräsident hat hier ein Thema zur Chefsache gemacht und zeigt, dass es sehr wohl funktionieren kann, wenn etwas zur Chefsache geworden ist. Davon könnte der Kamerad Schröder im Übrigen reichlich lernen.

(Abg. Capezzuto SPD: „Genosse“ heißt das! Was heißt hier „Kamerad“? – Gegenruf des Abg. Herrmann CDU: „Rentner“ ab September! – Unruhe)

Herr Schmiedel, was Sie zur E-Signatur gesagt haben und zu der Frage, wo wir bei der Kommunikations- und der Informationstechnologie stehen, hat natürlich auch etwas

mit der lahmen, schlaffen Hand dieser Bundesregierung zu tun, und es wäre nur fair gewesen, wenn Sie dies dazu gesagt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was ist der Stand der Dinge? Sie haben eine Führungsrolle des Landes eingefordert. Diese Führungsrolle ist da; ich werde es Ihnen gleich vortragen. Aber die Führungsrolle des Bundes und auch dieses Kanzlers vermisste ich; denn gerade dieses Problem der E-Signatur ist ja ein altes Problem und wird schon lange auf Bundesebene hin- und hergeschoben. Das muss bundesweit geregelt werden und ist nur eingeschränkt Ländersache.

Ich möchte Ihnen schon sagen, wie es wirklich aussieht und dass Sie hier ein Zerbild zu zeichnen versucht haben. Wir sind bei der Unternehmenssoftware und bei den Unternehmensdiensten weltweit auf dem zweiten Platz. Wir sind Silicon-Ländle. Wir haben nach Silicon Valley den höchsten Marktanteil durch unsere Unternehmen hier. Trotz der Krise wächst die baden-württembergische IT- und Medienbranche. Laut der Umsatzsteuerstatistik in Baden-Württemberg steigerten die Unternehmen ihren Umsatz im Jahr 2000 um 20 %. Der umsatzstärkste Internet- und E-Business-Dienstleister in Deutschland sitzt in Sankt Georgen. Baden-Württemberg weist die höchste Wachstumsrate von Unternehmensgründungen am Neuen Markt auf. Nirgendwo sonst ist diese Steigerungsrate höher als bei uns.

(Abg. Capezzuto SPD: Senegal!)

Im Ranking für Unternehmensgründer – so sagt es eine Studie von Ernst & Young – liegt Stuttgart auf Platz 3 nach Köln und München. Gerade die Region Stuttgart ist der Schrittmacher für diesen Technologiebereich. Herr Schmiedel, da hätte ich von Ihnen auch erwartet, dass Sie ein Wort zu der wirklich bedeutenden Rolle der Region Stuttgart in diesem Bereich sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Genau in der Region Stuttgart wird kritisiert, wie wenig vom Land aus passiert!)

Wir haben mit der Senderfusion des SWR die Voraussetzungen geschaffen, dass wir mehr Geld in der Fernsehproduktion haben, und zwar genau da, wo es hinmuss. Was wir in der Zukunft brauchen, ist Software im Fernsbereich. Software über alles. Da haben wir, glaube ich, gute Voraussetzungen geschaffen. Wir sind das Land mit der höchsten Innovationskraft. Wir sind die forschungsintensivste Region in ganz Europa. Ich möchte auch die 170 Studiengänge im Bereich Medien und Medienwirtschaft, im Bereich IT und Kommunikationstechnologie an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien zu erwähnen nicht vergessen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist Lobhudelei!)

– Das ist keine Lobhudelei. Ich habe mich im Gegensatz zu Ihnen vorbereitet und war selber überrascht, wie viele sehr positive Ansätze wir in diesem Land zu verzeichnen haben. Ich war auch überrascht, zu sehen, wie gut unsere bisherige

(Dr. Inge Gräßle)

Politik auf diesem Sektor gewesen ist und wie sehr sie greift und wie zielgenau sie ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Bloß komisch, dass die Wirtschaft kritisiert!)

Im Ranking der Akzeptanz von E-Commerce bei Internet-Nutzern belegt unser Land mit 43 % auch einen Spitzenplatz. Das ist ein Zeichen für die Aufgeschlossenheit gegenüber den neuen Technologien.

Die mittelständische Beteiligungsgesellschaft MBG ist zur führenden Risikokapitalgeberin von ganz Deutschland aufgestiegen, eine ganz wichtige Einrichtung, gerade für die Start-up-Unternehmen. Diese MBG würde übrigens gerne noch mehr machen, wenn die Bundesregierung denn dazu bereit wäre und die Unternehmen auch ließe durch eine entsprechende Steuerpolitik und durch eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge sowie durch eine Stärkung des Mittelstands anstatt durch seine Schwächung.

Welcher Entwicklung sehen wir uns gegenüber, wenn wir in die Zukunft blicken? Die Informations- und die Kommunikationstechnologie verschmelzen immer mehr mit Medien und der Medienkultur, eine Entwicklung, der sich das Land ebenfalls sehr offensiv und offen stellt. Ich darf Sie hier an das Leitbild zum Medienstandort Baden-Württemberg erinnern, das unter der Regie von Staatsminister Dr. Palmer erarbeitet wurde und das sehr interessant ist, weil es sich gerade dieser neuen Entwicklung verschrieben hat und fragt, was wir jetzt tun müssen, um auch in zehn oder fünfzehn Jahren diese Spitzenstellung beizubehalten, eine sehr schwierige Frage, weil wir es ja mit einem schnell wechselnden Markt zu tun haben.

Dieses Leitbild fügt sich sehr geschlossen und sehr harmonisch in das Gutachten von Roland Berger ein. Sie wissen, das ist das Gutachten, das uns ein ganzes Maßnahmenbündel um die Clusteridee herum empfiehlt. Das Schlagwort heißt: Stärken stärken. Genau dies tun wir mit dem Programm „do IT“, das die MFG verwaltet und das Sie auch angesprochen haben. Bevor es Ihnen eingefallen ist, Herr Schmiedel, am 16. Oktober 2001 diesen Antrag zu stellen, hat die Landesregierung bereits gehandelt und am 25. September 2001 das Impulsprogramm mit 15 Millionen € aufgelegt. „do IT“, ein Programm mit 450 Millionen €, ist sehr interessant, weil es zielgenau den Informations- und den Kommunikationstechnologiebereich in einer Vernetzung der Unternehmen und einer Unterstützung des kleinen Mittelstands, der Start-up-Unternehmen, der Hochschulen, der Banken, der Verbraucher, der Kunden und auch der Regierung stärkt. „do IT“ halte ich für eine faszinierende Initiative, weil sie in die Wirtschaft hineinhört, also gerade das tut, was Sie fordern, weil sie die Bedürfnisse und den Bedarf vor Ort erfährt, aufgreift und dieses dann umsetzt.

Gern möchte ich auch die Gelegenheit benutzen, allen Mitarbeitern der MFG, die daran beteiligt sind und sich sehr engagieren, um „do IT“ zum Erfolg zu verhelfen, zu danken. Das ist eine tolle Geschichte. Gerade heute findet ein Seminar zum Thema „Erfolgreiches E-Mail-Marketing“ statt, ein Seminar, das seit langem ausgebucht ist. Das ist nur einer der Punkte, wo Sie sehen, dass da ein Programm sehr erfolgreich am Laufen ist. Ich glaube, wir können damit auch sehr zufrieden sein.

Deshalb kann ich Ihre Ansicht überhaupt nicht teilen, wenn Sie sagen, da gebe es verschiedene Gremien, die alle arbeiten. Das hoffe ich doch, dass die alle arbeiten. Und Sie sehen, dass sie auch erfolgreich arbeiten. Es gibt in diesem großen Bereich der IT und der Kommunikationstechnologie natürlich unterschiedliche Bereiche, die alle abgedeckt werden. Deshalb gibt es auch unterschiedliche Gremien und unterschiedliche Funktionen. Dazu gehört BITS Baden-Württemberg. Dazu gehört der Lenkungsausschuss. Dazu gehören auch weitere Gremien, zum Beispiel der Verein Connected. Das sind alles Beratungsorgane und -organisationen auch für die Landesregierung. Ich finde es immer sehr schön, wenn sich Regierende beraten lassen. Sie sehen daran, dass die Impulse dieser Organisationen auch umgesetzt werden, dass man es hier mit Beratung sehr ernst meint.

Damit die Nutzung dieser neuen Technologie auch nicht auf der Strecke bleibt, gibt es „start und klick!“, eine interessante Sache, weil sie versucht, den Internetgedanken in breite Bevölkerungsschichten hineinzutragen. Wir haben heute Morgen darüber gesprochen. Da jedes Jahr 130 000 Baden-Württemberger dieses Programm nutzen, dürfte es wahrscheinlich das Programm sein, das am stärksten in die Bevölkerung hineinwirkt. Ich weiß nicht, wie es in Ihrem Wahlkreis ist. In meinem ist es so, dass sich aus „start und klick!“ sehr viele Vereine und Clubs gegründet haben, Internetclubs, wo sich Menschen um das Internet herum zusammenfinden. Schon allein das finde ich wirklich faszinierend. Das ist genau das, was wir brauchen, nämlich eine breite Begeisterung für neue Technologien.

Sie sehen, es passiert vieles. Damit Sie auch sehen, dass wir hier sehr anwendungsorientiert arbeiten, möchte ich Ihnen die Ausstellung auf dem Killesberg empfehlen, nämlich die Messe „ERDE 2.0“. Diese zeigt auf eine beeindruckende Weise, wozu moderne Technologien genutzt werden können. Gehen Sie einmal hin. Es tut Ihnen nur gut. Ich möchte auch dafür werben, diesen IT-Bereich weiterhin sehr stark zu beobachten und nicht das zu tun, wovon Sie gesprochen haben, nämlich sich auf den Erfolgen auszurufen. Genau dies werden wir nicht tun, ganz im Gegenteil.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Wirtschaft spricht so!)

Wir werden die künftige Entwicklung sehr scharf im Auge behalten, denn wir wollen ja das bleiben, was wir sind, nämlich Spitze auf diesem Gebiet.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Hinter Kamerun!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Lieber Herr Schmiedel, es ist schon erstaunlich: Sie klagen über den Standort Baden-Württemberg,

(Abg. Capezzuto SPD: Ha no!)

und dann mahnen Sie an, wir sollten bundesweit die Führung übernehmen. Da scheint mir doch irgendetwas nicht ganz richtig verstanden worden zu sein. Wenn es Probleme

(Beate Fauser)

auf diesem Gebiet gibt, dann ist das beim Verbraucherschutz der Fall, der heute nachhaltig gestört ist, weil die SPD in Berlin seit Jahresbeginn den Betreibern von Mehrwertnummern die Erlaubnis erteilte, den Tarif für die Anwahl von 0190-0 Nummern selbst festzulegen.

(Abg. Fischer SPD: Ach nein!)

Dadurch haben wir heute viele unseriöse Anbieter, Web-Dialer, die die armen Verbraucher beim Surfen auf falsche Nummern locken, wo sie mit horrenden Kosten belastet werden, die von der Telekom eingetrieben werden.

Meine Damen und Herren, die nächste Behinderung, die sich die SPD in diesem Zusammenhang erlaubt hat, war das Thema Scheinselbstständigkeit bei Existenzgründungen, weil viele dieser wirklich dynamischen jungen Unternehmen, die hier gegründet wurden, damit ganz erhebliche Probleme hatten.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sicherheit der Rente für IT-Gründer!)

Es gibt darüber überhaupt keine Diskussion, meine Damen und Herren – Roland Berger hat es bereits 2000 festgestellt –: Wir sind in der IT und Kommunikationstechnologie Spitze und wollen das auch bleiben. Deshalb wurde sozusagen als Querschnittsaufgabe gerade der IT- und Kommunikationsbereich von der Regierung, von den Ministerien ganz besonders gefördert. Es ist mit großem Erfolg in Baden-Württemberg eine Unternehmerrkultur entstanden. Wie bereits vorhin gesagt wurde, haben wir Unternehmen, die heute über 6 Milliarden € Umsatz erwirtschaften. Wir haben in dieser Branche 300 000 Mitarbeiter. Wir sind in weiten Sparten führend.

Sehr positiv ist: Unsere Unternehmen in der Industrie, in der Dienstleistung wissen ganz genau, dass sie Informationstechnologie und moderne Software brauchen. Es ist für die gesamte Entwicklung von Produkten, für die Beschaffung, die Distribution, die Logistik einfach notwendig, mit moderner Software zu arbeiten. IT ist für die Firmen ein Wettbewerbsfaktor, den sie ganz genau zu kalkulieren wissen. Wir können eine moderne Industrie nicht nur mit großen Staatsaufträgen stützen, wie von Herrn Schmiedel vorgeschlagen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Vielmehr ist diese Industrie für uns wichtig, und sie muss ein Selbstläufer werden, was sie auch tut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die rasante technologische Entwicklung in diesem Bereich, meine Damen und Herren, wird auch zukünftig weitergehen.

Frau Dr. Gräßle hat dankenswerterweise im Grunde schon die gesamten Initiativen aufgeführt vom Impulsprogramm über „do IT“, BITS, LSK, IDA usw. mit einem Betrag von über 450 Millionen €.

(Abg. Capezzuto SPD: Wir möchten sie noch einmal hören!)

Wir sind der Auffassung, dass der Austausch von Wissen und Erfahrungen auf verschiedensten Ebenen fortgesetzt werden muss. Wenn wir eine zentrale Institution hätten, meine Damen und Herren, wäre diese weit weniger flexibel. Man muss sich auch fragen, aus welchen Gründen wir so erfolgreich sind. Warum befruchten sich die verschiedenen Einrichtungen wechselseitig positiv?

Ich möchte, weil das noch nicht aufgeführt wurde, das vom Wirtschaftsministerium geförderte Media-10-Punkte-Mobilisierungsprogramm für die mittelständische Industrie hervorheben.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es ist ganz hervorragend, dass wir über die Kammern hinweg bereits heute Cluster in Baden-Württemberg haben. Dazu gehört Freiburg, Stuttgart, Karlsruhe. Wer hat denn SAP im Land, übrigens eine der wenigen Aktien, die sich bei den gegenwärtigen Turbulenzen noch ganz gut am Markt halten konnten, wo nach der ersten Goldgräberstimmung der Pulverdampf etwas verrauchte ist?

(Zurufe von der SPD)

Jetzt bewähren sich die vielen wirklich beständigen, guten, kleinen Unternehmen im Lande. Jeder weiß: Die Wirtschaftsförderer sind besonders im IT-Bereich aktiv. Wir haben auf Kreisebene, auf Regionalebene Messen zur Kooperation, zum Meinungs- und Informationsaustausch. Dies ist für diese Unternehmen wichtig, um gegenseitig voneinander zu profitieren.

Meine Damen und Herren, die verschiedensten Branchenplattformen schaden überhaupt nicht, weil hier jeder seine speziellen Interessen weiterverfolgen kann. Es ist relativ einfach, mit der Kommunikationstechnologie die verschiedensten Plattformen für die eigenen Anwendungsbedürfnisse zu überprüfen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber nur relativ!)

– Herr Capezzuto, Sie sollten sich vielleicht einmal einklinken. Das wäre ganz gut.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Im Rahmen des Landessystemkonzepts erfolgt derzeit eine Vernetzung von Privatfirmen und der öffentlichen Verwaltung. Dies ist auch insofern gut: Hier hat der Bürger dann einen direkten Draht zur Verwaltung. Ich hoffe, dass damit die Verbindung und das Vertrauen zwischen Verwaltung und Bürgern gestärkt wird.

Über die GWZ organisieren wir eine hervorragende internationale Arbeit, Verbreitung und Austausch über Messen, Kontaktbörsen und Kooperationen.

(Zurufe von der SPD)

Ich wundere mich wirklich, dass in dem Antrag der SPD nur über Silicon Valley und Bangalore gesprochen wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die kennen keine anderen!)

(Beate Fauser)

– Genau. – Wir haben in diesem Jahr, wie es in der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums auch beschrieben wird, in Utah, Arizona, Indien usw.

(Abg. Bebber SPD: Der Wirtschaftsminister hat sich schon abgesetzt!)

weitere Informationsveranstaltungen und Messen. Das ist wichtig. Wir müssen daran langfristig arbeiten und sind auch dabei. Übrigens war die E-Commerce-Messe auf dem Killesberg dieses Jahr außerordentlich erfolgreich.

Meine Damen und Herren, die Ansiedlung dieser jungen Unternehmen ist ein ganz besonders wichtiges Thema des Wirtschaftsministers, das er auch wirklich massiv verfolgt.

Im Übrigen kann ich Ihnen sagen: Jede Gemeinde ist an solchen Unternehmen ganz besonders interessiert. Sie machen keinen Dreck, sie sind, wenn sie erfolgreich sind, hervorragende Steuerzahler. Also haben sie mit Gewerbeansiedlungen überhaupt kein Problem.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Absolut richtig!)

Darüber hinaus gibt es viele Zentren, die in den letzten Jahren entwickelt wurden. Unlängst konnten wir gerade die Erweiterung eines Zentrums in Böblingen/Sindelfingen erleben, wo hervorragend gearbeitet wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, für die Existenzgründungen bestehen oftmals Hemmnisse vonseiten der Politik durch eine überbordende Bürokratie. Die Ausgliederungen dieser jungen Unternehmen haben oftmals nur einen Auftraggeber, bis sie sich weiter ausdehnen und ausdifferenzieren.

Wir hatten in den letzten Jahren also eine massive Stärkung der Wachstumsbranche Software. Die Marktchancen und -nischen wurden entwickelt, und wir haben hier im Land ein außerordentlich positives Branchenklima. Dies werden wir auch erhalten, vor allem wenn wir die Gesamtrahmenbedingungen in der Bundesrepublik in Zukunft etwas unternehmerfreundlicher gestalten können.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Capuzzuto SPD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, wir müssen und werden auch zukünftig die Branche stärken.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Am Schluss.

Die Kapazitäten in der Fort- und Weiterbildung, in den unterschiedlichen Ausbildungsgängen, ob das in Pforzheim, Freiburg, Stuttgart, Karlsruhe oder anderswo ist, wurden ausgeweitet. Es wurden Bachelor- und Master-Studiengänge eingeführt. Wir können heute sagen, dass die Gesamtprognosen an notwendigen Mitarbeitern in diesem Bereich aufgrund des verlangsamten Wachstums deutlich nach unten korrigiert werden mussten. Dennoch können wir froh

sein: Auch im Jahr 2001 hatten wir ein Wachstum von 2 %, was ein großer Erfolg ist. Ich bin mir sicher, dass wir auch zukünftig hervorragende Fachkräfte haben werden, junge aktive, dynamische Leute, die diesen Markt positiv gestalten werden.

Herr Palmer, da ich gerade von jungen Leuten rede: Ihre Frage, bitte.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Frau Kollegin Fauser, ich hatte vor kurzem in der Tat ein Gespräch mit jungen Gründern in Tübingen – auch ein Cluster. Dort wurde mir gesagt, dass viele Existenzgründer jetzt gerade in Existenznöte geraten, weil sie in den weiteren Finanzierungsrunden kein Kapital mehr vom Kapitalmarkt bekommen können.

Nun frage ich Sie, weil mir dort diese Frage gestellt wurde: Was tut das Land für diese jungen Existenzgründer? Was tut das Land dagegen, dass hier eine ganze Existenzgründungsgeneration verloren geht? Welche Programme des Landes helfen diesen jungen Existenzgründern?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Basel abschaffen!)

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Palmer, wir haben in verschiedensten Bereichen Joint Ventures eingerichtet, wo junge Leute Risikokapital erhalten können.

(Abg. Fischer SPD: Wo?)

Es besteht die Möglichkeit – da dürfen sie gern auf mich zukommen, und zwar jeder Einzelne –, die Fälle zu prüfen, mit der Landesbank zu prüfen, welche Chancen und Möglichkeiten es gibt. Dann stellt sich die Frage: Welche Risiken? Denn in der Goldgräberstimmung der letzten drei Jahre wurden gewisse Projekte möglicherweise auch sehr unvorsichtig angegangen – es ist nicht immer alles zu finanzieren –, und es sind auch manche unsinnige Gedanken angestellt worden. Hier ist also fein säuberlich die Spreu vom Weizen zu trennen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Aber bei den Bereichen, die Erfolg versprechen, dort, wo sie gute Ideen haben, dürfen sie versichert sein: Das können wir vor Ort gemeinsam besprechen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich will mich in dieser Debatte auf drei Punkte beschränken.

Zunächst zum Titel dieses Antrags. Er lautet: „Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie“. Ich darf bei diesem Titel etwas mahnen: Wir sollten auf dem Teppich bleiben. Der Wohlstand in diesem Land wird nicht nur in der Informations- und Telekommunikationstechnologie erwirtschaftet. Es gibt noch andere wichtige Branchen: Ma-

(Dr. Witzel)

schinenbau, Kfz-Bau, Tourismus, Bauwirtschaft und wie sie alle heißen.

Wenn Frau Gräßle zum Beispiel jetzt sagt: „Software über alles“, dann sage ich, Frau Gräßle:

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wir müssen auch etwas an die klassischen Branchen denken.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es ist ohne Zweifel so, Herr Hofer: Die IT-Technologie ist eine Querschnittstechnologie, eine Schlüsseltechnologie. Aber allein wird sie nicht den Wohlstand sichern, sondern die Aufgabe ist, sie in die klassischen Bereiche, in die klassischen Branchen dieses Landes einzubauen, damit dort durch Integration der Informations- und Telekommunikationstechnologie wettbewerbsfähige Produkte entwickelt werden und somit der Wohlstand hier gesichert wird.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Aber gerne doch.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte schön, Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Kollege Witzel, sind Sie mit mir darin einig, dass es kein Fehler ist, wenn sich Debatantenredner an die gestellten Anträge halten? Dieser Antrag bezieht sich nun einmal ganz vornehmlich auf das Thema Unternehmenssoftware.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Er ist damit einverstanden!)

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Hofer, ich bin damit einverstanden. Ich hatte mich als Erstes auf den Betreff des Antrags bezogen und meinte, dieser Titel überhöht doch das Ganze und führt dazu, dass man die anderen Branchen, die es auch gibt, vielleicht vernachlässigt. Ich meine, wir müssen die IT-Technologie in die klassischen Branchen integrieren. Das als erste Bemerkung.

Zum Zweiten: Was tut die Landesregierung? Es ist jetzt mehrfach und genug aufgezählt worden, was alles auf Landesebene läuft, welche Spitzenplätze wir belegen und was die Landesregierung vorweisen kann.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Aber, Frau Gräßle und Frau Fauser, Sie können auch nicht abstreiten, dass im letzten Jahr dieser Weckruf aus der Wirtschaft kam.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Und kein Geringerer als Menno Harms, seines Zeichens Aufsichtsratsvorsitzender von Hewlett Packard, hat angemahnt, jetzt müsse etwas auf die Schiene gesetzt werden, jetzt müsse es vorangehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Das können Sie nicht abstreiten. Ich gebe zu: Die Landesregierung hat daraufhin ein neues Gremium installiert, das Beratungsforum BITS, und sie hat auch eine Lenkungsgruppe eingesetzt, hat auch Vertreter von Unternehmen dazugeholt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also!)

Alles richtige Sachen. Jetzt müssen wir einmal sehen, dass wir diesem Lenkungsgremium etwas Zeit lassen, und abwarten, was die herausbekommen.

Ich habe natürlich auch den Verdacht, der von der SPD geäußert wurde: Angesichts der Vielzahl von Initiativen, der Anzahl der verschiedenen Gremien, der Anzahl der verschiedenen Ministerien, die da zuständig sind, weiß ich nicht, ob das alles richtig koordiniert ist, sodass es letztendlich den Betrieben, auf die es hier ankommt, nutzt. Das ist die Frage. Ihr müssen wir zu gegebener Zeit nachgehen. Im Augenblick sollten wir diesem Beratungsforum BITS etwas Zeit lassen – ein Jahr ist vielleicht etwas zu knapp –, um deren Arbeit zu evaluieren. Aber man sollte das relativ zeitnah einmal angehen und fragen: Ist denn das, was da auf den Weg gebracht wird, auch richtig koordiniert?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr vernünftig!)

Das war die zweite Bemerkung.

Jetzt die dritte und letzte Bemerkung: Thema Aus- und Weiterbildung. Es ist ja bekannt, dass diese Branche unter einem Fachkräftemangel leidet.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nicht mehr!)

Ohne Zweifel ist es ja so, dass eine solide Ausbildung dazugehört: ein Hochschulstudium im Informatik- und Medienbereich. Aber es muss nicht unbedingt erst an der Hochschule beginnen, sondern schon in der Schule können Grundlagen gelegt werden – Grundlagen nicht unbedingt in dem Sinne, dass da schon Wesentliches erlernt wird, sondern die Grundlagen dafür, dass Interessen ausgerichtet werden, dass Schüler dieses Berufsfeld kennen lernen und dann ihre Berufswahl entsprechend treffen.

Ich muss sagen: In diesem Bereich der Informatik an der Schule hat Baden-Württemberg die Zeit einfach verschlafen. Wenn wir einmal schauen, was zum Beispiel vor fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen möglich war:

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Da gab es Informatikunterricht in der Mittelstufe, da konnten in der Oberstufe Leistungskurse gewählt werden. Davon konnte man in Baden-Württemberg bis vor wenigen Jahren schlicht und einfach nur träumen. In Baden-Württemberg gab es in der Oberstufe des Gymnasiums in den Klassenstufen 12 und 13 Informatikkurse im Wahlbereich, und die inoffizielle Sprechweise dieses Wahlbereichs heißt „Orchideenfächer“.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn man die Informatik als Orchideenfach bezeichnet und sie neben Philosophie und Psychologie einstuft, ist ja

(Dr. Witzel)

vielleicht nahe liegend, dass es dann nicht genug Nachwuchs in der IT-Branche gibt.

(Beifall des Abg. Seltenreich SPD)

Meine Damen und Herren, wir Grünen sehen im Augenblick keinen dringenden Handlungsbedarf für neue Aktivitäten des Landes. Wir unterstützen aber den Antrag der SPD, dass im Ausschuss ein genauer Bericht gegeben wird über die Verwendung der Fördergelder, die jetzt ausgeschüttet wurden. Wir mahnen an, dass dieses Beratungsforum BITS in naher Zukunft einmal einen Evaluationsbericht vorlegt, damit wir sehen, ob das, was alles vielfältig angeschoben wird, auch gut koordiniert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu dem vermeintlichen Weckruf von Herrn Harms. Ich schätze Herrn Harms außerordentlich,

(Zurufe von der SPD)

aber ich fürchte: Als er diesen Weckruf ertönen ließ, war er nicht so ganz informiert. Denn zu dieser Zeit lag ja schon die Studie von Roland Berger & Partner aus dem Jahr 2000 über Unternehmenssoftware vor. Und da wurde eben den baden-württembergischen Unternehmen bescheinigt, dass sie einen Weltmarktanteil von 7 % haben und Baden-Württemberg damit nach Silicon Valley die zweitstärkste Unternehmenssoftwareregion der Welt ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das wusste Menno Harms! Der ist doch nicht blöd!)

Das ist Faktum, und das hat er vielleicht nicht so ganz gewusst.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Das hat er nicht gewusst?)

– Ja, das war seine Sache.

Was ich aber gut finde: Er hat sich jetzt in die Pflicht nehmen lassen. Er ist nämlich Kovorsitzender von BITS geworden, zusammen mit Minister Palmer.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nun kann er all dieses umsetzen. Ich freue mich, dass ich für das Wirtschaftsministerium auch dabei bin. Die Wirtschaft ist dabei, die Wissenschaft ist dabei, und wir werden etwas hinbekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Dann kann nichts schief gehen!)

Natürlich dürfen wir uns – das ist klar – nicht auf diesen Erfolgen ausruhen. Das tut die baden-württembergische Wirtschaft nicht, das tut die Landesregierung nicht – siehe

die ausführliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD.

Aber, Herr Abg. Schmiedel, natürlich werden wir gerne auf Ihr Angebot zurückkommen, darüber weiter im Wirtschaftsausschuss zu sprechen, wenn die Verbundforschungsanträge durch sind, wenn man auch die Strukturen von BITS genauer sieht, wenn man sieht, wohin die Taskforce die Aufträge vergibt. Denn die Arbeit hat ja jetzt begonnen. Aber ich kann Ihnen sagen: Die wird mit sehr großem Engagement betrieben.

Einige Worte zum sehr wichtigen Bereich der Unternehmenssoftware. Wir haben die neue Initiative „do IT“. Diese Initiative ist im Jahr 2002 mit 440 Millionen € unterlegt gestartet. Davon sind 142 Millionen € für Infrastrukturmaßnahmen im IT-Bereich an den Hochschulen vorgesehen.

(Abg. Hauk CDU steht vor dem Platz des Abg. Schmiedel SPD und spricht mit diesem.)

– Herr Abg. Schmiedel, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, mir zuzuhören!

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung, Herr Staatssekretär! Das war mein Fehler!)

Sie haben ja gesagt, das fließe alles auseinander, es gebe zahllose Gremien und dergleichen. Das ist nicht so.

Erstens hat diese Offensive „do IT“ die Aufgabe, alle IT- und Medienprojekte des Landes zu bündeln, die sich an Unternehmer, an Hochschulen, an Forscher, an Verwaltung, an Studierende und Schüler wenden. Und das operative Geschäft macht die MFG. Das sind also dieselben Leute, die das machen und die dadurch einen umfassenden Überblick haben. Die MFG macht BITS, die MFG macht „Baden-Württemberg: Connected“ und macht „do IT“. Damit ist sichergestellt, dass sie wie eine Spinne im Netz sitzt und das nicht auseinander läuft, sondern zusammengehalten wird.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Schmiedel, zum Stichwort Branchenplattform: Die Aufgabenvielfalt verlangt, dass wir so viele Branchenplattformen gebildet haben. Aber auch hier haben wir natürlich darauf geachtet, dass das nicht auseinander fließt. Alle Projekte, alle Branchenplattformen wurden und werden vom Wirtschaftsministerium gefördert und vom Wirtschaftsministerium gesteuert. Wir wissen genau, wo was läuft. Insofern brauchen Sie keine Sorge zu haben, dass wir darüber nicht Bescheid wüssten.

Natürlich ist eine Plattform ganz wichtig: diese „E-Business-Community Baden-Württemberg“, bei der ja die Bürgerkarte herauskommen soll. Da sind wir vorn. Das haben Sie auch zugegeben, das ist auch richtig so. Wenn wir das für die Bundesrepublik Deutschland umsetzen können als Vorreiter – umso besser! Das werden wir, wenn es klappt, auch gerne tun.

Internationale Vernetzung ist natürlich genauso wichtig. Aber auch hier sind es wieder dieselben Organisationen – die MFG und die GWZ –, die das bündeln und zusammen-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

fassen. Wir wollen nicht – um das nur in einem Nebensatz zu sagen – nur mit Silicon Valley und Bangalore zusammenarbeiten. Da entwickeln sich weltweit noch viele interessante Cluster, zum Beispiel die Region Greater Washington oder Mumbai, das frühere Bombay. Das müssen wir mit im Auge behalten und dürfen uns nicht nur auf Bangalore konzentrieren – obwohl wir im Herbst mit einigen Unternehmen nach Bangalore fahren werden. Das eine schließt das andere nicht aus. Man muss sich doch selbst informieren.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, die SPD ist auch dabei. Darauf freue ich mich auch.

Zur Aus- und Weiterbildung: Herr Abg. Dr. Witzel, wir haben gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahren mit einem Projekt im Umfang von 222 Millionen DM die größte Aktion auf die Reise geschickt.

Herr Abg. Schmiedel, auf einen Punkt möchte ich noch eingehen.

(Abg. Schmiedel SPD unterhält sich erneut mit anderen Abgeordneten.)

– Herr Schmiedel, wenn ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit beanspruchen dürfte – anscheinend liegt es an mir,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein! – Abg. Hofer FDP/DVP: Weckruf!)

obwohl ich dauernd auf ihn eingehe!

Impulse im IT-Bereich: Sie haben das Programm GALILEO angesprochen; dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Das ist in der Tat eines der großen Zukunftsprogramme, die jetzt auf europäischer Ebene in Gang gesetzt worden sind. Bei meiner Reise nach Brüssel habe ich vor wenigen Wochen mit dem zuständigen Generaldirektor Lamoureux über genau dieses Programm gesprochen. Es gab zunächst Schwierigkeiten, bis das Programm auf den Weg geschickt worden ist. In seiner Ausformulierung ist es aber sicherlich eines der wichtigsten Programme im IT-Bereich. Deswegen habe ich den Generaldirektor gebeten, mir, wenn alles fertig ist, entsprechende detaillierte Unterlagen zuzuschicken. Darüber werde ich dann mit der Industrie sprechen, sie erwärmen und sie informieren, damit gerade die baden-württembergische Industrie in diesem auch aus meiner Sicht sehr wichtigen Programm GALILEO gut vertreten ist.

Abschließend, als Fazit: Die Landesregierung unternimmt im Bereich der IT-Technologien alles, um auch auf diesem Feld den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken und dadurch den Wohlstand in unserem Land zu mehrer. Auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss freue ich mich schon.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Wie wünscht der Antragsteller zu verfahren?

(Abg. Schmiedel SPD: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss!)

Es wird Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen. – Sie sind damit einverstanden; es erhebt sich kein Widerspruch.

Damit ist so beschlossen und Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Regionalmessekonzept – Drucksache 13/228**

Das Wort in der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Trotz aller Globalisierung spielen Regionen in der Wirtschaft eine wichtige Rolle. Viele Experten – auch das Berger-Gutachten – weisen darauf hin, dass sich die Regionen vorteilhaft im Wettbewerb positionieren können, wenn sie die Stärken der Region kombinieren, die wichtigen Akteure zusammenbringen und so regionale Cluster bilden. Zu einer solchen Konzeption gehört es auch, dass die Regionen eigene Messen haben, auf denen sie ihre Produkte und Konzeptionen wie in einem Schaufenster präsentieren und andererseits Kontakte auf nationaler und internationaler Ebene anknüpfen können.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Messe Freiburg. Der Raum Freiburg hat sich in den letzten Jahren bekanntlich als Solarregion profiliert. Das wird durch die Intersolar abgerundet. Diese Messe kommt seit zwei Jahren nach Freiburg. Auch nächste Woche wird sie wieder ihre Pforten öffnen und im Mittelpunkt des Interesses aller Solarfreunde stehen. Eine solche in sich schlüssige Konzeption verdient Unterstützung.

Wir Grünen fordern in unserem Antrag daher ein Konzept für die Förderung der Regionalmessen im Lande. Die Landesregierung hat zwar 1997 ein Entwicklungskonzept für Regionalmessen beschlossen. Aus den Zukunftsoffensiven I und II wurden dafür 75 Millionen DM bereitgestellt. Als diese Mittel im Herbst letzten Jahres verbraucht waren, stellte der Wirtschaftsminister die weitere Förderung aber infrage.

Daraufhin haben wir Grünen, als im letzten Herbst diese Ankündigung kam, den vorliegenden Antrag eingebracht und ein Förderkonzept für die Regionalmessen eingefordert; denn es ist kleinkariertes Denken, ein sinnvolles Fördervorhaben nur deshalb einzustellen, weil keine Sondermittel mehr verfügbar sind. Eine solche Sparpolitik, die die Förderung zu einem willkürlichen Zeitpunkt einstellt und damit diejenigen bestraft, die bei der Erarbeitung ihres Messekonzepts etwas länger nachgedacht haben, ein solcher abrupter Stopp ließe sich wirtschaftspolitisch in keiner Weise begründen.



(Dr. Witzel)

Besonders pikant an den Überlegungen des Wirtschaftsministers ist, dass der Minister die Kürzungen bei den Regionalmessen just zu einem Zeitpunkt ins Gespräch brachte, als ihm – oder zumindest in seinem Hause – die Kostensteigerung bei der Messe Stuttgart schon bekannt war. Meine Damen und Herren, so kann es nicht gehen: einerseits die Kostensteigerung bei der Messe auf den Fildern stillschweigend akzeptieren und gleichzeitig die Messen draußen im Land als Steinbruch zur Haushaltskonsolidierung freigeben.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Skandalöser Zentralismus! – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Laienschau-spieler!)

Es ist gut und richtig, dass die Landesregierung diesen Kurs zwischenzeitlich korrigiert hat.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ich meinte den Kollegen Boris Palmer! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Jetzt sollen alle Regionen, die bis Mitte 2003 konkrete Pläne für ihre Messe vorlegen, eine 15-prozentige Förderung erhalten. Aus unserer Sicht ist das eine vernünftige Regelung. Ich denke, dass damit auch die Regionen einverstanden sein können, insbesondere auch deshalb, weil ihnen jetzt ein klarer Termin genannt wird, zu dem sie ihre Konzeption vorlegen können.

Wenn Sie die Zeitung gelesen haben, haben Sie sicherlich auch mitbekommen, dass unser Fraktionsvorsitzender Winfried Kretschmann öffentlich infrage gestellt hat, dass das Land Messen überhaupt noch fördern soll, wo doch auf anderen Gebieten großer Finanzierungsbedarf besteht. Ich meine, wir sollten in dieser Sache deshalb einen Zeitpunkt setzen, bis zu dem eine Förderung möglich ist. Danach können wir eine Grundsatzdebatte führen. Eine Regelung, wonach den Regionen bis Mitte 2003 Zeit gegeben wird, ihre Konzepte vorzulegen, steht dem nicht entgegen.

Meine Damen und Herren, eine Diskussion über die Mes-selandschaft des Landes erfordert natürlich auch spezielle Aussagen zur Messe auf den Fildern. Wir Grünen lehnen diese Messe bekanntlich ab, weil sie zum Beispiel verkehrspolitisch nicht darstellbar ist, weil sie unseriös – nämlich nur über neue Schulden – finanziert werden soll und weil sie von der Filderregion und auch der Stadt Leinfelden-Echterdingen abgelehnt wird.

Sollte diese Messe trotz der jetzt vorliegenden über 20 000 Einwendungen doch noch genehmigt werden, so ist nicht einsichtig, weshalb die Messe auf den Fildern derartig privilegiert wird – zum Beispiel gegenüber dem Messestandort Karlsruhe, der schon jetzt grenzüberschreitende Bedeutung erlangt hat. Sollte die neue Messe Stuttgart tatsächlich und gegen unser Votum kommen, fordern wir, dass sich auch dort die Förderung an den 15 % orientiert, die jetzt den Regionalmessen zugesagt werden.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, zur weiteren Behandlung unseres Antrags beantrage ich die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. In der Stellungnahme der Landesregie-

rung fehlen noch Berichte über die Entwicklungen an den einzelnen Messestandorten. Das sollte aber nicht hier im Plenum diskutiert werden, sondern ich denke, diese Beratungsvorlage und die Diskussion darüber gehören richtigerweise in den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Witzel, Sie sind zwar körperlich groß, aber nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Was Sie hier vorgetragen haben, ist eher Vergangenheitsbewältigung als ein Blick in die Zukunft. Was Sie angesprochen haben, ist aus unserer Sicht mittlerweile erledigt.

Punkt 1: Das Land ist eben nicht aus der Förderung der Regionalmessen ausgestiegen, sondern hat für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 jeweils 5,2 Millionen € zur Verfügung gestellt, mit denen wichtige Regionalmessen gefördert werden können.

(Abg. Schmiedel SPD: Viel zu wenig!)

Unlängst entschied darüber das Landeskabinett, und wir haben es auch über die entsprechende Berichterstattung erfahren: Der Ausbau der Regionalmessen von Karlsruhe, Sinsheim und auch Friedrichshafen wird gefördert. Karlsruhe hat damit immerhin einen Betrag von 22,3 Millionen € bekommen, die Messe Sinsheim einen Betrag von 1,4 Millionen € und die Messe Friedrichshafen nochmals einen Betrag von über 20 Millionen €. Insgesamt ist das ein ordentliches Fördervolumen, um diese Regionalmessen in einem verschärften Wettbewerb um Messestandorte für die Zukunft zu rüsten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und wie viel war Stuttgart teurer?)

Deshalb sage ich ganz bewusst: Das Land – die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen – hat hier nicht nur den Standort Stuttgart als bedeutsamen Landesmessestandort im Auge, sondern auch das dezentrale Konzept der Regionalmessen. Wir wollen eine faire Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen sowie den Trägern dieser Messen und sind uns auch bewusst, dass diese Messen eine regionale Bedeutung haben, aber dass natürlich das lokale Finanzvolumen vor Ort begrenzt ist. Deshalb ist das Land auch bereit, seinen Beitrag zu leisten.

An dieser Stelle muss man auch einmal feststellen, dass das bisherige Fördervolumen allein für die Regionalmessen im Zeitraum von 1997 bis 2001 die Größenordnung von immerhin 269,7 Millionen € gehabt hat, also eine gute halbe Milliarde DM in den Ausbau der Regionalmessen geflossen ist. Deshalb kann man das nicht so abtun, als ob das nichts sei.

Für die nächsten Jahre wurde ein Verfahren – auch auf Biten der CDU-Fraktion – festgelegt, durch das es möglich

(Dr. Birk)

wird, die Ausbauprojekte, die noch anstehen, mit der Unterstützung des Landes zu realisieren. Bis Mitte oder Ende 2002 sollen die Ausbauprojekte grundsätzlich beim Land, beim Wirtschaftsminister angemeldet werden. 2003 soll dann eine Konkretisierung der Planung erfolgen, sodass über den Förderbeitrag des Landes entschieden werden kann. Auch hier gilt unsere Zusage, dass wir den Regionalmessen auch künftig einen Förderbeitrag von bis zu 15 % der Investitionskosten ermöglichen wollen. Auch hier hält das Land Wort. Insofern kann ich nicht verstehen, weshalb Sie diese Debatte heute in dieser Form führen möchten; denn die Hausaufgaben und die Bringschuld des Landes wurden damit erledigt.

Ich denke, wir müssen aber auch sicherstellen, dass alle Regionalmessestandorte gleich bedient werden. Deshalb wird es auch eine wichtige Aufgabe in den kommenden Monaten und im nächsten Jahr sein, die Kriterien festzulegen, anhand derer die Regionalmessen gefördert werden können. Es ist der Auftrag an das Wirtschaftsministerium, den Katalog der förderfähigen Kosten zu erstellen und dann zu einer abschließenden Liste der förderfähigen Messeinvestitionen zu kommen.

Ich denke, dass die noch ausstehenden Messen – Freiburg, Mannheim, Offenburg, Sindelfingen, Ulm und Villingen-Schwenningen – weiterhin auf das Land vertrauen können. Es liegt jetzt an den Kommunen, an den kommunalen Messträgern, ihre Investitionen zu beziffern, ihre Planungsprojekte weiter voranzutreiben und dann auf das Land zukommen. Deshalb bin ich auch optimistisch, dass wir ab 2003 ff. weiterhin eine regionale Messförderung haben werden. Wir wollen damit auch zum Ausdruck bringen – das war ja auch bei der Debatte zur Landesmesse ein ganz wesentlicher Punkt –, dass wir auch angesichts der Kostensteigerungen bei der Landesmesse die regionalen Standorte nicht benachteiligen wollen, sondern dass wir ihnen eine faire Entwicklungschance einräumen. Denn wir wissen sehr wohl, was es für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg bedeutet, wenn wir eine leistungsfähige Messe Friedrichshafen im Dreiländereck haben oder eine Messe in Karlsruhe, die auch eine Ausstrahlung in Richtung Rheinland-Pfalz und Frankreich hat. Insofern denke ich, dass das Konzept, das derzeit im Regionalmessebereich vorhanden ist, auch in der Zukunft tragfähig ist und dass es uns dadurch gelingt, abgewanderte Messen wieder nach Baden-Württemberg zu holen oder die regionalen Standorte so auszustatten, dass sie ihre Messen behalten können und damit die regionale Wirtschaftskraft entsprechend gefördert wird.

Letzte, abschließende Bemerkung: Die SPD-Fraktion hat seinerzeit einen Vorschlag eingebracht, wie man einen Teil der Mittel der Landesmesse in Mittel für die Regionalmesseförderung umwidmen kann. Ich vermute sehr stark, dass dieser Vorschlag heute auch noch einmal eine Rolle spielen könnte.

(Abg. Schmiedel SPD: Ein guter Vorschlag!)

Wir waren schon damals der Meinung, dass es unseriös ist,

(Abg. Schmiedel SPD: Na!)

die äußeren Erschließungskosten der Landesmesse ab dem Jahr 2007 durch die Betreibergesellschaft dieser Landes-

messe zu realisieren, erstens weil es dazu schon eine gewisse Anrechnung in früheren Jahren gegeben hat und zweitens weil wir zunächst einmal diese Betreibergesellschaft in die Lage versetzen müssen, gewinnorientiert zu arbeiten. Insofern halten wir diesen Vorschlag nicht für zielführend. Er ist auch kein Beitrag, um die Regionalmessen zu unterstützen und zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der letzte Appell geht an die Regionalmessebetreiber, sich stärker abzustimmen und nicht in einen gegenseitigen Verdrängungswettbewerb einzutreten. Da, glaube ich, ist es schon wichtig, dass alle, die jetzt noch Ausbauprojekte verwirklichen wollen, sich im Klaren sein müssen, dass der Messemarkt in Deutschland und auch in Baden-Württemberg nicht noch stärker wachsen kann, als er in den letzten Jahren gewachsen ist, und dass man deshalb umso stärker darauf bedacht sein muss, nicht in einen gegenseitigen Verdrängungswettbewerb zu gehen, sodass die jeweiligen Infrastrukturen vor Ort nicht optimal genutzt werden können.

Unser Ziel ist es, dass die Landesmesse rasch realisiert wird, aber auch alle Regionalmessen, sofern sie Ausbauprojekte in den nächsten Jahren durchführen wollen, dies mit dem Land als Partner tun können, gleichzeitig aber auch Sorge dafür getragen ist, dass es zu einer gleichmäßigen Auslastung dieser Regionalmessestandorte kommt. Wir sind optimistisch, dass das Wirtschaftsministerium, das dafür die Federführung hat, in der Lage ist, diesen Prozess weiterhin voranzutreiben.

Insofern, Herr Kollege Witzel, denke ich, dass wir Ihrem Anliegen gerecht geworden sind. Wenn Sie sich heute hier hinstellen und die Regionalmesseförderung in den Vordergrund rücken, dann muss man sich natürlich schon fragen, wie Sie eigentlich mit der Landesmesse in Stuttgart umgehen, die wir auch deshalb einrichten, damit der Messestandort Baden-Württemberg gestärkt wird. Da müssen Sie sich schon fragen lassen, ob Sie auf diesem Gebiet eigentlich noch glaubwürdig sind,

(Beifall bei der CDU)

glaubwürdig eine Regionalmesseförderung vertreten können, wenn Sie gleichzeitig gegen die Landesmesse sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

**Abg. Rivoir SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist ja schon ziemlich spät, aber das Haus ist voll. Das ist wunderbar. Wahrscheinlich liegt das auch daran, dass es draußen richtig heiß und hier angenehm kühl ist.

(Abg. Zeller SPD: Und jeder hat eine wichtige Messe!)

– Genau! Und jeder hat eine wichtige Messe in seinem Wahlkreis.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Ausführungen machen, nicht nur rückblickend, sondern auch in die

(Rivoir)

Zukunft gerichtet. Ich denke, man muss an dieser Stelle schon einmal schauen, wie das im letzten Herbst war, als der Herr Minister angekündigt hat

(Abg. Dr. Birk CDU: Vergangenheitsbewältigung!  
Wir blicken doch in die Zukunft!)

– das ist schon wichtig, um das Ganze zu verstehen –, die Förderung für die Regionalmessen einzustellen. Damals ging ein Riesenaufschrei durch unser Land. Aber es war halt die übliche Geschichte: ein Schnellschuss, eine Ankündigung, dann ein großer Aufschrei und dann ein schnelles Zurückrudern. Das ist, so habe ich den Eindruck, meine Damen und Herren,

(Abg. Zeller SPD: Typisch Döring!)

das typische Politikmuster, das wir ab und zu aus diesem Wirtschaftsministerium zu hören bekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel  
GRÜNE)

Der Minister hatte wieder einmal einen Versuchsballon gestartet. Er ist ungewöhnlich schnell, nämlich bereits nach zwei Tagen, wieder geplatzt, weil da alle Fraktionen gesagt haben: So geht es nicht. Also ein Döring'scher Versuchsballon, der ganz schnell geplatzt ist. Normalerweise dauert es ja immer etwas länger, bis sie geplatzt sind. Bei der Privatisierung der Klinika oder bei den Zuschüssen für das Handwerk dauerte es ein paar Tage. In diesem Fall waren es nur zwei Tage.

Aber ernsthaft will ich Folgendes sagen: Das Ansinnen, die Förderung der Regionalmessen einzustellen, war unter verschiedenen Gesichtspunkten wirklich keine Meisterleistung. Zum einen war das unter taktischen Gesichtspunkten keine Meisterleistung; der Kollege hat das angeführt. Welche Botschaft geht denn da ins Land hinaus? Einerseits will man die Landesmesse bauen – ich bin auch dafür –,

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

und es sind Kostensteigerungen bei dieser Landesmesse zu verzeichnen, und andererseits will man die Zuschüsse für die Regionalmessen streichen und diesen Messen dadurch die Entwicklungschancen nehmen. Ich denke, das war eine ungute Botschaft, die draußen im Land sicher nicht falsch verstanden worden ist.

(Abg. Zeller SPD: Eine völlig falsche Wirtschaftspolitik war das!)

Das ist eine falsche Botschaft für die Wirtschaftspolitik in diesem Land. Ich meine, dies war politisch unverantwortlich. Ich denke, wer die Landesmesse durchsetzen will, muss eben auch die regionalen Messen stärken und sie weiterhin entsprechend fördern.

Meine Damen und Herren, hier geht es aber nicht nur um Taktik und politisches Geschick,

(Zuruf von der CDU: Wenn das alles ist, was Sie zu kritisieren haben!)

sondern auch um die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region und unseres Landes. Wer nämlich den Messestandort Baden-Württemberg weiterentwickeln will, darf nicht nur die Mitte stärken, sondern muss auch alle dezentralen Standorte auf Zeit und Dauer entwickeln und stärken. Baden-Württemberg – das ist ein Fakt – ist schon heute das Land mit der größten Messedichte Deutschlands. An 17 Standorten finden fast 200 Messen statt. Meistens haben sie eine regionale Bedeutung, aber es gibt durchaus auch Messen – Fachleute sagen, dass es an die 16 sind –, die eine überregionale, nationale und teils sogar internationale Ausstrahlung haben.

All diese Messen erbringen eine sehr hohe Wertschöpfung. Dort läuft ordentlich Geschäft. Sie haben eine Katalysatorwirkung. Die Anbieter finden ihre Kunden, man trifft sich, Kundenkontakte werden gepflegt. Dies ist eine ganz wichtige Angelegenheit für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Es geht auch nicht nur um die Geschäfte selbst, die auf diesen Messen gemacht werden, sondern um das Drumherum, um die so genannten Sekundäreffekte, meine Damen und Herren. Die Hotellerie, die Gastronomie, der Messebau, das Handwerk, also der typische Mittelstand, all diese Unternehmen profitieren von diesen Messen. Es wird geschätzt, dass in Baden-Württemberg pro Jahr – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – 6 Milliarden € allein in diesem Bereich umgesetzt werden.

Deswegen sind wir dafür, dass diese Regionalmessen weiter und auch besser gefördert werden. Ich finde auch, dass dies eine relativ vernünftige, gute und kluge Form der Wirtschaftspolitik ist. Man kann nämlich mit relativ geringen Zuschüssen, mit geringen öffentlichen Geldern große Investitionen vor Ort auslösen, die sich dann im Endeffekt selbst tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

– Verehrte Kollegen, Sie klatschen schon Beifall, aber das stimmt auch. Diese Investitionen haben aber noch einen besonderen Charme. Diese Investitionen haben nämlich für unsere Haushalte keine weiteren Folgekosten. In unseren Haushalten befinden sich viele Investitionsmittel, die in den kommenden Jahren Folgekosten verursachen. Diese Messezuschüsse sind einmalig und tragen sich dann vor Ort. Deswegen meinen wir, dass das gut angelegtes Geld ist.

Nach dem Aufschrei und dem Zurückrudern des Ministers stimmt im Moment grundsätzlich die Richtung, die die Landesregierung eingeschlagen hat, nämlich die Regionalmessen weiter zu fördern. Wir haben uns zwar vorgestellt – Sie haben es angesprochen –, dass man das mit etwas mehr Geld macht, in der Haushaltsdebatte war aber keine entsprechende Mehrheit dafür zu finden. Wie gesagt: Die Richtung stimmt aber.

Eines muss auch klargestellt werden – ich glaube, das muss von dieser Debatte heute schon ausgehen –: Es darf nicht sein, dass die Förderung der Regionalmessen im Jahr 2004 eingestellt wird – so ist es im Moment vorgesehen. Im Moment sieht es so aus. Für zwei Jahre sind Gelder eingestellt, und man sagt, danach ist Schluss. Jetzt sollen alle anmelden, aber dann gibt es nichts mehr. Das ist eine Geschichte,

(Rivoir)

die so nicht laufen kann. Ich denke, heute muss die Botschaft hinausgehen, dass wir den Regionalmessen auch in den Folgejahren Geld geben und sie entsprechend modernisieren.

(Abg. Dr. Birk CDU: Natürlich! Aber sie müssen irgendwann ihre Anträge einreichen!)

– Ja. – Eines ist klar: Messegeschäft ist immer Erneuerung, ist immer Veränderung; da ist man nie fertig. Attraktive Messegelände leben davon, dass sie ständig modernisiert werden. Entsprechend sind auch Investitionen notwendig.

(Beifall des Abg. Zeller SPD)

– Danke; vereinzelter Beifall.

(Beifall des Abg. Moser SPD – Zuruf von der CDU: Und der bekommt gleich einen Schwächeanfall!)

Meine Damen und Herren, die Untersuchungen und die Prognosen über das mittel- und langfristige Investitionsvolumen in diesem Bereich der Messen ergeben ein Förder volumen in der Größenordnung von etwa 50 Millionen €. Das ist eine ordentliche Stange Geld, über viele Jahre hinweg, aber das ist Geld, das unsere Messegesellschaften benötigen, um sich modern und attraktiv zu halten. Das sind Investitionen, die nicht getätigt werden, wenn wir sie nicht entsprechend bezuschussen. Sonst liegt dieses Geld im Endeffekt brach.

(Abg. Fleischer CDU: Wo liegt denn das Geld? Die Adresse hätte ich gerne!)

Diese Zuschüsse sind notwendig, um die Messen auch wirtschaftlich betreiben zu können. Meine Damen und Herren, deswegen lautet die Botschaft, die heute hinausgehen muss: Die öffentliche Hand darf sich aus der Messförderung nicht zurückziehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Lassen Sie mich ausreden; ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und komme gleich auf Sie zurück. – Die öffentliche Hand darf sich nicht aus der Messförderung zurückziehen, sondern sie muss sich verstärkt um diesen gesamten Bereich kümmern. Es geht nicht nur darum, dass man mit viel Geld hineingeht, sondern es gibt auch ein paar Sachen, die man machen kann, ohne dass viel Geld in die Hand genommen werden muss. Ich will drei Punkte nennen.

Der erste Punkt ist schon angesprochen worden: Wir brauchen eine Marktuntersuchung, eine Strukturanalyse unserer Messelandschaften. Darauf basierend muss dann das Regionalförderkonzept der Messen weiter fortgeschrieben werden. Das heißt, wir brauchen eine Perspektive für die Messestandorte in Baden-Württemberg.

Einen zweiten Punkt will ich anregen: Wir brauchen – ich glaube, das ist im bundesweiten Vergleich auch wichtig – eine gemeinsame Vermarktung des Messeplatzes Baden-Württemberg. Messestandort, Messeplatz Baden-Württemberg ist eine Botschaft, die hinausgehen muss. Wir müssen für diese Standorte zusammen etwas tun. Ich denke, das ist auch eine Aufgabe des Ministers.

Den dritten Punkt hat Herr Kollege Birk angesprochen: die Kooperation und die Vernetzung der verschiedenen Messen, ohne dass sie gegenseitig in Konkurrenz treten und gegenseitig Kunden abwerben. Ich denke, dies ist im enger werdenden Wettbewerb eine wichtige Aufgabe, die auch der Minister stärker wahrnehmen sollte.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Die Kommunen in Baden-Württemberg, aber eben auch die privaten Messebetreiber – diese gibt es ja auch – müssen wissen, dass sie in Stuttgart verlässliche Partner haben. Im Moment blicken sie aufgrund der Nachrichten, die da kommen, eher sorgenvoll in die Landeshauptstadt. Deswegen müssen wir dafür sorgen, meine Damen und Herren, dass eine Verstärkung der Förderpolitik eintritt, dass Klarheit über die Rahmenbedingungen herrscht und dass mit einer Intensivierung des Engagements in diesem Bereich Klarheit für diesen wichtigen Wirtschaftszweig geschaffen wird.

Jetzt bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es gehört: Die Landesregierung bzw. das Kabinett hat Mitte Mai ein Messekonzept beschlossen. Zweite Feststellung: Sie ist damit ohne jegliche Abstriche einem Vorschlag des Wirtschaftsministers gefolgt.

(Lachen des Abg. Schmiedel SPD)

– Ich komme darauf. Ich werde Ihnen das erklären: ohne jegliche Abstriche. Hören Sie zu.

Drittens: Dieses Konzept, diese Vorlage entspricht genau dem,

(Abg. Schmiedel SPD: Dem, was er schon immer wollte!)

was der Minister Anfang des Jahres zugesichert hat, nämlich bemüht zu sein, eine gleichmäßige und gerechte Regionalmessenförderung zu ermöglichen.

Das ist ein Konzept – deshalb trage ich es Punkt für Punkt vor –, das ganz –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Oh!)

– Ja; vorhin haben Sie sich auch die Zeit genommen. Es lohnt sich auch zuzuhören; denn es ist gar nicht so leicht, die Schlüssigkeit herzustellen, um die Dinge in einer hervorragenden Weise unter einen Hut zu bringen und auch dem landespolitischen Ausgleichsgedanken Rechnung zu tragen.

Zunächst einmal muss man sagen – da will ich Sie korrigieren –, dass das Fördervolumen insgesamt noch einmal angehoben werden muss, und zwar über das Jahr 2004 hinaus. Der Kabinettsbeschluss beinhaltet eben nicht, dass die Förderung 2004 zu Ende ist, sondern sagt, dass ab 2004

(Hofer)

noch Förderbedarf besteht. Es wäre geradezu widersinnig, im dritten Quartal des Jahres 2003 eine Konzeption zu verlangen und zu wissen, dass dann kein Geld vorhanden ist. Es ist im Grunde genommen sogar so – das geht sogar bis an die Grenze des finanzpolitisch Vertretbaren –, dass ein Vertrauenstatbestand geschaffen wird. Denn wer jetzt anmeldet und im dritten Quartal 2003 darauf vertraut, dass er Zuschüsse bekommt, dem kann man hinterher nicht sagen: Ätsch. Im Grunde genommen ist das finanzpolitisch ein Wechsel auf die Zukunft. Deshalb muss man auch davon ausgehen: Wenn das beschlossen worden ist, gibt es anschließend auch die Weiterführung.

Man hat dann als Erstes richtigerweise darüber entschieden, was mit den Haushaltsmitteln, die jetzt im Doppelhaushalt zur Verfügung stehen, zu machen ist – das sind nämlich jene Maßnahmen, die jetzt konkret anstehen und beantragt sind –, und nicht Sachen finanziert, über die sich die Leute erst den Kopf zerbrechen: Das ist die Messe in Karlsruhe, das ist die Messe in Friedrichshafen, und das ist die Messe in Sinsheim. Diese Messen werden sichergestellt. Übrigens sehen Sie daran, wie eng das im Ministerium ist. Sie sagen ja immer, eine gute Botschaft ist, wenn mehr Geld bereitgestellt wird. Nein, eine gute Botschaft ist auch, zu sagen, wo das Geld aufhört. Das ist zwar nicht so populär, aber das muss man machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb sage ich: Wenn das Wirtschaftsministerium noch einmal eine halbe Million zulasten anderer Förderprogramme ausgeschwitzt hat, weil nur dann das Geld für die drei Anträge reicht, dann ist das aller Ehren wert. Sie sollten das nicht immer so negativ darstellen. Das Geld zusammenzukratzen ist viel besser, als die Spendierhosen anzuziehen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vor allem schwerer!)

mit 100 Millionen €, die absolut unseriös sind, wie jeder weiß,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

und die zeitlich nicht zusammenpassen. Jeder weiß, dass die Stuttgarter Messengesellschaft mit ihrem Beitrag längst zur Finanzierung der Landesmesse herangezogen wurde und an die Obergrenze des Vertretbaren gegangen ist.

(Abg. Wintruff SPD: Ein Nasenwasser für Stuttgart!)

Wenn dann im dritten Quartal die Dinge angemeldet werden – ich will da einmal gar nicht auf den zweistelligen Millionenbeitrag eingehen, ob das 50 oder 10 Millionen sind –,

(Abg. Wintruff SPD: Karlsruhe!)

dann wird man eine Gesamtkonzeption auch über die Finanzierbarkeit machen müssen. Übrigens wird man an dieser Stelle auch fragen müssen: Wie ist der Stand des Wettbewerbs? Darauf komme ich noch einmal zu sprechen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Das ist, wie gesagt, nur dann zu rechtfertigen – dieser Meinung bin ich; dazu werde ich noch kommen –, wenn man diese Messeförderung nicht ad infinitum weiterführt, sondern wenn man dann auch klipp und klar sagt: Ab 2006, wenn wir zurückführen wollen, ist dann auch Schluss. Wer sich darum drückt, der macht den Leuten etwas vor. Das ist genau das Gegenteil von Vertrauen schaffen.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Die Regelung geht bis an die Grenze der Belastungsfähigkeit des Landes. Wenn Sie von der SPD, wie der Hase und der Igel, immer sagen: „Ich bin schon hier“, und noch immer Millionen aus dem Hut zaubern, dann glaubt Ihnen das niemand.

(Abg. Dr. Birk CDU: Unseriös!)

Das Entwicklungs- und Förderkonzept für die Regionalmessen hat übrigens unsere Koalition 1997 auf den Weg gebracht. Was haben wir denn gewollt? Wir wollten eine Initialzündung geben. Wir wollten erreichen, dass die Regionalmessestandorte hier die Startpositionen haben, um im Wettbewerb bestehen zu können. Und die Stellungnahme zu Ihrem Antrag zeigt, dass die Regionalmessen das in aller Regel auch gut genutzt haben.

Wir haben dann schon unterschieden: Karlsruhe und Friedrichshafen haben natürlich mehr als den damaligen Regel-fördersatz von 10 % bekommen: Friedrichshafen 20 %, Karlsruhe 15 %. Das ist auch richtig. Das sind die beiden Messen, die unter den Regionalmessen teilweise auch internationale Bedeutung haben. Das hat man berücksichtigt.

Es ist keine Frage – wer wollte das leugnen? –: Das war eine landespolitische Entscheidung. Sie hatte natürlich schon einen Einfluss, wenn man gerecht ausgleichen will und wenn man sieht, dass wir bei der Messe in Stuttgart gleichzeitig Kostensteigerungen haben. Nur hat man dennoch richtigerweise kritisch hinterfragt, ob es denn richtig ist, nur deshalb mehr Geld zu fordern, weil es woanders teurer wird. Das ist doch Unsinn.

Im Übrigen fragen Sie einmal die Freiburger. Ich habe das neulich einmal gemacht. Die sagen Ihnen: Es ist doch Blödsinn, dann einfach zu sagen: „Da gibt es mehr Geld, und dafür gibt es dort auch mehr.“ Den Ausgleichsgedanken kann man dann auch woanders ansetzen, zum Beispiel bei der Verkehrsinfrastruktur und vielem anderen mehr.

Wenn man dennoch jetzt zusätzlich einen Zuschuss von 15 % von der Kostensteigerung in Karlsruhe und den Kosten für die Erweiterungen in Sinsheim und Friedrichshafen gegeben hat, dann deshalb, weil das hier absolut Notwendigkeiten sind. Karlsruhe hat eine Kostensteigerung – das gibt es nicht nur in Stuttgart; ich sage es noch in D-Mark – von 200 Millionen DM auf immerhin 290 Millionen DM. Bei dieser Kostensteigerung kann man nicht sagen: „Die interessiert uns nicht, aber die Kostensteigerung in Stuttgart interessiert uns.“ Deshalb hat man dort einen Fördersatz von 15 % angesetzt. Das ist korrekt.

Sinsheim ist der einzige Standort einer privaten Messe, der wichtigste in ganz Deutschland. Er ist bisher eigentlich – weil wir immer nur die öffentlichen Bereiche gefördert ha-

(Hofer)

ben – sehr vernachlässigt worden. Deshalb ist es nur richtig, dass die nun auch einmal eine 15-prozentige Förderung bekommen. Ich gönne es ihnen. Das sind übrigens die Einzigen, die Investition und Betrieb bisher mit schwarzen Zahlen führen.

(Abg. Fleischer CDU: Ja! – Abg. Pfister FDP/  
DVP: Das ist wahr, ja!)

Friedrichshafen – das brauche ich nicht zu erwähnen – braucht als internationaler Standort dringend die Erweiterung.

Diese 15 % sind also, wie der Minister gesagt hat, durchgehalten worden. Es ist übrigens auch interessant: Im Endergebnis – ich glaube, das wurde vorhin schon einmal gesagt; ich betone es aber noch einmal – bekommen Friedrichshafen und Karlsruhe nahezu den identischen, den gleichen Betrag, nämlich etwas über 22 Millionen €. Wenn Sie sehen, wo der Wunschtraum ist und wo das angelangt ist, stellen Sie fest: 37,5 Millionen € waren in Karlsruhe beantragt. Nun bekommen sie 22 Millionen €. Das ist mehr als nichts. Bei den Mitteln ist man wirklich an einer Belastungsfähigkeit, die angeht.

(Abg. Schmiedel SPD: Da fehlen aber noch  
15 Millionen €!)

Was den Förderungsbedarf für die übrigen Messen angeht, die ihren Bedarf noch nicht angemeldet haben, bin ich einfach vorsichtig, weil ich erst einmal hören will, was dort angemeldet wird. Aber man muss nicht nur wegen der Finanzen aufhören. Wenn man 2006 zurückführen will, kann ich nicht sagen: Das führen wir weiter fort. Früher wurde in der Debatte einmal gesagt: Manchmal hat man den Eindruck, die Förderung der Regionalmessen sei Ihnen wichtiger als die Förderung von Schulbauten. Aber ich muss Ihnen an dieser Stelle einmal sagen: Die Messen stehen auch in einem Wettbewerb untereinander. Natürlich hat die Erweiterung und die Verlegung der Messe in Karlsruhe Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation in Sinsheim.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig!)

Wenn Sie jetzt immer munter weiter jedem Geld geben, dann ist das wie eine Hochschaukelei.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Vielleicht sollte man  
denen keines geben!)

Wenn die Standorte die Startposition haben, dann müssen sie selbst entscheiden, welche Prioritäten sie setzen und wie wichtig ihnen der Messestandort unter Zurückstellung anderer Infrastrukturen ist. Da kann das Land doch nicht immer wie mit einem Füllhorn drübergehen. Ich finde es gut, dass der Wirtschaftsminister hier auch einmal deutlich gesagt hat: Es muss auch einmal ein Ende der von uns erfindenen Messeförderung geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg.  
Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Boris Palmer  
GRÜNE: Und zwar möglichst bald!)

Ich will noch den letzten Punkt anschneiden, weil er meines Erachtens auch zu kurz gekommen ist: Die Standorte müssen dann überlegen, inwieweit sie die Wirtschaft mit

einbinden. In Karlsruhe läuft alles wunderbar. Aber die Beteiligung der Wirtschaft läuft dort genauso wenig wie bei der Stuttgarter Messe.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt aber nicht, Herr  
Hofer!)

Das ist ja auch kein Wunder. Ich kann Ihnen sogar die Zahlen nennen. Ich habe beim letzten Treffen noch mit den Oberbürgermeistern in Baden-Baden gesprochen.

(Abg. Fischer SPD: Aber sie läuft mit über die  
Kreise!)

– Ich sage Ihnen sogar die Zahl: Von 290 Millionen DM Gesamtkosten der Messe in Karlsruhe wurden genau 800 000 DM – von 290 Millionen! – von der Wirtschaft aufgebracht. Fragen Sie den Betreiber der Messe dort. Er sagt: Da müssen wir uns etwas einfallen lassen. Das ist aber nicht eine Börsartigkeit der Wirtschaft, sondern das liegt daran: Sie können doch nicht erwarten, dass die IHK über Umlagen Spenden macht. Da wären Sie sofort am Ende der Fahnenstange. Sie müssen der Wirtschaft ordentliche Beteiligungsmöglichkeiten geben, damit sie sich unternehmerisch beteiligen kann. Das wird auch die Zukunftsaufgabe der Messestandorte sein.

Ich kann nur sagen: Es ist eine hervorragende Regelung, die jetzt gefunden worden ist. Herzliche Gratulation!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So, jetztetle!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin den Kollegen Dr. Birk und Hofer ausdrücklich dankbar für die sachgerechte Darstellung, die sie da abgegeben haben.

(Abg. Zeller SPD: Kollege Rivoir war der Sachge-  
rechte!)

– Was ist?

(Abg. Zeller SPD: Kollege Rivoir war der Sachge-  
rechte!)

– Nein. Bei Herrn Rivoir fange ich gleich einmal damit an, dass er an einer Stelle etwas an die Wand malt,

(Abg. Zeller SPD: Was stimmt!)

was überhaupt nicht der Wahrheit entspricht, und gleich mahnend den Finger erhebt, dass er das Konzept der Regionalmessen dann über 2004 hinaus rette. Verehrter, lieber Herr Kollege, Herr Hofer hat es Ihnen ja gerade gesagt:

(Abg. Zeller SPD: Wer wollte denn das Geld strei-  
chen? – Abg. Rivoir SPD: Sie wollten streichen!)

Wie kann man hier eigentlich hinstehen – wissend, dass die Landesregierung die bisher nicht berücksichtigten Messestandorte, weil sie noch gar keine Anträge gestellt haben,

(Minister Dr. Döring)

dazu auffordert, bis zum dritten Quartal 2003 ihre Anträge zu stellen, weil wir natürlich ab 2004 weiter fördern werden – und sagen:

(Abg. Zeller SPD: Man stellt doch bloß Anträge, wenn man eine Chance hat! – Abg. Rivoir SPD: Das ist aber jetzt ganz neu!)

„Die Landesregierung stellt die Förderung 2004 ein“? Diese Logik geht ganz schön an den Tatsachen vorbei.

(Abg. Rivoir SPD: So haben Sie es im November gesagt!)

So machen Sie quer durch die Bank Politik: Irgendwo etwas aufbauen und draufhauen. Ob es stimmt oder nicht, ist egal. Hauptsache, man hat irgendwo etwas, gegen das man angehen kann. Das ist eine äußerst unseriöse Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern? Nicht mehr wissen, was gestern war!)

Herr Zeller, jetzt kommen Sie mir gerade recht. Herr Zeller, Sie sausen da unten in Friedrichshafen herum. Dafür habe ich immer viel Verständnis.

(Abg. Zeller SPD: Ja, im Gegensatz zu Ihnen! – Abg. Bebber SPD: Ein flotter Mensch!)

– Bitte? Im Gegensatz zu wem?

(Abg. Zeller SPD: Im Gegensatz zu Ihnen bin ich da öfter unterwegs!)

– Das ist ja auch Ihr Wahlkreis. Das wäre ja noch toller, wenn Sie nicht da unten wären.

(Abg. Fleischer CDU: Stellen Sie sich mal vor, er wäre so oft in Schwäbisch Hall! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich bin da unten in Friedrichshafen unterwegs. Ich führe Gespräche. Wir erreichen, wie ich meine, in dem Gespräch mit dem Oberbürgermeister und den Beteiligten eine ganz vernünftige Regelung.

(Abg. Zeller SPD: Ein guter Mann, der Oberbürgermeister!)

Was machen Sie? Sie stehen hin und sagen: Da muss mehr Geld kommen.

(Abg. Zeller SPD: Ja, richtig! – Abg. Rivoir SPD: Stimmt auch! Haben wir gesagt!)

An allen Orten: Da muss mehr Geld kommen. Zu der Frage, woher das kommen soll, fällt Ihnen überhaupt nichts ein außer dieser völlig unseriösen Finanzierung,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stiftung auflösen! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

100 Millionen aus den Gewinnerwartungen – den Gewinnerwartungen! – der Landesmesse Stuttgart zu übertragen. Das ist ein unseriöser Teppichhandel.

(Abg. Zeller SPD: Das war eine seriöse Finanzierung!)

Dafür sollten Sie sich schämen, meine Damen und Herren, und nicht meinen, dass das eine seriöse Politik sei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Jetzt müssen Sie sich das Konzept einmal insgesamt anschauen. – Frau Kollegin Rastätter, ich habe Sie gerade nicht gehört. Sie können Ihren Zwischenruf gern wiederholen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Jetzt habe ich Sie noch immer nicht verstanden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Von der Stuttgarter Messe nehmen und den anderen geben!)

– Wo soll ich denen das denn wegnehmen? Aus einer Gewinnerwartung

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, genau!)

kann ich nicht einfach 100 Millionen wegnehmen. Seien Sie doch so gut! So ein Unsinn! Es wäre besser gewesen, Sie hätten dies nicht wiederholt, Frau Kollegin Rastätter.

(Beifall der Abg. Theurer FDP/DVP und Döpper CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Vielen Dank, Lieschen Müller! – Abg. Fleischer CDU: Si tacuisses!)

Lassen Sie uns jetzt einmal dieses gesamte Regionalmessekonzept anschauen. Ich halte es nach wie vor für dringend erwähnenswert: Dies ist seit 1997 – Kollege Hofer und Kollege Birk haben darauf hingewiesen – eine komplette Freiwilligkeitsleistung dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Erst wenn sie den Unterschied begriffen haben.

(Heiterkeit)

Das ist ein ganz zentraler Unterschied zu der Landesmesse, zu der wir per Gesetz verpflichtet sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Und es ist ein zentraler Unterschied, wenn Sie dann hergehen und sagen – ich weiß gar nicht, wer das gewesen ist; ich glaube, Herr Kollege Witzel hat es gesagt; das muss man sich einmal vorstellen –, die Landesmesse Stuttgart sollten wir genauso mit 15 % fördern, wie wir auch die Regionalmessen fördern. Das ist nicht einmal Äpfel mit Birnen verglichen. Das ist granatenmäßig daneben.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist eine Beleidigung der Birne!)

(Minister Dr. Döring)

Sie können doch die Landesmesse Baden-Württemberg, die eine Messe für das ganze Land darstellt, nicht genauso mit 15 % unterstützen, wie wir Sindelfingen unterstützen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das sagen Sie!)

Also es muss doch jedem, auch Ihnen, einleuchten, dass das hinten und vorn nicht zusammengeht.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Und dass diese Landesmesse Baden-Württemberg als Landesmesse für das ganze Land in der Champions League spielt, dass aber nicht zwingend – bei aller Wertschätzung – Ulm, Mannheim und andere in derselben Liga spielen, das muss doch auch jeder hier im baden-württembergischen Landtag begreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie jetzt, nachdem der Unterschied klar geworden ist, die Zwischenfrage?

(Heiterkeit – Abg. Kübler CDU: Das muss man erst erfragen, ob er klar geworden ist! – Abg. Dr. Caroli SPD: Es gibt Leute, die es selber nicht verstehen! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Wer sagt denn das?)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Darüber lacht auch nur Herr Caroli. – Ich habe zwar Bedenken, dass der Unterschied klar geworden ist, aber ich gestatte Herrn Schmiedel immer eine Zwischenfrage.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Also ein bisschen seriöser darüber zu reden, würde auch einem Regierungsmitglied nicht schaden.

Jetzt aber zur Frage: Sind Sie bereit, einzugestehen, dass sich die Landesregierung bei der Gewinnerwartung bezüglich des Landesflughafens kräftig verschätzt hat? Und können Sie mir erklären, weshalb Sie die Gewinnerwartung der neuen Landesmesse als so gering einschätzen, wie Sie das tun?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die ist gar nicht gering!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Erstens einmal ist die Gewinnerwartung, die wir schon haben und bei der Finanzierung einberechnen, an der Oberkante,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

wie es der Kollege Hofer gerade eben ausgeführt hat. Daher geht die Zwischenfrage auch wieder völlig daneben, Herr Kollege Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Kübler CDU – Glocke der Präsidentin)

Lassen Sie mich das der Reihe nach darstellen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Lassen Sie eine –

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein, Frau Präsidentin. Lassen Sie mich geschwind fertig reden. Herr Kollege Zeller kann nachher gern noch fragen, wenn er möchte.

Noch einmal: Das ist eine Freiwilligkeitsleistung. Dann haben wir gesagt: Diese Regionalmessen bekommen einen Zuschuss von 10 %. Dann sind Karlsruhe und Friedrichshafen gekommen: Bei Friedrichshafen haben wir gesagt: Friedrichshafen ist von den laufenden Messen unbestritten ein Standort von internationaler Bedeutung.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Weil dies so ist, ist Friedrichshafen mit einer ganz außergewöhnlich hohen Förderung unterstützt worden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Bei Karlsruhe – Sie erinnern sich daran – hatten wir gesagt: 10 %. Dann haben wir – nicht zur Freude aller – ein Gutachten in Auftrag gegeben, ob Karlsruhe womöglich auch eine größere Bedeutung hat als eine Regionalmesse. Das Gutachten wurde vom Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht. Ich sage noch einmal: nicht zur Freude aller. Ergebnis war: Karlsruhe ist eine Messe von überregionaler Bedeutung. Also haben wir damals – die Fraktionen, die die Regierung tragen, und die Landesregierung – Karlsruhe mit einem Sonderzuschuss von noch einmal 10 Millionen DM unterstützt und damit zum Ausdruck gebracht: Karlsruhe ist von überregionaler Bedeutung.

Dann haben wir beschlossen, diese Regionalmessen mit einem Zuschuss von 15 % zu unterstützen und zu fördern. Es ist genannt worden, welche das sind: Dies ist Karlsruhe mit einem nochmaligen Zuschlag von 15 % der Kostensteigerung. Es ist Friedrichshafen zusätzlich zu der außergewöhnlich hohen Förderung mit nochmals 15 % der Kosten für die Erweiterung. Sinsheim – Kollege Hofer hat zu Recht darauf hingewiesen, warum: die einzige wirklich hervorragend funktionierende private Messe, die wir haben – ist ähnlich auch noch einmal mit 15 % beteiligt. Das Geld, das uns zur Verfügung gestellt worden ist, hat allein dafür nicht ausgereicht. Wir haben trotz der Haushaltssituation noch einmal 456 000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt, damit wir den dreien gegenüber bezüglich der 15 % Wort halten können.

Fair, gerecht, solide finanziert – das ist der entscheidende Punkt jetzt bei den Regionalmessen, Stand: Juni 2002. Was will man da eigentlich mehr? Bei den anderen, die Sie anführen, liegen noch überhaupt keine Anträge vor. Da liegen vereinzelt Voranfragen vor. Da liegt vereinzelt etwas vor: „Wir würden auch . . .“, „Könnte eventuell . . .“, „Soundso viele Kosten . . .“ Mehr liegt nicht vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Deswegen haben wir gesagt: Lass uns jetzt für 2002 entscheiden! Nenne diesen weiteren Standorten einen klaren zeitlichen Ablauf! Stelle auch diesen eine Förderung von bis zu 15 % in Aussicht!



(Minister Dr. Döring)

Wenn wir bis zum dritten Quartal des Jahres 2003 – Herr Kollege Birk, einzige Korrektur: nicht 2002, sondern 2003 – diese dann förderfähigen Anträge vorliegen haben, dann werden wir sie sichten und werden – das ist die Aufgabe des Hauses, das dies ja auch unterstützt – dafür sorgen, dass die Mittel in den Haushalt 2004/2005 eingestellt werden, sodass auch diese Messeplätze gefördert werden können.

Die Zusage, dass wir dies 2004/2005 machen, steht, und die wiederhole ich heute. Dazu hätte es Ihrer Aufforderung nicht bedurft, Herr Kollege Rivoir,

(Abg. Zeller SPD: Döring weiß alles! – Abg. Rivoir SPD: Im November war es anders!)

weil die Landesregierung das längst selber entdeckt hat und gemacht hat.

Jetzt kommt Herr Witzel dran: Herr Witzel steht hin und sagt: „Alles eigentlich prima.“ Er hat da irgendwelche Dinge noch einmal aufgerollt, was wo hätte gespart werden sollen, da sei wieder Geld gekommen. Das macht ihm große Freude. Das sei ihm ja auch gegönnt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Fürs Protokoll!)

Dann sagen Sie: Das ist alles schwer in Ordnung. Jetzt kommt Ihr Fraktionsvorsitzender Kretschmann, der sagt, man müsse sich eigentlich schon fragen, ob es überhaupt die Aufgabe eines Landes sei, Messen zu fördern. Dann sagt Herr Witzel: „Das passt schon irgendwie zusammen. Denn wenn alle Messen gefördert sind, dann gucken wir einmal, ob wir noch fördern müssen.“ Also ich vermute einmal, wenn dann alle Messen gefördert sind, werden wir wohl nicht mehr weiter fördern.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es besteht ein Unterschied zur SPD-Messe-Konzeption!)

Deswegen hat sich Herr Kretschmann halt vergaloppiert, oder Sie hatten noch nicht mit ihm gesprochen. Ich nehme zur Kenntnis: Die Grünen unterstützen das Regionalmesseförderkonzept der Landesregierung. Das ist eine kluge Entscheidung von Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dazu kann ich Sie nur beglückwünschen.

Ich will aber an dieser Stelle, nachdem Herr Rivoir es offensichtlich vor dieser Debatte noch nicht wahrgenommen hatte, nicht nur sagen: Wir werden Regionalmessen 2004/2005 weiter fördern. Wir sagen den Regionalmessen auch das, was verschiedene Vorredner auch angesprochen haben: Man muss den Markt genau beobachten und bei Erweiterungen, bei Ergänzungen, bei Zubauten schauen, ob dies noch notwendig ist oder ob es nicht auch eventuell eine Hausnummer kleiner geht, damit man nicht Überkapazitäten schafft. Deswegen muss das auch ein Stück weit untersucht werden. Das ist doch vollkommen klar.

(Abg. Rivoir SPD: Das ist ja auch richtig!)

Deswegen nennen wir heute auch keine Zahlen und sagen nicht: „Wir stellen den Betrag X ab 2004 zur Verfügung“, weil ich hoffe, dass wir ihn nicht in dieser Höhe brauchen, sondern dass wir mit weniger auskommen als dem, was da jetzt irgendwo schon genannt wird.

In derselben Deutlichkeit, wie Kollege Hofer das gesagt hat, möchte ich allerdings auch ankündigen: 2006 Netto-neuverschuldung null, dann aber auch mit Sicherheit ab dem Jahr 2006 für einige Jahre Ende einer weiteren Förderung der Regionalmessen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Wir werden bis dahin über einen Zeitraum von dann nahezu zehn Jahren Regionalmessen im ganzen Land Baden-Württemberg gerecht verteilt und solide finanziert gefördert haben, mit all den Notwendigkeiten, die die Wirtschaft des Landes als Schaufenster in die Region, als Schaufenster in die Welt hinaus braucht. Dann werden wir mit Sicherheit für einige Jahre einen Schlusspunkt bezüglich einer Förderung von Regionalmessen setzen. Aber bis 2004/2005 können sich die Regionen, die noch Anträge vorbereiten, darauf verlassen, dass das Regionalmesseförderkonzept der Landesregierung in derselben Klarheit, in derselben Geradlinigkeit

(Abg. Schmiedel SPD: Geradlinigkeit! Da lache ich mich kaputt!)

und in derselben Förderung mit 15 % fortgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Minister Dr. Döring geht zur Regierungsbank. – Abg. Zeller SPD: Herr Minister! Warum kneifen Sie?)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/228. Abschnitt I ist ein Berichtsantrag. Kann ich davon ausgehen, dass Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich beantrage Überweisung des Antrags an den Ausschuss! – Lebhaftes Unruhe)

– Es ist Überweisung des Antrags Drucksache 13/228 an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Sie sind damit einverstanden? – Es ist so beschlossen.

(Anhaltende lebhaftes Unruhe)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 20. Juni 2002, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:33 Uhr**

**Anlage 1**

**Vorschlag**

der Fraktion der FDP/DVP

**Umbesetzungen im Präsidium**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Drautz Pfister	Pfister Kleinmann
19. 06. 2002		
Ernst Pfister und Fraktion		

---

**Anlage 2**

**Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Umbesetzungen im Präsidium**

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Dr. Salomon Brigitte Lösch	Brigitte Lösch Theresia Bauer
19. 06. 2002		
Winfried Kretschmann und Fraktion		